REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 482 · 19.3.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 44 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Schwarze und Juden
2. Keine Romantisierung, bitte
3. "Ein wichtiger Aspekt ist die Vertrauensbildung"
4. Lohnraub lohnt sich nicht
5. Im Mahlwerk der Kalten Krieger
6. Kein Geld für Militärinternierte?
7. Erstarrte und enttäuschte Menschen
8. Umherschweifende ProduzentInnen. Intro
9. Zwischen Ausbeutung und Aneignung
10. Und wenn sie kommen? Dann antworten wir!
11. Verarmung auf breiter Front
12. Schamlos vernebelt
13. Eine disparate Menge von Problemen
14. Fensterreden gegen das Böse
15. Zwischen Institutionalisierung und Gesellschaftskritik
16. Jetzt neu:
17. Die Wahl zwischen Putin und Putin
18. Hetze gegen Antifaschisten und Juden
19. "Klassensolidarität des Kapitals"
20. Ideologie des Standesdünkels
21. Deutschland sucht die Superuni
22. LESERINNENBRIEF
23. Wildes Aussäen gegen Agrarkonzerne
24. Perspektiven von oben - Gegenperspektiven von unten
25. Frühbucherrabatt wurde nicht wirksam
26. Drehbuch der Destabilisierung
27. 14 Arten den Krieg zu beschreiben
28. Triumph der Ignoranz
29. gender troubles aktuell
30. Offene Räume
31. Vertreibungskritik ohne Aufrechnung
32. Kasperletheater jetzt ohne Schill
33. Drücken bis zum Tod
34. Bei Abschiebung Tod - Dokumentation verschiedener Fälle in der EU
35. (Haar-)Risse im Putz
36. AUFGEBLÄTTERT
37. Ohrenpropaganda
38. KALENDER
39. "Islamisches Japan" im Mittleren Osten?
40. Anklage gegen Folter - halbherzig
41. Bilder der Unterwerfung
42. EDITORIAL
43. Klassen-Gewitter
44. Mit 3.200 Euro den Aufschwung stärken!

1. Schwarze und Juden

Die Dieudonné-Affäre - ein antisemitischer Kulturskandal?

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:01

Dass die Solidarität der Diskriminierten nicht von selbst entsteht, zeigt eine Auseinandersetzung, die Ende vergangenen Jahres in Frankreich begann und längst nicht ausgestanden ist. Es geht um antisemitische Äußerungen eines schwarzen Medienstars und um Vorwürfe schwarzer und arabischstämmiger Franzosen an die Juden, sie würden den Status als "legitime" Opfer monopolisieren - ein Lehrstück.

Dieudonné, der "Gottgeschenkte", ist bei katholischen und französischsprachigen Afrikanern ein verbreiteter Name. Fällt der Name in Frankreich, weiß dennoch fast jeder, wer gemeint ist: Dieudonné M'bala M'bala, der 1966 in einem Pariser Vorort als Kind einer Soziologiestudentin aus der Bretagne und eines Kameruners das Licht der Welt erblickte, hat sich in den letzten zehn Jahren als erfolgreicher Schauspieler und Komiker einen (Vor-)Namen gemacht. Heute gehört ihm das Main-d'Or-Theater im 11. Pariser Bezirk, das er begründet hat. Seit Dezember letzten Jahres steht er im Mittelpunkt einer sich zuspitzenden Polemik.

Am 1. Dezember 2003 war Dieudonné, von seinen Fans auch "Dieudo" genannt, Studiogast in der Sendung "Man kann's nicht jedem Recht machen" (On ne peut pas plaire à tout le monde) von Marc-Olivier Fogiel auf dem dritten Fernsehkanal. Dort sollte er gemeinsam mit dem Fernsehkasper und Publikumsliebling Djamel Debbouze herumulken. Beide sind auf ihre Weise Vorzeigefiguren von Minderheiten der französischen Gesellschaft: Dieudonné ist einer der wenigen regelmäßig in den Medien präsenten Schwarzen. Djamel Debbouze, ein kleinwüchsiger und leicht körperbehinderter junger Mann, ist in gewisser Weise der "Vorzeigearaber" der französischen Massenmedien.

Dabei hatte der Komiker einen Einfall, den nicht alle lustig fanden: Dieudonné trat als orthodoxer Jude verkleidet auf, fuchtelte mit einer Waffe herum und forderte die Zuschauer auf, "der Achse des Guten, der amerikanisch-zionistischen Achse" beizutreten. Das mochte noch irgendwie als konfuse Kritik an der Nahostpolitik der USA durchgehen. Doch die rote Linie war für viele spätestens überschritten, als Dieudonné damit endete, "Isra-Heil" auszurufen und dabei den rechten Arm in die Höhe zu recken, womit er die israelische Politik mit der NS-Herrschaft assoziierte.

Der Auftritt führte zu Protesten: Mehrere tausend SMS trafen im Laufe der Sendung ein. Aus technischen Gründen, wie es seitens der Fernsehstation hieß, wurden sie allerdings nicht mehr in derselben Sendung präsentiert, sondern erst eine Woche später. Marc-Oliver Fogiel, französischer Jude, hatte im Angesicht von Dieudonnés missratenem Sketch nicht direkt reagiert, sondern war einen Moment lang perplex geblieben. Nun aber entschuldigte er sich bei den ZuschauerInnen.

Gleichzeitig sprach der Oberste Medienrat CSA, der die Einhaltung von inhaltlichen Mindeststandards in Radio- und Fernsehsendungen überwacht, eine Rüge gegen den Sender France 3 aus. Die KP-nahe Antirassismusorganisation MRAP erstattete Strafanzeige gegen Dieudonné wegen "seiner nicht hinzunehmenden, antisemitischen Entgleisung". Nachdem Dieudonné sich bei all jenen, "die sich angegriffen hätten fühlen können", entschuldigt hatte, zog die antirassistische Organisation ihre Anzeige zurück.

Dieudonnés antisemitische "Entgleisung"

Doch damit war die Angelegenheit nicht erledigt, denn im Januar wurden Auftritte des Komikers in einer Reihe französischer Städte abgesagt - "aus Sicherheitsgründen". Jüdische Organisationen, wie die UEJF (der Jüdische Studierendenverband Frankreichs), drückten friedlich ihren Protest aus. Aber gleichzeitig wurden auch Morddrohungen aus den Kreisen um die rechtsextreme "Jüdische Verteidigungsliga" (LDJ) laut - es handelt sich um die Anhänger des rassistischen Predigers Rabbi Kahane; ihre Pendants in den USA und Israel sind nach Gewalttaten verboten worden.

In einem Dutzend französischer Städte wurden im Januar und Februar Auftritte Dieudonnés abgesagt. Dagegen konnte das Gastspiel in Lyon am 5. Februar stattfinden, nachdem ein Verwaltungsgericht die Entscheidung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Gérard Collomb, der das Spektakel im Vorfeld verboten hatte, aufhob. Unter rund 900 ZuschauerInnen im Saal befanden sich auch 100 bis 150 Protestierende, von denen einige zu zweifelhaften Mitteln griffen. Nachdem das Licht im Saal ausgegangen

war, warf ein Mann eine qualmende Flasche mit einer chemischen Substanz Richtung Bühne; daraufhin mussten zwei Zuschauer ambulant behandelt werden, die den Rauch eingeatmet hatten.

Die Methoden mancher seiner Kritiker brachten Dieudonné wiederum dazu, sich als verfolgtes Opfer zu gerieren. Nun wählte er allerdings selbst die Flucht in die Eskalation und erklärte auf Radio Monte Carlo: "Ich wische mir den Hintern mit der israelischen Fahne ab." Damit schüttete Dieudonné noch Öl ins Feuer, und aus Sicht vieler KritikerInnen war keine Gesprächsgrundlage mehr gegeben.

Ein Höhe- bzw. Tiefpunkt wurde am 20. Februar erreicht. Dieudonné sollte im legendären Pariser Saal L'Olympia sein bekanntes Stück "Patrick lässt sich scheiden" (Le divorce de Patrick) aufführen. Nach wüsten Drohungen einer Angestellten des Theatersaals kündigte ein Anrufer an, sie "in eine lebende Fackel zu verwandeln", sagten die Besitzer den Komikerabend ab. Das rief auch bei Leuten, die Dieudonné kritisiert hatten, Bauchschmerzen hervor. So bei der Liga für Menschenrechte (LDH). Sie missbilligte explizit Dieudonnés Sketch und sein darauf folgendes Verhalten, doch sie kritisierte die Absage seines Olympia-Abends bei dem von Juden und Israel nirgendwo die Rede gewesen wäre, als "Zensurakt, der Dieudonné nur unnütz zum Märtyrer stilisiert".

Doch gut 1.000, vielleicht auch 1.500 Protestierende, viele von ihnen hatten eine Eintrittskarte im Vorverkauf gelöst, hielten eine Kundgebung vor dem Saal ab. Dieudonné gab sich dabei als Wortführer einer unterdrückten Minderheit: "Verbietet nicht dem einzigen Schwarzen, der in der französischen Komikerszene präsent ist, den Mund!" Und: "400 Jahre Sklaverei, und man darf nicht darüber reden!"

Damit benannte Dieudonné zwar nicht die wirklichen Gründe, die zur Absage seines Spektakels führten, rührte aber sehr wohl an eine sensible Ader. Die objektive oder subjektiv empfundene Benachteiligung der Schwarzen vermischt sich dabei mit Vorwürfen an die Juden, den Status als "legitime" Opfergruppe zu monopolisieren.

Erinnerung an 400 Jahre Sklaverei

Eine so begründete Form von Rivalität ist in den USA bereits weit verbreitet, beginnt sich aber auch in Frankreich Bahn zu brechen. Legitime Forderungen wie die, dass endlich auch die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt und ihre Geschichte stärker auch im Schulunterricht behandelt werden, bilden den Anfang. Aber sie verkehren sich auch in eine Waffe gegen eine andere Minderheit. Der jüdischen Bevölkerung wird nun vorgeworfen, dass ihre Verfolgungsgeschichte einen überproportionalen Raum in Schul- und Geschichtsbüchern, Medien usw. einnehme.

Dabei wird aber nur die im Prinzip mögliche Abwehrfront der Benachteiligten und Diskriminierten auseinander gehauen - und die rassistische Mehrheitsgesellschaft lacht sich ins Fäustchen. So berichtete die rechtsextreme Wochenzeitung Minute mit versteckter Häme wohlwollend-positiv über die jüngsten Umtriebe Dieudonnés. Vor kurzem war er in der rechtsextremen Presse noch in kaum verhüllten Worten "der Neger, der den Front National herausfordert" gewesen. Dieudonné hatte bei der Parlamentswahl 1997 in Dreux, einer Hochburg der rechtsextremen Partei, kandidiert und 7,7 Prozent der Stimmen geholt.

Welche Motivation treibt Dieudonné und seine UnterstützerInnen? Man kann bei Dieudonné nicht im klassischen Sinne von Antisemitismus sprechen; er empfindet sicherlich keinen Hass auf "den" individuellen Juden.

Dieudonnés Bühnenpartner war sieben Jahre lang der sich selbst als "atheistischen Juden" bezeichnende Elie Semoun, und ihr gemeinsamer Sketch "Cohen & Bokassa", der sich über Ressentiments und Identitätspolitik lustig macht, hatte keinerlei Beanstandung gefunden.

Dennoch formuliert Dieudonné in der jetzigen Auseinandersetzung auch Vorwürfe, die uralte antijüdische Klischees einbeziehen. Etwa wenn er den "jüdischen Ligen", die gegen ihn mobilisierten, vorwirft: "Das sind alles am Sklavenhandel reich Gewordene, die ihre berufliche Neuorientierung im Bankenwesen, im Kulturbereich und jetzt in der terroristischen Aktion gefunden haben." Damit bedient er das Klischee von den Juden, die angeblich den Finanzsektor und die Medien kontrollieren würden. In Wirklichkeit war die katholische, protestantische oder jüdische Konfession der Reeder und Kapitäne von Saint-Nazaire oder Bordeaux und der Bourgeois, die am Sklavenhandel reich wurden, vollkommen unerheblich.

Als "métis" ("Mischling", ein anders als im Deutschen nicht unbedingt negativ belasteter Begriff), so erklärte Dieudonné kürzlich, könne er doch gar nicht rassistisch eingestellt sein, denn "die Grenze geht doch mitten durch mich hindurch". Und in seiner Rede vor dem Olympia erklärte er, er mache sich über alle kommunitaristischen Borniertheiten und deswegen auch über fanatische jüdische Siedler lustig. Doch er selbst bedient auch eifrig kommunitaristische Mechanismen etwa, wenn er die Dinge so hinstellt, als sei er in seiner Eigenschaft als Nachfahre von Schwarzen zum Ziel der Kritik geworden.

Kommunitaristische Mechanismen bedient Dieudonné auch, wenn er seine "Sache" jetzt zur Angelegenheit der französischen Schwarzen hochzustilisieren versucht. Was ihm teilweise gelingt. Auf der Olympia-Kundgebung erklärte ein "Kollektiv von Söhnen und Töchtern afrikanischer Deportierter" (Cofad), dessen Name den der Vereinigung von Söhnen und Töchter jüdischer Deportierter imitiert: "Die Schwarzen sind nicht antisemitisch und haben von niemandem Lektionen über den Rassismus zu erhalten." Und an Präsident Jacques Chirac gewandt, "der Sie mit Ihrem ganzen Gewicht gegen den Antisemitismus kämpfen", erging die Aufforderung, "den Rassismus gegen die Schwarzen zu bekämpfen".

Deeskalation ist möglich

Wahrscheinlich ist zugleich, dass die Betreffenden Dieudonnés Äußerungen, die sie als, vielleicht ungeschickte, Kritik der israelischen Politik einstufen würden, nicht sonderlich problematisch finden. Auch zahlreiche schwarze Antillenfranzosen haben sich dem Unterstützungskomitee für Dieudonné angeschlossen. Dessen Vizepräsident ist der aus La Guadeloupe stammende Antillenfranzose Joss Rovélas, der sich seit langen Jahren für die Rechte der Schwarzen in Frankreich einsetzt. Er begründete sein Engagement im Unterstützerkomitee gegenüber Libération damit, dass die schwarzen Antillenfranzosen "ebenso wie die Maghrebiner an einem Integrationsdefizit leiden. (...) Dieudonné hat die Heuchelei der Mächtigen dieser Welt angeklagt, wie nur ein Hofnarr es tun kann. Dieudo hat die Politik von Ariel Sharon kritisiert und gesagt, auf welcher Seite die Hubschrauber sind und auf welcher die Steine. Deswegen will man ihn zum Antisemiten erklären!"

Ein Teil der maghrebinischen und afrikanischen Bevölkerung in Frankreich dürfte sich derzeit in Dieudonné wiedererkennen, weil er - vermeintlich - als ihr Sprachrohr die Wut auf ihre sehr realen Beleidigungen und Benachteiligungen artikuliere.

Die große Befürchtung ist unterdessen, dass das immer mehr in einer Frontstellung gegen eine andere Community, nämlich die jüdische, geschehen könnte. Französische Araber aus dem Umfeld der radikalen Linken dagegen lancierten kürzlich die Idee, sich in einem kritischen "Offenen Brief" an Dieudonné zu wenden, um ihn vor einer weiteren Eskalation des Konflikts zwischen unterschiedlichen Minderheiten der französischen Gesellschaft zu warnen. Zu befürchten ist, dass die bisherigen Geschehnisse bereits zu viel zerschlagenes Porzellan hinterlassen haben.

Bernhard Schmid, Paris

2. Keine Romantisierung, bitte

"Autonomie der Migration" im Streitgespräch

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:02

Martina Pech und Gregor Samsa vom Arbeitsschwerpunkt "Arbeit, Migration, Prekarisierung" haben sich mit Ade Alabi und Sunny Omwenyeke von The Voice und der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen zum Streitgespräch getroffen.

Martina Pech: Wir möchten mit einem Auftaktstatement beginnen: In den letzten Jahren ist immer wieder von der "Relativen Autonomie der Migration" die Rede gewesen. Danach lebten die Menschen in der Peripherie unter mehrheitlich katastrophalen Bedingungen; dennoch entschieden sich täglich unzählige von ihnen zur Flucht bzw. Migration; sie zielten darauf ab, ihr Leben stärker gemäß ihrer eigenen Hoffnungen und Wünsche zu gestalten. Diese Betonung des aktiven bzw. aneignenden Handelns wird gemeinhin als notwendige Reaktion auf die in linken und antirassistischen Zusammenhängen vorherrschende Tendenz gerechtfertigt, die Macht ökonomischer und anderer Herrschaftsverhältnisse zu stark in den Vordergrund zu stellen - zu Ungunsten all der (kleinen) Erfolge, die Menschen permanent in ihren alltäglichen Kämpfen erringen würden. In diesem Sinne könnten Flüchtlinge und MigrantInnen auch als Pioniere einer "Globalisierung von unten" bezeichnet werden: Sie entwickelten transnationale Netzwerke und kämpften für ihre eigenen Interessen, ohne sich von nationalstaatlichen Grenzen oder anderen Maßnahmen moderner Migrationspolitik abschrecken zu lassen. Wie steht ihr zu solchen Überlegungen?

Sunny Omwenyeke: Ich finde die ganze Debatte etwas daneben. Sei es aus Naivität, Ignoranz oder welchen Gründen auch immer, wir laufen Gefahr, die Ursachen zu verkennen, weshalb Menschen ihre Länder verlassen. Die Linke in Europa sollte wirklich mal über ihren Tellerrand hinausschauen und zur Kenntnis nehmen, was im Leben der Menschen, die in der so genannten Dritten Welt leben, tatsächlich passiert. Ob Flüchtlinge oder MigrantInnen, sie fliehen vor den gesellschaftlichen Bedingungen in ihren Ländern: vor der Zerstörung ihrer ökonomischen Existenzgrundlagen, den politischen Verwerfungen, der Brutalität und Gewalt. Es greift zu kurz, nur von dem Wunsch zu sprechen, das eigene Leben zu verbessern. Außerdem ist es absolut absurd, die Tatsache der massenhaften irregulären Grenzüberschreitungen zu einer "Globalisierung von unten" aufzubauschen. In dieser Analyse ist die Negativität der Globalisierung, ihr zerstörerischer Einfluss auf das Leben der Menschen komplett verloren gegangen.

Gregor Samsa: Moment, der Begriff der "Globalisierung von unten" ist weniger analytisch denn subversiv zu verstehen. Durch positive Bezugnahme auf Flucht- und Migrationsbewegungen soll ein anderes, ein emanzipatorisches Verständnis von Globalisierung politisch stark gemacht werden.

Sunny Omwenyeke: Nein, es ist völlig unakzeptabel, die Dinge so zu beschreiben. Eine solche Bewegung von unten existiert nicht. Es gibt diese angeblich ach so schlagkräftigen Netzwerke überhaupt nicht. Was es gibt, ist ein oftmals unbeschreibliches Elend, gerade im Zuge von Flucht und Migration.

Martina Pech: Einspruch: Die Netzwerke existieren. Ihr alle habt es nach Europa geschafft. Es gibt unzählige Menschen aus Afrika, die haben nicht eine Nacht in einem Asylheim geschlafen, die organisieren ihr Überleben mit Hilfe von Community-Netzwerken. Im letzten Sommer habe ich zwei Afrikaner auf einem Markt in Warschau getroffen. Sie sind aus Deutschland nach Polen abgeschoben worden. Jetzt verdienen sie ihr Geld mit dem Verkauf gefälschter Markenturnschuhe.

Sunny Omwenyeke: Ja, aber das ist nichts, was die Rede einer "Globalisierung von unten" rechtfertigen könnte. Solche Begriffe müssen sich auf organisierten Widerstand beziehen, auf Menschen, die in politischen Kämpfen stecken.

Ade Alabi: Klar, wir müssen auch die kleinen Erfolge sehen, die gibt es, wie z.B. globale Vernetzungen durch Indymedia. Aber wir sollten sie nicht verklären, denn wir sind nur wenige und haben es mit ausgesprochen mächtigen gesellschaftlichen Systemen zu tun.

Gregor Samsa: Ich finde, ihr argumentiert etwas zu objektivistisch. Ihr betont sehr stark die gesellschaftlichen Strukturen, unterschlagt aber die praktischen Versuche der Menschen, diesen Strukturen etwas

entgegenzusetzen. Die Subjekte mit ihren konkreten Subjektivitäten und ihren autonomen Entscheidungsspielräumen kommen bei euch ein bisschen kurz.

Ade Alabi: Ob als Flüchtling oder MigrantIn, wir verlassen unsere Heimat nur, wenn es gar nicht anders mehr geht. Ich glaube, die meisten von uns sind emotional sehr stark mit ihrer Heimat, ihren Familien und ihren Wurzeln verbunden. Wir denken sehr oft zurück, deshalb ist die Entscheidung zu gehen eine sehr schwere Entscheidung.

Sunny Omwenyeke: Natürlich sind MigrantInnen und Flüchtlinge Subjekte, die eigenständige Entscheidungen treffen können. Das steht doch außer Frage! Die Frage ist vielmehr, ob Menschen das Risiko von Flucht oder Migration tatsächlich auf sich nehmen würden, wenn sie nicht unter absolut erbärmlichen und brutalen Bedingungen leben müssten. Ich finde es deshalb auch oberflächlich, die ökonomischen Mini-Erfolge von MigrantInnen oder Flüchtlingen als Argument dafür anzuführen, dass diese im positiven Sinne etwas erreicht hätten.

Gregor Samsa: Für dich als linken und politisch organisierten Aktivisten mag das oberflächlich sein. Für unzählige Menschen sind das aber ganz reale Erfolge. Es ist ihr Weg, einen Umgang mit den gesellschaftlichen Bedingungen zu finden, von denen du sprichst. Viele Familien schicken ein oder zwei Familienmitglieder in die Ferne, damit diese Geld dazu verdienen können. Geld, das zu Hause für kleine Investitionen, als Rücklage im Notfall oder einfach nur für den täglichen Bedarf gebraucht wird.

Martina Pech: Ich möchte das erweitern: Ich habe in New York viele Menschen getroffen, auch aus afrikanischen Ländern, die schlicht angezogen waren von bestimmten kulturellen Werten bzw. ökonomischen Möglichkeiten in den USA. Ähnliche Beschreibungen habe ich auch bei dem Nigerianischen Schriftsteller Ben Okri gefunden. Manches davon mögen unrealistische Erwartungen sein, dennoch frage ich mich, ob diese kulturellen und materiellen Wünsche nicht auch von der Linken ernst genommen werden müssen.

Sunny Omwenyeke: Wenn du schaust, warum die Leute ihr Land verlassen haben und was ihre Hoffnungen gewesen sind, und das mit dem vergleichst, was sie tatsächlich erreicht haben, dann passt das in aller Regel nicht zusammen. Die Sache mit den Rücküberweisungen sollte nicht die Sicht auf die wirklichen Ursachen verstellen.

Ade Alabi: Es ist nur eine Minderheit, die Geld nach Hause schicken kann, solche Motive sind nicht der Hauptgrund für Flucht und Migration. Überspitzt könnte mensch stattdessen sagen, die Menschen sind die Objekte, während die endemischen Probleme in unseren Ländern die eigentlichen Subjekte sind. Die Probleme müssen deshalb bei der Wurzel angepackt werden. Zu diesen Problemen gehört auch, dass die reichen Industrieländer damit fortfahren, unsere Länder auszuplündern.

Martina Pech: Ich verstehe euer Beharren darauf, dass die eigentlichen Ursachen nicht aus dem Blickfeld geraten dürfen. Aber ich sehe auch die Gefahr, dass eure Kritik an der Rede von der "Relativen Autonomie der Migration" bzw. der "Globalisierung von unten" einfach nur ins Gegenteil kippt. In meinen Augen ist es ein wichtiger Schritt, sich nicht nur auf die Opfer-Perspektive zu konzentrieren, sondern auch die subjektiven Aneignungsprozesse stark zu machen. Hierin steckt durchaus subversives und emanzipatorisches Potenzial.

Sunny Omwenyeke: Für mich ist es Ausdruck der Lausigkeit der europäischen Linken, das Leben von MigrantInnen und Flüchtlingen derart zu romantisieren. Für die meisten von uns sind Flucht und Migration schlicht Horror!

Gregor Samsa: Könnte eine Auflösung des Knotens darin bestehen, das Konzept von der "Autonomie der Migration" etwas stärker nach den jeweiligen Herkunftsländern und somit auch den jeweils unterschiedlichen Migrationsumständen zu differenzieren, etwa nach Osteuropa, Südeuropa, Subsahara-Afrika etc.?

Ade Alabi: Vielleicht. Gerade privilegierte MigrantInnen der zweiten und dritten Generation übersehen häufig die Probleme von Flüchtlingen und MigrantInnen aus der so genannten Dritten Welt.

Martina Pech: Wir sollten zum zweiten Thema kommen, und wir möchten auch diese Runde mit einem Auftaktstatement eröffnen: Eng verknüpft mit dem Konzept der "Relativen Autonomie der Migration" ist die Forderung nach einer Perspektiverweiterung linker, antirassistischer Politik. Danach sollten nicht mehr nur Lager, Abschiebungen etc. bekämpft werden, sondern auch die rassistisch strukturierten

Lohnarbeitsbedingungen von (papierlosen) MigrantInnen und Flüchtlingen. Denn so sehr Lager und Abschiebungen das dramatischste Beispiel der radikalen Verweigerung des Rechtes auf Rechte darstellen würden, letztlich verkörperten sie nichts anderes als einen Trend, der im Zuge von Deregulierung und Prekarisierung immer mehr Menschen weltweit betreffe. Wie positioniert ihr euch zu dieser Forderung?

Sunny Omwenyeke: Klar, Antirassismus sollte sich nicht nur auf Lager und Abschiebungen beschränken. Umgekehrt frage ich mich, wo sind die Unterstützungsstrukturen, auf deren Grundlage mit den und für die papierlosen ArbeiterInnen gekämpft werden könnte. Die Illegalisierten selbst können auf Grund der repressiven Struktur kaum offen kämpfen, sie sind permanent von Abschiebung bedroht. Die Linke ist nicht in der Lage, diejenigen zu schützen, die ihre Gesichter zeigen möchten. Das ist ein grundlegender Unterschied z.B. zu Frankreich.

Gregor Samsa: Aber wer ist die Linke? Auch die Karawane gehört zur Linken, sie hat es ebenfalls bislang nicht geschafft, entsprechende Unterstützungsstrukturen mit aufzubauen!

Sunny Omwenyeke: Ja, ich will mich gar nicht vor dieser Selbstkritik drücken. Ich will lediglich, dass wir unsere Schwäche zur Kenntnis nehmen. In der aktuellen Situation ist es noch schwieriger, mit und für Papierlose zu kämpfen als mit und für Flüchtlinge. Mensch kann nicht für andere kämpfen. Die Illegalisierten müssen selber beteiligt sein, aber im Moment fehlt der Rahmen, damit dies ernsthaft realisiert werden könnte.

Ade Alabi: Was die Erweiterung der antirassistischen Agenda betrifft, sehe ich ein Problem: Die linke Szene hat sich in den letzten Jahren so oft gespalten. Viele Gruppen sind stärker mit ihren Theorien beschäftigt, als sich praktisch an konkreten Kämpfen zu beteiligen.

Gregor Samsa: Heißt das, dass ihr euch für eine intensivierte Zusammenarbeit mit kanak attak, respect und all den anderen Gruppen aussprecht, die sich derzeit darum bemühen, insbesondere im Feld rassistischer Lohnarbeit Widerstandsstrukturen aufzubauen?

Sunny Omwenyeke: Zum einen möchte ich noch mal ausdrücklich betonen, dass es entgegen anders lautenden Gerüchten von unserer Seite aus keine Konkurrenz zwischen der Karawane, The Voice und kanak attak gibt. Ich wüsste nicht, worum wir konkurrieren sollten. Grabenkämpfe sind für uns kein adäquater Weg in der politischen Arbeit. Wir sind grundsätzlich bereit, mit jeder Gruppe zusammenzuarbeiten. Andererseits sollten alle wissen, dass für uns der Anti-Abschiebekampf derart zentral ist, dass wir ihn nicht durch irgendetwas anderes ersetzen können. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler papierloser und anderer Menschen mögen schlimm sein, allein, Abschiebungen sind nicht minder schlimm!

Martina Pech: Ihr sagt zwar, ihr seid offen, wollt euch aber umgekehrt nicht auf eine nicht-hierarchische Agenda einlassen. Stimmt das?

Ade Alabi: Nein! Es ist natürlich richtig, für eine generelle Arbeitserlaubnis etc. zu kämpfen. Aber für uns ist der Kampf um das Recht auf Aufenthalt prioritär ...

Sunny Omwenyeke: ... Welche Bedeutung hat für Flüchtlinge die Frage des Wählens oder der doppelten Staatsbürgerschaft? Wir sind mit ganz anderen Problemen konfrontiert, mit einer ganz eigenen Form von Prekarisierung. Für viele MigrantInnen der zweiten oder dritten Generation stehen andere Probleme an als für uns. An dieser Stelle müssen wir komplementär und dennoch solidarisch arbeiten.

"Der Begriff der ‚Globalisierung von unten` ist

weniger analytisch denn subversiv zu verstehen."

"Ob als Flüchtling oder MigrantIn, wir verlassen unsere Heimat nur, wenn es gar nicht anders geht."

"Es ist ein wichtiger Schritt, sich nicht nur auf die Opfer-Perspektive zu konzentrieren, sondern auch die subjektiven Aneignungsprozesse stark zu machen."

3. "Ein wichtiger Aspekt ist die Vertrauensbildung"

Interview zur Basisorganisierung von migrantischen ArbeiterInnen in Los Angeles

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:03

Großraum Los Angeles - acht Millionen EinwohnerInnen, davon zwei Millionen ohne Aufenthaltspapiere. Zwei Stunden sind es bis zur mexikanischen Grenze, Spanisch ist mittlerweile die dominante Sprache in LA, aber auch große Communities chinesischer oder koreanischer ImmigrantInnen finden sich hier. Der Polizei ist der Datenabgleich mit den Immigrationsbehörden untersagt. Die Industrie ist an billiger Arbeitskraft interessiert. Nicht zuletzt wegen Hollywood mit seiner Unterhaltungsindustrie wird LA trotz zunehmender Abwanderung der Bekleidungsindustrie als Sweatshop-Metropole erhalten. Unter diesen Bedingungen wurde vor drei Jahren das Garment Worker Center in Downtown Los Angeles gegründet. Wir sprachen mit Kimi Lee, Mitbegründerin des Zentrums.

Kannst du uns kurz erklären, was das Garment Worker Center ist?

Kimi Lee: Los Angeles hat momentan die höchste Dichte an Manufakturbetrieben der Bekleidungsindustrie in den USA. Hier arbeiten noch immer mehr als 100.000 Beschäftigte in ca. 5.000 kleinen Fabriken bzw. Sweatshops. Weniger als ein Prozent davon sind gewerkschaftlich organisiert. 2001 gründeten wir das GWC, um diese ArbeiterInnen zu organisieren, aber auch um darüber hinaus Raum für eine umfassendere politische Bewegung zu eröffnen. Da der Großteil der ArbeiterInnen keinen legalen Aufenthaltsstatus besitzt, ist eine unserer Prioritäten der Kampf für eine Legalisierung der nichtdokumentierten ImmigrantInnen in den USA.

Welche Idee steht hinter dem Konzept der Worker Center in den USA?

In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Worker Center in den USA enorm zugenommen. Worker Center organisieren auf nichttraditionelle Art und Weise. Sie sind eine Alternative zu den Gewerkschaften. Hier treffen sich ArbeiterInnen, um gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen oder Veränderungen innerhalb ihres Industriezweigs zu kämpfen.

Wir favorisieren das von ArbeiterInnen geleitete Worker Center, das unabhängig von der Gewerkschaft ist, da wir glauben, dass die Gewerkschaften nicht in der Lage sind, den unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden. Die Gewerkschaften haben bislang die Beschäftigten im Niedriglohnsektor nicht beachtet, da diese meist kein Englisch sprechen, ImmigrantInnen oder Frauen sind. Die Worker Center organisieren genau diese ArbeiterInnen. Damit haben sie zwar einerseits die Rolle des Lückenfüllers übernommen; andererseits haben sie die Gewerkschaften dazu gebracht, diesen Beschäftigten mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wir registrieren derzeit einen Wandel in den US-Gewerkschaften. Vor zwei Jahren hat sich die AFL-CIO, der US-amerikanische Gewerkschaftsdachverband, erstmals für die Legalisierung nichtdokumentierter EinwanderInnen ausgesprochen. Dies geschah nicht zuletzt auf Druck der Worker Center und Immigrant-Rights-Groups.

Auch die Tatsache, dass die Mitgliederzahlen der US-amerikanischen Gewerkschaften extrem zurückgegangen sind, hat die Gewerkschaften dazu gebracht, umzudenken und sich zu fragen, wer eigentlich heute die ArbeitnehmerInnen in den USA sind: Es sind zum größten Teil ImmigrantInnen, die oft im informellen Sektor beschäftigt sind. Diese Menschen hat die Gewerkschaft zuvor ignoriert.

Warum organisieren die Gewerkschaften dennoch nicht in der Bekleidungsindustrie?

Vor ein paar Jahren versuchte die Gewerkschaft, ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie in LA zu organisieren. Daraufhin hat der Konzern einfach seine Produktion nach Mexiko verlagert. Im Zuge von Freihandelsabkommen und Globalisierung ist das zunehmend einfacher. Wenn die Konzerne in China einer Arbeiterin 20 US-Cent pro Stunde anstatt wie in den USA 6,75 US-Dollar zahlen, dann ist das ein wesentlicher Faktor. Die Gewerkschaften haben dementsprechend ihre Strategie geändert und organisieren nun in den Vertriebszentren, wo die Kleidung aus China und Mexiko eintrifft und dann weiterverteilt wird.

Es liegt aber auch an der Art und Weise, wie die Bekleidungsindustrie organisiert ist. Es gibt viele kleine Fabriken mit 20 oder 50 ArbeiterInnen. Wenn die Gewerkschaft versucht, in einer Fabrik zu organisieren, geht der Chef hin, feuert alle und stellt 20 neue ArbeiterInnen ein. Das ist möglich, weil die Fabriken so klein sind.

Das sind natürlich keine idealen Bedingungen für eine traditionelle Gewerkschaftsarbeit. Wir sind aber nicht damit einverstanden, diese ArbeiterInnen deshalb einfach zu ignorieren. Sie stellen einen großen Teil unserer Bevölkerung dar und stehen für die Ausbeutung aller ArbeiterInnen. In der Bekleidungsindustrie zeigt sich ein System, das sich immer weiter ausbreitet: Ein Konzern gibt den Auftrag an einen Subunternehmer, der wiederum gibt ihn weiter an den nächsten Subunternehmer und so weiter. Am unteren Ende stehen die ArbeiterInnen, und der Konzern sieht sich ihnen gegenüber nicht mehr in der Verantwortung. Dieses Pyramidensystem breitet sich in den USA immer mehr aus.

Es ist wichtig, das zu erkennen und die Organisierungsstrategie zu ändern, um dem Rechnung tragen zu können. Die Gewerkschaften hingegen konzentrieren sich immer noch weitgehend auf traditionelle Organisierungsstrategien. Und das hängt auch damit zusammen, dass die US-Gewerkschaften immer noch sehr patriarchal und sehr hierarchisch organisiert, weiß und englischsprachig dominiert sind.

Aber in einigen Sektoren haben die Gewerkschaften doch begonnen, ihre Organisierungsstrategie zu ändern?

Ja, in einigen Industriezweigen, aber das ist abhängig von den örtlichen Büros. Einige haben angefangen, mit nichtdokumentierten ImmigrantInnen zu arbeiten. Aber im Großen und Ganzen überwiegt die Ignoranz. Doch insgesamt hat sich die Gewerkschaftsbewegung längst nicht genügend geändert. Und das ist der Grund, warum in den letzten zehn Jahren immer mehr Worker Center in den USA entstanden sind.

Wie unterscheiden sich die Herangehensweisen zwischen Worker Center und Gewerkschaftsorganisierung?

Wir organisieren nicht, um Mitglieder für eine Gewerkschaft zu gewinnen. Wir sprechen die ArbeiterInnen auf verschiedenen Ebenen an. Ein Teil ist grundlegende Bildungsarbeit: Wir klären die ArbeiterInnen über ihre Rechte auf, über Arbeits-, Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften. Darauf aufbauend beginnen wir leader auszubilden und die ArbeiterInnen zu ermutigen, öffentlich zu reden. Dann haben wir unsere Kampagnen, in denen wir die Öffentlichkeit über die Praktiken in der Bekleidungsindustrie informieren. Denn die Konzerne können von den KonsumentInnen in die Pflicht genommen werden.

Ein wichtiger Aspekt bei der Organisierung der ArbeiterInnen ist die Vertrauensbildung. Der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses ist entscheidend, damit sich die ArbeiterInnen stärker im Worker Center engagieren und zu Multiplikatoren werden. Dieser Prozess der Vertrauensbildung ist langwierig. Als wir das Zentrum gründeten, hatten wir nicht sofort großartige Projekte und Kampagnen am Laufen. Wir öffneten, einfach damit die ArbeiterInnen uns kennen lernen und eine Beziehung zu uns aufbauen konnten. Es dauerte dann ungefähr ein Jahr, bis sich genügend ArbeiterInnen aktiv in das Zentrum einbrachten und bis sie sahen, dass wir nicht einfach wieder verschwinden, sondern mit ihnen zusammen arbeiten wollen. Und dass wir kein Regierungsbüro sind, das lediglich versucht, Informationen zu erhalten.

Mittlerweile sind mehr als 200 ArbeiterInnen im Zentrum aktiv. Für uns ist das wesentlich wichtiger als hohe Mitgliederzahlen, die dann doch für nicht mehr als eine Karteikarte stehen. ArbeiterInnen bilden bei uns den Vorstand. Und unsere Mitglieder kommen jede Woche zu Treffen und Versammlungen. Sie arbeiten sechs Tage in der Woche, manchmal zwölf Stunden am Tag, haben kaum Zeit für ihre Besorgungen oder für ihre Kinder, aber sie kommen jede Woche. Das ist wirklich erstaunlich und für uns die größte Motivation.

Was waren und sind eure größten Probleme?

Es gibt einige Widerstände, gegen die wir zu kämpfen haben. Zum einen sind wir die Underdogs im System. Wir, eine kleine Organisation, die gegen Milliarden-Dollar-Konzerne kämpft. Ein zentraler Punkt für uns ist - wie gesagt - das Vertrauen, also die ArbeiterInnen dafür zu gewinnen, sich aktiv einzubringen, das Zentrum als ihren Ort zu begreifen und mitzuwirken. Das war und ist ein langwieriger Prozess. Ins Zentrum kommen ArbeiterInnen, die verschiedene Sprachen sprechen, mit verschiedenen ethnischen Hintergründen und aus verschiedenen Generationen. Dann hast du die Gender-Thematik. Die Männer versuchen nicht selten, die Frauen zu dominieren, und die Frauen setzen sich zur Wehr. Es ist sehr typisch, wie überall in der Gesellschaft gibt es Konflikte zwischen den verschiedenen Generationen, Geschlechtern und Ethnien.

Die verschiedenen Sprachen sind momentan die größte Herausforderung. Wir haben beispielsweise ArbeiterInnen, die überhaupt kein Englisch sprechen, dafür allerdings Chinesisch, Thai, Spanisch oder andere Sprachen. Unsere Treffen dauern manchmal ewig lange, da wir in die verschiedenen Sprachen übersetzen müssen. Die Kommunikation ist ein mühseliger Prozess, der allerdings sehr wichtig ist, denn die ArbeiterInnen

teilen sich einander mit und sie erhalten dadurch ein besseres Verständnis füreinander, zum Beispiel für die verschiedenen Kulturen.

Das gab es zuvor nicht, denn in den Fabriken sind die Beschäftigten nach Sprache oder Herkunft getrennt und die Besitzer haben oft noch mal eine andere Sprache oder Herkunft. Meist gibt es interne Spannungen. Der Besitzer ist beispielsweise Chinese, und die spanischsprachigen ArbeiterInnen denken, die chinesischen ArbeiterInnen würden besser behandelt als sie, weil der Besitzer ja Chinese ist. Und die chinesischen ArbeiterInnen denken, die Latinas und Latinos würden besser behandelt, da sie sonst protestieren würden. Im Endeffekt wird niemand besser behandelt, sie wissen es nur nicht voneinander, da sie nicht miteinander sprechen können.

Kannst du uns etwas über eure Kampagnenarbeit erzählen?

Ein Beispiel: Vor drei Jahren starteten wir eine Kampagne gegen Forever 21 in Los Angeles. Wir haben diesen Konzern ausgewählt, weil er in LA seinen Sitz hat und hier 95 Prozent seiner Produktion stattfindet. In den letzten zwei Jahren haben sie zwanzig neue Geschäfte eröffnet. 150 Geschäfte gibt es inzwischen im ganzen Land, und die Ladenkette wächst ständig. Wir wussten: Wenn wir diesen Konzern dazu bewegen können, Verantwortung für die Produktionsbedingungen zu übernehmen und sich für die Einhaltung von Mindeststandards einzusetzen, dann hätte dies Auswirkungen auf Tausende von Beschäftigten und für die gesamte Bekleidungsindustrie in LA. Forever 21 zum Kampagnenziel zu machen, hatte noch einen anderen wesentlichen Grund: Seitdem wir das GWC eröffneten, kommen immer wieder ArbeiterInnen zu uns, die sagen: "Ich arbeite für Forever 21." Wir haben mittlerweile 40 ArbeiterInnen aus zwanzig verschiedenen Fabriken, die für Forever 21 produzieren. In all diesen Fabriken gibt es keinen Mindestlohn, keine Überstundenbezahlung, keine Pausen, also alles Sweatshop-Bedingungen. Aber die ArbeiterInnen kannten sich nicht untereinander, sie kamen erst im Zentrum zusammen, und so wurde die Kampagne schließlich auch von den ArbeiterInnen selbst ins Leben gerufen.

Gibt es Reaktionen seitens des Konzerns?

Wir gehen nun mit der Kampagne ins dritte Jahr, und der Konzern hat reagiert. Sie klagen momentan gegen uns wegen Verleumdung, eben weil wir sagen, sie lassen in Sweatshops produzieren. Dass unsere Kampagne eine unmittelbare Wirkung auf ihre Geschäfte hat, spiegelt sich sogar in der Klageschrift wider: Dort steht, dass sie auf Grund der Kampagne finanzielle Einbußen hätten.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Gerda Heck

4. Lohnraub lohnt sich nicht

Wie weiter nach der Intervention in Sachen Berliner Rathauspassage

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:04

Im Jahr 2002 hatten Arbeiter ohne die notwendigen Papiere in mehreren Gruppen auf einer Großbaustelle im Berliner Zentrum Abrissarbeiten durchgeführt. Der sich daraus ergebende Lohnbetrugskrimi um die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) wurde von der detektivischen Allianz aus elexir-a, der Flüchtlingsinitiative Brandenburg und den beteiligten Arbeitern bis heute noch nicht gänzlich aufgelöst, gleichwohl besteht Anlass genug für ein politisches Resümee.

Nach zwei Kundgebungen, diversen Briefwechseln und einigen Unterredungen erhielten ein Teil der Arbeiter im Laufe eines halben Jahres ihren Lohn. Von den insgesamt etwa vierzig Arbeitern, die von einem halben Dutzend (Sub)-Subunternehmern um ungefähr 43.300 Euro Lohn geprellt wurden, streitet allerdings eine letzte Gruppe nach wie vor um die einbehaltenen 18.000 Euro. Insgesamt kann aber festgestellt werden, dass durch eine Kombination von Recherchearbeit und öffentlicher Skandalisierung das Einfordern des Lohnes abseits von Arbeitsgerichten außerordentlich erfolgreich verlief.

Erfahrung von Widerstand und Selbstorganisierung

Auch nach dem bevorstehenden Abschluss der politischen Initiative um die Baustelle Rathauspassagen wird ein konkretes Ziel unserer Arbeit sein, Selbstorganisierung der prekär Arbeitenden ohne Arbeitserlaubnis und deutschen Pass zu unterstützen. Die rassistische Strukturierung der Arbeitswelt, die sich in hierarchischen Gesetzen, der Segmentierung des Arbeitsmarktes oder im Arbeitsalltag manifestiert, zeigt für uns in dieser Hinsicht Handlungsbedarf an, ebenso wie die vorherrschende Konzentration der Gewerkschaften auf regulär Beschäftigte. Migration und Arbeit in Verbindung gebracht mit zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen (also flexibilisiert, ohne feste Arbeitszeiten und -verträge, ohne sozialvertragliche Anbindung, mit geringem Arbeitslohn und -standards etc.) markieren dabei Berührungspunkte zwischen mehrheitsdeutscher und migrantischer Arbeitskraft. Zwar trifft es erstere auf Grund ihrer Zugangsrechte, der Anerkennung ihrer Qualifikationen und Sprachkenntnisse meist in abgeschwächter Form, doch nicht nur im Zuge der Hartz-Gesetze weiten sich prekäre Arbeitserfahrungen auch zunehmend auf bisher regelhaft Beschäftigte aus.

Bei unserem Vorhaben greifen wir auf die Erfahrung zurück, dass bisher eher unsichtbar belassene Formen der Gegenwehr von Menschen ohne ausreichende Papiere vorhanden sind. Man muss deshalb genauer hinsehen. Migrantische und irreguläre Arbeit findet den Weg in die Medien häufig ausschließlich unter dem Blickwinkel der Kriminalität oder, in liberalerer Perspektive, als Leidensgeschichte. In der Berichterstattung zum Lohnbetrugsfall bei der Berliner Rathauspassage ging die Eigenwehr der Arbeitenden dem gemäß weitestgehend unter. Aber wir können mittlerweile auch eine andere Geschichte erzählen, die nicht nur das Bild des hilflosen Flüchtlings ohne Kommunikationsmöglichkeiten, Papiere und Rechte bestätigt. Die erste erfolgreiche Etappe der Lohnforderungen meisterten Teile der geprellten Arbeiter alleine: Sie beschlagnahmten ihr Arbeitsgerät und drohten es auf ihre Weise zu entsorgen, wenn nicht der zustehende Lohn ausgezahlt werde. Einzelne Subunternehmer wurden bei persönlichen Treffen trotz ihrer "Kumpelhaftigkeit" unter Zugzwang gesetzt, bis diese verschreckt die Polizei riefen.

Bei der Sichtbarmachung des Lohnbetrugsfalls war voraussehbar, dass der öffentliche Diskurs um die Brandmarkung von "Schwarzarbeit" kreisen würde. Deshalb wurde die Tatsache der Arbeit ohne Erlaubnis und Vertrag unsererseits nicht kaschiert. Statt dessen versuchten wir, die Verbindung von rassistischem Arbeits- und Aufenthaltsrecht in den Vordergrund zu stellen, um so die Fixierung auf "Schwarzarbeit" zu brechen. Denn erst die fein ausdifferenzierten, staatlich erteilten Erlaubnisse zum hier Leben und Arbeiten - oder deren Verweigerung, wie bei schätzungsweise über eineinhalb Millionen Menschen hier zu Lande - ermöglichen die Überausbeutung. Und sie führen zu dem, was im staatlichen und gewerkschaftlichen Munde "Sozialdumping" heißt.

Überausbeutung auf rassistischer Grundlage

Der daraus entstehende Interessenkonflikt zwischen noch regulär Beschäftigten und "schwarz" Arbeitenden kann aber nicht pauschal als ideologisch oder rassistisch diffamiert werden. Dafür gestaltet er sich im

Bausektor, der Landwirtschaft, der Gastronomie oder im Hotelwesen zu real. In diesem Widerspruch bewegten wir uns auch, als wir nur die Auszahlung der von den Arbeitern mit den Unternehmern per Handschlag besiegelten Löhne von 6,25 Euro einforderten. Hätten wir auf Tariflöhne gepocht, wäre die Erfolgsaussicht noch fraglicher geworden. Denn Grundlage der in letzter Konsequenz auch für den Arbeitgeber riskanteren undokumentierten Beschäftigung ist eben der Niedrigstlohn. Überwinden lässt sich dieser Konflikt nur, wenn das Profitieren auf Seiten des Kapitals und die politisch-rechtlichen Voraussetzungen dafür ins Visier geraten. Andernfalls drohen die trotz ihres prekären und überausbeuterischen Charakters (über)-lebenswichtigen Strukturen für Menschen ohne ausreichende Papiere höchstens gefährdet zu werden.

Das Interesse der organisierten ArbeiterInnenvertretungen an dem Lohnbetrugsfall war bisher gering. In der Regel wird auch von den Gewerkschaften die Durchführung von Razzien als Lösungsstrategie präsentiert. Da unser Anliegen aber keine ausschöpfende materielle und informationelle Einzelfallunterstützung ist, halten wir es für lohnenswert, an interessierte Gewerkschaftskreise heranzutreten. Bestenfalls springt dann eine multilinguale Rechtsberatung, die Bereitstellung von Kapazitäten zur Selbstorganisierung migrantischer und irregulär Beschäftigter und eine Einladung zur Mitgliedschaft für Papierlose heraus. Möglicherweise lässt die gewerkschaftliche Repräsentationskrise, die sich im kontinuierlichen Mitgliederschwund ausdrückt, die dafür notwendige Änderung ihrer Prämissen zu.

Christopher Schmidt,

elexir-a

5. Im Mahlwerk der Kalten Krieger

Südkoreanischer Schauprozess gegen den Hochschullehrer Song Du-Yul

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:05

Seit Anfang Dezember steht der deutsch-koreanische Hochschullehrer Song Du-Yul in Seoul vor Gericht. Als nordkoreanischer Agent habe er Südkorea im Ausland "verächtlich gemacht", behauptet die Staatsanwaltschaft. Beweise? Bislang Fehlanzeige.

Der 59-jährige Song Du-Yul ist von Haus aus Sozialphilosoph und Soziologe. Wissenschaftsdisziplinen, die im langjährig von Militärdiktatoren geführten Südkorea als suspekt, wenn nicht gar als subversiv galten. Erst recht, wenn im Rahmen dieser Disziplinen zu und in Nordkorea geforscht wurde. Seit dem Ende des Koreakrieges 1953 befinden sich beide Länder de jure noch immer im Kriegszustand. Das damals mühsam ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen konnte trotz zahlreicher Schritte in Richtung einer bescheidenen, von den jeweiligen Staaten strikt regulierten Annäherung nicht in einen Friedensvertrag umgewandelt werden. Dennoch hat sich der seit 1993 deutsche Staatsbürger Song Du-Yul wie kein anderer Exilkoreaner in Europa vehement für den Nord-Süd-Dialog eingesetzt und die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) zu Forschungszwecken über zwanzig Mal besucht. Daraus drehen ihm heute die nie verstummten Kalten Krieger im Süden einen Strick. Sie werfen Song vor, Spionage für den Norden betrieben, dessen Regime verherrlicht und Südkoreas Ansehen in der Welt herabgesetzt, ihm gar geschadet zu haben. Wer ist dieser Mann, was macht ihn in den Augen der Herrschenden so gefährlich?

Nach 37 Jahren im Exil ...

Der Sohn eines Physikprofessors wurde 1944 in Südkorea geboren. In seiner Heimat schloss Song an der Staatlichen Universität zu Seoul sein Philosophiestudium ab. 1967 kam er unter der Militärdiktatur von Park Chung Hee in die BRD und wurde noch im selben Jahr mit einem Einreiseverbot belegt. Neben seinem Engagement für Koreas Wiedervereinigung setzte er in Deutschland seine wissenschaftliche Karriere fort: Studium der Philosophie, Soziologie, Wirtschafts- sowie Sozialgeschichte. 1972 Philosophie-Promotion bei Jürgen Habermas. 1982 habilitierte er an der Universität Münster in Soziologie, wo er seither lehrte. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Sozialphilosophie, soziologische Theorien, Entwicklungs- und Kultursoziologie sowie komparative Philosophie.

Methodisch verfolgt Song in seinen Betrachtungen über Nordkorea einen immanent-kritischen Ansatz. Über den sagt er selbst: "Dieser geht davon aus, dass die nordkoreanische Gesellschaft untersucht und kritisiert werden muss auf der Basis ihrer eigenen Ziele, ob und inwieweit diese realisiert werden. Zweitens muss der immanente Ansatz eingebettet sein in vergleichende Studien zu den noch vorhandenen oder bereits verschwundenen sozialistischen Ländern. Dadurch kann man zwei radikal gegensätzliche Standpunkte vermeiden: die ‚Generalisierung` und die ‚Individualisierung`. Ersterer leugnet die Unterschiede unter den sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Ländern, während der zweite den gemeinsamen Merkmalen des Sozialismus beziehungsweise Kommunismus keine Beachtung schenkt. In zahlreichen Untersuchungen zu Nordkorea, die auf der Totalitarismus-Theorie aufbauen, wurden solche Fehler begangen. Sie projizieren die Zukunft der nordkoreanischen Gesellschaft auf der Grundlage des Entwicklungsweges der untergegangenen sozialistischen Gesellschaften in Osteuropa, die demnach entweder durch eine friedliche Transformation wie in Ostdeutschland oder durch einen gewaltsamen Umsturz wie in Rumänien enden könnte."

Da Wissenschaft sich nicht als belangloses Treiben im Elfenbeinturm entfalten, sie vielmehr auch politisch intervenieren soll, engagierte sich Song als Promoter von Symposien, an denen anerkannte Wissenschaftler aus beiden Teilen Koreas sich seit 1995 in Beijing sowie in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang trafen. Auch das wird ihm heute als pro-nordkoreanische Tätigkeit am Zeug geflickt. Songs frühere Versuche, unbehelligt in seine Heimat zurückzukehren, scheiterten. Mehrfach saß er auf bereits gepackten Koffern, als das Telefon klingelte und ihm aus Seoul signalisiert wurde, die Geheimdienste würden ihn "in Gewahrsam" nehmen. Erst im Sommer 2003 drängen enge Freunde Song, nun endlich nach Südkorea zu kommen. Die Zeit sei reif, die Situation besser denn je, und der Nationale Sicherheitsdienst (NIS) würde ihm allenfalls "ein paar

Fragen stellen". Rückblickend eine fatale Fehleinschätzung; nicht auszuschließen, dass Song da in eine Falle getappt ist.

Am 22. September 2003 landet Song nach 37-jährigem Exil mit seiner Frau und seinen beiden in Deutschland geborenen Söhnen auf dem Seouler Flughafen Incheon. Mehrere hundert Freunde der Familie Song sind dort versammelt. Den Heimkehrern bereiten sie als offiziell geladene Gäste der staatlichen Korea Democracy Foundation einen gebührenden Empfang. Schließlich war Song Du-Yul langjährig ein Stichwortgeber und Mentor der außerparlamentarischen Opposition und eloquenter Kritiker der Militärdiktatur in Südkorea. Was eine Rückkehr nach Maß werden sollte, entpuppt sich zu einem subtil inszenierten, doch drakonisch exekutierten Rachefeldzug der Konservativen und Reaktionäre im Lande.

Der Spätheimkehrer Song wird sogleich unter Stadtarrest gestellt. Tagelang verhören ihn Mitarbeiter des NIS - mitunter 15 Stunden pro Tag, in Handschellen gelegt und die Oberarme mit Seilen gefesselt. Das Justizministerium verteidigt dies mit dem Argument, man musste "verhindern, dass sich der Angeklagte selbst Verletzungen zufügt". Song, so der NIS, sei unter anderem 1973 der nordkoreanischen Partei der Arbeit beigetreten, 1991 in deren Politbüro aufgenommen und in der Parteihierarchie unter dem Namen Kim Chol-Su auf Rang 23 geführt worden. Als Anhänger des 1994 verstorbenen Staats- und Parteichefs Kim Il-Sung habe Song Nordkorea mehrfach bereist und Gelder aus der Volksrepublik erhalten. Wissenschaftlich und publizistisch habe er apologetisch Position für Nordkorea bezogen und dem Ansehen der Republik Korea (Südkorea) schwer geschadet - allesamt Verstöße gegen das aus dem Jahre 1948 datierende Nationale Sicherheitsgesetz (NSG).

Diese "Erkenntnisse" übermittelt der NIS dem Ausschuss für nachrichtendienstliche Tätigkeiten in der Nationalversammlung, wo vor allem Vertreter der größten Oppositionspartei, der Großen Nationalpartei (GNP), diese begierig aufschnappen. Die Konservativen und Reaktionäre im Lande instrumentalisieren die "Affäre des Dissidenten Song" und wittern die willkommene Chance, ihre politischen Kalküle durchzusetzen. Erstens: Sie haben ihre Niederlage bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 2002 bis heute nicht verkraftet und sinnen auf Revanche. Zweitens: Sie opponieren gegen Präsident Roh Moo-Hyun, weil dieser die "Sonnenscheinpolitik" seines Vorgängers fortsetzt. Statt Milde im Umgang mit dem Norden anzumahnen, plädieren sie für Härte gegenüber Pjöngjang. Drittens: Mit der Forderung nach einem stärkeren Sicherheitsstaat (unbedingtes Beibehalten des NSG im Innern; weitere Entsendung von Kampftruppen in den Irak; gemeinsam mit den USA geschürter "Antiterror"-Kurs gegen Nordkorea) wollen sie ihre Mehrheit in der Nationalversammlung bei den Wahlen im April noch ausbauen. Viertens: Mit Song Du-Yul soll eine Symbolfigur eines anderen Korea demontiert, legitimer Widerstand gegen die frühen Militärdiktaturen im Nachhinein diskreditiert und generell Kritik am herrschenden System unterbunden werden.

In diesem Sinne spiegelt die "Affäre des Dissidenten Song" ein tragisches Kapitel kalter Nachkriegsgeschichte und heißer aktueller innenpolitischer Konflikte. Gleichzeitig aber ist sie Ausdruck des Absurden. Politiker, Firmenbosse, Sportler und Touristen aus Nord und Süd dürfen sich, wiewohl staatlich reglementiert, treffen. Koreaner im Norden geben Interviews, und im Süden werden die Meinungen der "Feinde" publik gemacht. Alles das verbietet das NSG - eigentlich. Assistiert werden die Kalten Krieger von einer Medienkamarilla, die Song öffentlich zum Freiwild erklären. Ungestraft wird der Angeklagte als "Idiot", "Bastard", "Vaterlandsverräter", "bezahlter Spion Nordkoreas", "pro-nordkoreanischer Lügenprofessor" u.ä. denunziert. Das Prinzip der Unschuldsvermutung des Beschuldigten bis zum Beweis des Gegenteils verkehrt sich in üble Vorverurteilung und Ehrabschneidung, was der Familie Song Morddrohungen einbringt.

Am 19. November 2003 hat die Staatsanwaltschaft ihre Anklageschrift verfasst, die jedoch bis zum Prozessbeginn am 2. Dezember von der Verteidigung nicht eingesehen werden konnte. In der 82 Seiten umfassenden Anklageschrift werden dem Wissenschaftler folgende Verbrechen vorgeworfen: Beitritt in eine "staatsfeindliche Organisation", "Übernahme einer führenden Funktion in einem Territorium, das unter der Herrschaft einer ‚staatsfeindlichen Organisation` steht" und Kontakt zu bzw. Kommunikation mit einer "staatsfeindlichen Organisation". Wörtlich heißt es auf Seite 1 der Anklageschrift: "Obwohl der Angeklagte weiß, dass es sich bei Nordkorea um eine ‚staatsfeindliche Organisation` handelt, die, sich als ‚Regierung` ausgebend, zum Zwecke des Sturzes des Staates (Südkorea) illegal organisiert wurde, ... machte er sich in den folgenden Punkten strafbar". Dazu zählen: Publikationen, die die nordkoreanische Ideologie verherrlichen und pro-nordkoreanische Kräfte stärken; Gründung pro-nordkoreanischer Organisationen; "Verherrlichung und Verbreitung der nordkoreanischen Ideologie (Feindbegünstigung)" durch Veröffentlichungen sowie die

Organisation wissenschaftlicher Konferenzen. Das entsprechende "Vereinigungsforum" sei auf Initiative Nordkoreas entstanden.

Bis heute hat die Staatsanwaltschaft keinen dieser Anklagepunkte belegen können. Was Songs vermeintlichen nordkoreanischen Politbürokandidatenstatus betrifft, stützt sich die Staatsanwaltschaft einzig auf die Behauptung des vor Jahren aus Nordkorea übergelaufenen, einstigen ideologischen Mentors von Kim Jong-Il, Hwang Jang-Yop. Mit dessen Glaubwürdigkeit steht es allerdings nicht zum Besten. Am 11. Februar knickte Hwang ein und erklärte unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Zimmer des vorsitzenden Richters, er habe lediglich gehört, dass Song Mitglied des Politbüros der (nordkoreanischen) Partei der Arbeit sei.

Was die Konferenzen koreanischer Wissenschaftler aus Süd und Nord zum Thema Wiedervereinigung betrifft, so wurden all diese Treffen von südkoreanischen Firmen und Zeitungen finanziell unterstützt. Song agierte dabei als Scharnier zwischen den AkademikerInnen aus beiden Staaten. Als deutscher Staatsbürger kann Herr Song ohnehin reisen, wohin er will - Reisen nach Nordkorea sind nicht justiziabel.

Ferner wird der Angeklagte beschuldigt, bei der Gründung zahlreicher Auslandsorganisationen von KoreanerInnen seit Mitte der siebziger Jahre Pate gestanden zu haben, die allesamt nordkoreafreundlich gewesen beziehungsweise von der Volksrepublik gesteuert worden seien. Doch diesen Organisationen ging es um Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte in Südkorea, wo die Regierenden mit Wissen und Duldung der USA im Mai 1980 einen Volksaufstand in der südwestlichen Stadt Kwangju brutal mit Panzern niederwalzten. Wenn jemand dem Ansehen Südkoreas in der Welt Schaden zugefügt hat, dann waren es die Ex-Generäle Park Chung-Hee, Chun Doo-Hwan und Roh Tae-Woo, die allzu lange das Sagen gehabt und ihre Bevölkerung gewaltsam zum Verstummen gebracht hatten.

... schnurstracks in die Fänge des Geheimdienstes

"In der Nacht", sagt Song Du-Yul, "sind alle Blumen schwarz. Erst bei Licht besehen werden sie farbig. Farben sind Kräfte. Kräfte wirken mit- und gegeneinander. Auch kann die kulturelle Vielfalt ihre Energien entfalten, wenn sie im Lichte steht. Wenn sich die einzelnen Kulturenergien abstoßen und durch Ähnlichkeiten auch anziehen können, entstehen gerade dadurch ungeahnte neue Schattierungen und vielfältige Zwischentöne". Nur: Wer will die im geteilten Korea schon hören?

Rainer Werning

Die Website www.freesong.de informiert über aktuelle Entwicklungen im "Fall Song".

6. Kein Geld für Militärinternierte?

Italienische Zwangsarbeiter klagen auf Entschädigung

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:06

Vor dem Berliner Verwaltungsgericht ist zur Zeit eine Klage von italienischen Militärinternierten anhängig, die im Herbst 1943 in Italien verhaftet und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden sind. Ihnen wird bisher eine Entschädigung von der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" verweigert. Nach der ersten mündlichen Verhandlung, die zunächst vertagt wurde, gab das Gericht am 23. Februar bekannt, dass das Verfahren wiederholt wird.

Offenbar ist der Kammer inzwischen die große Bedeutung dieser Musterklage von Antonio Basile und Giacomo Malberto klar geworden, die für nahezu 4.200 weitere Klagen von ehemaligen italienischen Militärinternierten und die Entschädigungsansprüche von etwa 90.000 Überlebenden Folgen hat. Die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeit verweigert grundsätzlich Zahlungen an ehemalige italienische Militärinternierte (IMI); mehr als 100.000 Ablehnungsbescheide wurden bisher an diese Opfergruppe verschickt. Die Stiftung und das Bundesministerium der Finanzen als ihre Aufsichtsbehörde begründen dies mit der Auffassung, die IMI seien Kriegsgefangene gewesen und daher von Leistungen nach dem Stiftungsgesetz ausgeschlossen.

Nachdem Mussolini im Juli 1943 gestürzt worden war und sein vom König ernannter Nachfolger, Marschall Pietro Badoglio, am 8. September den Waffenstillstand erklärt hatte, errichtete die deutsche Wehrmacht in Italien ein brutales Besatzungsregime. Sie war auf den Regierungswechsel in Italien gut vorbereitet und auch darauf, nun italienische Kriegsgefangene nach Deutschland zu bringen und als Zwangsarbeiter auszubeuten. Alle italienischen Soldaten, die nicht bereit waren, auf deutscher Seite weiter zu kämpfen - etwa 600.000 Menschen -, wurden gefangen genommen und ins Deutsche Reich und die besetzten Gebiete deportiert. Dort mussten sie vor allem für die Rüstungsindustrie arbeiten. Im September 1944 wurden die IMI dann auf Drängen von Rüstungsminister Speer in ein Zivilarbeitsverhältnis überführt. Sie unterstanden nun nicht mehr der Wehrmacht, wurden aber als "Verräter" besonders schlecht behandelt. Zehntausende von ihnen starben in den Lagern an Hunger und Entkräftung.

Zwangsarbeiter sind keine Kriegsgefangenen

Diesen Statuswechsel der IMI betrachtet die Bundesregierung als nicht wirksam, so dass die etwa 90.000 Überlebenden heute als Kriegsgefangene gelten und damit kein Recht auf eine Entschädigung aus den Mitteln der Stiftung haben. Dabei beruft sich das Finanzministerium auf ein Auftragsgutachten des Völkerrechtlers Christian Tomuschat. Darin heißt es, dass die italienischen Soldaten Kriegsgefangenen gewesen seien, "welche Bezeichnung auch immer das nationalsozialistische Regime für sie gewählt haben mag." Ihre Überführung in den Zivilarbeiterstatus habe gegen das Völkerrecht verstoßen und sei daher nichtig.

Hier liegt der Kern des Rechtsstreits um die Entschädigung der IMI. "Es ist absurd, dass sich Deutschland auf einen eigenen Völkerrechtsbruch beruft, um damit Zahlungen zu vermeiden", sagt Joachim Lau, der Anwalt der Italiener. In der Verhandlung vor dem Berliner Verwaltungsgericht am 19. Februar betonte er, dass die italienischen Soldaten von der nationalsozialistischen Regierung Deutschlands nie als Kriegsgefangene behandelt oder bezeichnet wurden, sondern als Militärinternierte bzw. Zivilarbeiter. Der von der Genfer Konvention geschützte Status als Kriegsgefangene und die damit verbundenen Rechte wie Betreuung durch das Rote Kreuz wurden ihnen versagt. Zudem seien seine Mandanten Antonio Basile und Giacomo Malberto am 9. bzw. 13. September 1943 verhaftet worden, zu einem Zeitpunkt also, als sich Italien nicht im Kriegszustand mit Deutschland befand.

Denn als die neue italienische Regierung unter Badoglio am 8. September den Waffenstillstand mit den Alliierten verkündete, wurde auch ein Befehl an die italienischen Truppen ausgegeben, der feindliche Handlungen gegen deutsche Soldaten untersagte. Am folgenden Tag löste sich die italienische Heeresleitung auf und mit ihr das italienische Heer. Die spätere Kriegserklärung der Regierung Badoglio an Deutschland vom Oktober 1943 könne seine Mandanten nicht nachträglich zu Kriegsgefangenen machen, sagte Lau; zudem hätten sie weder Waffen noch Uniformen getragen, als sie festgenommen wurden. Ihr Status dürfe 60 Jahre später nicht einfach umdefiniert werden.

Doch gerade dies versucht die Bundesregierung mit Hilfe von Tomuschats Gutachten, das nicht nur von Lau kritisiert wird. Tomuschats Argumente gegen eine Entschädigung der Italiener stehen in eklatantem Widerspruch dazu, dass polnische Kriegsgefangene, die 1940 ebenfalls zu Zivilarbeitern deklariert wurden, Gelder der Stiftung erhalten haben. Offensichtlich soll das erst im Jahre 2001 verfasste Gutachten nachträglich legitimieren, was längst beschlossene Sache war, nämlich die IMI nicht zu entschädigen. Für sie sind im Stiftungsfonds keine Mittel vorgesehen, ihre Ansprüche würden jene Teilsumme, die für westeuropäische Zwangsarbeiter bestimmt ist, bei weitem übersteigen. Bundesregierung und deutsche Wirtschaft sind jedoch nicht bereit, über die vereinbarten zehn Milliarden DM hinaus weitere Entschädigungen zu zahlen.

Vergessene Opfer, unterschätzter Widerstand

Die Anwälte der Bundesregierung und der Stiftung gingen auf die historischen Auslassungen Joachim Laus und seine Äußerungen zu Fragen des internationalen Rechts nicht ein, sondern verfolgten die Strategie, grundsätzlich die Zulässigkeit der Klage anzuzweifeln. Das Stiftungsgesetz verpflichte nicht zu Leistungen, und die BRD habe nur eine moralische und politische Verantwortung, eine rechtliche Schuld habe sie nie anerkannt, so ihr wichtigster Einwand.

Dem hielt Lau entgegen, dass es nicht ausreiche, Almosen an NS-Opfer zu verteilen. Das Stiftungsgesetz habe ein Rechtsverhältnis zwischen den Parteien geschaffen, ansonsten sei das komplizierte Regelwerk unsinnig. Die Antragsformulare der Stiftung enthalten zudem eine Erklärung, mit der die Entschädigten auf alle weiteren Ansprüche verzichten müssen. Dies sei das öffentliche Angebot eines Vergleichsantrages, so Lau, und entsprechend müsse auch ein Richter darüber entscheiden können. Andernfalls hieße dies, den Antragstellern jeglichen Rechtsschutz zu verweigern. Wenn die Bundesregierung nur eine moralische, jedoch keine rechtliche Verpflichtung zur Entschädigung der IMI einräume, könne dies nur bedeuten, dass sie internationales Recht nicht anerkenne.

Der Prozess in Berlin ist wahrscheinlich die letzte Chance für die IMI, eine bescheidene Entschädigung und nicht zuletzt auch eine Anerkennung dafür zu erhalten, dass sie die Weigerung, auf Seiten der Deutschen weiterzukämpfen, mit Deportation und Zwangsarbeit bezahlt haben. Unterstützung für ihre Forderungen an die Stiftung erhalten sie weder vom italienischen Parlament, geschweige denn von der Regierung in Rom. Das mangelnde Interesse am Schicksal der IMI erklärt sich auch aus der Einseitigkeit, mit der jahrzehntelang vor allem die Partisanen der Resistenza als antifaschistische Helden gefeiert wurden. Erst in jüngerer Zeit beginnt man in Italien, auch den stillen Widerstand der Militärinternierten zu würdigen.

Immerhin hat das Verfahren vor dem Berliner Verwaltungsgericht einige Aufmerksamkeit auch italienischer Medien erhalten, nicht zuletzt, weil sich Initiativen aus Hamburg und Berlin für die IMI einsetzen. Vielleicht ist das auch ein Grund, dass die Klage, anders als viele erwartet hatten, nicht gleich am ersten Tag der Verhandlung wegen Unzulässigkeit abgewiesen wurde. Das Gericht scheint bereit zu sein, sich mit den von Lau angeschnittenen Fragen zum Völkerrecht auseinander zu setzen.

Angela Martin

Weitere Informationen und Veranstaltungshinweise: www.berliner-geschichtswerkstatt.de

7. Erstarrte und enttäuschte Menschen

Aufgeschobenes Leben dominiert in dem Erzählband Gazellenblut

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:07

Es ist immer schwer, über eine ganze Generation zu schreiben, besteht eine willkürlich definierte Generation doch überwiegend aus Ausnahmen, Ungleichzeitigem und diffusen Übergängen. Es gibt aber vielleicht eine erkennbare Gruppe etwa Gleichaltriger, die den Verlockungen der Achtzigerjahre - jener Epoche, in der der Ostblock und die sozialen Anteile des kapitalistischen Blocks zu bröckeln begannen - im besonderen Maße auf den Leim gegangen sind.

Die Leute, die im beginnenden Zeitalter des Neoliberalismus, oder der Globalisierung, studierten, erstmals einen Beruf ergriffen oder einfach zwischen 20 und 30 Jahre alt waren, hat es hart getroffen. Durch eine recht tolerante Gesellschaft in den sozialliberalen Siebzigern auf eine solidarische Welt geeicht, fehlte ihnen die ironiefreie Widerborstigkeit der vor der Vollbeschäftigungszeit Geborenen. Ins mittlere Alter gekommen, wirken sie oft wie gelähmt - oder fast sprachlos um Fassung ringend.

Es ist dieses Szenarium, das die heute in Ostberlin am Prenzlauer Berg wohnende 45-jährige Autorin Claudia Gohmert in ihrem jüngst erschienenen Erzählungsband Gazellenblut beschreibt. Die elf Geschichten im Buch reichen vom einfachen Gedankenstrom einer Frau, die mit unerfüllten Hoffnungen neben dem Telefon wartet ("Ferngespräch") bis hin zu einem fast fünfzigseitigen Reigen bestehend aus fünf weiblichen und fünf männlichen Charakteren, deren gemeinsamer Berührungspunkt die auf schick gestylte Gaststätte "Das Goldene Kalb" ist.

Claudia Gohmert hat die fünf hoffnungslosesten Erzählungen ihres Buch-Debüts am Anfang versammelt. Die Geschichten finden auf einer beinahe ortlosen, luftleeren Bühne voller enttäuschter und erstarrter Menschen statt. Am Küchentisch, im Bett oder im Supermarkt machen die Personen zwar äußerlich gesehen Konversation, es wirkt aber als finde alles unter Wasser statt: die Münder gehen zwar auf und zu, aber es kommt nichts an. Gleichzeitig bewegen sich die Leute zwar aufeinander zu, aber schwerfällig, wie in Zeitlupe und - letztlich - aneinander vorbei.

Münder gehen auf und zu ...

Gohmert beschreibt die gescheiterten Existenzen eigentlich wohlmeinender Menschen, die einsam sind, darunter leiden, aber zur kollektiven Existenz und zum selbstbestimmten Handeln nicht mehr fähig sind. Vielleicht sind die irrealen Anforderungen einer Epoche schuld, welche suggerierte, dass - wenn man nur wolle - alles ginge. Oder wie es die knapp 40-jährige Iris beim Anblick eines jugendlichen Punks in der Erzählung "Das goldene Kalb" ausdrückt: "Denkt, das könnte mein Sohn sein, wenn das damals anders gelaufen wär, mit Hans oder Rolf oder Tom oder einem von den anderen, die da waren, für eine Nacht oder drei Monate, weil man sich nicht festlegen wollte, noch so viel vorhatte, noch so viel anders machen wollte, weil man nicht wollte, dass das schon alles gewesen sein sollte."

Überhaupt dominiert in Gazellenblut das aufgeschobene Leben: woanders und in der Zukunft liegt das eigentliche Leben, die tatsächlich gelebte Gegenwart ist sinnlos, bedeutungslos und unveränderbar.

In "Das goldene Kalb", der mittleren der elf Erzählungen, gibt es jedoch erste Hoffnungsschimmer. Nach wüsten Zerwürfnissen und Katastrophen findet sich für einige der Charaktere ein erstes, kleines Glück. Die darauf folgenden Geschichten sind insgesamt etwas versöhnlicher. Beschrieben wird das hippe, jüngere Berlin der Neunzigerjahre zwischen Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Meist ist es eine Ich-Erzählerin oder ein Ich-Erzähler, die über die Niederlagen des eigenen Lebens im Schatten einer nachkommenden Generation nachdenken und Kritik an der eiskalt-trendigen Fashion-Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen äußern. Es stellt sich die Frage, ob hier nicht etwas Alterskonservatismus durchbricht, nach dem Motto: "Das war bei uns aber noch besser - trotz aller Scheiße".

Die Beobachtungen bleiben dennoch im Gedächtnis hängen. So geht die in den mittleren Jahren steckende Sonja in der Erzählung "Der Marmeladenteufel" auf die trendige Fete ihrer jüngeren Nachbarin Andrea. Dort trägt man schwarz oder "trauriges Küchenvorhangbunt", bei dem Sonja an die Küche ihrer Großmutter denken muss. Sonja dagegen trägt eine knallig rote Bluse, in der, so sagt Andrea, ihr "relativ großer Busen gut zur

Geltung" komme. Wie um ihr Außenseitertum zu unterstreichen, bekommt Sonja jedoch unmissverständlich gesteckt, dass nur kleine Brüste die Schönheitsnorm erfüllen und Begehren wecken. Ausgeschlossen von den kleinen Tröstungen der jüngeren Generation, einer - wenn auch irrealen - Aufbruchstimmung oder einem Gefühl der Zugehörigkeit, spürt Sonja nur noch, dass sie älter und vielleicht weiser ist. Nur, was soll sie mit der ganzen Weisheit in ihrer einsamen Neuköllner Wohnung anfangen?

... aber nichts kommt an

Mit Gazellenblut ist Claudia Gohmert ein äußerst reicher Erzählteppich gelungen, der Aspekte des seelischen Zustandes von beziehungsmäßig, örtlich und ideologisch flexiblen - oder sollte man sagen: unbeständigen - Menschen anrührend erzählt. Leute zwischen 20 und 40 werden beschrieben, bei denen das Versprechen, von alten Zwängen erlöst zu werden, nur in neuen Zwängen und Vogelfreiheit endete. Trotz schwärzester Momente klingt in Gohmerts Geschichten aber doch immer wieder die leise Hoffnung durch, dass es letztlich doch ganz anders ginge, wenn man nur wollte.

Carl Mosel

Claudia Gohmert: Gazellenblut. Erzählungen. Augsburg (Maro Verlag), 2003. 177 Seiten, 14,90 Euro

8. Umherschweifende ProduzentInnen. Intro

"Die Kosten rebellieren ..."

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:08

Seit über einem Jahr ist innerhalb des antirassistischen Netzwerks kein mensch ist illegal unser Arbeitsschwerpunkt "Arbeit - Migration - Prekarisierung" aktiv. Unser Ziel ist es, zusammen mit anderen Gruppen und Bündnissen wie kanak attak oder der Gesellschaft für Legalisierung jenen Perspektivwechsel zu unterstützen, von dem in jüngerer Zeit insbesondere unter der Überschrift der "Reökonomisierung von Antirassismus" die Rede gewesen ist. (vgl. ak 471) Konkret plädieren wir für zweierlei: Zum einen dafür, die antirassistische Agenda um Themenfelder wie neue Arbeits- und Ausbeutungsstrukturen von (nicht nur illegalisierten) MigrantInnen und Flüchtlingen zu erweitern; zum anderen dafür, Brückenschläge herzustellen, nicht nur innerhalb des antirassistischen Feldes selbst, sondern auch international und zu anderen Teilbereichsbewegungen wie Gewerkschaftslinke, (Anti-)Globalisierungsbewegung oder Umsonst-, Anti-Hartz-, etc. Kampagnen.

In unserem Versuch, thematische, soziale und interventionistische Querverbindungen herzustellen, erscheint uns vor allem das begriffliche Doppel "Prekarisierung" und "Aneignung" von strategischer (Schnittstellen-)Bedeutung zu sein: Beide werden mittlerweile von unterschiedlichster Seite aus besetzt, zum Teil auch mit unterschiedlichem Selbst-Verständnis, worin wir spannendes und notwendiges Diskussionspotenzial sehen.

Unter dem Titel "Zwischen Ausbeutung und Aneignung" beschäftigen wir uns mit einigen der sozioökonomischen Eckpunkte in Sachen Arbeit, Migration und Prekarisierung. Differenziert nach unterschiedlichen Ländern und Branchen wollen wir zeigen, wie es insbesondere im Zuge neoliberaler Globalisierung zur Herausbildung nicht nur transnationaler Arbeitsmärkte und deregulierter Niedriglohnsektoren gekommen ist, sondern auch zu einem verschärften, zunehmend global ausgerichteten Migrationsregime.

Querverbindungen thematisch

In dem Streitgespräch zwischen zwei VertreterInnen von uns und Ade Alabi und Sunny Omwenyeke von The Voice bzw. der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen geht es um die Frage, ob und welche politische bzw. strategische Bedeutung es hat, im Feld von Arbeit, Migration und Prekarisierung gezielt zu intervenieren. Denn nicht nur unter uns selbst ist diese Frage reichlich umstritten.

Grob gesprochen oszilliert die aus zum Teil sehr unterschiedlichen Blickwinkeln geführte Debatte zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite steht die operaistisch eingefärbte Überzeugung, wonach Migration eine soziale Aneignungsbewegung sei und die politische Macht von Exodus und Verweigerung die Souveränität nicht nur von Nationalstaaten, sondern auch der neuen Hyperausbeutungsregimes untergraben würde. Dem steht die (von uns in dieser Form nicht geteilte) Überzeugung gegenüber, wonach allein die individuellen Überlebensstrategien unzähliger MigrantInnen noch keinen Frühling macht. Vielmehr seien "diese Formen der Aneignung", wie z.B. die arranca!-Redaktion in ihrer aktuellen Ausgabe formuliert, "erst unter zwei Bedingungen politisch subversiv: Zum einen durch den Übergang von der individuellen zur kollektiven Aneignung und zum anderen mit der Integration in ein hegemoniebestrebtes linkes Projekt, also als Teil einer kollektiven Perspektive gesellschaftlicher Umwälzung."

Allen Differenzen zum Trotz, es gibt erfolgreiche Interventionen - und auch die möchten wir zur Diskussion stellen: Gerda Heck interviewt Kimi Lee vom Garment Workers Center in Los Angeles. Workers Center haben sich in den USA in den letzten Jahren als außergewerkschaftlicher Organisierungsansatz von zumeist migrantischen und häufig illegalisierten NiedriglohnarbeiterInnen verbreitet. Im vorliegenden Beispiel geht es um ein Projekt, in dem sich Sweatshop-NäherInnen nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen, sondern z.B. auch für Legalisierungen kämpfen. Ein völlig anderes Beispiel ist die erfolgreiche und in letzter Zeit viel besprochene Kampagne gegen Lohnbetrug auf einer Berliner Großbaustelle. (vgl. ak 480) Die an diesem Coup mit beteiligte Gruppe elexir-a versucht in ihrem Beitrag, ein politisches Resümee ihrer Aktivitäten zu ziehen.

Querverbindungen aktiv

In den nächsten Monaten wird es verschiedene Möglichkeiten geben, an diesen und anderen Fragen weiterzudiskutieren: Vom 7. bis 9. Mai wird in München ein antirassistisches Forum stattfinden. (Näheres unter http://www.contrast.org/ borders/kein/index.html) Schon in der Auftaktveranstaltung soll diskutiert werden, in wie weit sich Antirassismus vor dem Hintergrund der aktuellen sozialpolitischen Angriffe verändert. Ein thematischer Schwerpunkt wird sich zudem um regionale Praxen im Feld prekärer Arbeit und Migration drehen. Vom 21.-23. Mai kommt dann in Kassel der nächste BUKO zusammen. Unter dem Titel "Arbeit und soziale Reproduktion" wird es u.a. um neue alternative oder außergewerkschaftliche Organisierungsformen gehen. Besondere Bedeutung dürfte schließlich die "Prekarisierungskonferenz" erlangen, die vom 25. bis 27. Juni in Dortmund stattfinden wird.

Mit dem Neuro-Festival (Networking in Europe) hat bereits vom 26.-29. Februar in München ein wichtiger Termin stattgefunden. Denn Neuro bot u.a. den Rahmen für die Vorstellung der ersten Version einer "Internetplattform zu prekarisierter Arbeit und Migration" (siehe http://thistuesday. net/log/), die in den vergangenen Monaten auf mehreren internationalen Konferenzen entwickelt wurde. Von gewerkschaftlichen Organisierungskampagnen (justice for janitors/USA) über Alternativgewerkschaften (wie SUD/Frankreich) und Worker Center bis hin zu unterschiedlichsten Untersuchungs- und Beratungsprojekten in Madrid, Bologna oder Hongkong stellen Initiativen ihre Ansätze vor. Erfahrungsaustausch und gegenseitige Inspiration sollen im Mittelpunkt stehen, um mittelfristig einen transnationalen Diskussions- und Organisierungsprozess in Gang zu setzen.

Arbeitsschwerpunkt AMP/kmii

"Die Kosten rebellieren ..."

Internationale Versammlung zu Prekarisierung. Auf Initiative von Labournet sowie AktivistInnen von kein mensch ist illegal wird vom 25.-27. Juni in Dortmund eine Konferenz stattfinden, um an der gesellschaftlichen Schnittstelle "prekäre Beschäftigung und (legale wie illegale) Migration" in beide Richtungen die Grundlage für eine intensivere Zusammenarbeit zu legen. Von migrantischen Selbstorganisationen bis zu GewerkschafterInnen, von antirassistischen bis Erwerbslosengruppen sind Interessierte und Engagierte eingeladen, um auf Podien wie auch in Arbeitsgruppen kontroverse Debatten zu führen sowie konkrete Handlungsansätze zu entwickeln. Auf dem Webforum (http://labournet.de/phpbb/index.php) findet sich der Aufruf, und dort lassen sich auch bisherige Programmplanungen mitverfolgen bzw. mitgestalten.

9. Zwischen Ausbeutung und Aneignung

Eine Reökonomisierung des Antirassismus eröffnet vielfältige Chancen

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:09

Beginnen wir mit Selbstkritik: Die antirassistische Bewegung hat sich in den vergangenen Jahren mit der Reorganisierung des Kapitalismus unzureichend auseinander gesetzt. Rassismus reichte als Erklärungsvariable für die Abschottungspraxis der Festung Europa weitgehend aus. Die Dienstboteneingänge blieben ein Randthema, der Zusammenhang von Ökonomie und Migrationsregime absolut unterbelichtet. Die Kampagne kein mensch ist illegal hatte 1997 im gleichnamigen Appell die Arbeitssituation der Illegalisierten zwar angesprochen, aber eine diesbezügliche Praxis blieb die Ausnahme.

Spätestens im Jahr 2000 brachte die Debatte um Green Card und Zuwanderungsgesetz einmal mehr auf die Tagesordnung, dass Migrationskontrolle nicht nur radikal ausgrenzt, sondern auch nach Qualifikation und Arbeitsmarktinteressen sortiert. Dass sich die Festung Europa gegenüber den Migrationsbewegungen als porös erweist und unter den Bedingungen der Rechtlosigkeit neue Arbeits- und Ausbeutungsstrukturen von (papierlosen) MigrantInnen entstanden sind, lag weitgehend außerhalb antirassistischer Interessen. Dass Flüchtlinge zum Überleben auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, war angesichts der Auseinandersetzungen um Lebensmittelgutscheine und Fresspakte, vor allem aber um Abschiebeterror und Lagerunterbringung kaum wahrgenommen worden - bis Berichte von migrantischen Arbeitskämpfen bekannt wurden.

Nun kann es nicht darum gehen, im Rahmen eines neuen Aktionsschwerpunkts "Arbeit und Migration" (illegalisierte) Flüchtlinge oder MigrantInnen als Opfer der ausbeuterischsten Arbeitsverhältnisse auszumachen und zum neuen Untersuchungs- und Unterstützungsobjekt zu erklären. Auch jeder Erwartung, hier die Avantgarde radikalen politischen Widerstands aller Niedrigstlohnbeschäftigten zu vermuten, stehen wir mit gehöriger Skepsis gegenüber. Wir plädieren zunächst einmal für einen Perspektivenwechsel, nämlich Migration, die Transnationalisierung von Arbeitsmärkten, Migrations- bzw. Mobilitätskontrolle und das Thema "Arbeit" zusammen zu denken. Dies stellt für die verschiedensten Fraktionen der Bewegungsszenerie von den Anti-Abschiebekämpfen, über die Umsonst-Kampagnen bis zu den Gewerkschaftslinken eine Herausforderung an eingefahrene Denkmuster dar; aber auch eine Chance für überbrückende theoretische Auseinandersetzungen sowie für übergreifende praktische Handlungsansätze.

Ein notwendiger Wechsel der Perspektive

Von den 1950er bis zu den frühen 1970er Jahren (eine Zeit, die vielfach als fordistisch reguliert charakterisiert wird), dominierte in Deutschland die Vorstellung, Arbeitskräftebedarf könnte über Gastarbeiterabkommen staatlich gesteuert werden. kanak attak weist daraufhin, dass es sich bei dieser Politik nicht nur um Anwerbung, sondern auch um den Steuerungsversuch faktisch bereits existierender Migration gehandelt hat. Der Bedarf an Arbeitskräften für körperlich anstrengende und schlecht entlohnte Industriearbeitsplätze war insbesondere deshalb entstanden, weil diejenigen diese Arbeit mieden, die im Zuge der Umstrukturierung sowohl des Bildungssystems als auch der Arbeitsmärkte "nach oben" gespült wurden. Zuwanderungsmöglichkeiten wurden dann Anfang der 1970er gestoppt, sieht man von Saisonarbeiterkontingenten, der Familienzusammenführung und dem Asylrecht ab. Migration hat nichtsdestotrotz weiterhin stattgefunden - legal über das erwartete Maß hinaus sowie irregulär.

Selbst von (wirtschafts-) wissenschaftlicher Seite wird mittlerweile attestiert, dass die Zuwanderung illegalisierter MigrantInnen entgegen anders lautender politischer Äußerungen billigend akzeptiert wurde bzw. wird: MigrantInnen sind unterhalb arbeitsrechtlich und tarifvertraglich garantierter Standards als Billigst-Arbeitskräfte einsetzbar; das ist in vielerlei Hinsicht funktional, außerdem sind bestimmte Branchen zum Überleben darauf angewiesen. Im Grundsatz galt und gilt dies für die meisten westlichen Staaten, wenn es national auch verschiedene industrie- und gesellschaftspolitische Besonderheiten gab. Unterschiede bestehen wesentlich im Diskurs. Die Integration von Illegalisierten in die Wirtschaft als solche ist in Deutschland kaum öffentliches Thema, die Aufmerksamkeit ist allenfalls auf Frauen im Sexgewerbe und in privaten Haushalten (Opferdiskurs) und auf Männer im Baugewerbe (Konkurrenzdiskurs) konzentriert. Demgegenüber lässt sich in der von Obst- und Gemüseexport abhängigen Tourismushochburg Spanien die Bedeutung undokumentierter LandarbeiterInnen, Hotel- oder Gaststättenbediensteter schlechterdings leugnen.

Ähnlich ist es in den USA ein offenes Geheimnis, dass massiv auf die Beschäftigung von "undocumented migrants" zurückgegriffen wird, im Unterschied zu Deutschland auch in alten und neuen Schlüsselindustrien.

Nun lässt sich seit Ende der 1990er Jahren eine Wende auch in Deutschland registrieren. Unter dem Vorzeichen "Deutschland - Einwanderungsland" wird offensiver denn je die Notwendigkeit einer regulierten Arbeitsmigration konstatiert. Parallel zu einer Verschärfung der Abschottungspolitik, der Grenzkontrolle und des Ausbaus der Auffang-, Ausreise- und Abschiebezentren (Stichwort: Lagerisierung) wird zusammen mit der EU und den USA erstmalig eine kontrollierte, dem Arbeitsmarkt angepasste und flexible Zuwanderung angestrebt.

Verzweifelte Versuche der Steuerung

Was steckt dahinter? 1. Stellen wir die Arbeitskräftenachfrage nach Illegalisierten mit der Globalisierung in Zusammenhang, so zeigt sich, dass der Bedarf an Billigst-Arbeitskräften in Wirtschaftszweigen tendenziell sinkt, die standortunabhängig ihre Produktion bzw. Dienstleistung über Grenzen hinweg verlagern können. Paradebeispiel hierfür ist Los Angeles: Ursprünglich ist dort seit den 1980er Jahren mittels Beschäftigung undokumentierter MigrantInnen ein neues Zentrum der US-amerikanischen Bekleidungsproduktion entstanden. Da in der Zwischenzeit jedoch die Produktion verstärkt internationalisiert wurde, nimmt die Beschäftigtenzahl wieder ab. Diese Logik ist überall, selbst in vermeintlich standortabhängigen Sektoren anzutreffen: Winzer müssen auf Grund steigender Importe die Produktion einstellen oder aber die z.B. rumänischen SaisonarbeiterInnen noch stärker ausbeuten. Und wenn selbst der Brötchenteig in Marokko oder Polen hergestellt wird, sinkt der entsprechende Arbeitskräftebedarf oder die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen werden noch weiter unter Druck gesetzt.

2. Aktuelle Begriffe wie "Wissensgesellschaft" und "immaterielle Arbeit" lassen leicht übersehen, dass der globalisierte Kapitalismus nicht nur neue Berufe und Arbeitsverhältnisse für hoch qualifizierte WissensarbeiterInnen schafft, sondern ebenso Jobs im Niedrigstlohnbereich, für die ein so genannter Arbeitskräftemangel beklagt wird. Es greift zu kurz, diesen nur da zu orten, wo MigrantInnen immer schon waren (Hotel- und Gaststättengewerbe, Gebäudereinigung, Haushalt, Pflege, Bau, Handwerk etc.) und nicht zu sehen, welche Veränderungen sich hier mittlerweile vollzogen haben. So wächst zum Beispiel ein Bedarf an Haushaltshilfen, wenn der Anteil erwerbstätiger Frauen in gut dotierten Vollzeitstellen zunimmt. Selbstredend wächst bei einer alternden Bevölkerung auch der Bedarf an Pflegekräften. Hotel- und Gaststättengewerbe meint des weiteren nicht mehr einzig die Kneipe und das Hotel um die Ecke, sondern zusammen mit Freizeitparks, Unterhaltungsbusiness und Sexgewerbe den hoch lukrativen Wirtschaftssektor "Freizeitwirtschaft". Ähnlich ist Gebäudereinigung heutzutage das Metier von Unternehmen, die sich mit Facility Management auf einen neuen Profitbereich konzentrieren. Schließlich ist auch die These von Saskia Sassen zu berücksichtigen, wonach insbesondere in den so genannten global cities mit ihrem hohen Anteil junger SpitzenverdienerInnen der Bedarf nach "einfachen" personenbezogenen Dienstleistungen enorm steigt.

Subkontraktsystem und Schwarzarbeit

All dies bedeutet nicht, dass große Unternehmen eine direkte Nachfrage nach Illegalisierten hätten - sind doch, zumindest in Europa, die Gewerkschaften in diesem Sektor noch halbwegs präsent. Allerdings operieren hier zunehmend kleine bis kleinste Sub(subsub)unternehmen, die auf Kostendruck und Konkurrenz mit der Beschäftigung von SchwarzarbeiterInnen reagieren (müssen) - ob mit oder ohne Pass. Die Ausrichtung am Markt, Dezentralisierungs- und Outsourcingprozesse macht also Informalisierung zu der Normalität, die mit der eingangs zitierten Porösität des aktuellen Grenzregimes korrespondiert.

Spätestens hier verbindet sich die neue Migrations- mit der neuen Arbeits- und Sozialpolitik. Denn gleichzeitig wird die Regulierung von Bereichen informeller Arbeit mit Blick auf Steueraufkommen und (rechtspopulistischen) Ordnungswahn zum verstärkten Ziel, sei es über die Androhung intensivierter Kriminalisierung von Schwarzarbeit, über die Abschaffung des Meisterbriefs als Versuch der Regulierung von halb-legal wirtschaftenden Handwerksbetrieben oder über die Green Card für Pflegekräfte. Arbeitszwang über Hartz für Erwerbslose und Minijobs sollen des Weiteren den Bedarf nach flexiblen Arbeitskräften decken - genau so soll über die Integration in prekäre, staatlich regulierte Niedrigstlohnjobs die Nachfrage nach SchwarzarbeiterInnen und Illegalisierten "von oben" minimiert werden.

Last but not least gewinnt der Versuch an Bedeutung, innerhalb von Europa die Mobilität immer stärker staatlich zu fördern. Europaweite Arbeitskräftemobilität wird somit zum Gegenstück einer nach außen hin abschottenden und selektierenden Migrationspolitik. Genau so zielt die EU-Erweiterung zum 1. Mai mit ihren für die nächsten sieben Jahre noch nationalstaatlich regulierten Arbeitserlaubnissen auf passgenaue Steuerung eines Arbeitskräftepotenzials, das seit über einer Dekade immer bedeutender geworden ist: Die osteuropäische Arbeitsmigration, bislang zumeist "illegal" und als transnationalisierende Pendel- oder Dauermigration immer wieder zwischen Ausbeutung und Aneignung changierend.

Neue Formen der Organisierung

Was heißt dies nun? Kommen wir mit einer Diskussion über Formen der "Aneignung" von überlebensnotwendigen und lebenswerten Ressourcen, Räumen, Selbstbildern weiter, wie es der nächste BUKO vorschlägt, oder brauchen wir nicht auch eine klarere Vorstellung davon, wie sich darin politisches Handeln konkretisiert?

Nehmen wir das Beispiel Migration: Zur Herausforderung für eingefahrene linke Denkschablonen und Ansätze wird sie, weil sie Knackstellen politischer Steuerung deutlich macht. Ob Grenzregime oder Mobilitätskontrolle, die Frage nach sozialen und politischen Rechten, Bewegungs- oder Kommunikationsfreiheit - das sind Territorien, in denen der Wettstreit oder Kampf mit dem Regime ausgetragen wird. Und das nicht zuletzt, weil MigrantInnen zu jenen zählen, die angesichts der Arbeits- und Ausbeutungsstrukturen neue Widerstandsformen entwickeln. Wir plädieren für einen Perspektivenwechsel. In diesem Sinne geht es darum, jenseits sozialromantischer Verklärung die Potenziale in diesen Kämpfen anzuerkennen und gleichzeitig nach Verbindungs- und Vermittlungsmöglichkeiten zu anderen wie auch den eigenen sozialen Realitäten zu suchen.

Oder wer hätte es vorher für möglich gehalten, dass der Streik von afrikanischen Putzfrauen in Pariser Ibis Hotels eine internationale Unterstützung von anti-rassistischen Gruppen und linken Gewerkschaften mobilisiert und einen Konzern diskreditiert kann; dass Kämpfe von Niedrigstlohnbeschäftigen in den USA sich mit der Forderung nach Legalisierung verbinden; dass Lohnkonflikte bei Subunternehmern mit Hilfe des Internets und Vorortmobilisierung zum Druck gegen Multis werden können; und dass - Beispiel Workers Centers in den ethnic communities in den USA - neue Räume der Selbstorganisation entstehen, die zu Arbeitsbedingungen ebenso wie zu sozialen und politischen Rechten mobilisieren?

Arbeit, Migration, Prekarisierung/kein mensch ist illegal

10. Und wenn sie kommen? Dann antworten wir!

Die Ausstellung "Übersetzen" holt die Kunstwerke von Flüchtlingskindern in den öffentlichen Raum

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:10

Besäße das Pferd kein Horn, wäre auf dem Bild ein klassisches Jagdgespann zu sehen. Doch mit dem Nasenzusatz handelt es sich um "ein Einhorn und einen Hund. Das Einhorn hat den Hund in den Himmel getragen, und beide gucken, was alles im Himmel ist." Ida* erklärt mit ernster Miene ihr Bild, das sie für die Ausstellung "Übersetzen" ausgewählt hat. Unter diesem Titel wird sie vom 25.3 - 16.4. im Hamburger Kulturhaus Eppendorf Bilder vorstellen, die sie im Rahmen des Kunsttherapeutischen Ateliers für Flüchtlingskinder erarbeitet hat. Zusammen mit 13 weiteren Kindern und Jugendlichen, die in den beiden Gruppen des Kunsttherapeutischen Ateliers betreut werden.

Das Kunsttherapeutische Atelier für Flüchtlingskinder gibt es seit 2 Jahren. Es versteht sich einerseits als begleitendes Therapieangebot für Kinder und Jugendliche, die im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf behandelt werden. Des Weiteren besteht eine Mädchen-Gruppe in einer Flüchtlingsunterkunft, die am Hamburger Stadtrand gelegen ist. Die Kinder und Jugendlichen haben durch das Atelier die Möglichkeit, sich ihrer Sorgen, Probleme, Hoffnungen und Träume bewusst zu werden, sie zu thematisieren und zu bearbeiten. Viele von ihnen sind gemeinsam mit ihrer Familie, einzelnen Familienmitgliedern oder ganz allein vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland geflohen. Hier finden sie oftmals Lebensumstände vor, die belastend sind. Konfrontiert mit der möglichen Abschiebung, engen und überfüllten Wohnbedingungen und mangelnden Zukunftsperspektiven sammeln sie schwerwiegende Erfahrungen: Isolation und Ausgrenzung, schulische Sanktionen und ein durch Existenznöte, Verlust, Trauer o.ä. belasteter Familienkontext werden in einer Präsentation des Kunsttherapeutischen Ateliers genannt. Die therapeutische Arbeit soll ihnen die Möglichkeit geben, ihre Wut, Angst und Verzweiflung in einem geschützten Raum zu äußern.

Einladung zum Übersetzen

Die im Rahmen der Ausstellung ausgesprochene Einladung zum "Übersetzen" gilt jedoch nicht nur für die BesucherInnen, denen eine Brücke in die Vorstellungswelten der Kinder und Jugendlichen geschlagen wird. Auch die Kinder und Jugendlichen sollen den kunsttherapeutischen Rahmen überschreiten. Auf dieses Ziel wird seit Anfang Januar hingearbeitet. "Für uns Betreuerinnen ist die Fragestellung wichtig, wie die Kinder mit der Idee umgehen, in die Öffentlichkeit zu treten, und welche Maßnahmen sie im Umgang mit dieser Vorstellung ergreifen. Für uns ist die Ausstellung daher vorrangig ein Prozess, in dem die Kinder und Jugendlichen Strategien des ‚Sich-Zeigens` entwickeln", erklärt Bettina Dosch, die als Kunsttherapeutin und Künstlerin gemeinsam mit Monica Blotevogel Ausstellende und Ausstellung betreut. "Sie sollen unterscheiden können, was sie für sich behalten wollen und was sie der Öffentlichkeit präsentieren möchten." Für diese Fragen werden zahlreiche Techniken durchgespielt. Ob es sich um die Auswahl von Pseudonymen, ein demonstratives Fehlen von Ausstellungsexponaten oder die Möglichkeit dreht, die ausgestellten Kunstwerke temporär durch Vorhänge zu verdecken - für ihre eigene Beantwortung der Frage, wie sie in die Öffentlichkeit treten wollen, ist den Kindern und Jugendlichen alles erlaubt.

Augenblicklich haben die Mädchen des Ateliers vor Ort aber keinerlei Angst vor der Öffentlichkeit, die ihnen durch die Ausstellung entgegen treten könnte. "Das ist doch toll!" befinden sie. Sie erwarten "viele Gäste". Trotzdem ist es für sie keine Feier, sondern eine Ausstellung. "Wir wollen Bilder zeigen. Wenn lauter Leute kommen und Fragen stellen? Dann reden wir, dann antworten wir!" Auswählkriterium ist zur Zeit, ob die Bilder "lustig sind oder schön." Unter den bisher ausgesuchten Exponaten befindet sich so beispielsweise "mein Pickelboot beim ‚Frische-Luft-Holen`". Ein anderes Bild zeigt einen goldenen Baum, auf den die Sonne scheint, und eine Blume, auf die es regnet. "Die Sonne sagt: Huh? Der Baum wird geklaut und die Blume wird vom Regen platt" erklärt Dericia*. Auch abstraktere Werke sind dabei, wie beispielsweise das zweite Werk von Ida*, auf dem Farben ineinander übergehen und " Licht zu sehen ist. Ich hab Lila gemischt und Grün und Gelb mit ein bisschen Weiß".

Die Arbeit im Kunsttherapeutischen Atelier hat den Mädchen künstlerisches Arbeiten näher gebracht. Ein Leben ohne zu malen, ohne mit Ton zu arbeiten, können sie sich nicht mehr vorstellen. Ihre Traumberufe sind

dementsprechend Künstlerin, Kunstlehrerin und Verkäuferin. Doch ökonomische Sicherheit geht vor: "Ich möchte im Penny arbeiten, und ganz viele Geldscheine machen", sagt Elsa*. Penny wird immer wieder als der beliebteste Arbeitsplatz genannt, weil das Geschäft "nicht so teuer ist". Dort kann man "was anderes sein", aber auch soziale Unterschiede ausgleichen, wie Josephine* befindet: "Manche haben nicht so viel Geld. Manche sind auch Afghanen." Angesichts dieser Möglichkeiten ist Kunst kein anvisierter Broterwerb, aber eine wichtige Ausdrucksform. Stolz darauf, etwas Besonderes vorweisen zu können, ruft Beyla* das Thema ihrer Bilder in den Raum: "Mein Hobby ist Monsterhalloween!"

Doro Wiese

* Name von der Redaktion geändert

Ausstellung 25.3 - 16.4. im Kulturhaus Eppendorf, Martinistr. 40, U1/U3 Kellinghusenstr., Hamburg

11. Verarmung auf breiter Front

Hartz IV beraubt nicht nur Erwerbslose

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:11

Der 1. Januar 2005 wird zum großen Verfallstag für soziale Leistungen. Mit dem neuen Alg II will sich der Bund u.a. auch von den Kosten der Massenerwerbslosigkeit befreien. Das Manöver geht zu Lasten der Erwerbslosen und der politischen Handlungsspielräume der Kommunen.

Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe entfällt eine Leistung, die seit Anfang der 1990er Jahre bei ständig wachsender Massenarbeitslosigkeit immer wichtiger geworden war. Von durchschnittlich 759.187 im Jahr 1993 wuchs die Zahl der Personen mit Alhi-Bezug auf zuletzt 2.034.062. (vgl. Tabelle 1) Zugleich stieg der Anteil der Alhi-Beziehenden von 28,7% auf knapp 50%. Da die Alhi überwiegend aus Steuermitteln des Bundes finanziert wird, wuchs somit auch die vom Bund getragene Last der Massenarbeitslosigkeit. Für den Bund geht es folglich auch darum, sich dieser Last mehr und mehr zu entledigen: Schon durch die Senkung der Krankenkassenbeiträge für Alhi-Beziehende wurden dreistellige Millionenbeträge auf die Beitragszahler abgeschoben, und die geringeren Rentenbeiträge bei der Alhi entlasten den Bundeshaushalt auf Kosten einer verschärften Altersarmut und einer reduzierten Altersgrundsicherung.

Die Abschaffung der Alhi wird nun zusätzlich den Kommunen gewaltige Kosten aufbürden. Allein in der Ruhrgebietsstadt Herne werden die Mehrausgaben zwischen 6,5 und 10,5 Mio. Euro jährlich betragen. Auch in Oldenburg rechnet die Stadtverwaltung für 2005 mit 1,5 Mio. Euro Mehrausgaben. (Nord-West-Zeitung, 16.2.04) Entgegen der Regierungspropaganda, wonach die "Zusammenlegung von Alhi und Sozialhilfe" Kommunen entlasten soll, werden die Kommunen nun in erheblichem Umfang zu Trägern und Finanziers der Leistungen der "Grundsicherung für Arbeitssuchende".

Die Bundesagentur trägt

- die Regelleistung (RL) des Alg II für Lebensunterhalt, Bekleidung, Wohnungseinrichtung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (345 bzw. 331 Euro - West/Ost) bzw. die anteiligen Beträge für Haushaltsangehörige und Kinder

- Mehrbedarfe für werdende Mütter (17% der RL), Allein Erziehende (36% der RL bis drei Kinder, 12% mehr ab 4. Kind, höchstens 60%) sowie für erwerbsfähige Behinderte (35% der RL) sowie für kostenaufwendige Ernährung auf Grund von Krankheit

- Leistungen zur beruflichen Förderung; das, was heute beim Arbeitsamt bekannt ist (ABM, Lohnkostenzuschuss, Bewerbungskosten, Trainingsmaßnahmen, berufliche Bildung, "Ich-AG" usw.) gilt in Zukunft nur noch als "kann"-Leistung

- das "Einstiegsgeld" (ein für eine gewisse Zeit gezahlter Zuschlag zur Regelleistung, wenn ein Niedriglohnjob angenommen wird).

Die Kommune hingegen trägt die Kosten für

- "angemessene" Unterkunft und Heizung, die regional unterschiedlich pauschaliert werden können

- die Erstausstattung der Wohnung (einschließlich Hausrat) sowie die Erstausstattung mit Bekleidung (auch für Schwangerschaft und Geburt), die auch pauschal oder als Sachleistung erbracht werden können

- mehrtägige Klassenfahrten.

Die Kommune kann (muss aber nicht) Kosten für weitere Leistungen zur Eingliederung in das Erwerbsleben tragen wie

- Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder häuslich gepflegter Angehöriger

- Schuldner-, psychosoziale oder Suchtberatung

- darlehensweise Mietschuldenübernahme, wenn bei drohender Wohnungslosigkeit eine konkrete Arbeitsaufnahme verhindert würde

- Mietschuldenübernahme per Zuschuss oder Darlehen zur Sicherung der Unterkunft.

Werden Einkommen oder Vermögen (1) der "Hilfebedürftigen" (das sind alle im Haushalt lebenden Personen, auch die/der ggf. 40 Std. Arbeitende) auf die Leistungen der Grundsicherung angerechnet, mindert das zuerst die Geldleistungen der Agentur für Arbeit. Nur wenn die Anrechnung über den dem Bund zuzurechnenden Teil hinausgeht, wird auch die Kommune entlastet.

Eine Prognose des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums (BMWA) rechnet für das Jahr 2005 mit knapp 3,1 Mio. erwerbsfähigen Arbeitssuchenden in insgesamt 2,1 Mio. Alg II-Haushalten. (2) Die Kommunen werden zwar von den Regelsatzleistungen der bisherigen erwerbsfähigen Sozialhilfebeziehenden entlastet, müssen aber in Zukunft die Unterkunftskosten der ehemaligen Alhi-Beziehenden (und von deren Haushaltsangehörigen) tragen. Die Netto-Belastung der Kommune durch das Alg II ist am größten, wenn nur wenige "ihrer" SozialhilfebezieherInnen ins Alg II wechseln, sie aber vielen ehemaligen Alhi-BezieherInnen die Unterkunft zahlen muss. Dies trifft v.a. die neuen Bundesländer.

Umverteilung zu Lasten der Kommunen

Die Agenturen für Arbeit können die Kosten für die Regelleistung des Alg II durch provozierte Sperrzeiten ("Verfolgungsbetreuung") senken. Den Kommunen bleibt als Mittel zur Kostensenkung lediglich der Weg, die Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung zu drosseln. Aus Sachsen wurde z.B. von der Forderung von Kommunen berichtet, für das Alg II eine Unterkunftspauschale von 50 Euro festzusetzen. Absehbar sind Mietschulden, Obdachlosigkeit, Billigst- und Elendsquartiere, Armenvertreibung usw.

Die Kommune kann sich entscheiden (bei Zustimmungspflicht der obersten Landesbehörden), die Grundsicherung für Arbeitssuchende ganz zu tragen. Bis zum April 2004 sollen nähere Einzelheiten in einem eigenen Bundesgesetz geregelt werden; das betrifft auch die Regelung von Pauschalen für Bedarfsgemeinschaften, "aktivierende" Leistungen, Verwaltungskosten sowie die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kommune und Agentur oder was zu tun ist, wenn auf dem Gebiet einer Gebietskörperschaft (z.B. Landkreis) bisher zwei Arbeitsämter zuständig waren.

In dieser Debatte finden sich einige Anhaltspunkte dazu, wie "Aktivierung" von Alg II-BezieherInnen aussehen soll. Dabei wird zwischen der so genannten "Aktivierungsquote" (d.h. dem Prozentsatz der betroffenen Personengruppen) und dem durchschnittlichen Aufwand je MaßnahmeteilnehmerIn unterschieden. Auffällig ist dabei, dass die "Aktivierungsquote" bei den Jungerwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren nur 52% betragen soll. Diese Arbeitslosen sollen laut Gesetz "unverzüglich nach Antragstellung in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit (vermittelt werden)." (§ 3,2 SGB II) Es ist kaum zu glauben, dass wirklich erwartet wird, dass für 48% dieser Arbeitslosen bei Meldung zum Alg II sofort eine Arbeit auf dem freien Markt gefunden wird. Vielmehr besteht der Verdacht, dass das BMWA bereits bewusst damit kalkuliert, dass Maßnahmen für diese Arbeitslosengruppe nur schikanös genug gestaltet werden müssen, um einen erheblichen "Schwund" erreichen zu können - zurück zu Eltern, in Schwarz- oder Gelegenheitsjobs. Die durchschnittlichen Maßnahmekosten je TeilnehmerIn sagten bei näherer Betrachtung viel über die spärliche Qualität der ins Auge gefassten Aktivierungsmaßnahmen aus. (vgl. Tabelle 2)

Immer noch gibt es erhebliche Verwirrungen um das neue Alg. So wird etwa in der Januar-Ausgabe der IG Metall-Zeitschrift direkt behauptet, nach Bezug von Alhi gäbe es zwei Jahre lang zusätzlich zum Alg II einen Zuschlag, der den Einkommensverlust beim Übergang von Alhi zu Alg II bis zu zwei Drittel kompensieren würde. Dies ist ganz eindeutig falsch. Das Gesetz sagt in aller Deutlichkeit, dass der befristete Zuschlag nach Ende des Arbeitslosengeldbezuges gezahlt wird, und auch dann nur bis zu einer Obergrenze von 160 Euro im ersten und 80 Euro im zweiten Jahr. Diesen Zuschlag erhält man zudem nur, wenn das Alg II/Sozialgeld unter dem vormaligen Arbeitslosengeld (Alg) zuzüglich Wohngeld liegt. Hat ein Haushalt (zwei Erwachsene + zwei Kinder) von einem Erwerbseinkommen (zzgl. Kinder- und Wohngeld) gelebt und verliert der/die Erwerbstätige seine/ihre Arbeit, so wird es beim späteren Wechsel ins Alg II den Zuschlag nicht geben, da der Alg II/Sozialgeldbetrag für vier Personen einschließlich Unterkunft das Alg zzgl. Wohngeld i.d.R. übersteigen wird.

Aktivierung durch Verarmung

Bis Oktober 2003 hieß es noch, Erwerbslosen solle bei zusätzlichen Erwerbseinkommen ein Freibetrag in Höhe von 20% der Regelleistung (ca. 68 Euro) bzw. von mehr als 15 Cent von jedem Euro anrechnungsfrei

verbleiben. Nunmehr haben die Berliner Parteien solchem "Großmut" ein Ende gemacht. Beim Alg II bleiben Erwerbstätigen bei einem Bruttolohn bis 400 Euro 15%, vom bereinigten Nettoeinkommen, 30% bei einem Einkommen von 400 bis 900 Euro und 15% bei einem Einkommen zwischen 900 und 1.500 Euro. Wer heute bei Alhi-Bezug 300 Euro dazu verdient, darf davon i.d.R. 165 Euro für sich behalten; beim neuen Alg II sind es nur 45 Euro. Wenn jetzt jemand 35 Euro durch Zeitungsaustragen dazu verdient, kann er/sie diese Summe komplett behalten. In Zukunft, bei Alg II, muss alles bis auf 5,25 Euro abgeführt werden. Ein weiteres Beispiel: Ein Brutto-Verdienst von 900 Euro entspricht ca. 703 Euro netto (bei St.-Kl. III). Von den ersten 400 Euro dieses Einkommens behält man mit Alg II-Bezug 60 Euro (15%), von den weiteren 303 Euro bleiben 90,09 Euro (30%). Insgesamt kommt man auf 150,09 Euro. Bei einem Einkommen von 1.500 Euro brutto würde der Freibetrag um gerade noch 70 Euro steigen, obwohl der Nettoverdienst um ca. 480 Euro zuzunimmt.

An dieser Freibetragsregel sind die Grundprinzipien des SGB II gut abzulesen: Ziel des Gesetzes ist es, den Umfang der Hilfebedürftigkeit zu verringern, daher wird Einkommen auf die gezahlte Leistung hart angerechnet. Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich sollen gefördert werden, daher ist im Bereich bis 900 Euro brutto der vergleichsweise günstigste Einkommensfreibetrag zu finden. Und: "Man soll sich nicht in der Arbeitslosigkeit einrichten." Daher entfällt der Grundfreibetrag der heutigen Sozialhilfe bzw. der 165-Euro-Freibetrag der Alhi.

Über den Druck auf Erwerbslose bzw. deren materielle Not sollen nicht zuletzt noch bestehende Arbeitsmarktregularien gekippt werden. Dagegen hilft - so traurig das ist - auch keine Tarifautonomie. Vielmehr müssen gesellschaftliche Standards zu Einkommen und Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden, die ihrerseits sicherstellen, dass Tarife nicht immer weiter in den Keller gedrückt werden. Auf der Tagesordnung steht ein gesetzlicher Mindestlohn in ausreichender Höhe sowie der Widerstand gegen die Deregulierung aller Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

Guido Grüner

Eine ungekürzte Fassung dieses Artikels erscheint in der Ausgabe Februar/März 2004 der Erwerbslosenzeitung quer.

Anmerkungen:

1) Auch Kindergeld zählt zum Einkommen.

2) Lt. Unterlage aus dem BMWA, 13.02.2004, IIC 1 -20033, S. 3; im Netz: www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/seiten/3_gesetze_gesetzgebung.htm

Tabelle 1:

Wachsende Bedeutung der Arbeitslosenhilfe , +, +, +, +

Durchschnittliche Zahl der BezieherInnen von Alg und Alhi sowie deren Anteil an der Gesamtzahl der erwerbslosen Leistungsbeziehenden., +, +, +, +

Jahr, Alg, %, Alhi, %

1993, 1.887.179 , 71,3, 759.187, 28,7

1995, 1.780.231, 64,5, 981.733, 35,5

1998, 1.987.180, 56,6, 1.504.052, 42,8

1999, 1.828.729, 54,7, 1.494.677, 44,7

2000, 1.694.576, 53,4, 1.456.663, 45,9

2001, 1.724.543, 53,5, 1.477.471, 45,8

2002, 1.898.585, 52,6, 1.692.215, 46,9

2003, 2.025.434, 49,6, 2.034.062, 49,9

Eigene Berechnungen; alle Werte lt. BA,, "Arbeitsmarkt in Zahlen,, Aktuelle Daten",, Jahreszahlen 2003 und Januar 2004 (im Netz: www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html), +, +, +, +

Tabelle 2:

Aktivierung von Alg II-Beziehenden, +, +, +

Personengruppe, 15 bis 24 Jahre, 25 bis 64 Jahre, mehr als 15 Std. Beschäftigte

Aktivierungsquote, 52 %, 23 %, 2 %

Jahreskosten pro Person, 7.862 Euro , 8.448 Euro , 8.448 Euro

Mittel p.a. insgesamt, 1,5 Mrd. Euro , 4,48 Mrd. Euro , 0,06 Mrd. Euro

(Angaben des BMWA), +, +, +

12. Schamlos vernebelt

Die Gefahr kommt von innen - zur Sicherheitslage der AKWs

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:12

Es geht eine Angst um in Deutschland, die Angst, islamistische Selbstmordattentäter könnten sich samt vollbetanktem Linienjet in eines der 19 AKWs der Bundesrepublik stürzen. Und tatsächlich, wie nach einem "Anschlag mit einer Handgranate" (zit. Spiegel 8.4.02) sah es am 14. Dezember 2001 im AKW Brunsbüttel aus.

In unmittelbarer Nähe des Reaktordruckbehälters war es zu einer Wasserstoffexplosion gekommen, innerhalb von vier Minuten traten bis zu 260 Liter Kühlwasser aus. Was die Inspekteure der Reaktorsicherheitskommission (RSK) drinnen, fast am Herzen des 25 Jahre alten Siedewasserreaktorsüberstieg, sahen, übertraf ihre schlimmsten Befürchtungen: Im Rohrgewirr in der Nähe des Reaktordruckbehälters tat sich ein Trümmerfeld auf. Dämmstofffetzen und die Überreste einer Zentimeter dicken Rohrleitung lagen verstreut am Boden.

Viel näher am Herzen der Anlage hätte wohl niemand eine Handgranate oder ähnliches zur Explosion bringen können. Islamistische Terroristen möchte man nach aktuellem Stand der Debatte vermuten - doch weit gefehlt. Eindrucksvoll hatten einheimische Ingenieure erneut unter Beweis gestellt, dass ihre Selbstüberschätzung und Unachtsamkeit mit weitaus größerer Wahrscheinlichkeit zu einem GAU führen wird als mutmaßliche Terrorkommandos anderer Staats- oder Religionszugehörigkeit. Entweder habe der Betreiber den Unfall "schamlos vernebelt", stellte ein Mitarbeiter der RSK fest, oder die Sicherheitskultur in Brunsbüttel sei "skandalös unterentwickelt".

Der Gau kommt von innen

Jährlich kommt es alleine in bundesdeutschen AKWs zu mehreren hundert Störfällen. Der oben geschilderte stellt nur ein Highlight des Jahrgangs 2001 dar, in dem es auch in anderen AKWs brannte (Stade), Risse auftraten (Unterweser) oder schlichtweg Muttern im Reaktorkern verloren gingen (Krümmel). All diese Störfälle, die Atomanlagen nicht selten am GAU entlang taumeln lassen, haben Ingenieure bis dato ohne die Unterstützung durch Terroristen welcher Couleur auch immer bewerkstelligt, und dennoch tauchen in der aktuellen Debatte über die Gefährdung bundesdeutscher Atomanlagen weitaus häufiger Männer mit Bärten statt jene mit Schlipsen auf dem Sucher des imaginären Täterprofils auf. Die Frage scheint daher berechtigt, ob sich die mutmaßlichen Terrorgefahren in der BRD in den vergangenen drei Jahren tatsächlich geändert haben, oder ob nicht erneut durch die aktuelle Debatte andere Gefahren der Atomanlagen "schamlos vernebelt" werden sollen.

Das Ziel mutmaßlicher islamistischer Attentäter scheint es zu sein, antisemitischer Ideologeme folgend, Symbole eines kolportierten jüdischen Finanzkapitals und des von ihm ferngesteuerten US-Imperialismus zu treffen. Sollten diese groben Annahmen über die Motive der Attentäter richtig sein, so muss die Gefahr von Anschlägen auf Atomanlagen anders diskutiert werden. Während in den USA, Israel, eventuell auch Großbritannien und Frankreich die Gefahr von Anschlägen mutmaßlicher islamistischer Selbstmordattentäter in der Tat gestiegen sein mag, sind Kraftwerke in Deutschland in etwa so gefährdet wie jene in Weißrussland oder Finnland. Im oben beschriebenen Weltbild der Täter stellt Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit ein "Ruhe und Rastraum" (Günter Beckstein) dar, und kein Ziel. Wieso also die Aufregung?

In einer politischen Situation neoliberaler Standortpolitik, in der sich die formale Politik immer weiter ihrer ökonomischen Gestaltungsspielräume beschneidet, wird es für PolitikerInnen vordringlich, Handeln zumindest zu inszenieren, wenn es schon nichts zu verteilen gibt. "Innere Sicherheit" ist die dafür geeignetste politische Bühne, auf der die Inszenierungen "Organisiertes Verbrechen" der 1990er Jahre mittlerweile durch den Kampf gegen islamistische Terrorbanden abgelöst wurde. Inszenierungen, Gefahren, Szenarien brauchen neben ausdrucksstarken Akteuren ebenso starke Bilder. Der amerikanische Diskurs fand sie schon bald in Form milzbrandverseuchter Briefe oder schlicht des "weißen Pulvers", das sich überall befinden könnte. Der deutsche Diskurs fokussierte sich 2001 binnen weniger Wochen auf jenes Szenarium, mit dem ein nicht unerheblicher Teil der Bundesregierung und auch der Bevölkerung sozialisiert wurden, den Bildern eines explodierenden AKWs. Dass Politik mit der Angst nur wenig rational fundiert ist, macht die aktuelle Gleichung

der inneren Sicherheit überdeutlich: aktuell schlimmstes Täterprofil (islamistische Terroristen) + größte vorstellbare Katastrophe (GAU) = möglichst radikale Gesetzgebung (Sicherheitspakete 1&2) + symbolische Aktion (Nebelwerfer).

Der Charme des Errichtens von Nebelbänken vor Atomanlagen mittels Nebelkerzen liegt angesichts von modernen Navigationssystemen und der kurzen Haltbarkeit des Nebels von nur wenigen Minuten offensichtlich nicht in der Wirksamkeit der Maßnahme, sondern in der Qualität der Inszenierung, da sie spektakulär und vor allem billig ist. Die Hoffnung der renommierten Anti-AKW-Organisationen wie IPPNW, BUND oder Greenpeace, mittels vermeintlicher Terrorgefahr AKWs vom Netz zu zwingen, ist angesichts des Stands der Debatte nicht nur trügerisch, sondern geradezu gefährlich. Schon der oben geschilderte Störfall im AKW Brunsbüttel, oder jene am AKW Philipsburg (2001) oder Biblis (2003), hätten nach aktueller Rechtslage ausgereicht, um den Betreibern die Erlaubnis zum Betrieb von Atomanlagen zu entziehen. Doch dies hätte das Ende gerade jener Bestandsgarantie für Atomanlagen bedeutet, die den Kern des für Rot-Grün sakrosankten Atomkonsenses darstellt. Es ist trügerisch zu hoffen, dass gerade eine solch abstrakte Gefahr wie die eines möglichen Anschlages die Bundesregierung dazu bringen könnte, eines ihrer zentralen Gesetzeswerke außer Kraft zu setzen, wo dies doch auch durch ganz konkrete und schwerwiegende Störfälle nicht möglich war.

Terrorszenarien werden inszeniert

Auf der anderen Seite verbrennt sich all zu leicht, wer Öl in das Feuer der inneren Sicherheitspolitik gießt. Bestes Beispiel dafür mag die BI Lüchow Dannenberg sein, die sich aktuell im Schüren der Terrorgefahr übt, und doch vor und nach jedem Castortransport den Polizeistaat anklagt (Gorleben Rundschau Nr.6 2003) oder das Verschwinden bürgerlicher Abwehrrechte anprangert. Dass "Sicherheit" mit "Freiheit" bezahlt wird, ist für viele eine Binsenweisheit, nicht jedoch für die etablierten Organisationen der Anti-AKW-Bewegung, deren bürgerlicher Teil sich vom 7.-9. Mai in Berlin versammeln will, um über "Atomwaffen und Atomenergie in einer instabilen Welt" zu beraten.

Anti-Atom-Büro Hamburg

13. Eine disparate Menge von Problemen

Zur Debatte um kulturelle Differenz

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:13

Im deutschsprachigen Raum noch recht unbekannt, gehört der französische Philosoph und Soziologe Michel Wieviorka in Frankreich zu den führenden Köpfen seiner Zunft. Aus der Bewegungsforschung kommend, hat er sich in den 1990er Jahren mit einigen Arbeiten zum erstarkenden Rassismus hervorgetan. Auf deutsch ist nun ein Band erschienen, in dem die Debatte um kulturelle Differenzen und kollektive Identitäten noch einmal aufgerollt und systematisch erzählt wird. Mit seinen Kategorisierungen jenseits des Gegensatzes Liberalismus versus Kommunitarismus hilft er die verzettelte Diskussion zu ordnen. Herausgekommen ist eines der besten und übersichtlichsten Werke, das in den letzten Jahren zu diesem Thema geschrieben worden ist. Wieviorkas Hypothese ist dabei die, die seit Jahren von Differenz-TheoretikerInnen dem sozialwissenschaftlichen Mainstream entgegengehalten wird, dass nämlich die Moderne nicht zur Abschaffung oder zum langsamen Eingehen von kulturellen Partikularismen führt, sondern sie erst hervorbringt.

Gelten die Erfahrungen der Diaspora-Juden und der amerikanischen Schwarzen als paradigmatische Fälle für Bevölkerungsgruppen, die als Bewegungen die Forderung nach kultureller Anerkennung erhoben (oftmals verknüpft mit der sozialen Frage), bildeten sich im Zuge der Ereignisse um 1968 neue Bewegungen heraus. Erst mit diesen gewann die Frage der kulturellen Differenz auch breitere wissenschaftliche Relevanz. Und das, obwohl sie zunächst im Gegensatz zu den linksradikalen Ideen und Gruppierungen zu stehen schienen. In einer zweiten Welle identitätspolitischer Bewegungen sieht Wieviorka die Frage nach kultureller Anerkennung noch stärker verknüpft mit der nach sozialer Gerechtigkeit. Beispiel hierfür sind vor allem die Indianerbewegungen in Lateinamerika. Kulturelle und soziale Logiken zu verbinden, werde letztlich durch die Praxis der Diskriminierung nahe gelegt. Diese zeige immer wieder an, dass Zugehörigkeiten nie neutral sind, "sondern (...) im Rahmen der sozialen Hierarchie (funktionieren)." Darüber hinaus sei die Verbindung kultureller und sozialer Problemstellungen zwar keine zwangsläufige, aber auch eine folgerichtige Entwicklung gewesen. Denn mit dem Ende des fordistischen Zeitalters habe sich auch die soziale Frage selbst verändert, die seitdem nicht mehr ohne das Kulturelle zu stellen sei: "Im Zentrum der sozialen Frage standen nun nicht mehr Ausbeutung und Produktionsverhältnisse, sondern Ausschließung und Instabilität."

Identität als Sinnsuche

Im zweiten Teil seines Buches verbindet Wieviorka die Herangehensweisen, sich in der Debatte um kulturelle Differenzen auf eine "disparate Menge von Problemen" zu beziehen, mit derjenigen, nur "ganz bestimmte Phänomene" zu fokussieren. In dieser Kombination besteht auch das Außergewöhnliche seines Buches. Es kommt ihm darauf an, sowohl Merkmale zu untersuchen, die zu gegebenen Zeitpunkten bestimmte Identitäten charakterisieren, als auch die Prozesse zu beschreiben, "in deren Verlauf die Identitäten auftauchen, sich verwandeln, auflösen und neu zusammensetzen". Daran anschließend widmet sich Wieviorka dem Problem der Produktion von Differenzen, wobei er die These vertritt, diese Produktion stehe "heute im Mittelpunkt der Arbeit der Gesellschaften an sich selbst", und nicht als ein verschwindendes Phänomen an deren Rändern. Prozesse der "kollektiven Selbstbehauptung" werden nach Wieviorka durch die komplementären Bedingungen der Existenz eines Herrschaftsverhältnisses auf der einen und eines positiven Prinzips der Achtung auf der anderen Seite ermöglicht. Unter der ersten Bedingung wird auf die theoretische wie juristische Tatsache reagiert, dass Gesellschaft kein homogenes Ganzes aus freien und gleichen Individuen ist, sondern dass (gruppenmäßige) Ablehnungen und Herabsetzungen stattfinden, gegen die sich zur Wehr gesetzt wird. Die Soziologie der Differenz, merkt Wieviorka explizit an, ist demnach "zwangsläufig auch eine Soziologie der sozialen Hierarchie, der Herrschaft und der Ausschließung". Dem Selbstverständnis einiger Differenzfans aus den Kulturwissenschaften dürfte das widersprechen. Die zweite Bedingung besagt, dass die AkteurInnen sich auch als wertvolle Wesen erfahren müssen. Zudem zeigt sich hier bereits, dass der Identitätsproduktion nicht ein Opferstatus vorausgehen muss, sondern dass sie auch einer Sinnsuche entspringen kann.

Wieviorka schlägt deshalb vor, die Umkehrung von Stigmatisierungen als ein zentrales strategisches Moment der Differenzproduktion zu begreifen. Wie es vor allem seit den homosexuellen sozialen Bewegungen bekannt ist, können unter bestimmten Bedingungen aus ehemaligen Schmähbegriffen positive Selbstbezeichnungen werden. Dabei darf allerdings m.E. auf die Beschreibung der Hindernisse nicht verzichtet werden, die dieser

Strategie womöglich im Wege stehen. Wieviorka schließt sich einem dynamischen Modell von Ethnizität im Anschluss an das interaktionistische Paradigma an. Das bedeutet davon auszugehen, dass Ethnizität sich vornehmlich in zwischenmenschlichen Interaktionen herstellt, also als ein mikrosoziologisches Phänomen betrachtet wird. Das ist zwar um einiges plausibler, als kollektive Identität nur als Ergebnis von nutzbringenden Kalkülen und Strategien anzusehen - wie es im Anschluss an utilitaristische Ansätze geschieht, ausgeblendet werden in beiden Fällen aber die Strukturen, die jemanden ganz ohne eigenes Zutun einer ethnischen Kategorie zuordnen, ihn oder sie - und da präsentiert die Alltagssprache ihre bürokratische Spur - abstempelt.

Dass er der Gewaltförmigkeit von Identität im Sinne einer dominanzgesellschaftlichen oder staatlich-administrativen Zuschreibung weniger Bedeutung beimisst, belegt auch der letzte Teil seiner Ausführungen. Darin beschäftigt sich Wieviorka mit dem Zusammenhang von Kultur, Identität und Erinnerung. Er weist der Erinnerung einen zentralen Stellenwert in der Konstitution von Identität zu. Andererseits brauche die Identität zu ihrer Herausbildung aber auch das Vergessen und die Amnesie, was insbesondere für die nationale Identität gilt, die ihre Gräueltaten vergessen muss, um sich zu begründen. Ein angesichts deutscher Leitkultur- und Schlussstrichdebatten nur allzu eingängliches Argument.

Für den Zusammenhang von Gedächtnis und Subjekt macht Wieviorka das Gedächtnis im Anschluss an Henri Bergsons Definition nicht als Speicher, sondern als eine dynamische Funktion aus und rechnet es als kreativ und verändernd der subjektiven Produktion eher zu als der Reproduktion von Ideen. Es sei aber anzumahnen, bei diesem Zusammenhang die bestimmten Modalitäten der Erinnerung zu beobachten, und nicht das Subjekt als ganz aus Erinnerung bestehend zu betrachten. Am Beispiel der nationalen Erzählung lässt sich laut Wieviorka verdeutlichen, wie Erinnern und Vergessen zusammen funktionieren. In der nationalen Identität finde das Subjekt Identität und Erinnerung, hat aber zugleich an den Prozessen der Produktion und Verbreitung einer Geschichte Anteil, "die die Opfer, Verlierer und ihre eventuelle Nachkommenschaft zu Amnesie, Vergessen und Verdrängen verdammt". Ist das Gedächtnis der subjektive Gegenpol zur auf Vernunft, Dokumenten und Beweisen gründenden Geschichtsschreibung "Das Gedächtnis schreibt keine Geschichte" , so ist im sozialen Phänomen des kollektiven Gedächtnisses doch wieder der/die einzelne AkteurIn dem System untergeordnet. Dass kulturelle Identitäten wie die von Nationen, die im Gegensatz zu Arbeiter- oder Bauernidentitäten immer noch am besten funktioniert haben, durch aktuelle politökonomische Prozesse in Mitleidenschaft gezogen werden, stellt auch die Grundfesten der Wissenschaften in Frage, die diese zum Gegenstand hatten. Allerdings ist zu bezweifeln, ob erst der Niedergang nationaler Identitäten diagnostiziert werden muss, um die Ausrichtung der Sozialwissenschaften am Nationalstaat zu kritisieren.

Jens Kastner

Michel Wieviorka. Kulturelle Differenz und kollektive Identitäten, Hamburg 2003 (Hamburger Edition), 246 S., 25 Euro.

14. Fensterreden gegen das Böse

Die EU und der Kampf gegen den Antisemitismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:14

"Antisemitismus-Vorwürfe schockieren EU" - so und ähnlich lauteten Anfang des Jahres die Schlagzeilen. Namentlich EU-Kommissar Chris Patten und Kommissionspräsident Romano Prodi reagierten ungehalten auf die Kritik jüdischer Verbände. Inzwischen ist man zum Dialog zurück gekehrt. Prodi und andere EU-Spitzenkräfte haben den Schmollwinkel verlassen und tun wieder das, was sie am besten können: Reden halten gegen das Böse in der Welt.

Der Streit währte nur kurz. Zwei Tage nachdem Romano Prodi das gemeinsame Antisemitismus-Seminar der EU, des Europäischen Jüdischen Kongresses (EJC) und der Konferenz europäischer Rabbiner abgesagt hatte, kam der Rückzieher. Dabei mag die Intervention des Sondergesandten Israel Singer eine Rolle gespielt haben, der Prodi das "volle Vertrauen" des EJC und des Jüdischen Weltkongresses (WJC) aussprach. Vielleicht ist Prodi auch die Unglaubwürdigkeit der eigenen Position klar geworden. Denn die Absage erschien wie ein willkommener Anlass, sich einer lästigen Pflicht zu entziehen. Begründet hatte er sie mit den heftigen Vorwürfen jüdischer Repräsentanten an die EU-Kommission: "Untätigkeit kann ebenso eine Form des Antisemitismus sein wie direkte Schritte gegen Juden. Die Europäische Kommission hat beides zu verantworten." Mit diesen Sätzen hatten Edgar M. Bronfman und Cobi Benatoff, die Präsidenten von WJC bzw. EJC, ihren Gastkommentar für die Financial Times vom 2.1. 2004 eingeleitet. (Financial Times Deutschland, 5.1.)

Als "Schritt gegen Juden" werten Bronfman und Benatoff die Veröffentlichung einer Umfrage unter 7.515 EU-BürgerInnen im November vergangenen Jahres: Dabei hatten 59% aus einer Liste von 15 Staaten Israel als einen der Staaten ausgewählt, von dem eine Gefahr für den Weltfrieden ausgehe; es folgten Iran, Nordkorea und die USA mit jeweils 53%. Bronfman und Benatoff bezeichnen die Umfrage mit Recht als "fehlerhaft" und "gefährlich" - denn zweifellos wurde Israel auch von vielen angekreuzt, die den Nahen Osten insgesamt (die nicht zur Wahl stehende palästinensische Konfliktpartei eingeschlossen) als möglichen Ausgangspunkt größerer kriegerischer Auseinandersetzungen betrachten. So gesehen war sowohl die Konzeption der Meinungserhebung als auch ihre unkommentierte Veröffentlichung ein grober Fehler.

Mit Sharon und Fini gegen MuslimInnen

Einen Akt der Zensur sehen Bronfman und Benatoff dagegen in der Entscheidung der EU-Kommission, die von ihr selbst in Auftrag gegebene Studie zum Antisemitismus in der EU nicht zu veröffentlichen. (vgl. ak 480) Obwohl diese Studie problematische Aussagen und falsche Pauschalisierungen enthält - insbesondere über die Tätergruppe "junge Muslime" bietet sie doch eine nützliche Materialsammlung, die als Diskussionsgrundlage durchaus geeignet ist. Mit dem Versuch, die Studie zu unterdrücken, hat die EU-Kommission - genauer: die ihr angegliederte Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) - ein Eigentor geschossen. Ob man ihr deshalb "mangelnden Willen und Anstand" sowie "intellektuelle Unaufrichtigkeit und moralischen Betrug" vorwerfen muss, ist Ansichtssache. Bronfman und Benatoff, die noch Anfang Januar solch starke Worte für geboten hielten, ruderten schon wenige Wochen später zurück: In einem weiteren Gastkommentar für die Financial Times (FTD, 19.2.) betonten sie nun das "lobenswerte Engagement" der EU-Kommission, eine Konferenz über Antisemitismus abzuhalten.

Wie nicht anders zu erwarten, bot die Konferenz, die am 19. Februar in Brüssel stattfand, vor allem diversen Spitzenpolitikern eine Bühne, auf der sie sich mit wohlfeilen Bekenntnissen profilieren konnten. Allen voran Joschka Fischer gab einmal mehr den wackeren Kämpfer gegen den Antisemitismus. Gleichzeitig suchte er die israelische Regierung zu beruhigen: Er sei keineswegs gegen die Mauer im Westjordanland, solange diese nicht auf palästinensischem Gebiet errichtet werde. Romano Prodi seinerseits stellte mehrere konkrete Initiativen der EU zur Bekämpfung des Antisemitismus in Aussicht: Sondertreffen der EU-Justiz- und Bildungsminister; einen Vorschlag für eine UNO-Resolution zur Verurteilung des Antisemitismus; eine neue Studie über antisemitische Tendenzen in Europa. Ansonsten produzierte er einen Schwall schöner Worte, um die alltägliche Praxis des europäischen Rassismus zu vernebeln: "Der Respekt für die Menschenrechte, die

Minderheiten und die Menschenwürde ist eines der Grundprinzipien der EU; deshalb sind Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus eine offene Verletzung all dessen, was die Union verkörpert." (Il Manifesto, 20.2.)

Bronfman und Benatoff dürften damit zufrieden sein. Dass sie ganz auf staatliche Maßnahmen setzen, wurde schon in ihrem zweiten Gastkommentar deutlich. Darin lobten sie ausdrücklich die "wichtigen Schritte" der Herren Chirac und Berlusconi: "Sie haben Gremien gebildet, in denen Kabinettsmitglieder die Gefahr des Antisemitismus bewerten sowie Maßnahmen zur Bekämpfung empfehlen sollen." (FTD, 19.2.) Für Italien drängt sich Vizepremier Gianfranco Fini als Verantwortlicher auf. Ein Schönheitsfehler ist allerdings, dass er nach seinem von demokratischem Gesäusel geprägten Besuch in Israel (vgl. ak 479) die Maske des Geläuterten schnell wieder fallen ließ; auf dem kleinen Parteitag seiner neofaschistischen Alleanza Nazionale Anfang Januar erinnerte er an die faschistischen "Märtyrer" der 1970er Jahre und beteiligte sich demonstrativ an den Ovationen für den rechten Hardliner Mirko Tremaglia, der die Verteidiger von Mussolinis Sozialrepublik der Jahre 1943 bis 1945 als "Patrioten" würdigte. (Il Manifesto, 11.1.) Auch Umberto Bossi von der Lega Nord könnte über antisemitische Tendenzen in Italien wachen; wenn er auch früher durch judenfeindliche Tiraden auffiel, so gilt seine Sorge heute vor allem der "Überfremdung" durch die Einwanderung von MuslimInnen - das freut nicht nur Stoiber und Merkel, sondern auch Ariel Sharon, der schon die derzeitige "riesige Zahl von 17 Millionen Muslimen in der EU" als Gefahr "für das Leben der Juden" ansieht. (FTD, 24.11.2003)

Abstumpfender Alarmismus

Weniger drastisch, aber tendenziell ebenfalls grobschlächtig äußerte sich auf der Brüsseler Konferenz der Holocaust-Überlebende Elie Wiesel, der drei Gruppen für den europäischen Antisemitismus verantwortlich macht: "Wir haben die rechtsradikalen Antisemiten, wir haben die linken Israel-Gegner, die ihre Kritik überziehen und dadurch antisemitisch wirken, und wir haben die breite Masse der Muslime." (taz, 20.2., Hervorhebung ak) Wenn Wiesel an anderer Stelle das Seminar mit den Worten charakterisierte, "dass ja alle dasselbe redeten", dann beweist das, dass eine differenzierte Auseinandersetzung mit den in der EUMC-Studie aufgeworfenen Fragen nicht stattgefunden hat.

Aber von einem Seminar, auf dem europäische Spitzenpolitiker den Ton angeben, ist das wohl auch nicht zu erwarten. Dass sich die richtigen Fragen zumindest stellen und diskutieren (wenn auch nicht abschließend beantworten) lassen, beweist die von der Heinrich-Böll-Stiftung organisierte Konferenz "Antisemitismus heute - Europäische Debatten im Vergleich", die Ende Januar in Berlin stattfand. Deren Ergebnisse werden erst im Herbst allgemein zugänglich sein. Aber auch ohne genauere Analyse der dort ausgetauschten Argumente (die in einer späteren ak-Ausgabe nachgeholt werden soll) zeigt der Vergleich mit dem Event von Brüssel, dass die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und die Erarbeitung von Vorschlägen zu seiner Bekämpfung nicht an staatliche Institutionen delegiert werden kann. Diese sind damit keineswegs aus der Verantwortung entlassen. Staaten und Staatenbünde wie die EU müssen Studien und Bildungsprogramme finanzieren, und zum Schutz von Juden und jüdischen Einrichtungen wie zur Bekämpfung von Antisemiten werden bis auf weiteres auch Polizei und Justiz unverzichtbar sein.

Die radikale Linke in Deutschland hat bisher wenig zur Bekämpfung des Antisemitismus beigetragen. Verbale Kraftmeiereien ersetzen keine Analyse, sondern tragen auf die Dauer eher zur Abstumpfung bei. Zeitungen wie die verfeindeten Schwestern junge Welt und Jungle World bieten nicht einmal ein Minimum an Informationen. So begnügte sich die junge Welt mit einem Kurztext zur Berliner Konferenz mit der dpa-würdigen Überschrift "Fischer kritisierte ‚Antisemitismus der Mitte`" (jW, 31.1.), während sie das Brüsseler Seminar schweigend überging; die Jungle World dagegen fand beide Konferenzen nicht weiter erwähnenswert und referierte lieber die Thesen von Bronfmann und Benatoff. (Jungle World, 14.1.) Wo "der Kampf gegen Antisemitismus immer mehr zum Objekt von Hegemoniekämpfen innerhalb der Linken zu werden droht" (Editorial der iz3w, November/Dezember 2003), scheint die Kenntnis von Fakten und Argumenten entbehrlich.

Dabei sind viele Fragen nach wie vor offen: Gibt es einen "neuen Antisemitismus" in Europa? Was ist daran wirklich neu? Hält die in der EUMC-Studie dokumentierte Welle antisemitischer Vorfälle vom Frühling 2002 bis heute an? Wird sie noch stärker? Wer sind die Täter? In wieweit stimmt Werner Bergmanns Behauptung, in Deutschland "erodiere die Tabuisierung des Antisemitismus"? In welchem Verhältnis stehen Antisemitismus und Antiislamismus bzw. Antisemitismus und Antiamerikanismus? Wer sind die Träger des muslimischen Antisemitismus in Deutschland und in anderen europäischen Ländern? Gibt es "no-go-areas" für Jüdinnen und

Juden in Deutschland? Wie unterscheiden sich Antisemitismus und Antizionismus? Das alles sind keine Fragen von lediglich akademischem Interesse, sondern für die potenziellen Opfer von größter, im Extremfall lebenswichtiger Bedeutung: "Wenn wir nicht verstehen, warum wir angegriffen werden, werden wir uns nicht gut verteidigen können", sagte der Oxforder Philosophie-Professor Brian Klug in Berlin. (taz, 31.1.2004)

Wettstreit der HeuchlerInnen

Aber nicht nur Blindheit gegenüber der realen Bedrohung, auch Alarmismus macht auf die Dauer wehrlos. Micha Brumlik hat hier in einem Diskussionsbeitrag für die Frankfurter Rundschau vom 18.2. die Relationen zurechtgerückt. Seiner Einschätzung nach gibt es keine signifikanten Unterschiede, was die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Westeuropa und in den USA betrifft. Die Behauptung des US-Botschafters bei der EU, Rockwell Schnabel, in Europa sei der Judenhass ähnlich verbreitet wie in den 1930er Jahren, weist er als "verantwortungsloses Gerede" zurück. Gleichzeitig hebt er die Gefährlichkeit des radikalen Islamismus hervor und veranschaulicht sie an der Forderung des inzwischen zurückgetretenen malaysischen Premiers Mohammed Mahatir im Oktober vergangenen Jahres, nicht mit Selbstmordattentaten, sondern mit Bomben und Raketen gegen die Juden zu kämpfen. Brumliks Beitrag endet mit dem Satz: "So wäre schon viel gewonnen, wenn man die radikalislamistische Bedrohung hier zu Lande endlich ernst nehmen würde, statt sie mit modernisierungs- und immigrationssoziologischen Floskeln zu verdrängen."

Worüber zu diskutieren wäre. Die staatstragenden Parteien in Deutschland bereiten statt dessen ihren nächsten Auftritt vor. Ende April wird in Berlin die OSZE-Antisemitismus-Konferenz stattfinden, eine weitere Gelegenheit für die RepräsentantInnen der Berliner Republik, sich als MusterschülerInnen zu präsentieren. Richtschnur ist hier der im Dezember vergangenen Jahres von allen Bundestagsfraktionen eingebrachte Antrag "Antisemitismus bekämpfen". (Bundestagsdrucksache 15/2164) Der Text, formuliert als Reaktion auf die Hohmann-Affäre (vgl. ak 478), ist ein Dokument der Heuchelei. "Die Erinnerung an das Geschehene (die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden; Anm. ak) ist Teil unserer nationalen Identität", heißt es da, und weiter: "...wer ‚die Juden` sprachlich ausbürgert, indem er sie ‚den Deutschen` gegenüberstellt und sie damit zu Fremden im eigenen Land macht, wer die Ermordung der europäischen Juden relativiert, steht außerhalb der demokratischen Wertegemeinschaft." Wörtlich genommen, wäre das die Ankündigung einer Kampagne gegen wesentliche Teile der bundesdeutschen "Eliten", massenhafte Parteiausschlüsse eingeschlossen. Schade eigentlich, dass das alles nicht so gemeint ist.

Js.

15. Zwischen Institutionalisierung und Gesellschaftskritik

Braucht Berlin eine Kunst-Biennale?

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:15

Seit 1998 gibt es in Berlin eine Biennale für zeitgenössische Kunst. Hier wurde gleich mit der zweiten begonnen, da man sich erst nach der ersten, die 1998 unter dem Titel Berlin/Berlin firmierte, entschlossen hat, das alles unter dem Begriff Biennale zu fassen. Vom 14. Februar bis zum 18. April findet nun die 3. berlin biennale statt. Das Label hat sich bewährt und die Berliner Biennale ist zu einer festen Institution geworden, was sich u.a. in der finanziellen Förderung durch den Hauptstadtkulturfond sowie in der Garantie, zukünftig eine Finanzspritze von der Kulturstiftung des Bundes zu erhalten, zeigt.

Über diese Verankerung freut sich Klaus Biesenbach, Gründungsmitglied der 1. Berlin/Berlin (biennale): "Es sieht oft so aus, als ob in Berlin nichts aufeinander aufbaut, und alles beginnt improvisiert ganz von vorn. Sobald ein legendärer Club schließt, heißt es: Jetzt ist es vorbei. Aber dann eröffnet irgendwo in der Innenstadtbrache plötzlich der nächste, und weiter geht es auf gehabtem (Anfangs-)Niveau. Die Mischung aus dem kapitulierenden, ehemaligen Osten und dem immer schon Wehrdienst und auch sonst vieles verweigernden Westen haben die Wirtschaft in Berlin fast zu einem equilibrierten Stillstand gebracht."

Und obwohl Berlin auch als finanzschwache Region bezeichnet werden kann, stellt sich trotzdem die Frage: Braucht diese Stadt überhaupt eine Biennale, d.h. eine weitere Ausstellung zeitgenössischer Kunst im europäischen Raum. Diese Frage hat Ute Meta Bauer, Kuratorin der 3. berlin biennale, bejaht. "Wir sind ja alle ein bisschen biennalekritisch", aber ihr Ausstellungskonzept zeichnet sich in produktiver Weise durch überschaubare TeilnehmerInnenzahlen und eine gelungene inhaltliche Konzentration auf die Kulturszene und die spezifische Geschichte Berlins aus. 50 Prozent der KünstlerInnen leben in Berlin, kommen aus allen Teilen der Welt und beziehen sich in ihren Beiträgen immer wieder auf diese Stadt. Aus diesem Grund macht Berlin als Austragungsort eben auch Sinn.

"Das Anliegen der 3. berlin biennale für zeitgenössische kunst ist es, lokale Zusammenhänge und Bedingungen, die daraus erwachsende Kunstproduktion sowie deren Verhältnis zu ähnlichen Strukturen andernorts in einer temporären Anordnung zu einem Gefüge sich verschränkender Diskurse zu verdichten. Das Potenzial kultureller Wissensproduktion zu nutzen, auf die Relevanz künstlerischer Äußerungen in unserer Wahrnehmung von Zusammenhängen zu insistieren und durch eine mündige Einbeziehung des Publikums eine community of shared interests zu generieren, sind ein weiteres Anliegen dieser Biennale", so Ute Meta Bauer. Die Kuratorin erkennt die Bedeutung von Kunst in ihrer Funktion, einen "Möglichkeitsraum zur Auseinandersetzung" bereitzustellen.

Bezugspunkt Berlin

Was hier etwas beliebig nach Talkrunde klingt, wird in der Ausstellung zur emanzipativen Praxis. Die Schau macht deutlich, dass die Kuratorin ein Bewusstsein darüber hat, dass sich Bedeutung konstituiert, abhängig davon, Was und durch Wen repräsentiert wird. So gliedert Bauer die Ausstellung in fünf so genannte hubs, eine neue Variante in der Liste metaphorischer Umschreibung von thematischen Schwerpunktsetzungen à la Sektion oder Plattform. Diese Anker- oder Knotenpunkte sind: Migration - Hito Steyerl; Urbane Konditionen - Jesko Fezer, Axel John Wieder; Sonische Landschaften - Christiane Erharter, Sonja Eismann; Moden und Szenen - Regina Möller; Anderes Kino - Mark Nash.

Bis auf den letzten hub, der ausgelagert in dem Kino Arsenal zahlreiche Filmklassiker und aktuelle Produktionen schwul-lesbischen Kinos vorstellt, werden diese Themen in die Ausstellung integriert und in jeweils einem Raum mit unterschiedlichen Mitteln inszeniert. Vorgestellt werden Plätze und Verfahren, an denen und mit denen sich Identitäten konstruieren lassen. Da geht es über gebastelte Statistiken zur Visualisierung von Mietpreisen oder Präsenz von Überwachungsfirmen, über Schneiderpuppen und Plattencover von Frauenbands der 1980er zu Filmdokumentationen des Europaparlaments in Brüssel als Beispiel neuer Raumdefinitionen und Raumaufteilungspolitiken. Diese Situiertheit der Themenblöcke in der Ausstellung macht aber nicht den Fehler, die künstlerischen Beiträge quasi thematisch geordnet auf die

hub-Räume zu verteilen. Bezüge lassen sich zwischen einzelnen Räumen, Etagen und Ausstellungsorten herstellen. So werden die Themensetzungen während des Ausstellungsbesuchs immer wieder aufgerufen und durch neue Annährungsweisen konkretisiert. Auch in dem Feld der künstlerischen Ausdrucksweisen gelingen Verschränkungen zwischen Kunstbetrieb, Kino, Theater (Constanze Ruhm) und Musik (Maria Bustnes). Und beeindruckend realisiert Ute Meta Bauer eine in Deutschland selten gesehene, selbstverständliche Integration feministischer Auseinandersetzungen.

Querbezüge werden auf institutioneller Ebene fortgeführt. Eine Zusammenarbeit besteht mit der Schaubühne, dem Künstlerhaus Bethanien, dem Festival für aktuelle Musik (MaerzMusik) und dem Hamburger Bahnhof. Das Freie Radio reboot.fm (UKW 104,1) verfügt augenblicklich über eine temporäre Sendelizenz, begleitet Veranstaltungen der Biennale und stellt KünstlerInnen Sendezeit zur Verfügung.

Neue Museumswelten

"In Zukunft wird die Welt zum Museum", erklärt der Protagonist Erkki Kurenniemi in dem Filmbeitrag Mika Taanilas. Kurenniemi hatte auch Anfang der 1960er Jahre die gewagte Prognose aufgestellt, bald würde jeder Haushalt einen Computer besitzen wie Telefon und Fernseher. Ob er auch mit seiner Museums-Voraussage Recht behält ist abzuwarten. Zumindest gelingt es der 3. berlin biennale, die Welt ins Museum zu holen - zwar nicht die ganze, und auch nicht die, die mensch traditionell in Museen erwartet, aber dafür eine sehr interessante Version. Trotz Etablierung und Institutionalisierung einen kritisch gesellschaftspolitischen Blickwinkel zu erhalten, das löst diese Biennale ein.

Matilda Felix

3. berlin biennale für zeitgenössische kunst, Informationen und Termine unter: www.berlinbiennale.de. Orte: KW institute for contempory art, Auguststr. 69, Berlin-Mitte; Martin-Gropius-Bau, Niederkirchner Str. 7, Berlin-Kreuzberg; Kino Arsenal, Potsdamer Straße 2, Berlin-Mitte

Die Biennale in Venedig und das Kunstbusiness

Biennalen gibt es weltweit. Streng genommen handelt es sich um zweijährig wiederkehrende Ausstellungen von Gegenwartskunst. Allerdings scheint es eine Übereinkunft zu geben, dass "Gegenwartskunst" häufig als Kriterium ausreicht, um als Biennale durchzugehen. Angelehnt an die Weltausstellungen des 19. Jahrhunderts fand die Ur-Biennale 1903 in Venedig statt. Von den Weltausstellungen abgeguckt wurde die Struktur, einzelne Länderpavillons als Repräsentationsraum für einzelne Nationen zu inszenieren. Im Falle Venedigs bestimmen auch heute nationale Komitees den Kurator bwz. die Kuratorin der einzelnen Pavillons. Diese entscheiden dann über die auszustellenden KünstlerInnen. Was bei den Weltausstellungen als Wettstreit technischer Neuerungen gedacht war, wurde in Venedig zum Wettstreit zeitgenössischer Kunst. Der Eurozentrismus der Kunstgeschichte ist leicht an der Tatsache ablesbar welche Länder in einem eigenen Pavillon auf dem ursprünglichen Gelände vertretenen sind.

Zahlreiche Länder gingen aus Platzgründen dazu über, Ausstellungsräume in der Stadt anzumieten, um ebenfalls während der Venedig-Biennale vertreten zu sein. Durch die nationale Sortierung spürt man auch heute in Venedig den Hauch von rivalisierenden Repräsentationen. Das fehlt den sich in jüngster Zeit in vielen Regionen der Welt etablierenden Biennalen. Die Liste wird seit den 1990er Jahren langsam unübersichtlich. Austragungsorte sind u.a. Buenos Aires, Dakar, Guadalajara, Havanna, Istanbul, Jerusalem, Johannesburg, Kairo, Kwangju, Lima, Liverpool, London, Lyon, Montreal, Moss, Pittsburgh, Santa Fé, Sao Paulo, Shanghai, Sydney, Turin, Werkleitz, ...

Das Label Biennale bringt Renommee und verspricht damit internationale Beachtung. In einigen Fällen bedeutet es auch ein gelungenes Finanzkonzept. Durch die Verteilung der KuratorInnenrolle auf mehrere Schultern werden auch die Finanzen unter den vertretenen Nationen aufgeteilt. Das ermöglicht finanzschwachen Regionen die Ausrichtung einer großen und international beachteten Ausstellung zeitgenössischer Kunst. Und birgt so positive Aspekte, die der Zentralisierung der Kunstszene entgegenwirken können. Für Kunstschaffende hat es den Vorteil - so sie erst mal Biennale-KünstlerInnen sind - weniger abhängig vom Kunstmarkt, von den Ankäufen der Museen oder SammlerInnen zu sein. Ihren Unterhalt können sie auch durch die Präsenz auf den Biennalen bestreiten, was zum Konstrukt des neuen KünstlerInnen-Nomaden geführt hat. Auch die KuratorInnen wandern mit: René Block, Catherine David, Okwui

Enwezor, Harald Szeemann und auch Ute Meta Bauer (um hier nur einige in Deutschland bekannte Namen zu nennen) waren alle bereits an mehreren Ausstellungen dieser Art beteiligt.

mf

16. Jetzt neu:

Paragraf 129a mit höheren Strafen und Gesinnungszuschlag

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:16

Während Rot-Grüne einzelne Teile der Novelle als "Liberalisierung" feierten, meldeten die Agenturen am Tag der Verabschiedung im Bundestag: "Koalition verschärft Anti-Terror-Gesetze." Fest steht: Die Neuregelung des § 129a StGB ist wieder einmal ein klarer Fall von EU-harmonisierter Repression.

Der § 129a Strafgesetzbuch (StGB) wurde in der Zeit der "Terroristenhysterie" der 1970er Jahre eingeführt, um RAF-Mitglieder und SympathisantInnen des bewaffneten Kampfes mühelos verurteilen zu können - auch wenn ihnen keine Beteiligung an konkreten Straftaten nachzuweisen war. Die RAF ist längst Geschichte; der Paragraf erfüllt seine Funktion heute immer noch - und seit Ende letzten Jahres in neuer Form: Die Strafandrohung wurde verschärft und die Strafverfolgung soll nun (teilweise) von einer nachzuweisenden "terroristischen Absicht" abhängig gemacht werden.

Die §§ 129, 129a und 129b StGB stellen als Organisationsdelikte das Kernstück des politischen Sonderstrafrechts in der Bundesrepublik dar. Zielt der § 129 auf "kriminelle Vereinigungen", stellen die §§ 129a und 129b die Gründung, Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung (1) für eine "terroristische Vereinigung" unter Strafe. Juristisch ist eine "terroristische Vereinigung" definiert als eine auf eine gewisse Dauer angelegte organisatorische Verbindung von mindestens drei Personen. Diese Gruppe muss einen gemeinsamen Zweck verfolgen, wobei der Wille des einzelnen Mitglieds dem Willen der Gesamtheit der Vereinigung untergeordnet wird. Als Organisationsdelikte stellen diese Paragrafen somit auf die Gesinnung der Beschuldigten ab - da entgegen den sonstigen Prinzipien des deutschen Strafrechts keine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen werden muss. Wie selbst der Bundesgerichtshof 1978 festgestellt hat, ist der § 129a eine Präventionsstrafnorm, die eine Strafbarkeit "schon weit im Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen" ansiedelt. (2)

Gesinnungsstrafrecht par excellence

Mit Hilfe einer unterstellten kollektiven Willensbildung ermöglichen es die Organisationsnormen §§ 129, 129a/b, bestehende Beweislücken zu überbrücken. Durch dieses Konstrukt haften prinzipiell alle, die einer als "kriminell" oder "terroristisch" eingestuften Vereinigung angehören, für alle Taten, die dieser Vereinigung zugerechnet werden - unabhängig, ob ihnen die Einzeltat nachweisbar ist, ob sie diese billigen oder nicht. Damit liegt der Vorteil für die Strafverfolgungsbehörden auf der Hand: Die enorme Erleichterung der Beweisführung zu Lasten der Beschuldigten, indem man sich den Nachweis einer konkreten Beteiligung oder zumindest des Mitwissens des Beschuldigten spart.

Um den § 129a ist gleichzeitig ein eigenes Sonderrechtssystem geschaffen worden. Die staatsanwaltschaftliche Zuständigkeit liegt bei der Bundesanwaltschaft, Ermittlungsorgan ist das Bundeskriminalamt und gerichtlich sind die Staatsschutzsenate der Oberlandesgerichte zuständig. Nach der Strafprozessordnung besteht zudem bei Ermittlungen nach § 129a die Möglichkeit zu großflächiger Überwachung der Telekommunikation, zur Rasterfahndung, Durchsuchung und Beschlagnahmung auch bei Unverdächtigen und zum Einsatz verdeckter Ermittler. Untersuchungshaft kann verhängt werden, auch wenn ein Haftgrund wie Fluchtgefahr nicht vorliegt. Für U- und Strafhaft gelten Sonderbedingungen wie die Kontrolle der Verteidigerpost, eine Trennscheibe bei Anwaltsbesuchen oder Isolationshaft.

Mit der Neufassung des § 129a in den 1980er Jahren kam es zu einer regelrechten ",Terroristen-Vermehrung` per Gesetz und Rechtsprechung" (Rolf Gössner). 1986 wurde der Paragraf so verschärft, dass auch autonome Gruppen und militante AKW-GegnerInnen unter den Terror-Begriff fielen. Im Visier standen fortan Tausende von Menschen und zahlreiche oppositionelle Initiativen der Anti-Atom-, Friedens- und Anti-Gentechnologie-Bewegung, der Häuserkampf- und Tierschützer-Bewegung, in den 1990er Jahren auch der Antifa-Bewegung. "Von 1980 bis 1989 wurden gegen fast zehntausend verdächtige Personen über 3.300 Verfahren (nach §129a, ak) eingeleitet", so Gössner (vgl. ak 377). Möglich wurde das, weil nun auch gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr (§ 315 StGB), die Störung öffentlicher Betriebe (§ 316b StGB) und Brandanschläge auf Polizei- oder Militärfahrzeuge sowie auf Anlagen im Energieversorgungsbereich als terroristische Aktionen galten.

Schlüssel für Ermittlungen

Alles in allem sind die §§ 129a/b die Anknüpfungsnorm für eine lückenlose polizeiliche Überwachung eines verdächtigen politischen Spektrums und für die Aushöhlung strafprozessualer Rechte von Beschuldigten und Angeklagten. Die praktische Anwendung des § 129a zeigt deutlich, dass das Ausforschen und die Kontrolle unliebsamer politischer Spektren die eigentliche Funktion der §§129a/b ist. In den 1990er Jahren wurde gegen 1.362 Personen teilweise mehrfach Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dieser Zahl stehen für den gleichen Zeitraum 38 Verurteilungen gegenüber. Nach Auskunft der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS kam es im Zeitraum zwischen 1996 und 2000 etwa bei 95% der Verfahren nach § 129a nicht zur Anklage. Zum Vergleich: Die so genannte Anklagequote liegt bei der "allgemeinen Kriminalität" bei 45%. Dieses eklatante Missverhältnis zeigt deutlich den Charakter des § 129a als Ermittlungsparagrafen. (3) Wie hatte es der ehemalige Oberlandesrichter Eckhart von Bubnoff bei der Anhörung vor dem Rechtsausschuss des Bundestages zur jetzigen Novellierung ausgedrückt: Der § 129a sei in besonderem Maße bedeutsam als "Schlüssel für Ermittlungen". Der Münchner Oberstaatsanwalt Helmut Meier-Staude pflichtete ihm bei gleicher Gelegenheit bei. Die Regelungen seien vor allem wichtig für die Einleitungen von Ermittlungen etwa mit Hilfe von Telefonüberwachungen und Lauschangriffen. (4)

Staatliche Definitionsgewalt

Ähnlich wie bei der Einführung des § 129b StGB vor zwei Jahren, der die strafrechtliche Verfolgung einer "terroristischen Vereinigung" aus dem Ausland in der BRD möglich macht, erfolgte die Ende letzten Jahres in Kraft getretene Novellierung des § 129a als Vollzug einer europäischen Regelung. Der Rat der Europäischen Union hatte im Juni 2002 die Mitgliedsstaaten "unmissverständlich aufgefordert, ihr strafrechtliches Instrumentarium an die Herausforderungen des internationalen Terrorismus anzupassen", wie der Rechtsausschuss des Bundestages in seiner Beschlussempfehlung betonte. (5) Dabei vergaß die rot-grüne Ausschussmehrheit allerdings hinzuzufügen, dass es nicht unwesentlich die Bundesregierung selbst war, die diesen repressiven Handlungsdruck hervorgebracht hat.

Wer zudem glaubt, dass die Neufassung alleine auf die "Herausforderungen des internationalen Terrorismus" zurückgeht, täuscht sich. Vielmehr geht es darum, die zentrale Strafnorm des politischen Sonderstrafrechts neu zu justieren - und damit auch auf veränderte politische und soziale Widerstandsformen in der BRD zu reagieren. Wie bisher gilt die Strafandrohung bei Vereinigungen uneingeschränkt, wenn ihnen schwere Straftaten wie Mord, Geiselnahme oder Entführung zugerechnet werden. Neu eingeführt wurde allerdings der Nachweis einer "terroristische Absicht" für die übrigen §-129a-Katalogstraftaten, durch die diese Taten erst zu "terroristischen" Aktionen im Sinne des Gesetzes werden. Bei dieser Gelegenheit wurde dieser Katalog auch gleich ausgeweitet. Er umfasst nun unter anderem auch Computersabotage nach § 303b und die Zerstörung von Bauwerken nach § 305 StGB, die Störung von Telekommunikationsanlagen nach § 317 und schwere Körperverletzung nach § 226 StGB. Vor allem aber wird beim Strafmaß für die Unterstützung einer "terroristischen" Vereinigung die Höchststrafe von bisher fünf Jahren auf zehn Jahre angehoben. Neu ist auch Absatz 3, nachdem schon alleine die Androhung von Straftatbeständen nach § 129a mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu belegen ist.

"Die Definition war uferlos. Viele wurden verdächtigt - für eine Verurteilung reichte es selten", so bilanzierte die grüne Bundestagfraktion die bisherige Anwendung des § 129a. Aber anstatt sich - wie in der Opposition - für dessen Abschaffung einzusetzen, verkündeten die Bundesgrünen stolz: "Künftig kommt es auf den terroristischen Hintergrund der Vereinigung an." (6) Wie es in einem internen Papier heißt, glauben die grünen RechtsexpertInnen, dass künftig die Festsetzung von Personen in Untersuchungshaft nicht mehr möglich sei, "wenn sich der Verdacht auf eine Vereinigung bezieht, deren Aktivitäten nicht so gravierend sind, dass sie geeignet sind, den Staat insgesamt oder eine internationale Organisation zu gefährden". (zit. nach jW, 5.4.03)

Flexible Allzweckwaffe

"Autonome Kleingruppen, die Gewalt gegen Sachen begehen, können künftig kaum noch als Terroristen stigmatisiert werden", hofft Christian Rath in der taz. (21.10.03) Ist diese Hoffnung berechtigt? Festzustellen ist, dass nun erstmals definiert ist, was unter "terroristisch" zu verstehen ist, womit auch einer alten Forderung bürgerrechtlicher KritikerInnen entsprochen wurde. Viel ist damit jedoch nicht gewonnen. Die Definition ist so weit gefasst, dass sie weiterhin flexibel nach politischen Erwägungen angewandt werden kann. Die

entsprechende Ausführung im Gesetz definiert eine "terroristische Absicht" nämlich als Tat, die bestimmt ist, "die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern, eine Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen, und durch die Art ihrer Begehung oder ihre Auswirkungen einen Staat oder eine internationale Organisation erheblich schädigen kann". (7)

Was bedeutet nun aber konkret "auf erhebliche Weise einzuschüchtern" oder "durch Drohung mit Gewalt zu nötigen"? Wer definiert, was "unter erheblich zu beeinträchtigen" bzw. "erheblich schädigen kann" zu verstehen ist? Tatsächlich wird die Anwendung des § 129a weiterhin eine Definitionssache der Ermittlungsbehörden und RichterInnen sein. Darauf wurde auch bei der Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestags hingewiesen. Mehrere Sachverständige hatten kritisiert, dass die Verwendung unbestimmter und deshalb dehnbarer Rechtsbegriffe wie etwa "schwerwiegende Einschüchterung" in der Praxis zu erheblichen Auslegungsschwierigkeiten führen wird. (8) Durch die erhebliche Ausweitung des Straftatenkatalogs - ein Anfangsverdacht der schweren Körperverletzung oder der Störung von Telekommunikationsanlagen in "terroristischer Absicht" wird sich von kreativen ErmittlerInnen leicht konstruieren lassen - wird es zudem reichlich Möglichkeit geben, die weit reichenden Sonderbefugnisse bei Verdacht nach § 129a gegen eine/n Verdächtige/n großzügig anwenden zu können. Es bedarf nicht allzu viel Fantasie, sich vorzustellen, dass deshalb auch in Zukunft mit diesen weit reichenden Definitionen vielfältige Formen des politischen bzw. sozialen Protests erfasst werden können (von Demonstrationen über Hausbesetzungen bis hin zu Streiks und Betriebsbesetzungen) - wenn es politisch opportun erschient.

mb.

Anmerkungen:

1) Im Zuge der Einführung des § 129b wurde die Strafbarkeit des Werbens eingeschränkt. Reine "Sympathiewerbung" soll nun nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Noch in den 1980er Jahren wurden z.B. in München Sprayer, die die Parole "Krieg den Palästen" und einen fünfzackigen Stern gesprüht hatten, wegen "Werbung für eine terroristische Vereinigung" zu zwölf Monaten ohne Bewährung verurteilt. CDU/CSU hatten im Vorfeld der Neufassung des § 129a die Wiedereinführung des Straftatbestands der "Sympathiewerbung" gefordert, scheiterten damit aber an Rot-Grün.

2) zit. nach ak 440: "§ 129b - Steilvorlage aus Europa"

3) vgl. BT-Drucksache 14/2860

4) heute im bundestag (hib), 4.6.03: "Terrorismus-Bekämpfung bleibt umstritten"

5) BT-Drucksache 15/1730, S. 2

6) "Terroristische Vereinigung neu definiert", http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_dok/0"22777,00.htm

7) Bundesgesetzblatt Jhg. 2003 Teil 1 Nr. 65 vom 27.12.2003

8) heute im bundestag (hib), 4.6.03, Anm. 4

17. Die Wahl zwischen Putin und Putin

Der Kampf ums Überleben bestimmt den Alltag in Russland - ein Stimmungsbericht im Vorfeld der Wahl

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:17

Nach dem Desaster bei den Wahlen zur Staatsduma im vergangenen Dezember erklärte sich aus dem liberalen Spektrum nur eine Politikerin bereit, sich für einen aussichtslosen Wahlkampf herzugeben. Irina Chakamada entschloss sich zur Kandidatur ohne die Unterstützung ihrer Partei, der Union der Rechten Kräfte (SPS). Der wohl bekannteste russische Liberale und Jabloko-Chef Grigorij Jawlinskij, der bislang an allen Präsidentschaftswahlen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion teilgenommen hatte, verwarf eine Kandidatur mit Verweis darauf, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine freien Wahlen zu erwarten seien. Chakamada indes beabsichtigte, die erhoffte Medienpräsenz für sich zu nutzen. Sie wirft Präsident Putin autoritäres Verhalten und die Schaffung einer "Atmosphäre der Angst" vor. Die Kritik wird im Kreml zwar nicht gern gehört, aber gerade während des Wahlkampfes muss die politische Führung schließlich ihre Demokratiefähigkeit unter Beweis stellen.

Damit die Wahlen noch um einen Hauch demokratischer ablaufen, erklärte der Vorsitzende des russischen Föderationsrates, Sergej Mironow, seine Kandidatur ohne Scheu mit der Absicht, den Präsidenten nicht im Stich lassen zu wollen. Es sei wichtig, an dessen "Seite zu stehen". Des weiteren kandidierte Sergej Glazjew, der vor einem Jahr als Hoffnungsträger einer sozial orientierten Politik ins Rampenlicht trat und bei den Dumawahlen auf Kosten der Kommunistischen Partei Russlands (KPRF) für den unverhüllt vom Kreml geschaffenen volkspatriotischen Block "Rodina" ("Heimat") 9% der Stimmen einheimsen konnte. Anstatt ursprüngliche Überlegungen hinsichtlich eines Wahlboykottes in die Tat umzusetzen, stellte die KPRF Nikolaj Charitonow als ihren Kandidaten auf. Gennadij Sjuganow, vormals das Gesicht der Partei schlechthin, musste nach dem herben Stimmenverlust im Dezember einsehen, dass seine Zeit als der ewig Zweite beim Run auf den höchsten Staatsposten endgültig abgelaufen ist. Auch der rechtspopulistische Politclown Wladimir Zhirinowskij, der inzwischen zum stellvertretenden Dumavorsitzenden avanciert ist, verzichtete auf seine Kandidatur zu Gunsten seines ehemaligen Bodyguards und früheren Boxers Oleg Malyschkin.

Der Sieger ist schon im Amt

Selbst der ehemalige Oligarch und bekannteste Politemigrant Russlands der Gegenwart, Boris Beresowskij, war mit einem Kandidaten vertreten, nämlich mit Iwan Rybkin von der Partei "Liberales Russland". Rybkin eilte der Ruf eines Politikers voraus, dem jegliche privaten und politischen Eskapaden fremd waren, bis er Anfang Februar plötzlich für mehrere Tage zunächst spurlos verschwand. Kurz zuvor ging er mit Aussagen an die Öffentlichkeit, die Putins Machenschaften bei der Umverteilung von Staatsvermögen unter Beweis stellen sollten. Jener soll ähnlich wie seinerzeit Boris Jelzin eine "Familie" bestehend aus engsten Vertrauten aus dem Großkapital um sich geschart und deren Business aus Eigeninteresse begünstigt haben. Rybkin tauchte mehrere Tage nach seinem Verschwinden in Kiew auf, wo er nach seinen eigenen völlig diffusen Angaben "einfach nur ein paar Tage ausspannen" wollte. Kurz darauf hieß es, ihm sei ein Treffen mit dem tschetschenischen Separatistenführer Aslan Maschadow versprochen worden. Bei seiner Rückkehr nach Moskau erweckte er den Eindruck, er sei alles andere als zurechnungsfähig. Er sei entführt und unter Drogen gesetzt worden, hieß es später aus seiner Londoner Zuflucht, doch mag ihm nun niemand mehr so recht Glauben schenken. Der dem Kreml unliebsame Kandidat schied eine Woche vor der Wahl freiwillig aus dem Rennen.

Nun standen zwar eine Reihe von Kandidaten und eine Kandidatin zur Auswahl, aber von Wahlkampfstimmung existierte kaum eine Spur. "Für wen stimmst Du bei Putins Wahl?" scherzte, wer sich überhaupt für die Veranstaltung interessierte. Dass Mitte März Präsidentschaftswahlen stattfinden sollten, entnahm der Normalbürger aus den aufdringlichen Werbespots der Wahlkommission, die zur Stimmabgabe aufforderten. Putin selbst hatte von Anfang an erklärt, auf Wahlwerbung verzichten und an keinerlei Fernsehdebatten teilnehmen zu wollen. Letzteres verwundert kaum, gehören Livedebatten ohne Script nicht gerade zu den Stärken des ehemaligen FSB-Chefs. Aber so zu tun, als verzichte Putin auf Werbung, wo im Fernsehen außer seiner Wenigkeit kaum jemand derart detailliert demonstrieren durfte, welch vermeintlichen Nutzen er der russischen Gesellschaft bringt, wirkte zwar auf den ersten Blick paradox, stellte tatsächlich aber

einen genialen Schachzug in der PR-Kampagne des Präsidenten dar, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, eine beispielhafte sozialistische Quote mit anständiger Wahlbeteiligung zu erreichen.

Putin verfügte durch seine Beamten oberen Ranges über einen festen Stamm von Helfern und Helfershelfern, die in den Wochen und Monaten vor der Wahl die angeblichen zahlreichen Errungenschaften des Präsidenten während der vergangenen vier Jahre über alle Maßen anpriesen. Alles wurde mit dem Tag X, dem Beginn von Putins Amtszeit verglichen. Doch werfen wir einen kurzen Blick zurück. Damals wurde der von Jelzin zum Interimspräsidenten ernannte gesichtslose ehemalige Agent mit dem Wahlversprechen gepusht, den von ihm selbst mit entfesselten zweiten Tschetschenienkrieg schnellstens beenden zu wollen. Jener "kleine siegreiche Krieg", den Russland seit dem 11. September 2001 im Namen der internationalen Gemeinschaft gegen den Terrorismus islamistischer Machart weiterführen darf, entwickelte sich allerdings zum absoluten Debakel.

Putins Debakel: Tschetschenien-Krieg

Weder das im vergangenen Jahr vom Kreml inszenierte Referendum über den Verbleib Tschetscheniens in der Russischen Föderation, noch die folgenden nach ähnlichem Drehbuch organisierten Präsidentschaftswahlen in der Republik, die mit dem Sieg des damaligen Moskauer Statthalters und ehemaligem Grossmufti von Tschetschenien, Achmed Kadyrow, endeten, können darüber hinwegtäuschen, dass dem in weiten Teilen hausgemachtem Problem nicht durch dumpfe Propaganda und eine korrupte Armee beizukommen ist. Entführungen und Folter bestimmen in Tschetschenien nach wie vor die Tagesordnung. Allein im Januar diesen Jahres wurden 33 Menschen entführt, nur 14 davon kamen wieder frei, die Leiche eines Entführten konnte ausfindig gemacht werden. Dabei arbeiten die brutalen Sondereinheiten Kadyrows Hand in Hand mit den russischen Einheiten. Wessen Verwandtschaft nicht in der Lage ist, das geforderte Lösegeld aufzubringen, wird entweder umgebracht oder den russischen Sonderermittlern übergeben, die durch Folter Geständnisse erpressen und so ihre Statistiken mit neuen Terroristen aufpeppen.

Aber es gibt auch Fälle, in denen es gelingt, Entführte rechtzeitig ausfindig zu machen, oder gar Formen von offenem Protest, wie beispielsweise Straßenblockaden. Im Ort Samaschki wehrte sich im vergangenen Jahr die örtliche Bevölkerung gegen das Verschwinden einer Minderjährigen mit der Drohung, die tschetschenischen Präsidentschaftswahlen zu boykottieren. Das Mädchen tauchte wenige Tage später äußerlich praktisch unversehrt wieder auf. Längst beschränkt sich der Krieg in Tschetschenien nicht mehr auf den Nordkaukasus. Erst im Februar kamen bei einem Anschlag in der Moskauer Metro nach offiziellen Angaben 40 Menschen ums Leben, während MitarbeiterInnen des Rettungsdienstes von über 100 Todesopfern sprachen. Über ein Jahr zuvor starben 129 Menschen infolge eines angeblich ungefährlichen Gaseinsatzes russischer Spezialeinheiten nach der Besetzung eines Musicaltheaters durch ein tschetschenisches Kommando. Die Verluste innerhalb der russischen Armee beziffert das Internationale Institut für strategische Forschungen (IISS) allein zwischen August 2002 und August 2003 mit 4.749 Menschen, russische Stellen sprechen von etwa 4.500 toten Militärangehörigen zwischen 1999 und 2002. Andere Angaben belaufen sich auf bis zu 15.000 während des zweiten Tschetschenienkrieges umgekommener Soldaten.

All das klingt nicht nach einer Erfolgsbilanz. Putin hat sein einziges Wahlversprechen bis heute nicht umgesetzt, und dennoch macht ihm daraus kaum jemand einen Vorwurf. Sichtbare Proteste gegen das Morden im Kaukasus beschränken sich auf eine kleine Minderheit. Der Durchschnittsbürger assoziiert mit dem Wort Krieg gar eher noch den Afghanistankrieg. Wer macht sich schon die Mühe und begibt sich auf die Suche nach Informationen jenseits der von den staatlichen oder halbstaatlichen Sendern präsentierten Siegesmeldungen im Kampf gegen die bewaffneten Banden im Süden? Man könne ja doch nichts ändern, lautet der Grundtenor - will aber auch gar nichts ändern. Jegliche Veränderungen und politische Reformen bergen schließlich unweigerlich Gefahren in sich, deren Folgen nicht absehbar sind. Putin fungiert dabei im öffentlichen Bewusstsein in der Rolle des Bewahrers vor möglichen Katastrophen ungeachtet der Tatsache, dass er das Werk seines Vorgängers zwar weniger pompös, aber dennoch zielstrebig fortsetzt.

Überleben mit elf Euro im Monat

"Meine Heimat frisst wie ein Schwein ihre Söhne" und "Die Toten tragen ihre Leichen zu Grabe", singt Rockaltstar Boris Grebenschtschikow auf einem seiner letzten Alben. Zu Grabe getragen wird im neuen Russland in der Tat schon seit Jahren so ziemlich alles, was das Leben hier erträglich macht. Vom

subventionierten Strom und Wohnraum bis zur medizinischen Grundversorgung für alle Bevölkerungsschichten, ganz zu schweigen von kostenloser Bildung. Ein typisch neoliberales Programm also, welches jedoch an Schärfe gewinnt, betrachtet man das reale Einkommen am unteren Ende der Werteskala. Im Februar verkündete das Arbeitsministerium, dass 3,85 Millionen ArbeitnehmerInnen in Russland offiziell weniger als 400 Rubel im Monat verdienen, was gegenwärtig umgerechnet elf Euro und in etwa 22% des staatlich festgelegten Existenzminimums entspricht. 15% der ArbeitnehmerInnen verdienen offiziell zwischen 400 und 1.000 Rubel. Nach den Angaben der staatlichen Statistikbehörde Goskomstat lebt etwa ein Viertel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Akademie der Wissenschaften schätzt diesen Anteil auf ein Drittel, ein weiteres Drittel verfüge immerhin über eine inzwischen stabile Grundversorgung auf unterstem Niveau. Beide Schichten eint völlige Perspektivlosigkeit; es geht lediglich darum, wenigstens die Stellung zu halten. Wer weit genug über dem Einkommensdurchschnitt liegt, darf sich glücklich schätzen und seine frisch gewonnene Kaufkraft in Konsumgüter umsetzen. Dieser Vorgang nimmt zusammen mit dem Geld- und Vermögenserwerb so viel Zeit und Energie in Anspruch, dass allein der Gedanke an anders geartete Aktivitäten jenseits jeglichen Vorstellungsvermögens entgleitet.

Angesichts solch verheerender Zustände nimmt es kaum Wunder, dass sich in Russland derzeit nur vereinzelt Ansätze einer sozialen Praxis finden lassen, die dem allgemein anzutreffenden apolitischen Lebensgefühl konkretes Handeln entgegensetzen. Wer immer noch aus alter Gewohnheit daran festhält, dass der Mensch als Subjekt fähig ist, seine Umwelt selbst zu gestalten, tröstet sich derzeit meist mit dem Gedanken, dass die hohen Ölpreise irgendwann fallen werden und eine neue Wirtschaftskrise die Gesellschaft in Bewegung bringen könnte. Vielleicht ja schon vor Ablauf Putins zweiter Amtszeit.

Ute Weinmann, Moskau

18. Hetze gegen Antifaschisten und Juden

Der ehemalige NPD-Anwalt Horst Mahler genießt seine Auftritte als Angeklagter

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:18

Anfang Februar hat mit Tumulten vor dem Gerichtssaal, scharfen Attacken des Angeklagten auf den Rechtsstaat und der Leugnung des Holocausts der Prozess gegen den früheren NPD-Anwalt Horst Mahler wegen Volksverhetzung vor dem Landgericht Berlin begonnen.

Ein Gerichtsverfahren der besonderen Art ist derzeit einmal wöchentlich vor dem Berliner Landgericht zu beobachten. Angeklagt ist Horst Mahler, der im letzten Jahr die NPD im am Bundesverfassungsgericht anhängigen Parteiverbotsverfahren juristisch vertreten hatte und selbst kurzzeitig Mitglied der Partei war. Kurz nach der Einstellung des Verbotsverfahrens trat Mahler aus der Partei aus - allerdings nicht, weil er seine politischen Ansichten geändert hätte. Das beweist Mahler jetzt wöchentlich im Kriminalgericht Moabit, wo ihm und seinen politischen Mitstreitern Reinhold Oberlerchner und Uwe Meenen wegen der Verbreitung rassistischer und antisemitischer Schriften der Prozess gemacht wird.

In einem "Aufruf zum Aufstand der Anständigen" hatte das rechte Trio ein 100-Punkte-Programm der Regierung gefordert mit dem Ziel, Ausländer in Deutschland nicht mehr zu beschäftigen und auszuweisen. Mahler wird zudem vorgeworfen, im Herbst 2002 in der NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick antisemitische Texte verteilt zu haben, in denen er Hass auf Juden als "völlig normal und Zeichen geistiger Gesundheit" bezeichnet hat.

In den ersten Prozesstagen hat Mahler eine umfangreiche Prozesserklärung verlesen, in der er den Holocaust leugnete und heftige Angriffe auf jüdische Persönlichkeiten im In- und Ausland unternahm. Zu seinen Angriffszielen gehörte der Hitlergegner Martin Niemöller ebenso wie der jüdische Auschwitzüberlebende Ellie Wiesel. Mahler bezeichnete Martin Niemöller als "Lügner im Gewande der Heiligkeit", weil er in seiner Biografie "Vom U-Boot zur Kanzel" über zahlreiche NS-Verbrechen berichtete. Ellie Wiesel wurde von Mahler als "professioneller Holocaust-Überlebender, der pro Auftritt 25.000 US-Dollar kassiere", diffamiert. Der Staatsanwalt kündigte an, auf Grund von Mahlers Ausführungen ein neues Verfahren anzustrengen, was der mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen hat.

Auf der Anklagebank sitzt mit Jürgen Rieger eine weitere zentrale Führungsfigur der rechten Szene, der häufig als Anmelder oder Redner von Demonstrationen der NPD oder der neonazistischen Freien Kameradschaften hervortritt. Allerdings ist er hier nicht Angeklagter, sondern als Wahlverteidiger von Oberlerchner am Prozess beteiligt. Oberlerchner hat sich, ebenso wie das mitangeklagte NPD-Mitglied Meenen, mit Einwilligung des Gerichts beurlauben lassen. Beide müssen erst wieder erscheinen, wenn Mahler seine antisemitischen Ausführungen beendet hat. Ein Ende des Prozesses, der auch Rechtsextremisten aus dem Ausland anzieht, ist noch nicht abzusehen.

Schon befürchten BeobachterInnen, das Gericht könnte mit dem Prozess überfordert sein. Denn ein souverän agierender Mahler bestimmt den Ablauf des Verfahrens. Selbst die Pausen in seinem Endlosreferat legt er selbst fest. Mahler versteht sich zu inszenieren. Schließlich hat er ja schon eine jahrzehntelange Erfahrung mit Gerichten, sowohl als Angeklagter, wie auch als Anwalt. In den 1960er Jahren wurde der ehemalige Burschenschaftler Mahler zum begehrten Anwalt der Außerparlamentarischen Opposition.

Er teilte sich damals eine Kanzlei mit dem heutigen grünen Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele. Doch bald stand er als Mitbegründer der Rote Armee Fraktion (RAF) selber vor den Schranken der Justiz. Aus der RAF wurde er ausgeschlossen und wechselte zur maoistischen Splitterpartei KPD/AO über. Zu seinen Anwälten gehörte damals auch der heutige Innenminister Otto Schily (SPD).

Nach seiner Haftentlassung agierte Mahler zunächst am rechten Flügel der FDP. In einem langjährigen Streit musste er sich seine Wiederzulassung als Anwalt gerichtlich erstreiten. Dabei wurde er juristisch von einem jungen Hannoveraner Rechtsanwalt namens Gerhard Schröder vertreten. Eine Episode, an die der heutige Bundeskanzler nicht mehr gerne erinnert wird.

Ende der 1980er Jahre wechselte Mahler ins offen rechtsradikale Lager. Zunächst gründete er die Bürgerbewegung "Für unser Land", die in vielen Städten Demonstrationen mit geringem Zulauf anmeldete. Als

Anwalt der NPD im Verbotsverfahren stand er wieder im Mittelpunkt des Medieninteresses, was ihm allerdings auch Kritik von Teilen seiner GesinnungsgenossInnen einbrachte. Mit seinem provokanten Auftreten im aktuellen Gerichtsverfahren will sich Mahler deshalb wohl auch verloren gegangenes Terrain und Renommee innerhalb der rechten Szene zurückerobern.

Peter Nowak

19. "Klassensolidarität des Kapitals"

Interview zum Safeway-Streik in Kalifornien

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:19

Seit Anfang Oktober letzten Jahres bestreikten die ArbeiterInnen der Gewerkschaft UFCW (United Food and Commercial Workers) über 850 Supermärkte in Südkalifornien (vgl. ak 480). Anlass für den Streik war die Ankündigung der Arbeitgeber, massive Lohnkürzungen sowie Einschnitte bei den Renten- und Krankenversicherungen der Angestellten durchzusetzen. Solidaritätsstreiks legten auch in Nordkalifornien zahlreiche Supermärkte über Wochen hinweg lahm. Nach über vier Monaten wurde der Arbeitskampf nun beigelegt. Die Arbeitgeber sind eindeutig als Gewinner daraus hervorgegangen.

Den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten wurde zwar zugesagt, ihre Krankenversicherungsleistungen für die nächsten 24 Monate beizubehalten. Damit scheint eine zentrale Forderung der Streikbewegung erfüllt. Was jedoch nach Ablauf dieser Zwei-Jahresfrist kommt, ist unklar. Vor allem aber konnten sich die Arbeitgeber mit der Einführung eines Zwei-Klassen-Systems durchsetzen: In Zukunft werden neu abgeschlossene Arbeitsverträge in den Supermärkten Südkaliforniens in jeder Hinsicht deutlich unter den Standards der bisherigen liegen. Dies wird unter anderem durch die Umklassifizierung von Arbeitsplatz- und Tätigkeitsbeschreibungen erreicht, die beispielsweise die Abstufung in schlechter bezahlte Lohngruppen zur Folge hat. Im Zuge des Arbeitskampfes wurden zahlreiche StreikaktivistInnen von ihren Arbeitgebern ausgesperrt oder entlassen oder mussten sich aus finanzieller Not schon während des Streiks neue Jobs suchen.

In Oakland sprachen drei Wochen vor Ende des Streiks Markus Euskirchen und Henrik Lebuhn mit John Reimann von Labor's Militant Voice (1), einer Gruppe aus dem sozialrevolutionären Gewerkschaftsumfeld, die sich vor allem in Oakland und San Francisco an den Blockaden und Streiks in Supermärkten der Kette Safeway beteiligte.

ak: Bei den laufenden Supermarkt-Streiks geht es vor allem um die Krankenversicherung der Angestellten. Labor's Militant Voice argumentiert, dass sich die Streikbewegung gerade in dieser Frage auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen solidarisieren müsste.

John Reimann: Die Krankenversicherung - die meisten Leute in Deutschland werden das wissen - ist in den USA eine ganz zentrale Frage. Es gibt in den USA kein öffentliches Versicherungssystem. Die meisten Angestellten, die eine Krankenversicherung haben, sind privat versichert und müssen dafür teuer bezahlen. Aber es gibt Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die überhaupt keine Versicherung haben. Das ist ein riesiges Problem hier. Wir sind daher der Meinung, die UFCW sollte gemeinsam mit der AFL-CIO (American Federation of Labor - Congress of Industrial Organizations) (2) hier und jetzt eine massive Kampagne "Krankenversicherung für alle" auf den Weg bringen. Die Gewerkschaften sollten Infomaterial und Plakate drucken, die die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Betrieben, Schulen und Wohnvierteln verteilen können. Der Streik müsste ausgeweitet und unsere Forderungen noch viel besser öffentlich vermittelt werden, um auch Arbeiter und Arbeiterinnen in anderen Branchen zum Streik zu bewegen. Die Besetzung und Blockade von Supermärkten in Südkalifornien könnte der Auftakt zu einer Kampagne "Freie Krankenversicherung für alle" werden.

Ihr plädiert dafür, den Streik auszuweiten, und ihr organisiert Protestaktionen wie Ladenbesetzungen, die bewusst auf Regelverletzungen setzen. Die Gewerkschaft lehnt das offiziell ab ...

Wenn du argumentierst, dass es notwendig ist, den Streik jetzt auszudehnen, dann kriegst du gleich mehrere Entschuldigungen zu hören, warum das nicht möglich sei. Ein Grund ist, dass ein Streik in Nordkalifornien jetzt illegal wäre. Ein anderer ist, dass alle Arbeiter und Arbeiterinnen gefeuert würden, wenn sie rausgehen und den Streik ausweiten. Hier in Nordkalifornien stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Zeit noch unter Vertrag. Und es gibt eine Zusage der Gewerkschaft, nicht zu streiken, bevor die Verträge auslaufen. Das wird aber erst im September diesen Jahres der Fall sein.

Was die Frage legal oder illegal angeht, sagen wir: Das ist ein verdrehter Blick auf die Wirklichkeit. Es ist ja legal, wenn jemand vor die Hunde geht, weil er keine Krankenversicherung hat, oder weil er so wenig verdient,

dass er sich keine Wohnung leisten kann. Aber es ist illegal, wenn Betroffene anfangen zu handeln, um genau diese Verelendung effektiv zu verhindern. In diesem Land sind Gewerkschaften dadurch entstanden, dass tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen ihre Betriebe besetzt haben, ihre Bosse rausgeschmissen haben und sich zu Zehntausenden physisch vor die Fabriktore und vor die Polizei gestellt haben. So haben sich die Gewerkschaften hier gegründet. Es war Arbeitern und Arbeiterinnen gesetzlich verboten, über die Gründung von Gewerkschaften auch nur zu reden. Diese Gesetze wurden geändert, als sie nicht mehr durchzusetzen waren, weil so viele Arbeiter und Arbeiterinnen sie gebrochen haben. Die veränderte Realität wurde anerkannt, indem die Gesetze geändert wurden. Was also die Frage legal oder illegal angeht: Das interessiert uns nicht wirklich!

Im Zuge der Solidaritätsstreiks in San Francisco und Oakland hat sich Labor's Militant Voice, wie schon gesagt, auch an der Besetzung von Supermärkten beteiligt. Ihr habt das aber nicht allein gemacht. In was für einem Bündnis seid ihr da aktiv?

Das Bündnis nennt sich Direct Action to Stop the War (DASW). Das sind die Gruppen, die am ersten Tag der US-Invasion im Irak San Francisco mit Straßenblockaden praktisch lahm gelegt haben. An dem Bündnis beteiligen sich eine ganze Reihe kleiner Gruppen vor allem jüngerer Leute, die persönlich und politisch eng zusammenarbeiten. Viele haben sich so abstruse Namen gegeben wie Code Orange Sluts oder The Ronald Reagan Home for the Criminally Insane. Es gibt regelmäßige Treffen und Entscheidungen werden nach dem Konsensprinzip gefällt. Dieses Bündnis beteiligt sich auch an der Kampagne "Bring the war back home". Wir sagen: Es gibt einen Krieg im Irak und es gibt einen Krieg gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen hier zu Hause. Im Rahmen dieser Kampagne haben wir entschieden, uns auch an den Supermarktstreiks zu beteiligen. Dabei versuchen wir, die Prinzipien von Direct Action für den Streik nutzbar zu machen. Im Januar haben wir zum Beispiel aus einer Demonstration heraus einen Safeway-Markt besetzt. Wir sind mit etwa 50 Leuten in den Supermarkt gegangen. Wir hatten Transparente mit und haben den Eingang blockiert, wir haben mit den Angestellten und Kunden gesprochen und Flugblätter verteilt. Als die Polizei kam, haben wir den Fehler gemacht, uns alle zusammen in den Eingangsbereich zu stellen, anstatt im Laden selbst in Bewegung zu bleiben. So konnten sie uns ganz einfach einkesseln und einzeln rauseskortieren.

Wurde die Aktion denn von der Gewerkschaft kommentiert?

Nein, nicht offiziell. Hinter vorgehaltener Hand hieß es: 'Wir haben kein Problem damit. Aber wir selbst wollen damit nichts zu tun haben.' Wenn die Leute von der Gewerkschaft, die die Demonstration organisiert haben, die Aktion unterstützt hätten, wäre da natürlich die Hölle losgewesen. Da wäre der Safeway für eine Zeit lang buchstäblich geschlossen gewesen. Was hätte Safeway schon machen können? Aber bei einer Besetzung verletzt man natürlich Eigentumsrechte - das geht natürlich nicht! Und nicht nur das: Auf der Demokundgebung sollte ja auch der neu gewählte Bürgermeister von San Francisco sprechen. Man kann natürlich nicht mit einem Spitzenpolitiker zusammenarbeiten und versuchen, mit ihm ein Bündnis zu schmieden, und gleichzeitig private Eigentumsrechte verletzen.

Vor eineinhalb Wochen gab es hier in Oakland eine ähnliche Aktion. Es gab wieder eine Demonstration und wir wollten die gleiche Besetzungsaktion organisieren wie schon in San Francisco. Aber die Gewerkschaftsspitze hat sich absolut quer gestellt. Die Gewerkschaft hatte im Anschluss an die Demonstration eine symbolische Aktion auf einem Safeway-Parkplatz geplant. Wir sind dann mit 15 bis 20 Leuten von Labor's Militant Voice und mit den Streikposten einfach in den Laden gegangen und wurden aber schon am Eingang von vier oder fünf Sicherheitskräften aufgehalten. Sofort kam ein Gewerkschaftsfunktionär hinter uns her, Dan Rush, er arbeitet im Central Labor Council der East Bay. Er fragte uns, was das solle. Wir würden nur alles durcheinander bringen. Wir würden eh nur verhaftet. Und wir sollten den Laden verlassen, weil das gegen die Abmachung verstoße. Für die anwesende Gewerkschaftsspitze war die ganze Demonstration also eher eine Gelegenheit für einen Fototermin.

Wie lange kann der Arbeitskampf in Südkalifornien denn noch dauern?

Das kann ich wirklich nicht sagen. Ich habe mit Leuten von dort gesprochen und die meinten, es ginge vielleicht noch vier bis sechs Wochen weiter. Die Gewerkschaftsführung arbeitet ja schon längst daran, den Streik wieder beizulegen. Bereits vor Wochen haben sie Zugeständnisse an die Arbeitgeber in Höhe von 400

Millionen Dollar gemacht. Aber die Supermarktketten haben gesagt, das reicht ihnen nicht, und haben den Verhandlungstisch wieder verlassen.

Gerade kürzlich hat die Verhandlungsdelegation der Gewerkschaft darauf gedrängt, einen unabhängigen Schiedsrichter anzurufen, der eine für alle Parteien verbindliche Entscheidung treffen soll. Aber auch das haben die Arbeitgeber nicht akzeptiert. Die sind ja nicht dumm. Die wissen genau, wie die Streiks hier in Amerika in den vergangenen zehn, 15 Jahren abgelaufen sind. Denen ist klar, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen nur eine begrenzte Zeit streiken können, zunächst mal wegen des finanziellen Drucks. Vons, Ralphs, Safeway and Albertsons haben massiv gewerkschaftlich organisierte Angestellte ausgesperrt. Die haben gesagt: 'Ihr seid draußen. Keiner von euch kann hier mehr arbeiten. Eure Gewerkschaftsgenossen in den anderen Supermärkten streiken. Wir betrachten einen Streik gegen einen von uns als Streik gegen alle von uns.' Mit anderen Worten: Die Supermarktketten betreiben Klassensolidarität untereinander - Solidarität innerhalb der Kapitalistenklasse. Derweil versäumt die Gewerkschaftsführung es, eine vergleichbare Solidarität unter den Arbeitern und Arbeiterinnen zu organisieren. Die Streikposten kriegen von der Gewerkschaft zur Zeit noch 100 Dollar pro Woche. Das reicht gerade, um die Lebensmittel für eine vierköpfige Familie zu bezahlen. Meiner Kenntnis nach haben sich inzwischen etwa die Hälfte der Streikenden neue Jobs gesucht, da sie praktisch ohne Einkommen sind. Und dann ist da natürlich die Streikmoral. Du kannst einen Streik nur so lange durchhalten, wie sich etwas bewegt. Irgendwann ist die Moral im Keller. Und dann kannst und willst du einfach nicht mehr.

Anmerkungen:

1) http://www.laborsmilitantvoice.com

2) Die AFL-CIO ist der Dachverband der US-amerikanischen Gewerkschaften. Sie repräsentiert 13 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

20. Ideologie des Standesdünkels

Zur Aktualität Theodor Geigers für die heutige Elitendiskussion

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:20

Wenn jetzt alle Welt über Eliten diskutiert, und im Bekenntnis zu "Klasse" der Inbegriff von Modernität entdeckt wird, so lohnt sich ein Rückgriff auf einen modernen Soziologen und Bildungstheoretiker aus vergangen Zeiten. Wo Deutschland die "Super-Uni" sucht, wirkt der Anti-Elitismus eines Theodor Geiger (1) so erfrischend wie aktuell.

Begriffe wie Elite und Modernität scheinen zusammenzugehören wie Phosphat und Currywurst; in letzter Zeit zumindest. Dabei ist das Ganze eingebettet in eine umfassendere Diskurslogik, eine in der unhinterfragt einiges glasklar festzustehen scheint: Zum Beispiel, dass das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit durch das der Chancengerechtigkeit abgelöst werden müsse und dass, mehr noch, der Egalitarismus, diese marode Erblast des alten Europas, einer modernen Auffassung von Gesellschaft zu weichen habe: Wollen Sie etwa das Gros der inkompatiblen Interessen noch über einen verteilungspolitisch als gerecht bestimmten Kamm scheren? So wird man in jüngster Zeit nicht selten gefragt. Und, so der Fragefluss des imaginären Gegenübers (Stellen wir ihn/sie uns als jemanden vor, der/die die neueste Ausgabe des Vorwärts in der Hand hat mit der Statistik über die rapide gesunkene Zahl an Nobelpreisträgern aus den Gefilden des Abendlandes) weiter: Wollen Sie mit Ihrem Hang zum egalisierten Matsch der Masse, das, was, genuin sozusagen, verschieden sei, eineichen auf ein Durchschnittsmaß? Was ist mit den Fleißigen, den Tüchtigen und Begabten? Sind sie nicht das Öl im Motor der Moderne? Und ist nicht die Moderne, diese auf das Prinzip der Dynamik setzende Dame, eng mit dem Kapitalismus verschwistert? Modernismus, Kapitalismus und Elitismus eine untrennbare Trias?

Von welcher Seite auch immer man beschallt wird: Vorbei scheinen die Zeiten, in denen man etwa höflich erinnern durfte an den Zusammenhang von Sprachverhalten und Klassenlage. Verloren auch jene Tage, in denen selbst im Bürgertum das Räsonieren über die eben noch in der PISA- und der IGLU-Studie festgestellten Tendenzen zur sozialen Schließung der Systeme gegenüber den unteren sozialen Schichten zum festen Bestandteil des Argumentierens gehörte. Futsch auch die Erkenntnis aus Studien wie der von Michael Hartmann: Nicht nur die Unterschichten, nein, auch die Eliten reproduzieren sich selbst. In Zeiten, wo die Egozentrik der "handelnden" Systeme nicht wegen ihres Ausschlusscharakters kritisiert, sondern als Qualitätsmerkmal von Effektivität gelobt wird, wirken selbst die einstigen Modernen wie Piaget (2) oder Habermas als die Lahmen im Geiste. Die These von der Inkommensurabilität (Unvergleichbarkeit) der Sprachen und Systeme, einst von aufklärerischer und linker Seite verwandt, stärkt heute wie in den 20er Jahren, als man rege nach charismatischen Persönlichkeiten suchte, den Elitisten den Rücken.

Dabei galten die alten Begriffe, die sich um Tugendhaftigkeit, Fleiß und Genie drehten, einstmals als das verzweifelte letzte Gefecht konservativer Bildungsbürger. Alles andere als "modern" begeisterte der entsprechende Diskurs keineswegs die Diskussionsforen der Welt. Daran erinnert ein Blick auf Person und Werk Theodor Geigers. Für Peter Glotz, einen der heutigen Avantgardisten im Abschneiden alter Zöpfe, zählt Geiger zu den "Vorbildern für Deutsche". Den radikal antinationalen Geiger hätte das vermutlich nur für ein Sekündchen gejuckt.

Als Eliten noch unmodern waren

Der große Schichtungssoziologe, Sozialdemokrat und der Bewegung der (Neuen) Sachlichkeit zugetan, erlebte zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Schritt hin zu einer massiven Bildungsexpansion live mit. Und er sah: Arbeiter sollten fit gemacht werden für viele, nun höhere Qualifikationen erfordernde Jobs; auch wenn sozialdemokratische JublerInnen diese pragmatische Notwendigkeit auch zu einem ideologischen Kampf umdeuteten: Mit Hilfe der Arbeiterbildung sollte die Ruß verschmierte Kreatur der dunklen Fabriken angedockt werden an die schöne und cleane Welt der wohl(an)ständigen Stehkragenproletarier. Geiger erlebte auch mit, wie der klassische Mandarin im damaligen Deutschland entsetzt war vom Trend zur "Verfachhochschulung" von Bildung. Dieser Prozess müsse im Namen des abendländischen Kulturguts und des "Niveaus" gestoppt werden, so etwa Edmund Husserl oder Alfred Weber. (4) Gegen den Fluch von Verflachung und Kommerzialisierung hissten sie und andere das Banner der wahren Wissenschaft; und wahre Wissenschaft sei

schließlich, wie heutzutage Norbert Bolz mit Stolz geschwellter Brust und Max Weber unterm Arm anführt, genuin geistesaristokratisch verfasst. Mit Demokratie habe sie nichts am Hut.

Wie gesagt: Heute gilt diese Haltung als modern, damals jedoch nicht. Damals nämlich war sie Inbegriff eines Bildungsexklusivismus von wenigen. Modern war: Ausweitung der Wissensbestände und Partizipation. Einer der ersten, die das Ideologische in dem Geheul untergangsgestimmter Kulturträger erkannt hatte, war Gustav Ichheiser, Wiener Repräsentant der damals verbreiteten University Extension-Bewegung. "Kritik des Erfolges" war der Titel seines revolutionären Buches, erschienen 1930. Dort verwies Ichheiser die Plädoyers für Geist, Elite und Genie in die Rubrik der reaktionären Hilferufe von Personen, die sich vom Egalitarismus bedrängt sahen. Der ganze Bildungskatastrophismus im Angesicht des Ansturms bildungshungriger Massen sei Ausdruck eines Bildungsbürgertums, das um seine Distinktionspfründe zittert.

In seinen Statements zum Neoelitismus der 1920er sowie dem der Jahre nach 1945 bezieht sich Theodor Geiger unter anderem auf diesen Ichheiserschen Ansatz. Deutlich zeigt sich dies zum Beispiel an dem 1950 veröffentlichten Text "Fachbezogenes Bildungswissen" (ursprünglich in der Deutschen Universitätszeitung abgedruckt). Es handelt sich dabei um eine Stellungnahme zu einer von der britischen Militärregierung vorgestellten Expertise, dem sogenannten Lindsay-Gutachten. Erstellt hatte sie der Ausschuss für Hochschulreform. Ihr Gegenstand ist kein geringerer als die Zukunft der Bildungspolitik in Deutschland, ein Land, in dem, wie jeder weiß, Bildung Lebenselixier, ja sogar Teil des nationalen Selbstverständnisses ist. Im Lindsay-Gutachten finden sich ganz un-angelsächsische Lobeshymnen auf die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit und Schimpfkanonaden auf die spezialistische, irreflexiv-technokratische Praxisausbildung. Insofern entsprach die Studie durchaus dem zu erwartenden Duktus einer zur Metaphysik neigenden ErzieherInnengilde.

Was Geiger aber vor allem störte, waren die Jubelarien über das, was dort wahre Bildung genannt wurde. Das sei, so Geiger, mit dem Begriff der Elitebildung untrennbar verbunden. Für ihn war das, was er als das Wiedererstehen einer klassisch deutsch anmutenden Bildungsideologie erkennt, die von Eliten redet und verächtlich auf "die Masse" blickt, nur armselig. Nebenbei erinnerte Geiger auch daran, dass der im Gutachten propagierte Antispezialismus "peinlich an die Intellektfeindlichkeit der Nazis und ihrer Brüder im Geiste an(knüpfe)". Bei aller antinazistischen Intention stehe das elitistische "Bildungsgedöns" des Lindsay-Gutachtens klar in der "deutschen Tradition einer mehr spirituell anspruchsvollen als sachlich durchdachten Bildungsphilosophie".

Der "Anspruch des Akademikers auf den Ehrentitel einer ‚führenden' Schicht" sei durch und durch Bestandteil standortbedingter Rede - Geiger kannte die in dieser Zeit selbst in England wieder aufblühenden Ideen vom platonischen Seher und Lenker nur zu genau. Der Wunsch nach Ausbildung der jungen Menschen zu "führender Tätigkeit" deute nur auf die sublimierten Herrschaftswünsche der eh schon führenden Schichten: Das "wie zufällig einfließende, aber durch Wiederholung gewichtig werdende Prädikat ‚führend` weckt aufdringlich die Erinnerung an die ständische Selbsteinschätzung der Akademiker als Elite und ‚führende' Schicht der Nation. Diese Vorstellung gehört dem bürgerlichen 19. Jahrhundert an", heißt es bei Geiger. Im neuen System der demokratisierten Bildungsgüter jedoch habe sich eine "kardinale" Funktion der Akademiker mehr oder weniger erledigt: "Die Aufrechterhaltung eines Eliteanspruchs wirkt heute als überholte Standesideologie und tragikomische Rückwärtsutopie. Der Akademiker hat im arbeitsteiligen Haushalt der Gesellschaft eine sachlich bestimmte Funktion, er hat gewisse Dinge zu können und ist damit anderen Berufsschichten, die anderes können oder zu leisten haben, nicht führend über-, sondern kooperierend nebengeordnet".

Nieder mit dem homo academicus!

Man könnte meinen, dieser Ruf Geigers nach diversifizierten und sich gegenseitig kontrollierenden Funktionseliten sei kompatibel mit den Ergebnissen der Elitensoziologie der 1950er Jahre. Auf den ersten Blick scheint Geiger selbst jedenfalls mit seiner Elitenphobie tendenziell eher auf den Widerstand gegen charismatische Fürdenker abzuzielen als gegen Lenker und Denker an sich. Aber das stimmt nur halb. Denn Geiger konnte sich zu keiner Zeit seines Lebens mit dem Elitebegriff - und sei es in noch so verquaster Form - anfreunden. Für ihn war der Elitebegriff selbst ein für alle Mal desavouiert; darin hätte er heute wohl Oskar Negt zugestimmt.

Dabei ist Geigers Egalitarismus keineswegs gleichzusetzen mit dem Ruf nach "Kuschelpädagogik" oder ähnlichem, im Gegenteil. Geiger war in den 1920er Jahren einer der schärfsten Kritiker allen "Gemeinschaftsfimmels" und Protagonist einer sachlichen Erziehung: Sachlichen Problemen könne man sich auf sachliche Art und Weise stellen. Während jemand wie Norbert Bolz heutzutage in Amerika den Hort des neuen, pragmatischen Elitismus zu finden glaubt, sah Geiger erstaunlicherweise im American Way der Bildungspolitik ein Vorbild für flache Hierarchien. Was die Abgeschlossenheit der Schichten und das besondere Distinktionsbedürfnis des homo academicus angehe sei man, so Geiger, in Amerika schon weiter als im "kulturbewussten" Deutschland. Hier nämlich, im alten Europa, dessen Tugenden heutzutage Habermas wiederzubeleben versucht, gebe es - Geiger hat die 1950er Jahre im Blick - einen traditionell verankerten "spirituellen Prestigedrang" des Akademikers: "Er", der Wissenschaftler und Lehrende, schreibt Geiger, "kann sich nicht entschließen, auf die Hohepriesterlichkeit des Wissenschaftlers zu verzichten, selbst wenn sie nur fiktiv ist und er in seinem Innersten wohl weiß, dass Wissenschaft und Forschung nicht sein Daseinsinhalt, sondern dass Kenntnis ihrer Ergebnisse die Voraussetzung für sein Wirken als praktischer Fachmann ist". Wie Ichheiser dechiffriert Geiger das an der Elite orientierten Pädagogik enthaltene Versprechen auf das Glück des Ganzen als eine Diskursstrategie krankhaft standesdünkelnder Bildungsbürger. Die von den arrivierten In-Groups pastoral vorgetragenen Klagen über das Schwinden klassischer Mobilitätsgaranten wie Fleiß, Tüchtigkeit, moralische Stärke - einschließlich des Lamentos über die Aufwertung der Komponenten des Glücks und des Zufalls - seien durchschaubar; Bolz, der Moderne, dessen Texte im Übrigen, dies sei noch hinzugefügt, selbst kaum je den Eindruck vermitteln, in nächtelanger Askese entstanden zu sein, täte gut daran, vielleicht einmal den ein oder anderen Aspekt seiner binären Logik zu überdenken und einen Geiger, der ebenfalls Zeit seines Lebens gegen Kollektivismus und Gemeinschaftskult agiert hat, nie aber zu elitistischen Schlüssen gelangt ist, erneut (?!) zu lesen.

Stefan Wilsmann

Anmerkungen:

1) Theodor Geiger (1891-1952); gilt als Begründer der Soziologie der sozialen Schichten. Er lehrte von 1928-1933 Soziologie in Braunschweig und wurde von den Nazis in die Emigration nach Schweden vertrieben.

2) Jean Piaget (1896-1980); schweizerischer Psychologe, Philosoph und Pädagoge

3) Alfred Weber (1868-1958); Bruder von Max Weber und wie dieser liberaler Nationalökonom und Soziologe

21. Deutschland sucht die Superuni

Elitendebatte zwischen Ablenkungsrethorik und Standortpolitik

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:21

Das nächste Jahr wird im Zeichen der Innovation stehen. Sagt der Kanzler. Was das genau bedeuten soll, sagt er zwar nicht. Wir können aber sicher sein, dass nach dem "Reformjahr" 2003 im "Innovationsjahr" 2004 noch ein Zahn zugelegt wird beim gesellschaftlichen Umbau.

Mit dem Ausrufen eines Wettbewerbs um die "beste" Hochschule und dem Fokussieren der Bildungsdebatte auf den Elitebegriff versucht die Führung der SPD, die Diskurshoheit nach den studentischen Protesten zurückzugewinnen. Die Argumentationsmuster fügen sich nahtlos ein in die Parolen vom Wirtschaftstandort Deutschland, dessen Konkurrenzfähigkeit alle anderen gesellschaftspolitischen Ziele, Wünsche oder Vorstellungen unterzuordnen sind. Dieser Rhetorik haben sich auch Teile der Studierendenbewegung bedient: Sie beklagten verschlechterte Bedingungen für die Produktion von Humankapital und beschworen Gefahren für den Wissenschaftsstandort, für den Fall dass die Kürzungen an den Universitäten wie geplant durchgeführt würden. An dieser Kritik kann die Kampagne der SPD-Führung anknüpfen. Denn jetzt wird etwas für den Standort und die Bildung getan, und wie! "Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können." Das ist die Absichtserklärung der SPD-Klausurtagung vom 5.Januar 2004 in Weimar, die zwar auf das böse Wort Elite verzichtet, inhaltlich aber genau darauf abzielt.

Dies ist kein Verrat der Sozialdemokratischen Partei an ihren hehren Zielen der Chancengleichheit, vielmehr war schon diese an wirtschaftlichen Bedürfnissen orientiert. Vor 40 Jahren brauchte der Kapitalismus generell mehr Gebildete, es kam darauf an, das Bildungsniveau der Massen zu heben, da im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus der Anteil von reiner Hand- im Vergleich zur Kopfarbeit abnahm. Deswegen steckte der Staat verstärkt Geld in Bildungseinrichtungen, vor allem in Gymnasien und Universitäten, aber auch Modelle wie die Gesamtschule wurden eingeführt und gefördert.

Mittlerweile geht die Entwicklung in eine etwas andere Richtung. Angesichts der zunehmenden Zahl für das Kapital nicht verwertbarer Arbeitskräfte aller Bildungsniveaus wird auf mehreren Ebenen versucht, Ausbildung und vor allem universitäre Bildung auf bessere Verwertbarkeit auszurichten. Dazu gehören zum einen Bachelor-Studiengänge, die keinen Anspruch auf eine Ausbildung für den Wissenschaftsbetrieb mehr haben, dafür aber feste Stundenpläne, Hausaufgaben und Anwesenheitspflicht. Sie bereiten ihre AbsolventInnen gezielt und in nur sechs Semestern auf die Aufgaben als Angestellte im mittleren Management vor. Den Zugang zu den höheren Weihen eines Master-Studiums erhalten danach nur wenige. Im Zuge des Bologna-Prozesses (1) sollen alle Studiengänge europaweit bis 2005 derart umgestaltet werden.

Zum anderen trägt auch die forcierte Einführung von Studiengebühren und -konten in immer mehr Bundesländern dazu bei, Druck auf die Studierenden auszuüben. Das Ziel, ein Studium schnell zu beenden, wird damit zum vitalen, finanziellen Eigeninteresse. Ein Studium nach eigenen Interessen, alternative Vorstellungen von Wissenserwerb und Herumprobieren haben keinen Platz mehr.

Zum dritten fügt sich hier auch die vom SPD-Vorstand angestoßene Elite-Diskussion ein. Ob eine sogenannte Elite-Uni, zehn davon oder ein "Netzwerk der Exzellenz" gefordert werden, die Beteiligten sind sich augenscheinlich darüber einig, dass der Bildungspyramide die Spitze fehlt. AkademikerInnen waren und sind sowieso schon eine Elite, nur ist diese wohl zu groß und nicht spezialisiert genug. "Brain up - Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten" lautet deshalb das Motto des universitären Wettbewerbs, dessen Sieger ab 2006 jährlich rund 50 Millionen. Euro erhalten sollen. Nach fünf Jahren soll die Summe erneut ausgeschrieben werden. Die Fernsehshow-Rhetorik soll dabei schon alleine für frischen Wind und einen ideellen Innovationsschub sorgen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen klingen jedenfalls alles andere als fortschrittlich und fassen hauptsächlich das zusammen, was schon seit Jahren durch die Diskussion um den Ruin der Universitäten geistert: Die inneruniversitären Demokratiereste sollen abgeschafft und durch "fachmännische" Konsortien aus der Wirtschaft ersetzt werden, Unis sollen sowohl ihre Studierenden selber aussuchen dürfen, als auch über ihre Budgets völlig frei entscheiden können. Die SPD hat mit ihren Vorschlägen offene Türen

eingerannt. Institutionen wie die Hochschulrektorenkonferenz, das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und die Kultusministerkonferenz haben solche oder ähnliche Ideen schon des öfteren vorgebracht. Den KritikerInnen gehen die Pläne meist nicht weit genug, oder sie sorgen sich darum, dass ihre Hochschule oder ihr Bundesland nichts vom zu verteilenden Kuchen abbekommt.

Im Standortwettbewerb mutieren die Universitäten nun zu "Schicksalsgemeinschaften": Studierende, Mittelbau und ProfessorInnen müssen zusammenarbeiten, um das Eliteprädikat verliehen zu bekommen - und somit auch die Fördergelder. Die dabei entstehenden "Eliten" führen uns dann sicher in eine goldene Zukunft.

Kirsten Achtelik

Anmerkungen:

1) Der "Bologna-Prozess" bezeichnet einen Vereinheitlichungsprozess des europäischen Bildungsraumes, durch den eine EU-weite Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse erreicht werden soll.

22. LESERINNENBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:22

Inflationäre Bezugnahme

Betr.: Die Querfront marschiert, ak 481

So informativ der in Rede stehende Artikel auch ist, so lässt er doch einige Fragen offen:

1. Die im Text erwähnte Page www.festungsstadt.com wird von der neonazistischen Kameradschaft Magdeburg betrieben. Als Beleg für deren Querfrontbemühungen die verbalradikale positive Bezugnahme auf die ehemaligen Magdeburger §129a-Gefangenen zu nennen, greift ins Leere. Denn eine nähere Betrachtung der politischen Arbeit der Kameradschaft Magdeburg zeigt, dass diese Bezugnahme nicht mehr als eine plumpe Provokation ist. Hier fehlt eine Auseinandersetzung mit den zur Debatte stehenden linken Inhalten, wie im Falle Grams 1993 durch das neonazistische Blatt Der Angriff aus Brandenburg geschehen. Die Solidarisierung bezieht sich ausschließlich auf den Aspekt der staatlichen Repression.

2. Den im Text genannten Aneignungsprozess genuin linker, jugendkultureller Bekleidungscodes (Stichwort: Che-T-Shirt mit nationalrevolutionären Phrasen beschriftet) durch eine rechte Jugendkultur unter das Phänomen Querfront zu sortieren, ist inhaltlich nicht falsch. Doch es lässt die Tatsache unberücksichtigt, dass diese Aneignung auf Seiten rechtsextremer Gruppen, wie im Fall Halle/Saale, nicht theoretisch, sondern aktionistisch reflektiert wird. Die Tatsache, dass Kameradschaftsnazis auf Demonstrationen äußerlich kaum mehr vom 1980er-Jahre-Autonomen zu unterscheiden sind, geht nicht auf die Aneignung deren Formen der politischen Kommunikation durch die Neonazis zurück. Es wäre zu diskutieren, ob es sich hierbei nicht vielmehr um einen jugendsoziologischen Vorgang der Enteignung von Codes handelt, wie es auch in nicht explizit politischen jugendkulturellen Szenen gang und gäbe ist. Denn von der Auseinandersetzung mit nationalrevolutionärer Theorie ist die rechtsextreme, jugendkulturelle Avantgarde unter den ostdeutschen Kameradschaften weit entfernt.

3. Leider setzt der Autor die Kenntnis der historischen Herkunft des politischen Begriffs (Querfront, ak) voraus. Würde diese im Text dargestellt, so würde deutlicher, was unter diesem zu fassen ist und was nicht. So richtig es ist, Querfrontbemühungen der extremen Rechten aufzudecken, so notwendig ist es aber auch, diesen Begriff nicht inflationär in Bezug auf alle möglichen inhaltlichen Bezugnahmen der extremen Rechten auf linke Inhalte zu verwenden.

Christian Grünert/Lisa Kahlau,

Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg

23. Wildes Aussäen gegen Agrarkonzerne

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:23

Früher war es das Recht der LandwirtInnen, einen Teil ihrer eigenen Ernte zurückzubehalten und im nächsten Jahr wieder auszusäen. Durch diesen "Nachbau", kombiniert mit gezielter Auslese und Weiterzüchtung, konnte die große Vielfalt an verschiedenen Pflanzen- und Zuchtsorten entstehen, die bis heute die Grundlage der Landwirtschaft und damit unserer Ernährung ist. Doch Nachbau ist den großen Saatgut- und Chemiekonzernen ein Dorn im Auge, denn wer nachbaut kauft kein Saatgut. Mit neuen gesetzlichen Regelungen versucht die Agrarindustrie daher, unterstützt von den Regierungen der europäischen Länder, die LandwirtInnen von dem Nachbau abzuhalten, indem dieser verboten wird bzw. Gebühren gezahlt werden müssen. In Deutschland, internationaler Vorreiter bei der Verschärfung des Sortenschutzes, werden die BäuerInnen seit 1998 ausspioniert und müssen Nachbaugebühren zahlen. Die LandwirtInnen zahlen also doppelt: beim Kauf des Saatguts für die Leistung der Züchter und erneut bei jeder weiteren Aussaat. Pflanzliche Vielfalt und Saatgut, vormals öffentliches Gut, gehen so von den meisten Menschen unbemerkt in den Besitz einiger weniger transnationaler Agrarkonzerne über.

Hier wollen wir Widerstand leisten: Überall in Deutschland wollen wir das tun, was LandwirtInnen auf der ganzen Welt schon immer getan haben: Saatgut frei aussäen! Bis zum 16. Oktober, dem Welternährungstag, wollen wir bundesweit mindestens 2.500 Menschen dazu bewegen, nachgebautes Saatgut von Weizen, Gerste und Raps als Solidarität mit den BäuerInnen in einer symbolischen Aktion "illegal" auszusäen. Auf Hoffesten, gemeinsam mit Freunden auf öffentlichen Plätzen in der Stadt, im eigenen Garten oder im Balkonkasten - an vielen Orten ist Platz für aufkeimenden Widerstand.

Start der Aktion ist der 26. März in Frankfurt, denn dort findet am 29.3. ein Verfahren vor dem OLG gegen einen Bauern statt, der verweigert, den Züchtern Auskunft zu geben.

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie

Bestellt unsere Flyer mit Saatguttütchen unter info@biopiraterie.de oder BUKO Kampagne gegen Biopiraterie, c/o BUKO Agrarkoordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/39 25 26, Fax 040/399 006 29

24. Perspektiven von oben - Gegenperspektiven von unten

Überlegungen zu Agenda 2010 und globalem Akkumulationsregime

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:24

Die Agenda 2010 ist ein Teil eines sozialen Angriffs im Weltmaßstab. Dies ist eine der Thesen, die Karl Heinz Roth am 20.2.2004 auf der Aktionskonferenz des Bremer Sozialplenums vorgetragen hat. Gleichzeitig skizzierte er dort Eckpunkte für egalitäre Widerstandsperspektiven: ein treffender Beitrag auch für die bundesweite Demonstration gegen Sozialkahlschlag am 3. April in Berlin. Wir veröffentlichen Roths Rede in gekürzter Fassung.

Weltweit ist eine Spirale der sozialpolitischen Demontage in Gang gekommen, die die bisherigen strukturellen Unterschiede zwischen Metropolen, Semiperipherie und Peripherie aus der Perspektive der arbeitenden Armen zunehmend verwischt. Auch die deutsche Entwicklung ist Teil des weltweiten Deregulierungskonzepts des Kapitals und seiner internationalen Institutionen; ein Konzept, das nicht neoliberal, sondern neokonservativ und zutiefst reaktionär ist. Seit den 1980er Jahren erobern die Kapital- und Finanzgruppen die sozialstaatlichen Schalthebel. Sie verkehren die bisherige Richtung der Umverteilungsmechanismen zur Existenzsicherung der Schwachen in ihr Gegenteil. Gleichzeitig erzwingen sie in einem alle Nationalstaaten erfassenden Domino-Effekt eine massive Senkung der Steuereinnahmen. Während die Budgets für die Sozialeinkommen der Armen gedrosselt werden, erfahren die Etatposten für den Ausbau des Repressionsapparats - Polizei, Gefängniswesen, Psychiatrie - einen rasanten Aufschwung. Die sozial ausgleichende "linke Hand" der Staaten (Bourdieu) verkümmert zunehmend.

Dieser Umbau war und ist nur möglich, weil sich die in den parlamentarischen Repräsentationssystemen verankerten politischen Klassen aller Lager den Strategien und Verheißungen des neokonservativen Zugriffs unterworfen haben. Da sie sich selbst jedoch bei der Verabschiedung ihrer sozialpolitischen Gesetzes- und Verordnungspakete von den nachteiligen und existenziell verunsichernden Folgen ausnehmen, ist ihr Kotau mit folgenreichen kollektiven Korruptionserscheinungen verbunden. Die kollektive Selbstbevorteilung löst bei denjenigen, die unter der dekretierten sozialen Ungerechtigkeit zu leiden haben, Ressentiments und Hassgefühle aus. Dies führt mittelfristig zu einer Demontage der repräsentativ-demokratischen Systeme von innen heraus und kann gefährliche Folgen haben. Unter diesen Vorzeichen erleben wir nun auch in Deutschland die Selbstzerstörung der (historischen) Sozialdemokratie in all ihren Varianten, wobei sich auch die PDS durch ihre Beteiligung an der Berliner Stadtregierung und deren Kapitulation vor den Finanzspekulanten selbst das Grab geschaufelt hat.

Soziale Demontage im Weltmaßstab

Die inneren Umwälzungen finden unter nicht weniger dramatischen äußeren Rahmenbedingungen statt. Sie sind in die Formierung eines neuen kollektiven Imperialismus eingebettet, der die Weltinstitutionen an die militärische Weltherrschaft der USA anpasst und sich in den strategischen Krisenzonen des Weltsystems mit Methoden festsetzt, die an den klassischen Kolonialismus erinnern. Trotz aller Rivalitäten unter den Großmächten scheint ein neues Netzwerk imperialistischer Herrschaft zu entstehen, das innere Gegensätze ständig ausgleicht und die gemeinsame Kontrolle über die strategischen Ressourcen sowie die Stagnations- und Depressionsgebiete des Weltsystems durchsetzt. Auch die Frage, in welchen Regionen als bedrohlich geltende Blockaden gegen die Ausweitung der Wertschöpfung gewaltsam beseitigt werden sollen, scheint trotz des jüngsten Alleingangs der angelsächsischen Kriegskoalition gegen den Irak letztlich kollektiv entschieden zu werden - im Rahmen "ultra-imperialistischer" Abstimmungsverfahren, wie sie Karl Kautsky ausgerechnet 1915/16, auf dem Höhepunkt eines zerstörerischen Hegemonialkampfs der Großmächte, vorausgesehen hatte.

Der innere Sozialkahlschlag und die veränderten äußeren Weichenstellungen zur Regulierung des kapitalistischen Weltsystems sind zweifellos zwei Seiten einer Medaille. Auf der Grundlage weltweit verschärfter und zugleich kollektiv-gewalttätig abgesicherter Ausbeutungsverhältnisse soll ein neues Akkumulationsregime durchgesetzt werden. Es unterscheidet sich vom voraufgegangenen Zyklus vor allem dadurch, dass es die Vollbeschäftigungsmaxime und das Massenkonsumversprechen des

keynesianisch-fordistischen Zeitalters durch ein System der strategischen Unterbeschäftigung ersetzt. Weltweit soll zu Spottpreisen eine wirtschaftliche Reservearmee verfügbar gemacht werden, und weltweit werden die immer größeren unverwertbaren Segmente der Massenarmut auf neue Weise ausgegrenzt und eingefriedet. Die postkoloniale Bewegungsfreiheit der transkontinentalen Massenmigrationen wird wieder aufgehoben. Die von den Migrantinnen und Migranten erkämpfte Freizügigkeit stößt inzwischen überall auf der Welt auf elektronische Grenzzäune und auf weithin sichtbare Mauern. Diese Monumente einer neuen Ausschließungskultur demonstrieren auf drastische Weise, dass die Annahme, die ungezügelte Mobilität des Kapitalverkehrs würde auch eine "neo-liberale" Freizügigkeit der Menschen hervorbringen, eine Illusion war. Nicht nur in dieser Hinsicht hat sich der so genannte Neo-Liberalismus als kompromisslos menschenfeindlicher Neo-Konservatismus entlarvt, der immer unverhüllter auf autoritäre Herrschaftsmechanismen zurückgreift.

Zusätzlich soll dieses neu dimensionierte äußere Wachstumsmodell langfristig durch eine innere Expansionsdynamik gesichert werden. Durch diesen Weg in das Innere der Gesellschaften unterscheidet sich das gegenwärtige Akkumulationsregime am weitesten von seinen Vorläufern. Seine Planer und Vordenker sind sich der Tatsache durchaus bewusst, dass die letzten noch verbliebenen äußeren Wachstumsquellen - vor allem die Rekonstruktionszone in Ostmitteleuropa und der gigantische "late comer" China - in 10 -15 Jahren erschöpft sein werden. Dann ist das kapitalistische Weltsystem endgültig an seine äußeren Grenzen gestoßen, und es entfällt eine der entscheidenden Voraussetzungen seiner geschichtlichen Dynamik. Doch der Expansionsdruck einer "endlosen Kapitalakkumulation" (Wallerstein) macht das Wesen des Weltsystems aus; es wäre zum Untergang verurteilt, wenn ihm der Umschlag zu einer nach innen zurückschlagenden Dynamik nicht gelingen sollte. Hier sehe ich die entscheidende Ursache für die gnadenlose Härte, mit der die Planungs- und Aktionszentren des Kapitalismus sich gegenwärtig die bisherigen "allgemeinen Produktionsbedingungen" des Wachstums - gesellschaftliche Reproduktionssphären, soziale Sicherungssysteme, Infrastrukturen und Bildungswesen - aneignen.

Akkumulation nach außen und innen

Im Dienst der inneren Expansion hebt die "Agenda 2010" die "Kommodifizierung" der Gesellschaft auf eine qualitativ neue Stufe. Im Dienst der nach innen umschlagenden Kapitalexpansion privatisiert sie jetzt hemmungslos allgemeine Alltagsbedürfnisse und stellt sie unter das Diktat der Rendite. Der Kapitalismus weitet seine Kontrolle über Produktion und Verteilung auf die gesamte Gesellschaft aus und macht sie sich tributpflichtig. Er wandelt sich zu einem Kapitalismus der Gebühren und Dienstleistungsrenditen, die er von Millionen kleiner Einkommensbezieher eintreibt. Ein solches Akkumulationsmodell wäre den Heroen des industriellen Kapitalismus selbst in ihren wildesten Träumen nicht eingefallen.

Alle, die ihre Arbeitskraft vermieten müssen, um leben zu können, geraten in allgemein ungesicherte Arbeitsverhältnisse. Als neue Form der "Vollbeschäftigung" entsteht ein breiter Niedriglohnsektor. Um ihr Dasein zu fristen, müssen immer mehr Menschen ihren Arbeitsalltag auf drei oder vier miserable Jobs verteilen. Ihre Arbeitszeiten steigen dramatisch, während die Einkommen sinken. Sie sind zur Arbeitsarmut bis ans Lebensende verurteilt. Wer hätte es vor 20 Jahren für möglich gehalten, dass angesichts der rasanten Produktivkraftentwicklung der Kampf für den Achtstundentag und ein freies Wochenende jemals wieder zu einem Hauptanliegen der Assoziation der Ausgebeuteten werden könnte?

Der nach innen expandierende Kapitalismus erzeugt eine neue Massenarmut. War es ihm im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts gelungen, durch das Ingangsetzen der Industrialisierung die "gefährlichen Klassen" der Eigentumslosen in Arbeiterklasse und Subproletariat aufzuspalten, so hat er heute, 200 Jahre später, damit begonnen, den umgekehrten Weg einzuschlagen. Die Massenarmut kehrt im Prozess der De-Industrialisierung in die Metropolen zurück, und dabei scheint auch ihre historische Spaltung in Arbeiterklasse und Subproletariat rückgängig gemacht zu werden. So betreten die "classes dangereuses" wieder die historische Bühne.

Den Denkfabriken des Kapitals ist diese Tendenz nicht verborgen geblieben. Schon in den 1980er Jahren sind die herrschenden Klassen der USA dazu übergegangen, die Massenarmut vorbeugend zu filtern und ihre potenziell gefährlichen Elemente hinter immer höheren Gefängnismauern wegzuschließen. Im neuen Gulag-System der USA sind inzwischen 2,2 Millionen Menschen interniert, und weitere 7,8 Millionen unterliegen der Justizaufsicht. Diesem Trend sind die EU-Länder bislang nur begrenzt gefolgt. In Deutschland und Italien ist statt dessen eine weniger auffällige Technik der Ruhigstellung der Ausgegrenzten und

Gestrandeten in Gang gekommen. Sie werden entmündigt, psychiatrisiert und anschließend von den gemeindepsychiatrischen Zentren kontrolliert und medikamentös ruhig gestellt. Ihre Zahl hat sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Sicher hätten es sich die Väter und Mütter der italienischen und deutschen Psychiatriereform nicht träumen lassen, dass ihre in bester Absicht betriebenen Initiativen zur Auflösung der großen Verwahranstalten und zur Durchsetzung einer humaneren Gemeindepsychiatrie auf derart zynische Weise instrumentalisiert werden könnten.

Wo man derartig mit der "hausgemachten" Massenarmut umgeht, haben die Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten ohnehin keine Chance. In einem weit gesicherten europäischen, bzw. zentralamerikanischen Vorfeld werden sie inzwischen vor dem Zutritt abgefangen. So weit sie nicht umgehend deportiert werden, wird die Bewegungsfreiheit der Zugewanderten drastisch beschnitten. Gleichzeitig wird der erneuerte Kolonialismus die Menschen in der Peripherie selbst einfrieden. Wie dies im einzelnen geschehen soll, wurde im Irakkrieg durchexerziert. Während des Golfkriegs von 1990/91 waren unter den unfreien MigrationsarbeiterInnen der Golfstaaten und den irakischen Minderheiten noch Massenfluchten ausgelöst worden. Im vergangenen Jahr sorgten die angelsächsischen Expeditionstruppen dagegen in einem makabren Zusammenspiel mit den irakischen Verwaltungsbürokratien dafür, dass solche Massenfluchten unterblieben. Alles in allem haben wir ein Projekt zur Polarisierung und Re-Proletarisierung der Weltgesellschaft vor uns, die zu einer neuen Spirale der "endlosen Kapitalakkumulation" geworden ist.

Wiederkehr "der gefährlichen Klassen"

Wie unsicher sich die Akteure selbst über den Ausgang ihrer Transformationsinitiative sind, bezeugt der Aufwand, den sie betreiben, um ihre Vorgehensweise medial, sprachlich und ideologisch abzusichern. Die Reaktion definiert sich als "Reform", aus den Entmündigungsgesetzen werden "Betreuungsgesetze", und in Zeiten steigender Massenerwerbslosigkeit werden die neuen Instrumente zur Arbeitserzwingung als "aktivierende Sozialpolitik" verharmlost. Im Dienst dieser semantischen Umdeutungen werden die Medien zum wichtigsten Scharnier zwischen den herrschenden Kapitalgruppen, den Entscheidungsträgern der großen Transformation, und den politischen Klassen als ihren Erfüllungsgehilfen. Tag für Tag produzieren und reproduzieren sie eine zweite, rein virtuelle Realität, welche die katastrophalen Folgen des Restaurationsprozesses in Erfolgsberichte ummünzt. Dank der Medien ist der Kapitalismus in Dimensionen der "Gouvernementalität" (Foucault) hineingewachsen, vor denen die Herrschaftsinstrumente der voraufgegangenen Akkumulationszyklen verblassen. Er hat begonnen, die langen Phasen des Mentalitätswandels zu manipulieren und zu verkürzen, indem er die bislang mit ihnen verknüpft gewesenen gesellschaftlichen Erfahrungszusammenhänge beseitigt.

Wie könnten die Umrisse einer Gegenperspektive aussehen, die die Bereitschaft zum Widerstand mit Vorstellungen über eine humane und sozial gerechte Welt verbindet? Im Rahmen dieses Beitrags kann ich nur auf einige Aspekte verweisen, die mir besonders wichtig erscheinen. Ansatzpunkte zu realistischen Gegenprogrammen und aussichtsreichen Handlungsmöglichkeiten gibt es meines Erachtens nur noch in einer internationalen Perspektive. Die Nationalstaaten und die aus ihnen hervorgegangenen übernationalen Blockbildungen (EU, NAFTA usw.) sind der neokonservativen Radikalisierung des kapitalistischen Weltsystems nicht mehr gewachsen. Die Gegenperspektive sollte sich vor allem nicht in Block-Konzepte einbinden lassen, denn dann würde sie nur Teil eines vielleicht noch gefährlicheren Umschlags des globalisierten Netzwerkkapitalismus in katastrophale innerimperialistische Machtkonflikte.

Zum zweiten bin ich davon überzeugt, dass die Eroberung der politischen Macht kein Weg mehr ist, der zum emanzipatorischen Ziel hinführt. Die "traditionellen antiystemischen Bewegungen" (Wallerstein) der ArbeiterInnenbewegung wollten die gesellschaftliche Befreiung über den Staat in Gang bringen und vollenden. Dieses Projekt ist gescheitert. Aus dem Untergang des so genannten Realsozialismus können wir nur noch lernen, vor welchen strategischen Fehlentscheidungen wir uns hüten sollten. Auch aus dieser Perspektive sind der Nationalstaat und die durch ihn begründeten Blockbildungen für uns kein Adressat mehr.

Polarisierung und Re-Proletarisierung

Aussichtsreich erscheint mir deshalb nur noch ein breites soziales Bündnis, das von den SubproletarierInnen der neuen Massenarmut über die ungesichert Beschäftigten und die industrielle ArbeiterInnenklasse bis zu den selbstständigen Arbeiterinnen und Arbeitern alle VerliererInnen des Umbruchs einbezieht, also zwei Drittel bis

drei Viertel der Gesellschaft. Es gibt keine "zentrale Arbeiterklasse" mehr. In jedem Standort werden andere Segmente des neuen Proletariats überwiegen, in den Schwellenländern sicher auch einmal die Belegschaften großer Industriebetriebe. Aber aus der Gesamtperspektive lässt sich keine Priorität für eine spezifische Schicht - seien es Erwerbslose, Jobber, Scheinselbstständige oder Industriearbeiterinnen und -arbeiter - mehr festlegen. Vielleicht hat die Festlegung der historischen Arbeiterbewegung auf jene Klassensegmente, die aus zumeist männlichen freien Lohnarbeitern bestanden,schon immer ihre Perspektiven und Aktionsmöglichkeiten unnötig eingeengt.

Ein solches Klassenbündnis ist viertens nur auf der Grundlage gemeinsamer Rahmenbedingungen und Vereinbarungen möglich. Seine entscheidende Voraussetzung aber ist und bleibt die konsequente innere Demokratie. Ich halte diese Hypothese für besonders wichtig, und deshalb möchte ich sie etwas näher erläutern:

a) Nur in basisdemokratischen Strukturen lässt sich die elementare Forderung nach sozialer und politischer Gleichheit jenseits von Klasse, Geschlecht und Ethnizität dauerhaft verwirklichen. Mit dieser Grundforderung nehmen wir zugleich die Ziele vorweg, auf die sich eine Gegenperspektive verständigen sollte: Keine Macht für niemand - kein Eigentum für niemand - kulturelle Gleichberechtigung alles Heterogenen.

b) Auf allen Ebenen des sich organisierenden Gegenprojekts sollte ein konsequentes Delegations- und Rotationsprinzip durchgesetzt werden, um die Entstehung neuer abgehobener Funktionärsschichten von vornherein zu vermeiden. Diese Forderung erscheint banal. Aber wer sich nicht erst seit gestern für emanzipatorische gesellschaftliche Perspektiven engagiert, weiß, wie wichtig eine schon im Vorfeld des Neubeginns getroffene Verabredung über diese Frage ist.

c) Das Bündnis hat nur dann eine Perspektive, wenn die inneren Strukturen seiner Partner und Teilnehmer demokratisiert werden. Deshalb sollten auf mittlere Sicht bei allen Bündnispartnern basisdemokratische Strukturen geschaffen werden. Beispielsweise ist es sehr zu begrüßen, dass einzelne DGB-Gewerkschaften inzwischen auf die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen Wert legen. Für die Vertiefung zum Bündnis wären jedoch einige Voraussetzungen zu klären, die keineswegs auf die lange Bank geschoben werden können. So wären die extrem hohen Gehälter der Gewerkschaftsspitzen auf ein vertretbares Niveau zu senken. Sicher würde die Mehrheit dieser Spitzengruppe daraufhin kündigen, aber dies wäre nur zu begrüßen, weil sie qua Einkommen und Habitus nicht einer Gegenperspektive zuneigen, sondern im Innersten der politischen Klasse der Deregulierer angehören. Darüber hinaus sollten sich die Gewerkschaften von den Knebelungen des Betriebsverfassungsgesetzes - Stichwort: Aufsichtsratsmandate - und von der Mitbestimmung verabschieden, nachdem die Kapitalseite den historischen Kompromiss längst informell aufgekündigt hat.

In allen diesen Fragen sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Auch die linken Gewerkschaftsgruppen sollten sich einmal darüber Rechenschaft ablegen, inwieweit sie von den Gewerkschaftszentralen nur deshalb toleriert werden, weil sie einen für das Image unverzichtbaren Rest von Basis-Aktivismus aufrecht erhalten. Letztlich werden sie aber nur nützliche Idioten bleiben und immer auf der Stelle treten, solange sie nicht die Frage nach der innergewerkschaftlichen Demokratie auf die Tagesordnung setzen. Solange sind auch sie für die Masse der Beschäftigten unglaubwürdig und werden zwischen der skeptischen Zurückhaltung der Belegschaften und der Blockadepolitik der Gewerkschaftsleitungen zerrieben.

Soziale Bündnisse und Netzwerke der Migration

Es ist völlig unklar, ob die als "Deregulierung" bezeichnete Umlenkung der Kapitalakkumulation in das Innere der gesellschaftlichen Reproduktion wirklich gelingt, denn dies würde zur Zerstörung jeglicher Gesellschaftlichkeit führen. Genau so unsicher sind die Chancen des Widerstands und einer darauf aufbauenden Gegenperspektive. Es ist sogar eine globale soziale Konfrontation denkbar, bei der sich keine der beiden zentralen Konfliktparteien durchsetzt. Aus der sich dann ergebenden Patt-Situation könnte eine völlig neue Gesellschaftsformation hervorgehen, die weder etwas mit den Restaurationsvorstellungen der kapitalistischen Denkfabriken noch mit unseren sozialistischen Erneuerungshoffnungen zu tun hat. Die Richtung, die der Umbruch nehmen wird, ist deshalb völlig offen. Gewiss wird der Widerstand gegen das neokonservative Projekt Massencharakter annehmen, denn das ihm innewohnende Programm ist für die große Mehrheit der Menschheit unerträglich. Der Ausgang der Konfrontation ist jedoch völlig offen: So offen,

wie er es in der Großen Depression der 1930er Jahre war. Damals waren Faschismus und Zweiter Weltkrieg das traurige Ergebnis. Heute sind chaotische Zustände wahrscheinlicher, die sich unterhalb der Ebene weltweiter militärischer Konfrontationen abspielen und in 20 bis 30 Jahren zu einer wie auch immer gewandelten komplexen Gesellschaftsformation überleiten.

In dieser Phase der Instabilität können auch kleinere Initiativen große Wirkungen erzielen, wie Immanuel Wallerstein in seiner "Utopistik" betont hat. Wenn wir uns klar machen, dass ein Durchbruch zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit keineswegs gesetzmäßig ist und wenn wir mit einem möglichst großen Maß an Skepsis vorgehen, haben wir noch am ehesten die Chance, etwas zu bewirken. Gleichzeitig bewahren wir uns vor allzu großen Desillusionierungen.

Bei jedem handlungsorientierten Ansatz wäre vom jeweiligen lokalen "Standort" auszugehen, wo es handlungsbereite Menschen gibt und ihre Assoziation zu einem Bündnis gegen den Sozialkahlschlag möglich ist. Wenn wir uns in diesen Standorten verankern, befinden wir uns innerhalb der entscheidenden Nervenzentren des Weltsystems, von denen aus die Weltinstitutionen, supranationalen Machtblöcke und Nationalstaaten dirigiert werden.

Je nach der sozialen Zusammensetzung der Standorte könnten beim Aufbau der ersten Kommunikationsnetze spezifische Aktionsformen entwickelt und erprobt werden. Generell denkbar wären Initiativen zur Durchsetzung eines existenzsichernden Mindestlohns, von radikaler Arbeitszeitverkürzung und betrieblicher Demokratisierung. In unseren Breiten könnte man hier an die Erfahrungen der Jobber- und Erwerbslosenbewegungen der 1980er Jahre anknüpfen, aber auch an die Praxis der neuen italienischen und französischen Basisgewerkschaften; die hiesige Gewerkschaftslinke könnte hier ihren Platz finden, falls das Projekt der innergewerkschaftlichen Demokratisierung misslingen sollte.

Parallel zu diesen Aktivitäten in der Produktions- und Verteilungssphäre könnten Stadtteilbüros gegründet werden, in denen die vom Sozialkahlschlag Betroffenen beraten werden, zugleich aber auch selbstorganisierte Netze der sozialen Kommunikation (lokale Radios und TV-Stationen) und der sozialen Aneignung aufbauen. Diese soziale Aneignung könnte man konkret - Gebührenboykott - , aber auch perspektivisch verstehen: Die Sozialfonds, Bildungseinrichtungen und das Gesundheitswesen sollten in kommunale Selbstverwaltung zurückgeholt werden, bevor sie vollends geplündert sind. Auch hier gibt es inzwischen erste Erfahrungen, beispielsweise aus Berlin und Ostdeutschland.

Basisdemokratie und Gleichheit

Wie aber könnten derartige lokale Initiativen miteinander in Kontakt treten? Als Brücke zwischen der lokalen Verortung und der weltweiten Vernetzung mit anderen Standort-Bewegungen könnten vor allem die Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten fungieren. Sie sind überall als kleinere oder größere Sozialgruppen präsent, und es dürfte nicht schwer fallen, ihre ohnehin schon bestehenden Kommunikationsstrukturen in das Gegenprojekt einzubeziehen, sofern sie an den jeweiligen Standorten geschützt und als gleichwertige Partner respektiert werden. Wenn es gelingt, beispielsweise die reichen Bremer Erfahrungen in der antirassistischen Flüchtlingsarbeit in eine lokal oder regional vernetzte Selbstorganisation einzubringen, dann wäre dies ein exemplarischer Schritt, der vielleicht auch andernorts vollzogen werden könnte. Mittelfristig sollte aber auch die Gründung global agierender Basisgewerkschaften - vor allem im Transport- und Kommunikationssektor - hinzukommen.

Von großer Bedeutung wäre es nun, diese drei Komponenten eines social movement unionism auf der jeweiligen Ebene einer lokalen beziehungsweise regionalen Agglomeration (Anhäufung) miteinander zu verknüpfen und parallel dazu durch die Netzwerke der MigrantInnen und Flüchtlinge, aber auch durch den Auf- und Ausbau internationaler Transportarbeitergewerkschaften den globalen Kontext herzustellen.

Das alles sind nur erste Überlegungen. Jedoch sprechen gewichtige Annahmen dafür, dass es drei wesentliche Elemente sein werden, die geeignet sein könnten, eine realistische Gegenperspektive mit Leben zu füllen: erstens die Maulwürfe der sozialen Gegenbewegungen in den Agglomerationen, zweitens die Netzwerke der MigrantInnen sowie die AktivistInnen einer weltweit agierenden gewerkschaftlichen Basisbewegung, und drittens die "organischen Intellektuellen", die in diesen Netzwerken verankert sind und auf den globalen Gegenforen über die Wege zu einer sozial gerechten und egalitären Welt nachdenken.

In diesem Sinn sollten wir gemeinsam an die Arbeit gehen - skeptisch und vorschichtig, aber auch im Vertrauen darauf, dass eine Wende zu sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit grundsätzlich möglich ist.

Karl Heinz Roth

25. Frühbucherrabatt wurde nicht wirksam

Nach Aristides überstürztem Rücktritt ist Haitis Zukunft ungewiss

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:25

"Nicht für ein, nicht für zwei, nicht für drei, nicht für vier, sondern für fünf Jahre" sei er gewählt worden, skandierte Jean- Bertrand Aristide mit lautstarker Unterstützung seiner Anhänger in der Rede zum haitianischen Unabhängigkeitstag am 1. Januar 2004 in Gonaives, der Stadt im Nordwesten des Landes, in der vor 200 Jahren die Unabhängigkeit ausgerufen worden war. Nachdem nun die Proteste von Oppositionsgruppen gegen den haitianischen Präsidenten immer lauter wurden, bewaffnete Rebellen den Norden unter ihre Kontrolle brachten und sich der Hauptstadt Port-au-Prince näherten und schließlich auch Frankreich und die USA seine Demission forderten, verließ Aristide am 29. Februar das Land, um ins Exil zu gehen. Überraschend war dies umso mehr, als dieser bis zuletzt verlautbart hatte, seine Amtszeit bis zu ihrem regulären Ende am 7. Februar 2006 ausüben zu wollen.

Es ist nun nach 1991 bereits das zweite Mal, dass Aristide den Gang ins politische Exil antreten muss. Als der ehemalige Salesianerpriester und Befreiungstheologe in den ersten freien und demokratischen Wahlen auf Haiti 1990 mit überwältigenden 67% gewählt wurde, war er der große Hoffnungsträger der Armen des Landes. Als ärmstes Land Lateinamerikas, in dem 85% der Bevölkerung mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, schien Aristide für einen politischen Neuanfang zu stehen - jenseits neoliberaler Wirtschaftspolitik und jahrzehntelanger Diktatur der Duvaliers. Letztere hatten, zuerst der Vater, François, und nach dessen Tod der Sohn, Jean-Claude, Haiti von 1957 bis 1986 mit enormer Brutalität regiert, bis schließlich ein Volksaufstand der Diktatur ein Ende machte.

Aristide war nach seiner Wahl am 16.12.1990 freilich nicht viel Zeit beschieden, seine Amtsgeschäfte auszuführen, denn schon sieben Monate später putschte Brigadegeneral Raoul Cédras und installierte eine Militärdiktatur, so dass Aristide gezwungen war, ins Exil in die USA zu gehen. Die Todesschwadrone von Cédras mit dem zynischen Namen FRAPH (Front révolutionnaires pour l'avancement et le progrès haitien) entfalteten einen unerbittlichen Terror gegen die Bevölkerung, dem nach Angaben der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) mehr als 1.500 Menschen zum Opfer fielen. Heute ist bekannt, dass der CIA den Anführer der FRAPH, Emmanuel Constant, auf seiner Gehaltsliste führte, wie inzwischen sogar der damalige US-Außenminister Warren Christopher widerwillig eingestehen musste.

Hoffnungsträger der Armen

1994 billigte der UN-Sicherheitsrat eine militärische Intervention auf Haiti, um die Militärjunta abzusetzen und Aristide wieder als Präsidenten zu installieren. Begeistert wurde dieser von den Massen empfangen, doch der Preis für die Wiedereinsetzung durch die USA war der Verzicht auf die Umsetzung seiner radikalen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Stattdessen sollte Haiti die altbekannten neoliberalen Strukturanpassungsprogramme durchführen, wie beispielsweise die (Teil-)Privatisierung von Staatsbetrieben und des Telekommunikationssektors sowie die Öffnung des haitianischen Marktes für Importprodukte durch die Senkung von Einfuhrzöllen. Letzteres bewirkte, dass beispielsweise die stark subventionierte US-Landwirtschaft Haiti mit Reisimporten überflutete, mit denen die einheimischen Bauern nicht konkurrieren konnten.

Als Reaktion auf den gegen ihn geführten Militärputsch löste Aristide 1995 die Armee auf, so dass Haiti fortan nur noch über eine kleine, schlecht ausgerüstete Polizeitruppe von 5.000 Mann verfügt. An Stelle des Militärs setzt Aristide auf ihm treu ergebene Gruppen bewaffneter Anhänger, die "Chimères", die im Laufe der Zeit zu seinen persönlichen Schlägertrupps verkamen und Oppositionelle einschüchterten und angriffen. Die Sympathie, die Aristide in weiten Teilen der Bevölkerung genoss, wurde dadurch zunächst jedoch noch nicht nachhaltig erschüttert.

Da die haitianische Verfassung keine konsekutiven Amtsperioden erlaubt, trat am 7. Februar 1996 René Préval, früherer Ministerpräsident in Aristides Regierung, dessen Nachfolge als Präsident an.

Ausgangspunkt der schweren Krise auf Haiti waren die Parlamentswahlen im Jahr 2000. Aristides Partei Lavalas (Erdrutsch) siegte, und die Opposition verlor fast alle ihre Sitze. Die Wahlen wiesen allerdings - wenn

auch nur in geringem Umfang - Anzeichen von Manipulation auf, so dass die Opposition das Ergebnis nicht anerkannte. Die Präsidentschaftswahlen, aus denen Aristide als Sieger hervorging, boykottierte sie völlig. Daraufhin froren USA, IWF und Weltbank ihre finanzielle Unterstützung für Haiti in Höhe von 500 Mio. US-Dollar ein und drängten die Regierung auf eine Einigung mit der Opposition. Diese verwies jedoch auf die Wahlfälschung und verlangte die Demission des Präsidenten.

Allerdings ist die politische Opposition alles andere als homogen und kommt über die Forderung nach Aristides Rücktritt hinaus auf keinen gemeinsamen Nenner. Das in der sogenannten "Gruppe der 184" versammelte Spektrum reicht von FeministInnen über SozialdemokratInnen und UnternehmerInnen bis hin zu ehemaligen DuvalieranhängerInnen und steht damit nicht zwangsläufig für progressive Inhalte. Insofern trifft der in einigen linken Publikationen nachzulesende Vorwurf, bei der Opposition handele es sich um konterrevolutionäre Gruppierungen, die von den USA gesponsort würden, in seiner Allgemeinheit zwar nicht zu, aber er ist auch nicht vollkommen aus der Luft gegriffen. So erhielt beispielsweise die Gruppierung Demokratische Konvergenz, die der Opposition angehört, von der den Republikanern in den USA nahe stehenden National Endowment for Democracy Zuwendungen in Millionenhöhe. Dieser Umstand bedeutet jedoch nicht, dass alle Aristidegegner per se neoliberale Reaktionäre sind.

Obwohl Aristide sich nach wie vor in radikaler Rhetorik erging, erwies er sich immer mehr als autoritärer Staatsführer, dem vor allem an der Sicherung seiner Pfründe gelegen zu sein schien. Korruptionsvorwürfe gegen ihn häuften sich, und Aristide verstand es, seine Freunde und Untergebenen in lukrativen Positionen unterzubringen. Kritik wurde insbesondere an der Privatisierung der staatlichen TELECO laut: Pikanterweise ist Aristides Frau an einem privaten Telekommunikationsunternehmen beteiligt. Angesichts dieses Wandels des Präsidenten vom Armenpriester zum korrupten Autokraten nimmt es nicht Wunder, dass sich viele seiner ehemaligen AnhängerInnen und SympathisantInnen von ihm abwandten.

Trotz der Einschüchterungsversuche von Seiten der Chimères tragen Aristidegegner ihren Protest auf die Straße. Die letzten Wochen des Jahres 2003 verliefen politisch außerordentlich turbulent: Nachdem eine Vollversammlung der sozialwissenschaftlichen Fakultät von Aristideanhängern brutal angegriffen wurde und sich auch Übergriffe auf Protestdemonstrationen häuften, traten am 5. Dezember drei Minister aus Aristides Kabinett zurück.

Bis zu den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Unabhängigkeit Haitis am 1. Januar 2004 (1) hatten auch die bewaffneten Proteste ein solches Ausmaß ereicht, dass Aristide aus der Stadt Gonaives im Nordwesten des Landes vorzeitig wieder in die Hauptstadt Port-au-Prince zurückkehren mußte. Schon zu diesem Zeitpunkt galt Gonaives als Hochburg des bewaffneten Widerstands gegen Aristide. Seitdem man im September 2003 den Chef der sogenannten "Kannibalenarmee", Amiot Métayer, erschossen aufgefunden hatte, erhob dessen Bruder Butteur den Vorwurf, Aristide sei dafür verantwortlich. War die Gruppe vormals nach eigenen Bekundungen Aristide ergeben und gezielt dazu eingesetzt worden, Oppositionelle anzugreifen und einzuschüchtern, so nannte sie sich nun um in Front de Résistance Révolutionnaire de l'Artibonite und wechselte auf die Seite der AristidegegnerInnen. Am 5. Februar kontrollierten die Rebellen nach blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei Gonaives vollständig. Die haitianische Regierung war schnell dabei, die Gewalttaten der Rebellen zu verurteilen, ohne allerdings ein Wort darüber zu verlieren, dass diese noch wenige Wochen zuvor die Schmutzarbeit für Aristide erledigt hatten.

Vom Salesianerpriester zum Autokraten

Nach der Eroberung der Stadt konnte die Rebellenarmee ihren Einflussbereich im Norden des Landes stetig ausweiten. Zulauf und Unterstützung erhielten die Aufständischen von ehemaligen haitianischen Militärs, die aus der Dominikanischen Republik zu ihnen stießen. Darunter befanden sich einige sehr zwielichtige Gestalten: Guy Philippe, der die militärischen Operationen der Rebellen befehligte, war Anfang der 1990er Polizeichef auf Haiti gewesen. Während der Cédras-Diktatur ging er ins Exil nach Ecuador, wo er von US-amerikanischen Spezialkräften ausgebildet wurde. Als er nach Haiti zurückkehrte, wurde ihm von der haitianischen Regierung vorgeworfen, an Angriffen auf Polizeistationen und an einem Putschversuch im Jahre 2001 maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Eine andere wichtige Figur in der Rebellenarmee ist Louis Jodel Chamblain, der in der Zeit von 1991 bis 1994 eine Führungspersönlichkeit der Todesschwadrone FRAPH war. Chamblain wurde später auf Haiti in absentia zu einer hohen Haftstrafe wegen Mordes und eklatanter Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Die Tatsache, dass die Rebellenarmee sich teilweise aus solchen

Gestalten zusammensetzt, die man beim bestem Willen nicht als Garanten für ein fortschrittlicheres Haiti ansehen kann, erleichterte es Aristides Regierung, die Diskreditierung der gesamten politischen Opposition zu betreiben.

Als Ende Februar praktisch der gesamte Norden des Landes in der Hand der Rebellen war und die verschiedenen Vermittlungsversuche der Gemeinschaft Karibischer Staaten (CARICOM) und anderer Länder gescheitert waren, forderten schließlich erst Frankreich, dann die USA Aristides Demission. Am Sonntag, den 29. Februar, verließ er Haiti schließlich in aller Frühe. Das Zustandekommen seiner überstürzten Ausreise ist nach wie vor noch nicht genau geklärt. Aristide selbst sprach auf CNN davon, von US-Militärs quasi entführt worden zu sein, was Regierungssprecher der USA umgehend dementierten.

Überstürzte Ausreise

Der Interimspräsident ist nun laut haitianischer Verfassung der Vorsitzende Richter des obersten Gerichtshofes, Boniface Alexandre. Eine Woche nach Aristides Rücktritt lässt sich noch schwer abschätzen, wie die weitere politische Entwicklung Haitis aussehen wird. Vorgesehen ist eine "Regierung der nationalen Einheit", die sich aus der ehemaligen Regierungspartei Lavalas sowie den Oppositionsparteien zusammensetzen soll. Nach den blutigen letzten Wochen, die mehr als hundert Menschenleben gefordert haben, scheinen nun die größeren Kämpfe beendet zu sein, und die Rebellen haben angekündigt, ihre Waffen abgeben zu wollen. Wenngleich es immer noch zu Plünderungen kommt und die Lage sich noch nicht vollständig stabilisiert hat, scheinen zumindest die Gewaltexzesse beendet zu sein.

Dass Aristide weg ist, wird von einem Großteil der Bevölkerung begrüßt und als Fortschritt angesehen. Wie die heterogene Opposition jetzt, da ihre Hauptforderung erfüllt ist, weiter politisch agieren wird, ist alles andere als klar. Eine starke linke Partei gibt es auf Haiti bislang nicht. Auch die militärische Präsenz der USA und Frankreichs auf Haiti legt die Vermutung nahe, dass diese ein nicht unerhebliches Gewicht bei der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung des Landes einnehmen werden. Doch noch sind auch die Anhänger Aristides, die Chimères, nicht entwaffnet. Dass sie sich noch einmal als politischer Faktor zurückmelden werden, ist ebenfalls nicht auszuschließen.

Philipp Dorestal

Anmerkungen:

1) Der 1. Januar 2004 markierte den 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Haitis von seiner ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Haiti hatte 1804 den Sklavenaufstand gegen die Truppen Napoleons mit der Proklamation seiner Unabhängigkeit siegreich beendet und war damit die erste "schwarze Republik" in der Geschichte geworden.

26. Drehbuch der Destabilisierung

Vorgehen der Opposition in Venezuela zielt auf Bürgerkrieg ab

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:26

Die Entscheidung ist gefallen. Der Nationale Wahlrat hat die Unterschriftensammlung der Opposition gegen Präsident Hugo Chávez vorerst abgelehnt. In der Hauptstadt Caracas entzündeten sich an der Entscheidung umgehend neue Unruhen, bei denen neun Menschen erschossen wurden. Unterdessen verkünden OppositionsführerInnen unverdrossen, der "Kampf zur Verteidigung der Unterschriften" werde mit allen Mitteln weiter geführt.

Die ZuschauerInnen der vier großen venezolanischen Privatfernsehsender bekommen dieser Tage den Eindruck vermittelt, es fände ein Volksaufstand gegen die Regierung Chávez statt. Allen voran befindet sich Globovision in Dauerliveschaltung. Der lokale Partner für das US-amerikanische Mediennetzwerk CNN erweckt den Eindruck von Straßenkämpfen im gesamten Land. Selbst Bilder von zwei brennenden Müllsäcken oder schlicht herumliegenden Steinen werden mit dramatischer Musik unterlegt, während aggressive OppositionspolitikerInnen von "Diktatur" reden und zu Gewaltaktionen aufrufen. Reporter des Senders stehen an einer völlig ruhigen Auffahrt zur Stadtautobahn und erklären im auffordernden Ton: "Hier gehen die Proteste gegen zwölf Uhr los. Wir bleiben jetzt hier, bis die Blockaden losgehen." Auf Venevision, einem weiteren Sprachrohr des putschistischen Sektors der Opposition, werden am unteren Bildschirmrand fortwährend Botschaften vermeintlicher TV-ZuschauerInnen eingeblendet: "Auf die Straße! Gegen die Diktatur! Blockieren mit jedem Mittel! Schande! Niemand darf zu Hause bleiben!" Dazu erklärt eine hysterische Anruferin: "Die Menschen müssen aufwachen, das Regime lässt im ganzen Land auf offener Straße Menschen füsilieren."

Die Realität auf den Straßen ist eine andere. Regierungskräfte haben niemanden erschossen. Zahlreiche OppositionsvertreterInnen wurden hingegen bei Ausschreitungen Anfang März verhaftet. Als Carlos Melo, Vorsitzender von Bandera Roja (Rote Fahne, BR) von der Nationalgarde kontrolliert wurde, hatte er zwei Sturmgewehre in seinem Fahrzeug. BR ist eine ehemals maoistische Guerilla, die sich in den bewaffneten Stoßtrupp der Opposition verwandelt hat und Teil der "demokratischen Opposition" ist.

Hier geblieben bis Blockadebeginn!

Wie beim Putsch am 11. April 2002 spielen die Massenmedien unter Kontrolle reaktionärer UnternehmerInnen wieder eine zentrale Rolle in der Destabilisierungsstrategie der Opposition. Die virtuelle Realität der Rechten, die im wesentlichen aus den Kreisen besteht, die das Land zuvor 40 Jahre lang ausgeplündert haben, findet starken Widerhall in den internationalen Medien und Presseagenturen. Hier redet niemand davon, dass es die alte Elite war, die die Mehrheit der Bevölkerung jahrzehntelang in Armut gehalten und mit Repression überzogen hat. In Deutschland wurde zwar der preisgekrönte Dokumentarfilm "Chávez, ein Staatsstreich von innen" auf Arte und im ZDF gezeigt, doch Konsequenzen aus der Darstellung des von den Medien inszenierten Putsches hat kaum einE JournalistIn gezogen. Die gleichen PolitikerInnen, die am Putsch beteiligt waren, werden heute wieder widerspruchslos als "demokratische Opposition" bezeichnet. Die gleichen Sender, die den Putsch einst mit organisierten und medial begleiteten, stellen auch heute wieder die Hauptinformationsquelle der internationalen Presse dar.

Im Zusammenspiel mit den verschiedenen Sektoren der Opposition, die außer dem Sturz Chávez' keinerlei politisches Programm hat, richten sich auch dieser Tage die Medien und die US-Regierung regelrecht nach einem Drehbuch der Destabilisierung. So drohen oppositionelle PolitikerInnen über die privaten TV-Stationen mit "Zuständen wie in Haiti". William Lara, Abgeordneter der Chávez-Partei in der Nationalversammlung, erhob in diesem Zusammenhang schwere Vorwürfe gegen die US-Regierung. Das Vorgehen der Opposition, so Lara, entspreche en détail den Richtlinien eines CIA-Handbuchs für Counterinsurgency.

Nach dem Putschversuch vom April 2002, der Sabotage der Erdölproduktion und der Aussperrung der Beschäftigten durch große nationale und transnationale Unternehmen im Dezember 2002/Januar 2003 steuert die Opposition in Venezuela abermals auf einen strategischen Höhepunkt ihrer Aktivitäten zu. Angesichts des Scheiterns der beiden vorherigen Ansätze, Präsident Hugo Chávez aus dem Amt zu treiben, ließ sich die Opposition im Mai 2003 darauf ein, den verfassungsgemäß vorgesehenen Weg eines Referendums gegen Chávez zu gehen. Demnach kann nach der Hälfte der Amtsperiode über den Verbleib des Präsidenten auf

dem Posten abgestimmt werden. Um ein Volksbegehren einzuberufen, müssen 20 Prozent der Wahlberechtigten, etwa 2,45 Millionen Personen, dafür unterschreiben. Das genaue Vorgehen legte allerdings der Nationale Wahlrat (CNE) fest, der wiederum neu ernannt werden musste. Während die Opposition einerseits lauthals das Referendum forderte, behinderte sie zugleich die Ernennung des neuen CNE in der Nationalversammlung. Als der Oberste Gerichtshof, der mehrheitlich oppositionell besetzt ist, angesichts der Blockadesituation die Ernennung übernahm, klatschten die Chávez-Gegner Beifall. Als jedoch deutlich wurde, dass der Nationale Wahlrat dennoch keine politischen Entscheidungen zu Gunsten der Opposition treffen würde, begann sie eine Verleumdungskampagne gegen den CNE.

Anfang Dezember letzten Jahres wurden schließlich die Unterschriften gesammelt. Mit ihrer Abgabe beim CNE intensivierte die Opposition ihren Feldzug gegen den Nationalen Wahlrat, scheinbar im Bewusstsein, die notwendige Anzahl nicht erreicht zu haben. Letztlich behauptete die Opposition, 3,4 Millionen Unterschriften übergeben zu haben - tatsächlich waren es nur knapp 3,1 Millionen. Es häuften sich Anzeigen und Berichte, die auf ein massives Fälschungsmanöver hindeuteten. Und während die Regierung von Anfang an betonte, jedwede Entscheidung des CNE anzuerkennen, blieb eine solche Erklärung seitens der Opposition bis heute aus. Ihre VertreterInnen machten klar, sie würden nur eine Entscheidung zu ihren Gunsten anerkennen.

Beifall für den CNE

Die Entscheidung des CNE sollte ursprünglich schon Anfang oder spätestens Mitte Februar fallen, doch die Prüfung der Unterschriften verzögerte sich. Schließlich teilte der CNE seine Entscheidung am 2. März mit: Etwa 370.000 Unterschriften wurden wegen offensichtlicher Fälschungen für ungültig erklärt, fast 900.000 sollen öffentlich überprüft werden. Die Strategie der Opposition ist nun, diese Entscheidung als "Willkür einer Diktatur" auszulegen. Auf den Straßen soll zudem ein Bild weitgehender Instabilität und Unregierbarkeit präsentiert werden, um so den internationalen Druck auf Venezuela zu erhöhen. Die führenden Kräfte der Opposition hoffen, dadurch einen erneuten Militärputsch oder eine US-Intervention hervorzurufen. So demonstrierten Oppositionsgruppen auch vor der US-Botschaft in Caracas mit Schildern wie "1. Hussein; 2. Aristide; 3. Chávez".

Freibier für die Opposition

Vor allem die Option einer US-Militärintervention ist jedoch unwahrscheinlich. Bei aller Polemik und Propaganda dürfte sich auch Washington über die immense Unterstützung in der Bevölkerung für die tief greifenden politischen und sozialen Transformationen in Venezuela unter Chávez bewusst sein. Doch dass die US-Regierung eine bedeutende Rolle in der Destabilisierung Venezuelas einnimmt, ist nicht zu übersehen. Jenseits der direkten Verwicklung in den Putsch vom April 2002 finanziert Washington über das National Endowment for Democracy (NED) verschiedene Oppositionsorganisationen, darunter auch das Privatunternehmen Sumate, das im Zusammenspiel mit anderen Firmen ArbeiterInnen und Angestellte unter Druck setzte, um gegen Chávez zu unterschreiben. Weitere Finanziers der Destabilisierung sind in der EU zu finden, so z.B. in der spanischen Regierung oder in der deutschen christdemokratischen Konrad-Adenauer-Stiftung, die die neu gegründete Partei Primero Justicia ("Zuerst Gerechtigkeit", PJ) unterstützt. PJ war am Putsch beteiligt, PJ-Vertreter "verhafteten" Minister der Chávez-Regierung und zuletzt taten sie sich in der Koordinierung des Angriffes und der Zerstörung eines Gebäudes der Bewegung V. Republik (MVR), der Chávez-Partei hervor, das während einer "friedlichen" Demonstration der Opposition Ende Februar in Brand gesetzt wurde.

Bei den Ausschreitungen Anfang März agierten kleine oppositionelle Gruppen in verschiedenen Teilen der Hauptstadt, vor allem in den wohlhabenden Bezirken El Hatillo, Barutas und Chacao, mit massiver Gewalt und errichteten Straßenblockaden. Die Nationalgarde und die Militärpolizei, die versuchten, die Demonstrationen aufzulösen, wurden mit Steinen, Molotowcocktails und Schusswaffen angegriffen. An den Aktionen beteiligten sich zwar nur wenige Hundert Personen, dennoch waren sie kaum aufzuhalten, denn die Polizei der Hauptstadt Caracas (die einem Oberbürgermeister untersteht, der sich als Chàvez-Anhänger wählen ließ und anschließend zur Opposition überlief) und der drei genannten Bezirke schritt nicht ein. Sie hielt sich entweder zurück, unterstützte die Gewalttäter oder war sogar in zivil an den Ausschreitungen beteiligt. Mehrere Polizeibeamte wurden in flagranti von der Nationalgarde festgenommen. Um für eine entsprechend aggressive Stimmung bei den Blockadeaktionen zu sorgen, hatte zuvor das oppositionelle Privatunternehmen Polar, der größte Bierproduzent Venezuelas, kostenlos Bier an die DemonstrantInnen verteilt. Auffällig war auch, dass

zahlreiche Autobahnblockaden mit Polar-LKWs durchgeführt wurden. So konnten kleine Gruppen die Stadt - zumindest in der virtuellen Realität der privaten TV-Sender - ins Chaos stürzen.

Bei den Auseinandersetzungen zwischen Nationalgarde und Militärpolizei auf der einen und oppositionellen DemonstrantInnen sowie oppositionell geführten Polizeieinheiten auf der anderen Seite sind neun Personen ums Leben gekommen. Die meisten Opfer gingen dabei auf das Konto der Opposition oder sie wurden von Heckenschützen erschossen. Dass Menschen durch den Einsatz der Nationalgarde zu Tode gekommen sind, wie die Opposition und die von ihr kontrollierten Medien ständig berichten, entbehrt bislang jeglicher Überprüfung. In einer von den bedeutendsten Menschenrechtsorganisationen Venezuelas unterzeichneten Erklärung wird deshalb eine transparente Untersuchung gefordert. Verurteilt wurde die Beteiligung der oppositionell geführten Polizeieinheiten an den Ausschreitungen. In der Erklärung wird zwar der Einsatz "exzessiver Gewalt" durch die staatlichen Institutionen verurteilt; der Aufruf, auf den Gebrauch von Schusswaffen zu verzichten, richtet sich aber nicht an offizielle Stellen, sondern "an Demonstranten beider Seiten".

Die US-Administration, ebenso wie Spanien und die EU, haben sich inzwischen "besorgt" über die Situation in Venezuela geäußert. Während Washington seiner Hoffnung Ausdruck gibt, dass es in Venezuela zu einem Referendum komme und so ein "demokratischer und friedlicher Weg" der Konfliktlösung eingeschlagen würde, tritt die "demokratische Opposition" vor die Presse und erklärt, die Präsenz der Nationalgarde und Militärpolizei in den Straßen sei ein Beweis dafür, dass es sich in Venezuela um eine Militärdiktatur handele. Ein runder Film, der - nach dem Drehbuch der Destabilisierung gedreht - mit Erfolg der internationalen Presse verkauft wird.

Dario Azzellini, Caracas

27. 14 Arten den Krieg zu beschreiben

Neue Bearbeitung der Brecht/Eislerschen Kriegsfibel als CD veröffentlicht

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:27

Bei dem Berliner Label Polyphenia ist dieser Tage die Kriegsfibel als CD erschienen. Jörg Mischke, ehemaliger Musiker der Rio Reiser Band und bei Neues Glas aus alten Scherben, hat die Vorlagen von Bertolt Brecht und Hanns Eisler neu bearbeitet und arrangiert. 18 Stücke sind auf der CD versammelt. Für die 14 Songs hat die Schauspielerin Kathrin Angerer (Volksbühne Berlin) den Gesang übernommen. Mit ihrem an die Bühnensprache angelehnten Gesang gelingt es ihr auf beeindruckende Weise, das Grauen des Krieges stimmlich zu fassen. Am 27.3.2004 ist die Bearbeitung der Kriegsfibel erstmalig in der Berliner Volksbühne live zu erleben. Anders als auf der CD wird bei der Bühnenaufführung auf elektronische Klangerzeugung bewusst verzichtet. Hier stützen sich die Songs auf drei Instrumente: Akkordeon, Flügelhorn und Piano. Dadurch werden die Arrangements äußerst transparent, die Interaktion von MusikerInnen und Sängerin rückt in den Vordergrund und die Stimme von Kathrin Angerer erhält einen breiten Raum zur Entfaltung. Der Produzent Jörg Mischke berichtet im Folgenden über die Entstehung der Neubearbeitung.

Die Idee zu einer Bearbeitung der Kriegsfibel trug ich über lange Jahre mit mir herum. Zuerst hörte ich die Songs Mitte der 1980er Jahre, ein Freund hatte sie zum Thema einer Abschlussarbeit an der Berliner Musikhochschule gemacht. Seitdem ließen mich diese einprägsamen Melodien und kantigen Harmonien nicht mehr los. Es brauchte nur noch eine Gelegenheit, ihnen eine neue Gestalt zu geben. Im Herbst 2002 ergab sich die Chance, bei Polyphenia aufzunehmen. Aus dem Experiment, einzelne Songs aus der Kriegsfibel in neuer Version einzuspielen, wurde ein komplettes Projekt. Jeder der eigenständigen Songs geriet während der Arbeit zu einer Herausforderung.

Aus Fotoepigrammen werden Lieder

Die Kriegsfibel ist zunächst einmal ein Buch. Brecht sammelte während der Zeit seines Exils Fotos aus Zeitungen. Sie tauchten in seinem Arbeitsjournal auf und einige versah er mit pointierten Vierzeilern. Die Fotos zeigen Geschehnisse des Krieges - Schnappschüsse von Tätern und Opfern, Dokumente der Zerstörung und des Leidens. 1955 ließ er neunundsechzig dieser Bilder als Kriegsfibel veröffentlichen. Diese folgen einer inneren Logik der Zeit, der Orte und der Themen. Die Texte fügen den Fotos in der Kürze von vier Zeilen eine Betrachtungsebene hinzu. Brecht nannte sie "Fotoepigramme". Sie erklären nicht, sie kommentieren. Sie mildern kein Elend, sie verweisen auf dessen Ursache und Kontext. Damit zeugen sie von zeitlosen Einsichten in die Maschinerie des Krieges.

1957 vertonte Hanns Eisler vierzehn dieser Fotoepigramme für kleines Ensemble, Sänger und Chor. Diese Musiken sind von ebenso prägnanter Kürze wie Brechts Texte, sie füllen kaum zehn Minuten. Bei der Bearbeitung bestand der Reiz darin, aus diesen sehr kurzen Stücken Songs zu bauen, ohne die Substanz zu verwässern. Die entstandenen Cover-Versionen sind unterschiedlich weit entfernt vom Eislerschen Duktus. Melodie und Harmonik folgen relativ streng der Originalvorlage. Rhythmus, Instrumentation und Klangbild dagegen sind Resultat der Studioarbeit mit zahlreichen elektronischen Klangerzeugern. Viele Stücke wurden in der Form erweitert. Im Ergebnis bekamen Songs, die bei Eisler sehr ähnlich angelegt sind, gegensätzliche Arrangements, andere hingegen näherten sich in der Gestaltung an, nicht zuletzt durch die Verwendung wiederkehrender Instrumente (Klavier, Akkordeon, Flügelhorn).

Eisler beabsichtigte nach eigenen Aussagen, Zwischenmusiken zu komponieren, hat dies jedoch nicht mehr ausgeführt. Um mit dieser Herausforderung behutsam umzugehen, habe ich aus den vorhandenen Musiken melodische und harmonische Splitter herausgelöst und neu montiert. Sie ergeben sozusagen recycelten Eisler. Vorlage zu diesen Instrumentals sind die Bilder 21, 31, 50 und 59 der Kriegsfibel.

Der recycelte Eisler

Auf die Stimme von Kathrin Angerer stieß ich in einer Dokumentation zu Kurt Weill. Bei der Interpretation des Surabaya-Johnny erlebte ich sie zerbrechlich und entschlossen zugleich. So sollten die Songs der Kriegsfibel klingen. Für die sehr unterschiedlichen Arrangements bildet die Stimme auch eine verbindende Klammer. Sie

gibt den Songs, die im Original für verschiedene Solo- und Chorstimmen konzipiert sind, eine gemeinsame persönliche Dimension.

Rückblende: Um die öffentliche Resonanz der Kriegsfibel sorgte sich Brecht schon sehr früh. Die Verkaufszahlen in Ost wie West waren deprimierend, eine breite gesellschaftliche Debatte kam nicht in Gang. In einem Brief vom Sommer 1956 schreibt er: "Vor allem muß die Kriegsfibel in die Bibliotheken, Kulturhäuser, Schulen usw. (...) Ich wäre gern bereit, an diese Stellen selbst zu schreiben, denn diese tolle Verdrängung aller Fakten und Wertungen über die Hitlerzeit und den Krieg muß bei uns aufhören."

Ein halbes Jahrhundert später haben die Songs nichts an Brisanz verloren. Die Schauplätze wechseln - das Elend bleibt. Es läuten Glocken, es krachen Salven, es wird gelitten und gestorben. Die Songs sind vierzehn Arten, den Krieg zu beschreiben. Mit geschliffenen Formulierungen, markanten Kontrasten, prägnanten Tonfolgen: Juwelen ihres Genres.

Jörg Mischke

www.kriegsfibel.de. Kriegsfibel, Kathrin Angerer singt 14 Songs von Bertolt Brecht und Hanns Eisler, POLYPHENIA, E-Mail: info@polyphenia.de oder Internet: http://www.polyphenia.de

28. Triumph der Ignoranz

Universität Hamburg streicht die einzige deutsche Professur für Queer Theory

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:28

Während in Deutschland noch immer die wenigsten wissen, was "queer" eigentlich bedeutet, sind Queer Studies gleichzeitig Gegenstand wissenschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Wenn in Hamburg jetzt die einzige Professur für Queer Theory abgeschafft wird, so markiert das nicht zuletzt die Ignoranz gegenüber einem herrschaftskritischen Forschungsprogramm.

Im englischen Sprachraum ursprünglich ein Schimpfwort für Lesben und Schwule, wurde "queer" während der AIDS-Krise der 1980er Jahre in den USA durch die act-up-Gruppen zu einer positiven Selbstbezeichnung umfunktioniert. Diese beinhaltete schon sehr früh eine Kritik an der Identitätsstrategie der Schwulen/Gay-Bewegung - eine Kritik, die sich u.a. darauf bezieht, dass zur Legitimierung der eigenen Bewegung eine "einheitliche" Identität ("die" Schwulen, "die" Frauen, "die" Arbeiter) konstruiert wird. Eine solche Identitätsstrategie geht nämlich immer mit Ausschlüssen (z.B. Unterdrückung von Minderheiten in der eigenen Identitätsgruppe) einher. "Queer" ist in diesem Zusammenhang ein unbestimmter Begriff, unter dem sich alle versammeln können, die den sexuellen Normierungen der Gesellschaft nicht entsprechen (wollen).

Im Zuge poststrukturalistischer Diskussionen und Identitätskritiken entwickelte sich dann Anfang der 1990er Jahre vor allem aus feministischen Theorieansätzen und den Gay-and-Lesbian-Studies in den USA die Queer Theory. Queer Theory bündelt aktuelle kritische Theorien - vor allem der Sozial- und Kulturwissenschaften. Sie beschränkt sich nicht nur auf die Analyse von sexueller Normierung, sondern versucht Geschlecht, Sexualität und andere Unterdrückungskategorien in ihrem miteinander verschränkten Wirken in der Gesellschaft zu analysieren und sie zu denaturalisieren. Sie dekonstruiert etwa die "Natürlichkeit" - also biologische Vorbestimmtheit - der Geschlechterrolle, und auch die - scheinbar biologische - Zweigeschlechtlichkeit und analysiert die kulturelle und soziale Konstruktion dieser Kategorien.

Ebenso wie "queer" eine radikale Antwort auf die in die Sackgasse der Anerkennungspolitik geratene Homo-Bewegung war, so ist Queer Theory als wissenschafts- und herrschaftskritische Disziplin zu verstehen. Auf Basis der bereits etablierten Gay-and-Lesbian-Studies konnte sich Queer Theory in den USA schnell an den Universitäten etablieren und ist mittlerweile aus vielen wissenschaftlichen Diskursen kaum mehr wegzudenken. (In den USA kann mensch Queer Theory an über 600 Universitäten studieren.) Neben der intellektuellen Debatte haben Erkenntnisse der Queer Theory in einigen sozialen Bewegungen Einfluss gefunden und werden dort "praktisch" ausprobiert. Auch in vielen anderen Ländern, insbesondere im englischsprachigen Raum, hat die Queer Theory einen Siegeszug angetreten. An Deutschland jedoch ist diese Entwicklung weitgehend unbeachtet vorbeigegangen. Die mit "queer" verbundenen Importe sind hier zu Lande oft wenig mehr als bloße Bruchstücke der Queer Theory, und die mittlerweile trendy gewordene Bezeichnung "queer" wird meist nur als Synonym für lesbisch-schwul benutzt.

An deutschen Universitäten sind es i.d.R. radikalen FeministInnen, die Queer Theory rezipieren und diskutieren. Es wäre wünschenswert, dass sich dieser Prozess fortsetzt und sich Queer Theory etablieren kann. Immerhin formuliert sie neue Fragestellungen und Kritiken, die für die stagnierenden Bewegungen und Strukturen mit (einst) emanzipatorische Anspruch von großer Bedeutung sein könnten.

Nichtsdestotrotz schlägt der Queer Theory im akademischen Lehrbetrieb und in den Universitätslandschaften oft die pure Ignoranz entgegen. Aktuellstes Beispiel ist Hamburg, wo die Auseinandersetzungen um eine Etablierung von Queer Theory am weitesten fortgeschritten sind. Hier hatten Studierende und Lehrende mit ihrem Kampf für ein Queer-Studies-Institut erreicht, dass ein interdisziplinärer und hochschulübergreifender Nebenfachstudiengang Gender Studies mit einem deutlichen Akzent auf Queer Theory eingerichtet wurde. Mit Geldern der Bundesfrauenförderung wurden an verschiedenen Fachbereichen Professuren für Gender Studies eingerichtet. Eine zentrale Rolle nahm dabei die Professur für feministische Queer Theory am Institut für Sozialwissenschaften ein, die deutschlandweit die erste Professur ihrer Art war. Nach einigem Hin und Her um die Besetzung dieser Professur wurde selbige zuletzt von Dr. Antke Engel vertreten.

Mittlerweile hat die Universitätsleitung jedoch beschlossen, gerade diese Professur zu streichen und sie durch die Stelle eines/r wissenschaftlichen Mitarbeiters/rin mit halber Besoldung zu ersetzen. Die Universität

Hamburg will sich zwar mit diesem einmaligen Studiengang schmücken, ist aber nicht bereit, dafür in angemessenem Umfang Gelder zur Verfügung zu stellen. Fakt ist auch, dass ein Teil der Bundesfördermittel jetzt für andere Zwecke verwendet wird. Die Ignoranz der Universitätsleitung und des zuständigen Dekans wird auch in der Begründung für die Abschaffung der Professur ersichtlich. Dort heißt es, am Fachbereich gebe es einen ausreichenden Frauenanteil und die Professur sei daher nicht nötig. Diese Begründung weist nicht nur auf weit verbreitete homophobe Strukturen im Wissenschaftsbetrieb, sondern verdeutlicht auch die Orientierung auf Markt- und Verwertungslogiken an deutschen Universitäten.

Die Studierenden haben angefangen, sich gegen diese Entscheidung zu wehren. Mit einigen Aktionen im Rahmen der Studierendenproteste haben sie versucht, Aufmerksamkeit zu erzielen. Für die Entwicklung der Queer Theory in diesem Land ist zu hoffen, dass der Druck stark genug sein wird, um die Professur zu erhalten.

Jonas Becker-Tietz

Der Autor ist Mitglied im Fachschaftsrat Gender Studies und Referent im Schwulenreferat des AStA der Universität Hamburg

29. gender troubles aktuell

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:29

Heiraten, bevor es verboten ist

Ungewohnte Bilde gab es im Februar aus Kalifornien. Innerhalb der letzten Wochen fanden sich knapp 4.000 schwule und lesbische Paare auf dem Standesamt in San Francisco ein, um den Bund der Ehe zu schließen. Anfang Februar reichte die Stadt Klage gegen den Staat Kalifornien ein, weil dessen Ehegesetze gegen den Verfassungsgrundsatz der Gleichbehandlung verstießen, und erklärte die gleichgeschlechtliche Ehe für legal. Seitdem laufen vor allem konservative Organisationen gegen die Homo-Ehe Sturm, und auch Bush äußerte sich besorgt über die Zustände in Kalifornien. Schnell heiraten, bevor es wieder verboten ist, dachten sich wohl hunderte schwul-lesbischer Paare, und setzten damit ein beeindruckendes Zeichen. Um den Ansturm der Heiratswilligen gerecht zu werden, erweiterte das Standesamt Kalifornien seine Öffnungszeiten. Allein am Samstag, den 24. Februar gab es rund 460 Eheschließungen. Dass die Eheschießungen jedoch juristisch Bestand haben, ist fraglich. Der kalifornische Generalstaatsanwalt ist entschlossen, am Obersten Gericht des US-Bundesstaates gegen die Homo-Ehen von San Francisco zu klagen. Auch dem Gouverneur Schwarzenegger ist die Homo-Ehe ein Dorn im Auge. So forderte er den Bürgermeister von San Francisco, Gavin Newsom, auf, die Heirat gleichgeschlechtlicher Partner zu unterbinden. Newsom jedoch wäre die längste Zeit Bürgermeister von San Francisco gewesen, wenn er sich dem Terminator so widerstandslos ergeben hätte. Er kündigte an, um die Homo-Ehe zu kämpfen, auch wenn ihn dies seine Karriere kosten sollte. Die Gerichtsverfahren laufen, Fortsetzung folgt.

Der 8. März - wieso, weshalb, warum?

Obwohl es immer weniger werden, gingen auch dieses Jahr am 8. März in Deutschland wieder Frauen, Lesben und Transgender-Menschen auf die Straße, um gegen Männergewalt und die Unterdrückung der Frauen zu demonstrieren. Insgesamt hat der 8. März als Symbol der Frauenbewegung an Bedeutung und Dynamik verloren oder schlicht ergreifend ist dem Tag die Bewegung abhanden gekommen. Was bleibt, ist die Feststellung, dass patriarchale Strukturen immer noch sehr wirkungsmächtig sind, oder, um es postmodern auszudrücken, dass die Hierarchisierungen anhand der Kategorie Geschlecht nach wie vor wirkungsmächtig sind. Den Internationalen Frauentag erkämpft haben Sozialistinnen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. So forderte Clara Zetkin 1910 die Einrichtung eines solchen Tages. Bereits ein Jahr später, am ersten Internationalen Frauentag 1911, gingen in Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz die Frauen auf die Straßen und setzten sich für das Frauenwahlrecht ein. Hinzu kamen Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, einem Acht-Stunden-Arbeitstag und Mutter- und Kinderschutz. 1921 legte die 2. Kommunistische Frauenkonferenz den 8. März als Internationalen Frauentag fest. Die Nazis schafften den Tag ab und führten stattdessen den Muttertag ein. In der DDR wurde der 8. März nicht als Kampftag, sondern als "Ehrentag" der Frauen gefeiert. In der BRD entdeckte die feministische Bewegung der 1970er Jahre den Aktionstag wieder.

Alice und Verona gegen Arbeitslosigkeit

Die Alice und die Verona tun was gegen Arbeitslosigkeit, so lautet die Botschaft der aktuellen Werbekampagne des Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Abgebildet sind die beiden Erfolgsfrauen, Alice Schwarzer und Verona Feldbusch, die eine mit ihrer Zeitung posierend, die andere mit ihren selbstentworfenen Dessous. Die beiden so unterschiedlichen Frauen sind sich zumindest in einem einig: sie wollen das "Team Arbeit für Deutschland" unterstützen und "Gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit" vorgehen. Denn: Wer will, der kann! Frau Schwarzer, so erfahren wir, geht mit gutem Beispiel voran und "schafft Stellen und Praktika in ihrer Redaktion und unterstützt arbeitslose Töchter ausländischer Eltern im Ruhrgebiet" und die Unternehmerin Feldbusch gibt in ihrer Firma "arbeitssuchenden Jugendlichen eine Chance". Also, ihr arbeitslosen Menschen in D-Land, worauf wartet ihr, bewerbt euch gefälligst für einen Praktikumsplatz bei der Emma oder zum Dessous verpacken bei Verona. Vielleicht kommt ja ein TV-Team vorbei und filmt euren ersten Arbeitstag, perspektivisch könnte dann ein TV-Job bei rausspringen, wer weiß? Im Wunderarbeitsland ist alles möglich. Hauptsache ist doch, dass die PR stimmt.

Gewalt gegen Frauen

Amnesty International (AI) weist auf die steigende Gewalt gegen Frauen hin und stellt fest, dass "Gewalt gegen Frauen in allen Gesellschaften rund um den Erdball über die Grenzen von Wohlstand, Hautfarbe, Kultur hinweg eine tagtägliche Realität [ist]." Ein Drittel aller Frauen, mehr als eine Milliarde, sind der Gewalt ausgesetzt, nur weil sie Frauen sind. AI prangert u.a. die Witwenverbrennung in Indien, die Klitorisbeschneidungen in afrikanischen Ländern und die Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan, wo Diskriminierung und Unsicherheit - mehr als zwei Jahre nach dem Sturz der Taliban - den Alltag der Frauen prägt. Aber erschreckende Nachrichten gibt es auch aus Europa: In Spanien wurden im letzten Jahr 70 Frauen von ihrem Lebenspartner oder Ex-Partner getötet; schon im Jahr zuvor führte Spanien mit 52 Opfern diese Negativ-Liste an. Seit die konservative Volkspartei 1997 an die Macht kam, stieg die Zahl der misshandelten Frauen, die auf Grund der häuslichen Gewalt Polizeischutz beantragen, kontinuierlich. Prävention und Schutz der Frauen vor ihren prügelnden Männern finden in Spanien faktisch nicht statt, gilt doch der prügelnde Macho immer noch als äußerst gesellschaftsfähig.

30. Offene Räume

Sozialforen im Gründungsfieber

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:30

Porto Alegre war der Anfang, Genua, Florenz, Paris und Mumbai die Fortsetzung. Inzwischen haben die Sozialforen auch Deutschland erreicht. Der folgende Beitrag befasst sich mit Konzepten, Ansprüchen und Wirklichkeiten.

Die globalisierungskritische Bewegung hat bisher wenig festere Formen hervorgebracht. Teilweise nutzt sie etablierte Organisationen und Einrichtungen, von Gewerkschaften bis zu besetzten sozialen Zentren. Die Sozialforen sind daher eine der wichtigsten strukturellen Neuerungen. Häufig beruhen sie auf der Erfahrung, dass die bisherigen politischen Konzepte, vor allem der traditionelle Kommunismus leninistischer Prägung, gescheitert sind und an sie nicht bruchlos angeknüpft werden kann.

Neue Räume statt Organisation

Ein Sozialforum ist weder als Organisation noch als feste Struktur, sondern als offener Raum konzipiert. Sozialforen wollen die oft isolierten Kämpfe gegen einzelne konkrete Probleme zusammenführen und wenn möglich bündeln. Neben Einzelpersonen soll sich ein möglichst breites Spektrum von sozialen Bewegungen und linken Organisationen hierarchiefrei austauschen und vernetzen: GewerkschafterInnen, MigrantInnen, ChristInnen, FeministInnen, Obdachlose, radikale Linke etc. Politischen Parteien oder ihren Gliederungen ist eine Mitarbeit verwehrt, Einzelmitgliedern hingegen steht sie offen. Damit soll verhindert werden, dass Sozialforen zu Partei-Vorfeldstrukturen verkommen oder durch Machtpolitik gelähmt werden. Zudem gibt es unterschiedlich begründete, prinzipielle Vorbehalte gegen Parteien; klassischer Bündnispolitik wird eine Absage erteilt. Sozialforen dienen ganz wesentlich auch der lokalen Verankerung globaler Kämpfe. So entwickelten sich die italienischen Sozialforen Anfang des vergangenen Jahres zu lokalen Koordinierungsstellen für Aktivitäten gegen den drohenden Irak-Krieg.

Nachdem zunächst in Städten wie Tübingen schon vor mehr als einem Jahr Sozialforen gegründet wurden, lässt sich in Deutschland jetzt ein Gründungsschub beobachten. Knapp 30 konstituieren sich gerade oder existieren seit kurzer Zeit. Ein wesentlicher Anstoß dazu ging vom zweiten Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre aus. Dort wurde die Kontinentalisierung und Regionalisierung des Sozialforumsprozesses aus der Erkenntnis heraus angeregt, dass die Bewegung eine lokale Praxis braucht, um zu wachsen und längerfristig Bestand zu haben, aber auch, um tiefer greifende Änderungen möglich zu machen. Im Folgenden bildeten sich sowohl das Europäische Sozialforum (ESF) als auch ein Asiatisches und Amerikanisches Sozialforum.

Das Genueser Forum gilt als gelungenes Beispiel für die Arbeit eines Sozialforums. Hier fand sich neben zahlreichen Einzelpersonen ein weites Spektrum der italienischen Bewegungslandschaft zusammen: Von NGOs und katholischen Organisationen über Teile der Gewerkschaften und Rifondazione Comunista bis hin zu den Tute Bianche, insgesamt mehrere hundert Organisationen. Angesichts der unerwartet heftigen staatsterroristischen Attacken auf die G8-Proteste im Sommer 2001 reagierte das Forum erstaunlich souverän. Die zahlreichen Versuche, das Forum entlang der Gewaltfrage zu spalten, wurden im Konsens abgewiesen. Solche Einigkeit ist längst nicht selbstverständlich. Die Aktivitäten gegen den EU-Gipfel Anfang März 2002 in Barcelona beispielsweise wurden neben dem Foro Social de Barcelona wesentlich von der campanya contra l'europa del capital i la guerra organisiert. Für die dort zusammengeschlossenen außerinstitutionellen radikalen Gruppen (die auf der Großdemonstration zahlenmäßig dominierten) war das u.a. von attac und der kommunistischen Gewerkschaft CC.OO. getragene Sozialforum nicht attraktiv.

Kampf zweier Linien

Entscheidend für Brüche oder Kooperationen sind aber zumeist nicht Ausnahmesituationen wie die Gipfel der politischen Eliten, sondern die alltägliche Arbeit. Hier erweist sich auch, ob in und durch Sozialforen jene Dynamiken entstehen können, die gesellschaftliche Veränderungen erst möglich machen. Dafür lohnt ein Blick nach Italien. In größeren Städten wie Mailand und Rom nehmen Tausende von Menschen an den Versammlungen teil. Mittlerweile zeichnen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Sozialforen kleiner und großer Städte ab. In kleineren Städten ist die Verbindung global-lokal leichter herauszustellen.

Kontakte zwischen AktivistInnen, Bevölkerung und lokalem Staat sind oft direkter, was sich beispielsweise positiv auf den vielerorts geführten Kampf gegen die Privatisierung von Wasserwerken auswirkt. Viele der urbanen Foren sind hingegen parteipolitisch oder gewerkschaftlich dominiert und hauptsächlich damit beschäftigt, Straßenproteste oder Debatten zu organisieren. Mittlerweile hat sich auch hier der Graben zwischen traditioneller, auf Wahlen orientierter linker Politik und der Sozialforumsbewegung vertieft.

Ähnliche Entwicklungen ließen sich beim zweiten ESF vergangenen November in Paris beobachten. Die einen wollen das Forum stärker institutionalisieren und professionalisieren. Dabei spielen auch - allerdings unterschiedlich geartete - machtpolitische Erwägungen eine Rolle. Auf der anderen Seite betonen verschiedene Kräfte den offenen Charakter des Forums und die Autonomie der Bewegungen. Zu den ersteren zählen verschiedene Parteien unterschiedlichster Couleur, Teile von attac und einige NGOs, zu den letzteren u.a. Feministinnen, Sans Papiers, Arbeitslosenvereinigungen und radikale Basisbewegungen. Daraus lässt sich allerdings nicht auf eine Flügelbildung schließen. Differenzen und Übereinstimmungen beispielsweise in der Haltung zum Sozialstaat oder zur EU verlaufen quer zu dieser Konstellation und teilweise auch quer durch die einzelnen Bewegungen.

Steffen Vogel

31. Vertreibungskritik ohne Aufrechnung

Polnische Nationalitätenpolitik nach 1945. Buchvorstellung

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:31

Bei manchen Linken gilt die Vertreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei per se als "rechtes" Thema. In der Tat tun die FunktionärInnen der Vertriebenenverbände alles, um dieses (Vor-)Urteil immer wieder neu zu bestätigen. Dass eine Kritik an Aussiedlung und Vertreibung auch ohne Revanchismus möglich ist, zeigt das Buch der polnischen Historikerin Bernadetta Nitschke.

Man müsse mit den Deutschen so verfahren, wie sie die Polen behandelt hätten, heißt es in einem Befehl des Kommandeurs der 2. Polnischen Armee vom 24. Juni 1945: "Viele haben vergessen, was sie mit unseren Kindern, Frauen und Greisen gemacht haben. Die Tschechen haben es geschafft, so vorzugehen, dass die Deutschen von selbst aus ihrem Territorium geflohen sind. Wir müssen unsere Aufgabe so hart und entschlossen ausführen, dass das germanische Ungeziefer sich nicht in den Häusern versteckt, sondern von selbst vor uns flieht, und wenn es sein Land erreicht hat, Gott für das Glück dankt, den eigenen Kopf gerettet zu haben. Vergessen wir nicht, dass die Deutschen immer Deutsche bleiben werden." (S. 171)

Als der Kommandeur der 2. Armee diesen Befehl ausgab, hatten die wilden Vertreibungen oder "Militäraussiedlungen" von Deutschen, wie sie in der polnischen Fachliteratur genannt werden, einen ersten Höhepunkt erreicht. Sie wurden von Parallelaktionen der polnischen Zivilverwaltung begleitet. Vor allem in den angegliederten Gebieten sahen sich die lokalen Behörden unter Handlungsdruck, denn eine große Zahl von Deutschen, die vor den Front in den Westen geflohen waren, kehrten nun in ihre früheren Wohnorte zurück. Polen sollte jedoch ein homogener Nationalstaat und nicht durch Ansprüche von Minderheiten in Frage gestellt werden. In den Gebieten östlich von Oder und Neiße wollte man zudem eine "Bastion des Polentums" etablieren und durch die Militäraussiedlungen die Alliierten in Potsdam vor vollendete Tatsachen stellen.

Nachzulesen ist dies in dem Buch "Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949" von Bernadetta Nitschke. Die Arbeit der Professorin aus Zielona Góra ist 1999 in polnischer Sprache erschienen und hat bereits eine zweite Auflage erlebt. Ebenso die deutsche Übersetzung, die zuerst im Herbst 2003 veröffentlicht wurde und nach wenigen Wochen vergriffen war.

Das Interesse am Thema Vertreibung ist groß. Nach 1989 haben lokale Initiativen vor allem im Grenzgebiet begonnen, die deutsch-polnische Geschichte aufzuarbeiten. Diese Ansätze werden jetzt von den Plänen des Bundes der Vertriebenen gestört, der in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen errichten will. Dieses Großprojekt hat neuerlich zu Ängsten geführt und scharfe Reaktionen in Polen und Tschechien ausgelöst. So kommt die Publikation von Nitschke zur rechten Zeit, zumal sich die Autorin ausdrücklich bemüht, der Falle einer Aufrechnung von Verbrechen und Leiden zu entkommen.

Das gelingt ihr nicht zuletzt durch eine konsequente Eingrenzung des Themas. Auf die Vorgeschichte der Zwangsaussiedlungen der Deutschen geht sie kaum ein, die Vertreibungen von Polen durch die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges und die stalinistischen Vertreibungen erwähnt sie nur am Rande. Statt dessen konzentriert sie sich darauf, die polnische Politik gegenüber den Deutschen in den Jahren 1945 bis 1949 zu rekonstruieren, und untersucht die verschiedenen Phasen der Zwangsaussiedlungen von den sogenannten "wilden" Vertreibungen im Jahre 1945 über die Zwangsaussiedlungen nach dem Potsdamer Abkommen in den Jahren 1946 und 1947 bis zum Abschluss der Aussiedlungsaktionen 1948 und 1949.

Dabei geht sie ausführlich auf die Problematik der Nationalitätenpolitik, vor allem auf die "Deutsche Volksliste" ein, die sich bereits in der ersten Phase der Vertreibungen bemerkbar machte: Eine klare Unterscheidung zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung war in den Ostgebieten des Deutschen Reiches oft nicht möglich, so dass zum Teil auch einheimische Polen von den Aussiedlungsmaßnahmen betroffen waren. Die rigide Polonisierungspolitik, die in den angegliederten Gebieten alles Deutsche - von Ortsnamen bis zu deutschen Aufschriften auf Bierdeckeln und Heiligenbildern - zu tilgen versuchte, belastete auch die einheimischen Polen. Sie wurden außerdem von den Zuwanderern aus Zentral- und Ostpolen oft wie Deutsche behandelt. Diese "Repolonisierungsmaßnahmen" zerstörten auch die überkommenen Sozialstrukturen der polnischen Bevölkerung vor allem in Masuren, im Ermland und in Schlesien. In diesen Gebieten identifizierten sich viele Menschen nicht mit (nur) einer polnischen oder deutschen nationalen Zugehörigkeit, sondern

definierten sich durch verschiedene familiäre, territoriale, kulturelle und religiöse Bindungen. "Es waren in erster Linie die totalitären Systeme, das nationalsozialistische und später das kommunistische, die eine klare individuelle Bestimmung der nationalen Zugehörigkeit erzwangen", schreibt Nitschke. (S. 35)

Die Vertreibungen waren von verschiedensten Formen von Gewalt geprägt. Nitschke zitiert etliche Zeitzeugen, die von Plünderungen, Mord und Vergewaltigungen in der ersten Phase der Vertreibungen berichten; selbst in den Trecks wurden die Deutschen noch ausgeraubt, so dass viele verhungerten oder sich das Leben nahmen. Erst Ende 1945 erkannten die Behörden die Verrohung. Auch nach der Potsdamer Konferenz im August 1945 waren die von den Alliierten beschlossenen "human transfers" mit Gewalt verbunden, betont die Autorin.

Andererseits zeigten viele Polen Mitgefühl für die von den Aussiedlungen betroffenen Deutschen, zumal wenn sie selbst aus ihrer Heimat in Zentral- und Ostpolen vertrieben worden und nun gezwungen waren, sich in den ehemals deutschen Gebieten niederzulassen. So berichtete ein Pole aus Lemberg, dem in Rügenwalde (Darlowo) das Haus einer Deutschen zugewiesen worden war, wie er Zeuge der Vertreibung der alten Besitzern wurde: "Ich bemerkte, dass die Deutsche weinte. Sie sagte irgend etwas zu mir oder zu sich selbst und packte ihre Sachen. Ich betrachtete sie, wie sie Porträtbildchen von kleinen Jungen und Mädchen, auch eines älteren Mannes von der Wand nahm. Sie wischte sie mit einem Tuch ab, sagte etwas zu ihnen und drückte sie an sich. In diesem Moment brauchte ich kein Wort Deutsch zu kennen, um zu verstehen, was ihr Weinen und ihre Bewegungen bedeuteten. (...) Ich fühlte, was diese unbekannte Frau durchlebte. Sie durchlebte das, was ich schon hinter mir hatte."

Nitschke hat außer einer Fülle von Archivdokumenten auch zahlreiche Berichte von ZeitzeugInnen in ihr Buch eingearbeitet. Dadurch wird die Arbeit gut lesbar, auch wenn das Inhaltsverzeichnis und der wissenschaftliche Apparat auf manche LeserInnen zunächst vielleicht etwas abschreckend wirken könnte. Direkte politische Wertungen vermeidet die Autorin, und doch ist ihr Buch eine scharfe Kritik nicht nur an der polnischen Nationalitätenpolitik, sondern an jedem Versuch, ethnische Homogenität zu erzwingen.

Angela Martin

Bernadetta Nitschke: Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, aus dem Polnischen von Stephan Niedermeier, 2. Auflage, München (R. Oldenbourg Verlag) 2004 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Band 20)

32. Kasperletheater jetzt ohne Schill

Hamburg nach der Wahl:

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:32

"Die Bürger haben für klare Verhältnisse in Hamburg gesorgt. Für den neuen Senat ist dies eine große Herausforderung, Hamburg mit dem Konzept der Wachsenden Stadt in die Spitze der europäischen Metropolen zu führen", erklärte Karl Joachim Dreyer befriedigt am 2. März, zwei Tage nach den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft. Dreyer ist Präsident der Handelskammer Hamburg und Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse.

Die klaren Verhältnisse bestehen vor allem darin, dass die CDU mit ihrem Bürgermeister Ole von Beust nun solo regieren kann - ohne die bisherigen Koalitionspartner von Schill-Partei und FDP. Bei den vorigen Bürgerschaftswahlen im September 2001 erhielten die drei Parteien zusammen 432.000 Stimmen, jetzt waren es 438.000. Vor zwei Jahren waren FDP (5,1%) und Schill-Partei (19,4%) zusammen annähernd so stark waren wie die CDU (26,2%). Nach der Wahl am 29. April konzentrierten sich die Stimmen für den Bürgerblock auf die CDU, die 47,2% oder 389.000 Stimmen erhielt; die FDP und die beiden Nachfolger der Schill-Partei kamen zusammen nur noch auf 49.000 Stimmen und scheiterten an der 5-Prozent-Hürde. Die SPD sackte demgegenüber von 310.000 Stimmen im Jahr 2001 auf 251.000 Stimmen (30,5%) ab, die Grünen/GAL konnten sich von 72.000 auf 101.000 Stimmen (12,3%) steigern. Die Wahlbeteiligung sank um 3% auf 68% - viele SPD-WählerInnen blieben wohl zu Hause. In den sieben Bezirksversammlungen sieht es etwas anders aus: Hier hat Rot-Grün in vier Bezirken die Mehrheit, und in der Bezirksversammlung Harburg sitzen die letzten beiden Parlamentarier der PRO-DM/Schill-Partei.

Die Springerpresse, die in Hamburg mit dem Abendblatt, Bild und Welt 90% des Tageszeitungsmarktes kontrolliert, hatte diesmal massiven Wahlkampf gegen Schill gemacht und täglich "Ole Superstar" (so eine Bild-Schlagzeile) abgefeiert. War die Schill-Partei vor den Wahlen 2001 noch als Partner für die CDU hochgeschrieben worden, so wurde sie jetzt kaum noch beachtet und oder aber wegen Schills Eskapaden für unseriös erklärt. Es ist schon erstaunlich, wie reibungslos der vor zweieinhalb Jahren zum Shooting Star aufgebaute populistische Rechtsaußen Ronald Schill von der politischen Bühne weggeredet und -geschrieben werden konnte. Schill selbst hat bis zuletzt die Spielregeln des Parlamentarismus nicht verstanden und sich weiter für den unentbehrlichen Polizisten im Kasperletheater gehalten. Noch am 29. Februar erklärte er vor JournalistInnen: "Man braucht mich hier noch vier Jahre" und fügte hinzu: "Ich bin zuversichtlich: Klasse setzt sich durch." Das ist nun vorbei, die Bühne der Bürgerschaft kommt ohne Schill aus, die Würde des Parlaments ist wieder hergestellt, die bürgerlichen Kommentatoren sind zufrieden.

Das bedeutet keineswegs, dass die von Schill vorangetriebene Verschärfung polizeilicher Repression gegenüber sozial oder politisch abweichenden Verhalten ein Ende hat. Die von Schill entwickelte Linie, die Innenstadt für (vor allem "autonome") Demos zu sperren, griff Handelskammer-Präsident Dreyer in seiner Rede nach der Wahl auf: "Wir fordern den Senat auf, in einer Bundesratsinitiative auf eine zeitgemäße Regelung des Demonstrationsrechtes hinzuwirken, die übermäßige Belastungen für die City-Besucher und Gewerbetreibende ausschließt." Hans-Jörg Schmidt-Trenz, ebenfalls ein Repräsentant der Handelskammer, gab nach der Wahl die Devise für den neuen Senat aus: "Tempo ist jetzt gefragt." Tempo bei der Umsetzung der Forderungen der Handelskammer, etwa dem Verzicht auf langwierige Planungsprozesse mit zumindest formaler Bürgerbeteiligung: "Mit nur einer Regierungspartei haben wir die beste Chance, die Verwaltung zu vereinfachen", so Schmidt-Trenz.

Klare Verhältnisse ...

Dieser Ruf nach Tempo hat seinen guten Grund: Parallel zur Bürgerschaftswahl fand das Volksbegehren "Gesundheit ist keine Ware" statt. 77,6% der WählerInnen sprachen sich dagegen aus, Hamburgs staatliche Krankenhäuser vollständig zu privatisieren. Initiiert von der Gewerkschaft ver.di, richtete sich das Volksbegehren keineswegs kompromisslos gegen Privatisierung - bis zu 49,9% sollen verkauft werden dürfen. Der CDU/FDP/Schill-Senat hatte aber die Verhandlungen über den vollständigen Verkauf an die private Asklepios-Gruppe praktisch abgeschlossen und die entsprechenden Gesetze nur wegen der Neuwahlen noch nicht verabschiedet.

Der Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) - ein Filetstück bisherigen staatlichen Besitzes - ist durch das Volksbegehren zum Symbol geworden. Auch das ist ein Grund, warum die Handelskammer "die weitere konsequente Privatisierung" der öffentlichen Unternehmen und des LBK fordert. Auch der gesundheitspolitische Sprecher der CDU, Dietrich Wersich, spielt die Bedeutung des erfolgreichen Volksentscheides herunter: Die Nicht-Wähler hätten sich ja nicht an dem Volksbegehren beteiligt und so repräsentiere dies gar nicht die absolute Mehrheit. Dass der neue Senat so gesehen nur 36% der Wahlberechtigten vertritt, stört ihn dagegen nicht. Für Wersich ist das Volksbegehren nicht bindend: "Der Maßstab dafür (für den LBK-Verkauf) ist nicht, wie das Volksbegehren ausgegangen ist."

Die linke Bündnisliste Regenbogen erhielt bei der Bürgerschaftswahl 9.221 Stimmen (1,1%) gegenüber 14.247 Stimmen (1,7%) 2001. Die PDS erzielte damals 0,5%. Diesmal beteiligte sich die PDS ebenso wie die DKP, SAV und Linksruck an der Regenbogen-Liste. Bei den Bezirksversammlungen waren die Verluste noch größer: Vor zwei Jahren hätten Regenbogen (4,4%) und PDS (0,7%) zusammen in Altona den Sprung in die Bezirksversammlung geschafft. Diesmal verzichtete Regenbogen dort auf eine Kandidatur, und die PDS allein erzielte 1,6%. Ähnliche Verluste auch woanders: In Eimsbüttel von 3,0% für Regenbogen plus 0,6% für die PDS 2001 auf 2,3% für Regenbogen 2004, in Mitte von 3,6% für Regenbogen plus 0,8% für die PDS auf 3,2 % für Regenbogen.

... zufriedene Handelskammer

Dass die Prozentanteile für die Bezirksversammlungen höher liegen als bei den Wahlen zur Bürgerschaft, lässt darauf schließen, dass Einige für das Landesparlament das "kleinere Übel" GAL gewählt haben. Im Gegensatz zum Wahlkampf 2001, wo Regenbogen noch in den Parlamenten vertreten war, kam das neue Bündnis diesmal in den Medien nicht vor und war somit fast inexistent.

Regenbogen ist ursprünglich aus Protest gegen die grüne Kriegsbeteiligung 1999 als Abspaltung von der GAL entstanden. Diesmal war die antimilitaristische Orientierung offenbar überlagert worden von der rot-grünen Weigerung, am Irakkrieg teilzunehmen. Im Wahlprogramm von Regenbogen wurde der rot-grüne Kurs im Irakkrieg nicht als imperialistisches Konkurrenzverhalten zu den USA kritisiert, sondern als Friedenspolitik gelobt: "Dass die Bundesregierung sich der aktiven Teilnahme am Irakkrieg verweigert hat, ist begrüßenswert."

Im Wahlkampf versuchte Regenbogen mit allen Mitteln, irgendwie in die Medien zu kommen. Da appellierte die Spitzenkandidatin Heike Sudmann schon mal an den Bürgermeister, doch den Innensenator von der Schill-Partei zu entlassen: Dieser habe die Antifa-Demo am 31. Januar "gezielt für seinen Wahlkampf missbraucht". Er sei auch "nicht davor zurückgeschreckt, Esther Bejerano, einer Überlebenden des KZ Auschwitz, mit Polizeigewalt das Rede- und Demonstrationsrecht zu nehmen". Sudmann weiter: "Auf diese Ungeheuerlichkeiten muss der 1. Bürgermeister reagieren. Mit einer Entschuldigung bei Esther Bejerano ist es nicht getan. Wenn Innensenator Nockemann nicht von selbst zurücktritt, muss der 1. Bürgermeister ihn wegen Amtsmissbrauchs entlassen." In diesen Sätzen steckt die alte grüne Realpolitik der GAL. Die hatte aus dem gleichen Anlass ebenfalls an Ole von Beust appellierte Nockemann zu entlassen. Aber warum sollte ein brutaler Polizeieinsatz für von Beust eine Ungeheuerlichkeit sein? An welche vermeintliche Gemeinsamkeit von Demokraten wird hier appelliert?

Auch das Wahlprogramm von Regenbogen liest sich wie ein realpolitisch-linkes GAL-Programm aus der Zeit vor der rot-grünen Senatskoalition. Die Hamburger gruppe demontage schrieb in einer Kritik: "Keine der Forderungen kann im Sinne einer systemkritischen Ausrichtung interpretiert werden. Alle sind realpolitisch und grundsätzlich anschlussfähig, d.h. sie könnten ganz seriös in Koalitionsverhandlungen mit GAL und SPD eingebracht werden. Dies verwundert ein wenig, würden sich doch die meisten Träger des Bündnisses zumindest als Sozialisten verstehen. Auch besteht überhaupt kaum die Gefahr, dass Regenbogen in die Bürgerschaft einzieht oder gar einer Regierungskoalition beitreten könnte. Warum also nicht das fordern, was über den Alltag hinausgeht?"

Linke Massenorientierung ohne Bewegung

Bereits bei der Vorstellung der KandidatInnen-Liste am 25. Januar wurde zwar betont, dass Rot-Grün keine Alternative, sondern nur eine langsamere Variante der Politik von Sozialabbau und Ausgrenzung bedeuten würde. Es tauchte aber auch der Versuch auf, von links mit diffusen Inhalten massenwirksam zu argumentieren. Da hieß es beispielsweise: "Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität sind für die

neoliberalen Regierungen in Hamburg und im Bund zu Fremdwörtern geworden." Ein Satz weiter endet die Vorstellung der KandidatInnen mit Wortgeklingel: "Die Alternative zu dem großen Übel CDU/Schill/Offensive/FDP und dem kleineren Übel SPD/GAL heißt Regenbogen!" Im Rahmen der parlamentarischen Spielregeln gedacht mag das stimmen, aber eine politische Alternative könnte sich nur im außerparlamentarischen Raum bilden.

Genau dieses Problem wurde bei der Regenbogen-Kandidatur weitgehend ausgeblendet. Statt dessen hieß es euphorisch anmaßend: "Die 24 KandidatInnen auf der offenen Liste von Regenbogen spiegeln den breiten linken Widerstand in der Stadt wieder." Einmal abgesehen davon, ob das dann auch für die 1,1% Stimmen gilt, gibt es auch Linke, die sich aus unterschiedlichsten Gründen nicht an der Kandidatur beteiligt haben. Auch wenn Leute von der SAV, der DKP oder auch aus der Bambule-Szene oder der Gewerkschaftslinken auf der Liste standen - die ganze (radikale) Linke ist das nicht.

An der Regenbogen-Kandidatur haben sich Linke beteiligt, die traditionelle Formen von "Politik mit den Massen" für möglich und den Aktionismus der Kandidatur für eine inhaltliche Weiterentwicklung halten. Folgerichtig sprach die DKP in ihrer Wahlauswertung von einem "Erfolg für die außerparlamentarischen Bewegungen in Hamburg". Und auch Heike Sudmann erklärte in einem Interview mit der jungen Welt: "Aus unserer Sicht hat der Aufbruch stattgefunden. In Hamburg ist es der Linken zum ersten Mal gelungen, sich trotz aller Differenzen auf gemeinsame Ziele zu verständigen und mit vereinten Kräften für eine solidarische Stadt zu kämpfen. Allein das markiert einen großen Aufbruch, der auch anhalten wird." Die Presseerklärung von Regenbogen zum Wahlausgang verspricht: "Wir werden die vereinte Kraft, die wir in diesem kurzen Wahlkampf gefunden haben, nicht verpuffen lassen. Eine andere Politik ist machbar - den langen Atem dafür haben wir!"

Das verwundert ein wenig. Immerhin ist Regenbogen nach der Bürgerschaftswahl 2001 bei linken Aktivitäten weitgehend unsichtbar geblieben und hat sich mit dem plötzlichen Wiederauftauchen unmittelbar nach Ankündigung von Neuwahlen nicht gerade als kontinuierlich tätige politische Formation, sondern bisher eher als kurzfristig erblühender Wahlverein dargestellt. Aber vielleicht wird jetzt ja alles anders, und Regenbogen wird sogar in die notwendige Auseinandersetzung mit der eigenen grünen Geschichte eintreten, die Entwicklung der GAL aufarbeiten und selbstkritisch darüber reflektieren, was denn linke Wahlbeteiligungen ohne halbwegs radikale außerparlamentarische Bewegungen überhaupt anderes sein können als ein Hinterherlaufen hinter dem Medienzirkus, um "die Massen" zu erreichen.

Gaston Kirsche

33. Drücken bis zum Tod

Fast fünf Jahre nach dem gewaltsamen Tod Aamir Ageebs stehen drei BGS-Beamte vor Gericht

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:33

Seit Anfang Februar stehen drei BGS-Beamte in Frankfurt am Main vor Gericht. Sie sind angeklagt wegen fahrlässiger Tötung des abgelehnten Asylbewerbers Aamir Ageeb. Die Beschuldigten schweigen, ihre Kollegen und Ausbilder verfügen nur über eine beschränkte Aussagegenehmigung ihres obersten Dienstherrn, Bundesinnenminister Otto Schily, und die übrigen Zeugen haben große Erinnerungslücken. Das Urteil wird am 22. März erwartet.

Die Anklagebank in diesem Prozess sei nicht breit genug, um denjenigen Platz zu bieten, die durch Handeln oder unterlassenes Handeln zum Tod von Ageeb beigetragen haben, schreiben mehrere Menschenrechtsgruppen, darunter Pro Asyl, nach den ersten Prozesstagen in einer Presseerklärung. Sie befürchten, dass sich in der Verhandlung das bürokratische Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit, das Kurt Tucholsky beschrieben hat, breit macht: "Akte auf Akte, Paragraf auf Paragraf, die Verantwortung ist in viele Teile zerteilt, am Ende ist es keiner gewesen." Im Prozess offenbarte sich, wie gutgläubig und autoritätshörig die Passagiere und das Flugpersonal waren. Weder der Pilot noch die Stewardessen störten sich an Ageebs Fesselung. Das Aktionsbündnis gegen Abschiebung und das antirassistische Netzwerk kein mensch ist illegal (kmi) erstatteten Anzeige gegen den Piloten wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung durch Unterlassung.

Nichts hören - nichts sehen - nichts sagen

Was ist am 28. Mai 1999 geschehen? Elf Plastikfesseln, ein fünf Meter langes Seil, vier Klettbänder mit Durchzugsösen und ein handelsüblicher Motorradhelm ohne Visier, eine Decke, ein Kissen - mit diesen Mitteln malträtierten mehrere Beamte des Bundesgrenzschutz (BGS) Aamir Ageeb, um ihn gegen seinen Willen in den Sudan abschieben zu können. Er überlebte diese Tortur nicht. Bevor sie Ageeb in die Lufthansa-Maschine schleppten, hatten sie den 30-Jährigen in der Zelle am Frankfurter Flughafen zwei ein halb Stunden in einer Folterfesselung, in der sogenannten "Schaukel" oder hogtie-Stellung liegen gelassen. Fuß- und Handgelenke wurden gefesselt und dann rücklings miteinander verbunden.

An Bord des Flugzeugs schnallten die drei Beamten Ageeb an seinen Sitz, pressten seinen Oberkörper auf die Knie, fesselten ihn mehrfach und setzten ihm einen Motorradhelm auf. Der Arzt Claus Metz von der Organisation IPPNW - Ärzte in Verantwortung, stellte nach der Akteneinsicht fest, dass bereits jede einzelne dieser Maßnahmen zu einem Erstickungstod hätte führen können. Allein den Oberkörper herunterzudrücken mit den gefesselten Händen in der Magengrube lasse die Atmung je nach Beugewinkel bis auf Null zurückgehen, so Metz. Zusätzlich war über Ageebs Arme und Beine eine Decke gebreitet, um die Beinfesselung zu tarnen. Diese habe möglicherweise den Visierausschnitt beim Herunterdrücken des Kopfes abgedichtet und so ebenfalls die Atmung beeinträchtigt. Zeugen gaben damals zu Protokoll, dass die Beamten außerdem ein Kissen vor Ageebs Gesicht drückten, um sein Schreien zu dämpfen.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat die drei Beamten wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. In ihrer Anklageschrift beruft sie sich auf ein Gutachten der Münchner Rechtsmedizin. Darin wurde, neben zahlreichen Blutergüssen und sechs Rippenbrüchen, ein lagebedingtes Ersticken als Todesursache festgestellt. Während Fälle wegen fahrlässiger Tötung in der Regel bei Landgerichten verhandelt werden, landete dieser schließlich in den Stuben des Amtsgerichts, das höchstens zu vier Jahren Haft verurteilen darf. Dort ließ der Amtsrichter Ralph Henrici die Akten des Falls erst einmal einige Jahre verstauben.

Nebenkläger ist der Mannheimer Anwalt Dieter Kornblum, der die Familie des Getöteten vertritt. Die Familie im Sudan verstünde die Welt nicht mehr, weil sich jahrelang nichts getan habe, so Kornblum. Die Familie erwarte eine Entschädigung für das erlittene Leid und hoffe, dass sich im Prozess kläre, wer für den Tod verantwortlich ist.

Doch die zwischen 31 und 40 Jahre alten Angeklagten schweigen. Die Polizisten versehen weiterhin ihren Dienst beim BGS, sind aber nach Angaben ihrer Anwälte seit dem Vorfall nicht befördert worden. Ihre

Kollegen, die ebenfalls an Ageebs Abschiebung beteiligt waren und nun als Zeugen befragt werden, haben große Erinnerungslücken. "Es ist zu lange her, ich weiß es nicht mehr", war ein oft gehörter Satz am ersten Prozesstag Anfang Februar in Frankfurt am Main. Außerdem verfügen sie lediglich über eine beschränkte Aussagegenehmigung ihres obersten Dienstherrn. Äußern dürfen sie sich nur zu Sachverhalten bis zum Ende des Tattages, dem 28. Mai 1999. Die Vermutung liegt nahe, dass damit Versäumnisse des BGS vor dem Tod von Aamir Ageeb vertuscht werden sollen.

Einer der BGS-Zeugen räumte ein, dass viele Beamte bei Abschiebungen im Flugzeug Flüchtlinge nach unten gedrückt hätten, um sie am Schreien zu hindern. Diese Methode gilt nach Erkenntnissen der US-Polizei als häufige Todesursache bei Festnahmen, da der fixierte Mensch in dieser Lage zu wenig Luft bekommt. Zu klären ist nun, ob dieser Sachverhalt dem Bundesgrenzschutz schon vor Ageebs Tod bekannt war, auch wenn die Zeugen das Gegenteil behaupten. Nach Metz Angaben sei zu diesem Zeitpunkt schon längst in Polizeiveröffentlichungen auf die Gefahr lagebedingter Erstickungen hingewiesen worden. Außerdem erklärte der Zeuge Bernd S., damals Ausbilder der Schule für Grenzpolizei und Luftsicherheit, dass er bereits 1997 vom lagebedingten Erstickungstod gehört hatte.

Um die Verantwortungskette zu rekonstruieren spielt neben dem individuellen Verhalten der Beamten auch die Frage nach der Mitverantwortung der Vorgesetzten und Ausbilder eine große Rolle. Von den drei Zeugen hat nach eigenen Angaben nur einer an einem einwöchigen Lehrgang über das technische Vorgehen bei Abschiebungen teilgenommen. Man sei nach dem Motto "Learning by doing" von erfahrenen Kollegen eingewiesen worden. Dienstvorschriften, die Handschellen und Plastikfesseln an Bord von Flugzeugen untersagten, kannten die Beamten nicht. "Es gab keine eindeutigen Regularien für das Verfahren im Flugzeug, da haben sich die Rückführer das selbst gestaltet", erklärte ein Grenzschützer. Auch regelmäßige Belehrungen habe es nicht gegeben. Allerdings sei seit Januar 1998 eine halbjährliche Anweisung, etwa dass bei Helmverwendung die Atmung permanent zu überwachen sei, vorgesehen, die auch von den BGS-Beamten zu unterschreiben sei, so Kornblum. "Aber an diese Unterlagen heranzukommen ist sehr schwierig", so der Anwalt.

Den Antrag der Verteidiger der drei Angeklagten, Bundesinnenminister Otto Schily als Zeugen zu laden, lehnte Richter Henrici ab. Diese hatten von Schily eine Entlastung erhofft. Der Innenminister sollte von einem informellen Gespräch im Juni 1999 berichten, bei dem angeblich festgestellt worden war, dass der BGS bis zu Ageebs Tod keine Kenntnis von dem Phänomen des sogenannten lagebedingten Erstickungstods hatte. Nach Ansicht des Gerichts sind eventuelle Kenntnisse Schilys bedeutungslos, da er diese nur durch Hörensagen gewonnen haben könne.

Nach den Zeugenaussagen stellt sich der Bundesgrenzschutz bis zum Tattag als völlig desolat und desorganisiert dar. Kenntnisse über das Vorgehen bei problematischen Abschiebungen wurden offenbar hauptsächlich per "learning by doing" weitergegeben. Unterschiedliche Verfügungen erreichten nicht ihre Adressaten, die für die Abschiebung eingeteilten Begleitbeamten. Die BGS-Zeugen wollen auch das Verbot der Verwendung von Plastikfesseln in Verkehrsflugzeugen, das sich in einer Verfügung vom 18. April 1997 findet, nicht gekannt haben.

Die Strategie der Verteidiger der drei Angeklagten ist deutlich: Herausgearbeitet werden soll, dass es vor dem Hintergrund des Organisationschaos und der unklaren Weisungslage im Bundesgrenzschutz keine individuelle Schuld der Angeklagten gibt. "Jeder kann sagen, ich kann nichts dafür", sagt Kornblum. Dennoch hätte man allein aufgrund des Menschenverstandes wissen können, wie gefährlich die Vorgehensweise der BGS-Beamten war, so der Anwalt. Außerdem hätten sie bei unklarer Weisungslage eine Klärung der Sachlage von Dienstvorgesetzten verlangen können.

Jedes Jahr werden mehrere zehntausend Menschen (2003: 24.000 und 2000: 32.500) per Flugzeug abgeschoben, wovon mehrere tausend von Polizei und BGS "begleitet" werden. Der qualvolle Erstickungstod Ageebs in staatlicher "Obhut" wirft die Frage auf, warum weder die Lufthansa noch das Bundesinnenministerium seit 1994, nach dem ersten Todesfall, wirksame Maßnahmen ergriffen haben, um einen weiteren Tod zu verhindern. Damals hatten Grenzschützer Kola Bankole aus Nigeria wie ein Paket verschnürt, ihm ein Skisockenknäuel, durch das ein Rollladengurt gezogen war, zwischen die Zähne geschoben und an dem Gurt, ähnlich wie Zügel, minutenlang straff gezogen. Ein Arzt hatte ihm zusätzlich noch eine Beruhigungsspritze verabreicht. Damals wurde allerdings, wie nicht selten in der deutschen

Rechtsmedizin, ein natürlicher Gewahrsamstod bescheinigt. "Ein plötzlicher Tod aus natürlicher innerer Ursache" oder "Herzfehler" sind typische Diagnosen - sei es bei Bankole, sei es bei Michael Nwabuisi (bekannt als Achidi John), der während eines gewaltsamen Brechmitteleinsatzes in Hamburg starb.

Der Fall Ageeb unterstreicht die kürzlich vorgelegte Kritik amnesty internationals an den schleppenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bei Misshandlungsvorwürfen gegen Polizisten. Der Bericht weist darauf hin, dass es bei Abschiebungen von Ausländern aus Deutschland immer wieder zu exzessivem Gewalteinsatz der Polizei gekommen ist. Trotz neuer Richtlinien für die Durchführung von Abschiebungen sieht die Menschenrechtsorganisation beträchtlichen Handlungsbedarf. Das Netzwerk kein mensch ist illegal demonstrierte bei Prozesseröffnung dafür, dass niemand gegen seinen Willen abgeschoben wird.

Anke Schwarzer

34. Bei Abschiebung Tod - Dokumentation verschiedener Fälle in der EU

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:34

In den vergangenen zehn Jahren sind auch in anderen europäischen Staaten Menschen bei einer Abschiebung per Flugzeug getötet worden:

Am 16. Januar 2003 stirbt in Frankreich der somalische Staatsbürger Mariame Getu Hagos. Sein Oberkörper wurde auf die Knie gedrückt, ihm wurde mehrmals unwohl. Schließlich zeigt er keine Regungen mehr. Die Staatsanwaltschaft hatte ein Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen Unbekannt eingeleitet. Die drei Polizisten, die Mariame Getu Hagos eskortiert haben, werden vorläufig vom Dienst suspendiert.

Am 30. Dezember 2002 stirbt in Frankreich der Argentinier Ricardo Barrientos. Er wurde von einer Polizeieskorte ins Flugzeug geführt, auf seinem Sitz wurde sein Körper gekrümmt bis der Kopf auf den Knien lag, zudem wurde er mit Handschellen im Rücken oder am Sitz fixiert. Ricardo Barrientos soll an Herzversagen gestorben sein, so die offizielle Lesart.

Am 1. Mai 2001 stirbt in der Schweiz der nigerianische Staatsangehörige Samson Chukwu durch Ersticken. Im Herbst 2001 wurden die beiden verantwortlichen Polizisten vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Auf Grund ihrer Ausbildung hätten die Polizisten nicht wissen können, dass der von ihnen angewendete Griff gefährlich sein könne, so der Untersuchungsrichter.

Am 1. Mai 1999 stirbt in Österreich der aus Nigeria stammende Marcus Omofuma. Die verantwortlichen Polizisten sind wegen fahrlässiger Tötung zu acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden.

Am 3. März 1999 stirbt in Genf Khaled Abuzarifa aus Gaza. Drei Polizeibeamte und ein Arzt wurden der fahrlässigen Tötung angeklagt. Die zwei ausführenden Beamten wurden freigesprochen, der Arzt für schuldig befunden. Dies wird weiter juristisch verhandelt.

Am 22. September 1998 stirbt in Belgien die Nigerianerin Semira Adamu. Elf Gendarmen hatten die mit Plastikhandschellen gefesselte Frau gewaltsam an Bord eines Flugzeugs verfrachtet. Als sie sich wehrte, drückten ihr zwei der Gendarmen ein Kissen ins Gesicht. Die 20-Jährige fiel ins Koma und starb am selben Abend. Ärzten zufolge hatte sie eine Hirnblutung erlitten, verursacht durch eine Quetschung. Innenminister Loui Tobback trat zurück. Im Prozess um den Tod von Adamu ist es am 12. Dezember 2003 nach über fünf Jahren zu einem Urteil gekommen: Drei Beamte wurden zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt, der Aufsicht führende Polizeioffizier erhielt 14 Monate auf Bewährung, ein nicht unmittelbar beteiligter Polizeioffizier wurde freigesprochen. Den Angehörigen müssen die Angeklagten ein symbolisches Schmerzensgeld von 500 Euro zahlen. Das Gericht gab der belgischen Regierung eine Mitschuld am Tod von Adamu. Die Anweisungen für die Beamten seien "mangelhaft und lebensgefährlich".

Am 1. August 1993 stirbt in Großbritannien die in Jamaika geborene Joy Gardner. Mehrere Polizisten banden Gardners Hände am 28. Juli 1993 auf dem Rücken mit Ledergürteln zusammen und umwickelten ihren Kopf mit meterlangem Verband. Die 40-Jährige erstickte, erlitt einen Gehirnschaden und erlangte kein Bewusstsein mehr. Am 1. August wurden die lebenserhaltenden Maßnahmen abgebrochen. Die verantwortlichen Polizeibeamten wurden 1996 wegen Totschlags angeklagt, dann aber freigesprochen. Sie kehrten alle zum Dienst zurück. (as)

35. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:35

Hungerrevolten im Standortparadies

Die Slowakei will sich mit aller Macht als Kapitalstandort profilieren, mit niedrigen Steuern, niedrigen Löhnen und niedrigen Sozialleistungen. Mit einer so genannten Sozialhilfereform hat die Regierung von Mikulas Dzurinda Anfang des Jahres den Grundbetrag der Sozialhilfe kurzer Hand von 4.000 auf 2.000 Kronen (zehn Euro) halbiert. Vor allem die verarmten Roma-Siedlungen in der Ostslowakei, in denen teilweise eine Arbeitslosigkeit von 100% herrscht, sind besonders hart betroffen. Schließlich ist die Sozialhilfe dort oft die einzige Einkommensquelle.

Anfang Februar brachen die ersten Unruhen aus, die sich bald ausweiteten und "bürgerkriegsähnliche Zustände" annahmen. Am Freitag, den 20. Februar haben 50 Menschen aller Altersgruppen ein Lebensmittelgeschäft geplündert, 200 weitere wollten den größten Supermarkt in der Stadt Trhoviste überfallen. Angeblich sind die Gefängnisse in der Provinzhauptstadt Kosice mit Plünderern überfüllt. In einigen Orten sollen sich die verarmten Massen bewaffnet und Kaufhäuser angegriffen haben. Vereinzelt wurde der Regierung in Bratislava bereits mit Grenzblockaden, Massendemonstrationen und "Krieg" gedroht.

Inzwischen besteht auch die Gefahr einer Ethnisierung des Konfliktes: "Ich befürchte, die Leute werden die Gerechtigkeit in ihre eigenen Hände nehmen, eine Bürgerwehr gründen und beginnen, sich ihre Rechnungen bei den Roma zu holen", zitiert die taz den Chef der Oppositionspartei Smer.

taz

Dirty Tricks

Auch wenn der Name nun ganz kundenorientiert als "Agentur für Arbeit" daherkommt: Dahinter verbirgt sich doch nur dasselbe alte Arbeitsamt mit denselben alten Tricks: "Sehr geehrter Herr ... , Legen Sie bitte die Anforderung von Befundunterlagen bei Ihrem behandelnden Arzt oder den behandelnden Ärzten vor ... Ich weise Sie auf Ihre Mitwirkungspflicht §§ 60 und folgende SGB I hin. Kommen Sie dieser Mitwirkungspflicht nicht nach, beabsichtige ich, die Geldleistung ... zu entziehen." Hinter diesem Amtsdeutsch verbirgt sich die unverschämte Aufforderung an den "Kunden", seine/n Arzt/Ärztin von der Schweigepflicht zu entbinden. Der betroffene Erwerbslose hatte einen Termin beim Arbeitsamt Neumünster wegen Krankheit nicht wahrnehmen können. Hier wie generell im Umgang mit Ämtern gilt: Nichts sagen, nichts unterschreiben, unabhängige Beratung aufsuchen.

www.labournet.de

Clean Tricks

Im Februar tauchte in Göttingen ein Mitteilungsblatt mit den Logos der DAK, der Technikerkrankenkasse, der AOK und der Barmer Ersatzkasse auf: "Ihre Krankenkassen informieren: Praxisgebührenerstattung." Die bei diesen Kassen Versicherten wurden darin aufgefordert, sich am "1. März zwischen 10.00 und 12.00 Uhr" zu melden, um dort die bereits bezahlten Praxisgebühren rückerstattet zu bekommen. "Die Regelung bedeutet für Sie als Patient und als Patientin Verunsicherungen und für uns einen erheblichen Mehraufwand an Verwaltung. Sie haben nur Nachteile - wir haben keinen Nutzen." Weiter erklärten die Kassen: "Wir stehen nicht für eine begrenzte Gesundheitsversorgung und eine Zwei-Klassen-Medizin. Nach intensiven Beratungen haben wir, die Göttinger Krankenkassen, beschlossen: Wir bieten als Zeichen unseres Entgegenkommens Ihnen an, die Praxisgebühr in Höhe von zehn Euro zurück zu erstatten. Der Gesetzgeber ermöglicht es uns leider nicht, die Erstattungsmöglichkeit dauerhaft anzubieten. Daher können wir Ihnen zunächst nur an einem Termin die Kosten erstatten. Weitere Termine werden Ihnen mitgeteilt." Darüber hinaus empfiehlt das Informationsblatt, bei den nächsten Arztbesuchen die Zahlung der Praxisgebühr zu verweigern. Eine Solidaritätsadresse an die Initiative von ÄrztInnen, die sich weigern, die Gebühr zu erheben, fehlt ebenfalls nicht.

Laut Informationen des Göttinger Tageblatts vom 2. März 2004 ist es am 1. März in den Geschäftsstellen der Krankenkassen zu einem wahren Massenansturm gekommen. Allein in Hannoversch Münden hatten sich in kürzester Zeit 250 Versicherte bei der AOK gemeldet. Die Barmer in Göttingen vermeldete Ähnliches. Dort wollten die Leute nicht nur die Praxisgebühr zurück, sondern drohten teilweise auch mit Austritt. Die Krankenkassen leugnen hartnäckig jede Verantwortung für das Informationsblatt. Die Polizei Göttingen prüft, ob Urkundenfälschung vorliegt.

indymedia

Wer lebt, hat Unrecht

Nicht nur in Schleswig Holstein verweigern die Sozialämter erstmal jede Hilfe und erklären dieses Vorgehen dann als gerechtfertigt, weil die Betroffenen ja nicht gestorben seien, also auf die Hilfe offensichtlich nicht angewiesen waren. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hat nun höchstrichterlich festgestellt: Man darf in Deutschland nicht einfach verhungern lassen. "Es ist unstatthaft, einem Hilfesuchenden die Gewährung der nachgesuchten Hilfe zunächst zu versagen und ihm dann entgegenzuhalten, dass bereits sein Überleben ohne die verweigerte Sozialhilfe Zweifel an der Hilfebedürftigkeit begründet, die der Hilfesuchende zunächst auszuräumen habe." (OVG Schleswig, Beschluss vom 21. März 2003, Az: 2 MB 31/03). Die Tatsache, dass verarmte Menschen noch leben, begründet also keinen Zweifel an ihrer Hilfebedürftigkeit. Wie weise!

www.labournet.de

Schnüffelchips

Metro ist ein international operierender Einzelhandelskonzern. Saturn, Galeria Kaufhof, MediaMarkt und real-Kauf sind nur einige Ketten, die zu diesem Unternehmen gehören. Auch der Extra-Supermarkt in Rheinsberg ist Teil des Metro-Imperiums. Wer diesen Laden betritt, muss zwei große Antennen passieren. Damit ist es dem Unternehmen möglich, lückenlos zu erfassen, wer wann den Laden betreten hat und wer was wann dort gekauft hat.

Möglich wird die neue Dimension des Ausspionierens durch so genannte RFIDs. Das sind kleine Computerchips unter den Preisetiketten, die berührungslos von den Antennen ausgelesen werden können. Perspektivisch sollen sie den bisherigen Strichcode ersetzen, und in Rheinsberg werden sie getestet - ohne dass die KundInnen informiert worden wären. Per Zufall hat der Datenschutzbeauftragte der Stadt Bielefeld Anfang Februar festgestellt, dass auch die Metro-Kundenkarte einen solchen RFID-Chip enthält. Damit erhält Metro unbemerkt von den Kunden Zugriff auf dessen Daten.

www.labournet.de

Tränengas statt Flamenco

Manche werden den herrlichen spanischen Spielfilm "Los lunes al sol" über erwerbslose Werftarbeiter in Galizien gesehen haben. Die militanten Kämpfe auf den Werften der spanischen Nordküste sind vorbei, im Süden jedoch, in Andalusien sind sie brandaktuell. Gekämpft wird für einen neuen Tarifvertrag, gegen Privatisierungen, gegen Werftschließungen und Entlassungen. Bereits vor Weihnachten hatten Arbeiter in Cadiz die Werften blockiert und sich heftige Straßenschlachten mit der Guardia Civíl geliefert, die ihrerseits Gummigeschosse, Tränengas und Schlagstöcke einsetzte.

Ende Januar hatten die Beschäftigten der Izar-Gruppe den Kampf mit Streikaktionen und Demonstrationen wieder aufgenommen. In Cadiz und Sevilla wurden Brücken und Straßen blockiert und die Angriffe der Polizei mit Zwillen und Schrauben beantwortet. Insgesamt 50 Personen sind in diesen Auseinandersetzungen verletzt worden. Im Februar setzte die Polizei sogar Schützenpanzer gegen die Streikenden ein, die sich darauf hin teilweise auf den Werften verschanzten. Inzwischen werden die Betriebsversammlungen von der Polizei mit Kameras und Richtmikrofonen ausspioniert.

www.labournet.de

Billig-Kino

Wieder einmal ist es bei den CinemaxX-Kinos zu Tarifauseinandersetzungen gekommen. Am 13. Februar ist jedes dritte der 35 Kinos in Deutschland im Rahmen eines gewerkschaftlichen Warnstreiks bestreikt worden.

Ver.di hatte dazu aufgerufen, um die Forderung nach einem Firmentarifvertrag durchzusetzen. Ziele sind eine Wochenarbeitszeit von 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich ab Januar 2004 sowie eine Lohn- und Gehaltserhöhung um zwei Prozent ab Januar 2005. Außerdem will die Gewerkschaft die betriebliche Altersvorsorge tarifieren und unbezahlten Urlaub für Aus- und Fortbildung erreichen.

Doch das Unternehmen verweigert nicht nur jede Verhandlung, es führt sogar weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ein. So werden ab Februar 2004 für neu Angestellte niedrigere Einstiegslöhne gezahlt. Zum Teil liegen diese bis zu 20% unter den bisherigen Tarifen. Außerdem ist der Urlaub um bis zu neun Tage auf 20 Tage gekürzt und die Zahlung des Weihnachtsgeldes abgeschafft worden.

www.labournet.de

Generalstreik in Indien

Nahezu zeitgleich mit dem Weltsozialforum in Mumbai, dafür aber sehr viel weniger beachtet, kam es am 24. Februar in Indien zu einem Generalstreik, an dem landesweit 50 Millionen Menschen gegen den neoliberalen Crashkurs der Regierung protestiert hatten. Da gleichzeitig in mehreren indischen Bundesstatten das Streikrecht per Gericht angegriffen wird, war dieser Generalstreik auch eine Demonstration für das Streikrecht. Vor allem in Westbengalen, Tripura und Kerala blieben Schulen, Banken, Versicherungen und Universitäten geschlossen. Der Flug- und Eisenbahnverkehr wurde weitgehend eingestellt, der Transport kam zum Erliegen. In verschiedenen Bundesstaaten wurden Häfen, Stahlwerke, Ölraffinerien und Plantagen blockiert; mehr als 1,5 Mio. Zivilangestellte der Streitkräfte legten die Arbeit nieder. In mehreren Städten, u.a. in Delhi, ging die Polizei mit Schlagstöcken gegen die Streikenden vor.

junge Welt

36. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:36

Armut in den Metropolen

Als Friedrich Engels 1845 seine "Lage der arbeitenden Klasse in England" veröffentlichte, war das vielleicht keine analytische Meisterleistung, eine fundamentale Anklageschrift gegen den Kapitalismus war dieses Buch aber allemal. Und als Mitte der 1980er Jahre im Auftrag der Gewerkschaften die Studie über die "Neue Armut" erschien, löste auch diese Untersuchung heftige Debatten aus. Dennoch ist Armut für weite Teile der (radikalen) Linken in Deutschland lange Zeit kaum ein Thema gewesen. Armut gab es in den Ländern des Trikont, aber nicht hier, in einem der Herzen der Bestie. Und trotz der langsam entstehenden Protestbewegungen gegen die Agenda 2010 bleibt Armut immer noch vorrangig das Thema von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Armutskonferenzen, Sozial- und Erwerbsloseninitiativen. Aus diesem Spektrum stammt auch die kleine Broschüre "Armut und Reichtum" der AutorInnengruppe Verista - Projekt für soziale Gerechtigkeit und Demokratie. "Armut ist menschenunwürdig" und "Umverteilung ist Pflicht" ist die programmatische Klammer dieser Publikation. Das ist sicher keine dezidiert antikapitalistische Rhetorik, doch die hier präsentierten Daten und Fakten zum Thema Armut und Reichtum in der Metropole sind unter Umständen mehr wert als jedes verbalradikale Wortgeklingel. Mit einer Vielzahl von Tabellen, Statistiken, Modellrechnungen und Schaubildern wird der gesellschaftliche Skandal von Massenarmut in der Metropole illustriert. Von Kinderarmut bis Armut und Krankheit, von Armutsverläufen bis zur Aufschlüsselung der von Armut Betroffenen, von der Sozialhilfestatistik bis zur Verteilung der privaten Geldvermögen - diese kleine Broschüre bietet knapp und kompakt Material, das für eine fundierte Diskussion der "sozialen Frage" unerlässlich ist. Dass Armut, Verelendung und Existenzsicherung dabei in erster Linie als Menschenrechts- und Demokratiethema diskutiert wird, ist keine Schwäche, sondern eine Stärke der Texte. Sie bieten unmittelbare Anknüpfungspunkte an die gerade beginnende linke Debatte um öffentliche Güter, soziale Rechte und Aneignungsformen (u.a. die Themen des nächsten BUKO).

Heike Hellmeister u.a.: Armut und Reichtum, Edition Sozio-Publishing 203, Osnabrück 2004, 22 Seiten, 2,50 EUR

Repression gegen Fußballfans

2006 wird die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland stattfinden. Unter welchen Bedingungen die Fans dieses Spektakel erleben dürfen, steht noch in den Sternen. Die Fußball-Fanszene bietet schon heutzutage ein ideales Trainingsfeld für den deutschen Überwachungstaat. Video-Auswertung, europaweite Personendateien, Reisebeschränkungen, DNA-Analysen oder der Einsatz von Spezialkommandos der Polizei gehören zu den Mitteln, mit denen gegen Fußballfans vorgegangen wird. Gerade in den Stadien findet eine wachsende Repression gegen "unangepasstes" oder "auffälliges" Verhalten ihren Ausdruck, die sich in ihren Methoden von der Repression gegen militante Linke kaum unterscheidet. Einen interessanten Überblick über das beschwerliche Leben von aktiven Fußballfans gibt eine Neuerscheinung des Trotzdem-Verlags: "Die 100 ‚schönsten` Schikanen gegen Fußballfans - Repression und Willkür rund ums Stadion", herausgegeben vom Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF). Berichtet wird über das selbstherrliche Auftreten der Polizei, Schikanen durch Ordner verschiedenster Sicherheitsdienste, sexuelle Übergriffe bei Personenkontrollen und vieles mehr. In Reportagen, unterteilt in Rubriken wie z. B. "Who`s watching you?" oder "I shot the sheriff", erzählen vor allem Fans ihre einschlägigen Erlebnisse. Fast alle sind kaum bekannt geworden, oder - wenn sie doch mal in der Lokalpresse für Schlagzeilen gesorgt haben - schnell wieder vergessen worden. Im Hinblick auf die Weltmeisterschaft ist mit einer zunehmenden Repression gegen die Fanszene zu rechnen, die neben Stadion- und Reiseverboten noch so einiges zu bieten hat. Die Veröffentlichung des BAFF ist eine lesenswerte Sammlung subjektiver Erlebnisberichte von Fans für Fans. Auch wenn das Buch die zunehmende Repression gegen Fußballfans auch außerhalb der Stadien nicht thematisiert, vermittelt es doch einen Einblick in die krassesten Repressionsfälle und schafft damit die Voraussetzung für eine breitere Rezeption des Themas.

Bündnis aktiver Fußballfans - BAFF (Hrsg.): Die 100 "schönsten" Schikanen gegen Fußballfans. Repression und Willkür rund ums Stadion. Geschichten - Meinungen - Verhaltenstipps; 160 Seiten, ca. 70 Fotos, 10 EUR

Vladimir Vertlib

In seinem neuesten Roman behandelt Vladimir Vertlib einen Vater-Sohn Konflikt um Erwartungen und Ansprüche, die nicht erfüllt werden. Ganz so "typisch ist" die Auseinandersetzung allerdings nicht, da es sich um einen jüdischen Vater und seinen jüdischen Sohn handelt, die in einer kleinen, mittelmäßigen bundesdeutschen Stadt namens Gigricht leben. Gabriel Salzinger, der Ich-Erzähler, hält die Reaktion des Vaters auf eine antisemitische Beleidigung für unangemessen: "Du hättest ihm für den Saujuden die Zähne einschlagen müssen. Bist du ein Mann oder eine Maus?" Der Vater: "Hätte ich in dieser Fabrik bei solchen oder ähnlichen Äußerungen immer zugeschlagen, hätte ich mich täglich prügeln müssen und wäre längst ein körperliches Wrack ... Ich hatte die Wahl gehabt, dort zu bleiben, wo das Wort Saujud nur als Scherz aufgefasst werden kann. Ich habe mich anders entschieden, also muss ich es aushalten." Das scheint des Vaters Lebensmotto zu sein. Sein letzter Wunsch ist, im Grab seiner Ehefrau auf dem jüdischen Gigrichter Friedhof beigesetzt zu werden. Bei seinem plötzlichen Tod zeigt sich, dass das gar nicht so einfach ist. Vladimir Vertlib lässt Gabriel die widerspruchsvolle Geschichte der Eltern und Großeltern erzählen. Durch die Verknüpfung mit Gabriels Lebensweg, der derzeitigen Situation der jüdischen Gigrichter Gemeinde,(ein orthodoxer Rabbi steht einer Gemeinde vor, in der sich hauptsächlich Kontingentjüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion befinden) und des zu erfüllenden letzten Wunsches des Vaters werden diese Ungereimtheiten teilweise ins Absurde gesteigert. Immer wieder wird zwischen den Zeilen mit dem Vertlib typischen Humor die Frage gestellt, was oder wer oder wie ein Jude ist. Rosa Masur, die 94-jährige eingewanderte Jüdin, die in diesem Roman wieder auftaucht, bringt die Frage auf den Punkt: "Sie wissen doch, dass Antisemiten Juden immer für dumm und verbohrt halten werden, egal was sie tun. Was wollen Sie in erster Linie sein? Ein Mensch oder ein braver Jude?" Auch wenn sich Vertlib "Letzter Wunsch" nicht so assoziativ und hintergründig lesen lässt wie "Das besondere Gedächtnis der Rosa Masur", erzählt er doch eine Geschichte, die erzählt werden muss. Der Roman liest sich in einem Fluss und bietet einige gute Antworten auf schwierige Fragen. Auf Gabriels Frage, was er davon habe, ein Mensch zu sein, entgegnet Rosa Masur: "Nichts großartiges. Nur einen ruhigen Schlaf. Wenn man so alt ist wie ich, weiß man so etwas zu schätzen."

Vladimir Vertlib: Letzter Wunsch, Deuticke Verlag, Wien, 2003, 389 Seiten, 22,90 EUR

37. Ohrenpropaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:37

Vogelfreie Rapression

Zwei Künstler, die uns zwei Alben präsentieren, die es Wert sind angehört zu werden: Während Albino mit "Vogelfrei" sein Zweitwerk in unsere Gehörgänge schmettert, kann uns Chaoze MC aus Karlsruhe mit seinem Debüt "Rapression" glücklich machen. Beiden Künstlern gelingt es authentisch und direkt zu klingen, obwohl sie nicht der typischen Hip Hop Szene zu zuschreiben sind. In diesem Fall ist das ein absolutes Plus, da es beiden Werken eine Farbe gibt, die den HörerInnen zeigt, dass Rap mehr als Mode und Fäkalkultur ist. Albino und Chaoze MC bringen vor allem eins auf den Punkt: nämlich die Tatsache, dass in unserer Rap-Publik einiges schief läuft. Dabei greifen die beiden auf ihren eigenen politischen und gesellschaftlichen Background zurück, der durch die aktive Teilnahme in der Antifabewegung bestimmt wird.

In den Songs "Aufprall" und der "5. Terroristen Generation" - bei dem Stück wird er übrigens von den legendären Anarchist Academy unterstützt - bezieht sich Chaoze MC auf die zunehmende Verrohung der Gesellschaft und bilanziert, dass wir "Kalten Zeiten" entgegen gehen, die einen "Aufprall" unausweichlich machen. So straight und richtungweisend seine Texte sind, so abwechslungsreich ist seine Musik. Zu hoffen bleibt nur, dass dies nicht "Der Letzte Gruß" des Chaoze ist, so wie ein Songtitel heißt, da dieses Debüt Hunger auf mehr macht und dieser Hunger muss nun mal gestillt werden.

Albinos Album "Vogelfrei" ist bestimmt nicht weniger markant und fesselnd. Dieser Mann darf nicht als "Vogelfrei" erklärt werden, sondern er gehört geadelt, da wir hier Lieder präsentiert bekommen, die sich ins Gedächtnis einbrennen. Albino setzt sich in "Ohne Rechte" für Tiere ein, die er als Stumme Opfer der menschlichen Nahrungskette betrachtet und wirkt dabei niemals plakativ und platt. Dieses Album wird durch Tiefsinn und Selbstsicherheit geprägt, die in jedem einzelnen Wort und in der Musik zu fühlen ist. Also hinsetzen, hören und treiben lassen, denn hier bekommt ihr zwei Schmuckstücke der Hip Hop Szene präsentiert. So macht Rap Spass. (Kutlu Yurtseven)

Chaoze MC, Rapression, www.chaoze-one.com/; Albino, Vogelfrei, www.efa-medien.de

Hörgymnastik

Während andere Menschen Probleme haben einfache Gedanken klar zu führen, haben diese Jungs sich das Denken zum Sport gemacht. Anders als beim Fußball fiebert man dieser "Halbzeit" ohne Geduld entgegen. Mit "Halbzeit" bietet Denksport einen Hörgenuss, von dem man einfach nicht genug bekommt. Wortwitz und sehr eindringliche Beats bilden eine Symbiose, die durch die Adern pulsiert und den Körper in Wallung bringt. Diese CD testet wirklich die "Mentale Fitness" des Musikliebhabers, wer dem nicht gewachsen ist fällt durch und muss "Nachsitzen". Anders als die vier Jungs prophezeien ist "Halbzeit" eben nicht "Wieder Das Selbe", es ist ein Werk, dass vom ersten bis zum letzten Track verwöhnt. Mal wird zum Denken animiert, mal darf man lachen und mal einfach nur genießen und am Ende bleibt nicht anders zu sagen als: Diese Jungs verstehen ihr Handwerk und wer es verpasst ist selber Schuld. (Kutlu Yurtseven)

www.denksport.org

Strategien gegen Blechdosen

Als quasi Abschiedsplatte erscheint dieser Tage die CD "Love Factory" vom Turtle Bay Country Club (TBCC). Motor, eine Tochter von Universal, hatte in den letzten Jahren unter dem Titel "A-Jugend" junge MusikerInnen unterstützt. Unter der Regie von Matthias Arfmann und dem TBCC hatten diese KünstlerInnen die Chance, ihre Songs zu veröffentlichen. Angesichts der verordneten Sparmaßnahmen bei den großen Plattenfirmen läuft nun auch der Fördervertrag für dieses Projekt aus. Im Kultur-Spiegel hatte Arfmann bereits die derzeitige Geschäftspolitik der großen Plattenfirmen kritisiert. Das setzt er auch auf dem Cover der "Love Factory" fort. Dort sieht man jede Menge leerer Blechdosen, auf denen jeweils die Namen der Plattenkonzerne zu lesen sind. Sony, BMG, EMI, Warner Brothers und natürlich auch das eigene Label Universal.

Davon ab, versammelt Arfmann auch auf dieser Cd jede Menge interessanter Songs und KünstlerInnen. 17 Songs von zehn MusikerInnen sind drauf, darunter Mamadee, die u.a. als Background bei Gentleman zu hören ist. Außerdem Onejriu, Sola Plexus, Unit East u.a.. (DSe)

Turtle Bay Country Club, Love Factory, www.turtlebaycountryclub.de

38. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:38

fast umsonst

Die Neue Gesellschaft für bildende Kunst und die Arbeitsgruppe fast umsonst laden ein zur Ausstellung fast umsonst. fast umsonst ist eine Kunstausstellung zu Strategien des Durchwurstelns in der neoliberalen Ökonomie, die kritische wie ironische Positionen von 30 Künstlerinnen und Künstlern vereint. Die Ausstellung wird flankiert durch eine Reihe thematischer Veranstaltungen, etwa zur Kulturpraxis des Trampens oder der "Geld-Lieder-Abend", auf dem "DJ Everybody" das Publikum ermuntert, mitgebrachte Platten zum Thema Geld aufzulegen.

Berlin, 13.3. bis 18.4.2004, täglich 12-18.30 Uhr, in den Räumen der NGBK, Oranienstraße 25. Das Programm für die Veranstaltungen findet sich unter www.ngbk.de

An der Grenze

Michael Warschawski, jüdisch-israelischer Aktivist, der seit 35 Jahren für die Anerkennung der Rechte der Palästinenser und für Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten kämpft, hat seine Autobiografie geschrieben. An der Grenze beschreibt den Lebensweg eines Menschen, der immer wieder den Weg über die mehr oder weniger unpassierbaren Grenzen sucht. Auf seiner Lesereise stellt er sein Buch u.a. auf der Leipziger Buchmesse zur Diskussion.

Frankfurt, 22.3.2004, 20 Uhr, Denkbar, Schillerstraße 26; Hamburg, 23.3.2004, 20 Uhr, Neue Gesellschaft, Rothenbaumchaussee 19; München, 24.3.2004, 19.30 Uhr, EineWelt Haus, Schwanthaler Str. 80; Leipzig, 25.3.2004, 17 Uhr im Café Europa auf dem Messegelände; Berlin, 26.3.2004, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

Fahnenflucht reloaded

Wie schon im Kalender der letzten Ausgabe angekündigt, findet - begleitend zur Wehrmachtsausstellung - eine Veranstaltung von ak - analyse + kritik, Fantômas und GWA St. Pauli Süd e.V. statt, in der Ludwig Baumann die Geschichte seiner Desertion aus der Wehrmacht schildert und von seinem langen Kampf um Rehabilitierung berichtet. Eintritt: 2 EUR.

Hamburg, 25.3.2004, 19.30 Uhr, Kölibri, Hein Köllisch-Platz 12

Schluss mit lustig

Am 31. Januar demonstrierten in Hamburg 6.000 AntifaschistInnen, um einen Aufmarsch von rund 1.000 Neonazis gegen die Wehrmachtsausstellung zu verhindern. (vgl. ak 481) Am 27. März wollen die Nazis erneut versuchen, einen Aufmarsch zur Verherrlichung der nationalsozialistischen Verbrechen durchzuführen. Avanti - Projekt undogmatische Linke ruft dazu auf, das zu verhindern.

Hamburg, 27.3.2004, 10 Uhr, S/U-Bahnhof Barmbek: Antifaschistische Demonstration. Informationen unter 040-40187921 sowie www.hamburg-gegen-nazis.de.vu

Gesundheit. Danke.

Die aktuelle Gesundheitsreform ist ohne große Widerstände über die Bühne gegangen. Das wundert, denn schließlich geht es allen an den Kragen, und die gesellschaftliche Gesundheitsversorgung ist ein klassisches linkes Thema. Auf einer Veranstaltung, die die FAU Hannover und wildcat gemeinsam durchführen, soll die Verbindung zwischen "Gesundheitsleistungen", den Arbeitsbedingungen der in dieser Branche Beschäftigten und gesellschaftlichen "Krankheitsfaktoren" gesucht werden. Dies wird am Beispiel der Krankenschwesternbewegung geschehen, die Ende der 80er Jahre durch Europa schwappte. Vielleicht fällt dabei ja auch die eine oder andere Erkenntnis für die Entwicklung von Widerstand heute ab

Hannover, 30.3.2004, 20 Uhr, Pavillon, Kuppelsaal, Lister Meile 4

Fernseher aus!

Die Gruppe andiamo - projekt linke basis aus Bremen ist (wie seinerzeit schon Gil Scott-Heron) der Meinung, dass die Revolution nicht im Fernsehen übertragen wird. Das ist natürlich Unfug, aber die Veranstaltungsreihe der Gruppe, die seit 18. März läuft, könnte dennoch interessant werden: Im zweiwöchentlichen Abstand will sich andiamo mit ReferentInnen anderer Gruppen und den BesucherInnen über linke Strategiefragen austauschen. Dabei geht's um die Erfahrung kritischer Gewerkschaftsarbeit, um den "real nie existiert habenden Sozialismus", um das Verhältnis von Theorie und Praxis, die Frage nach Organisationsformen u.v.m. ...

Bremen, 30.3., 13.4., 29.4., 11.5., 27.5., 10.6. und 24.6.2004, jeweils um 19.30 Uhr, Paradox, Bernhardstr. 12

Schlechte Tradition

Recht erfolgreich setzte der Arbeitskreis angreifbare Traditionspflege das jährliche "Traditionstreffen" der noch lebenden Gebirgsjäger der Wehrmacht in Mittenwald auf die öffentliche Tagesordnung. Am 3. Dezember erfolgte die Retourkutsche. Die Wohnung eines Sprechers der VVN-BdA in Dortmund sowie deren Landesbüro in Wuppertal wurden von der Polizei durchsucht. Ein Mitglied des Arbeitskreises wird am 31. März über das Wirken der Gebirgsjäger sowie Erfolge und Hürden antifaschistischer Arbeit informieren.

Düsseldorf, 31. März 2004, 19.30 Uhr im linken Zentrum "Hinterhof", Corneliusstr. 108

Aktionstage gegen Sozialabbau

Auf dem letzten europäischen Sozialforum in Paris wurde ein europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau beschlossen. Nun ist es so weit: Am 2. und 3. April wird in vielen europäischen Ländern gegen Sozialabbau und für ein solidarisches Leben demonstriert. Für die Bundesrepublik rufen DGB und soziale Bewegungen zu drei Großdemonstrationen auf, die am 3. April in Stuttgart, Köln und Berlin stattfinden sollen. In Berlin wird es auch einen linksradikalen Block geben, der unter dem Motto "Wir wollen alles!" läuft und zu dem das Bündnis ACT! aufruft, dem u.a. die Gruppen FelS (Für eine Linke Strömung) und die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) angehören.

Berlin, 3.4.2004, 10 Uhr, Alexanderplatz. Informationen unter http://act.so36.net, www.berliner-sozialbuendnis.de; Demonstrationen außerdem in Köln, 3.4.2004 und Stuttgart, 3.4.2004; Informationen unter www.attac.de

39. "Islamisches Japan" im Mittleren Osten?

Iran: soziale Spannungen und neokonservative Träume

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:39

In der Darstellung westlicher Medien beschränken sich die Widersprüche im Iran weitgehend auf den Streit zwischen "Reformern" und "Konservativen". Die soziale Realität ist sehr viel komplexer, und die Spannungen nehmen zu. Während sich immer größere Teile der Bevölkerung von der reaktionären Ideologie der "Islamischen Republik" abwenden, verspricht die neokonservative Mehrheit, den Iran in eine moderne, aber nach wie vor autoritär geführte Wirtschaftsmacht zu verwandeln - "ein neues Japan mit islamischen Werten".

Auch das ist ein Bestandteil der iranischen Realität: Am 8. März, dem internationalen Frauentag, beteiligten sich mehrere hundert Iranerinnen an einer nicht genehmigten Kundgebung in Teheran, welche die "Gewalt gegen die Frauen" zum Gegenstand hatte. Dazu hatten sieben Organisationen, darunter das Frauen-Kulturzentrum und die Unabhängige Frauenvereinigung, aufgerufen. Die Teilnehmerinnen forderten u.a. die Unterzeichnung der Internationalen Konvention gegen die Diskriminierung der Frau. Diese war von der vorherigen Parlamentsmehrheit zur Zeit der so genannten Reformer (1997 bis 2002) pro forma ratifiziert worden. Doch die Unterschrift war später vom "Wächterrat", der in allen wichtigen offiziellen Entscheidungen das letzte Wort hat, abgelehnt worden.

Die Veranstalterinnen machten darauf aufmerksam, dass immer mehr Mädchen und junge Frauen von zu Hause ausbrechen und eine Bleibe benötigen. Auch beklagten sie einen spürbaren Anstieg der Prostitution sowie der Morde an Ehefrauen - aber auch an Ehemännern durch ihre Frauen oder männliche Komplizen, als letzten Ausweg, um aus einer Ehe auszubrechen. Nach einer guten Stunde versuchten die Kundgebungsteilnehmerinnen, zu einer Demonstration aufzubrechen, wurden aber in der Stadtmitte von Teheran durch die Polizei gestoppt, die den Demonstrationszug gewaltsam auflöste.

Dieser Ausschnitt aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Iran deutet darauf hin, dass es sich um ein ausgesprochen widerspruchsreiches Land handelt. Vor allem aber klafft in dem heute 66 Millionen EinwohnerInnen zählenden Land eine enorme Kluft zwischen zwei Sphären: der öffentlich sichtbaren Sphäre einerseits und dem, was sich im (Halb-)Privaten und hinter verschlossenen Türen abspielt, auf der anderen Seite. Dort findet man, jedenfalls sofern die Betreffenden es sich leisten können, so gut wie alles: rauschende Partys, Alkohol in Strömen, aus der Türkei importiertes Bier, ein selbstgebrautes, hochprozentiges Gesöff namens "Arak", andere Drogen, verbotene Musikvideos oder auch Pornofilme.

Auch 25 Jahre nach Ausrufung der so genannten Islamischen Republik sieht die damals unter Ayatollah Khomenei eingeführte Gesetzgebung drakonische Strafen vor. Auf Alkoholgenuss oder "unerlaubte" sexuelle Beziehungen beispielsweise stehen nach wie vor körperliche Züchtigungsstrafen, die mit Stock oder Peitsche exekutiert werden. Dasselbe droht Frauen mit unverhülltem Kopfhaar oder "zu leichter Bekleidung". Auf die Einhaltung dieser Gesetze achten vor allem die so genannten Revolutionswächter (Pasdaran), die in periodischen Abständen Straßenkontrollen durchführen und "unmoralische" Elemente in ihren Toyota-Lastwagen abtransportieren.

Während der Herrschaft des im Juni 1989 gestorbenen Ayatollah Khomenei war das innenpolitische Klima durch den acht Jahre währenden Krieg mit dem Irak zusätzlich repressiv aufgeladen. Die ideologische Konterrevolution des staatlich verordneten Tugendterrors tobte wütend durch das Land. Mittlerweile hat sich die Gesellschaft längst von der staatlichen Ideologie abgelöst. Während der auf den Sturz des Schah-Regimes unmittelbar folgenden Periode hatte das Regime einen Teil der Bevölkerung für seine Ziele als vermeintlichen Ausdruck einer neuen "kulturellen Identität" mobilisieren können. Damals bestand der Glaube, dass eine solche Rückkehr zur angestammten, eigenen "Identität" es erlauben werde, die gesellschaftlichen Übel und Ungerechtigkeiten des Schah-Regimes auszumerzen. Längst ist diese Illusion zerplatzt. Damals lebten im Iran 30 Millionen, heute sind es 66 Millionen Menschen, von denen über zwei Drittel das Schah-Regime nicht mehr aus eigener Anschauung kennen. Die Verteilungsprobleme sind nur noch drängender geworden.

Daraus lässt sich nicht ableiten, dass der Iran vor einer bald zu erwartenden Revolution stehe. Denn die Unzufriedenheit mit dem Moralterror ballt sich nicht, etwa mit der immer drängender "sozialen Frage" sich vermengend, zu kollektivem Unmut zusammen. Viele Jugendliche werfen ihrer Elterngeneration erbittert vor,

sich auf das "Abenteuer" der Revolution von 1978/79 eingelassen zu haben, während das Leben unter dem Schah-Regime doch so viel besser gewesen sei. Als Ausweg scheint die Hoffnung auf die Ausbreitung "westlicher" Lebensbedingungen oder die Auswanderung in den Westen. Eine weitere Ersatzideologie bildet ein persischer Nationalismus, gerichtet gegen "die Araber", die im 7. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung den Islam gewaltsam im damaligen Persien einführten. Diesem Nationalismus zufolge ist der Islamismus als "ausländische Ideologie" von Schaden.

Wahrscheinlich wird es zunächst auch unter der neuen "neokonservativen" Mehrheit im Parlament zu keinen größeren Umwälzungen kommen. Nach dem ersten Wahlgang am 20. Februar haben die so genannten Osulgar (Bewahrer der Grundlagen oder Fundamente) bereits jetzt eine satte Mehrheit von 156 Parlamentssitzen inne; die absolute Mehrheit im "Madschlis" genannten Parlament liegt bei 146 Mandaten. Beim zweiten Wahlgang, der einen Monat nach dem ersten stattfindet, wird diese Mehrheit wohl noch ausgebaut werden. Dabei waren aber von vornherein 170 Sitze von insgesamt 290 für die "Konservativen" reserviert worden, da der über allen Staatsinstitutionen thronende "Wächterrat" rund 3.000 Kandidaten und Kandidatinnen nicht zur Wahl zugelassen hatte. Auch 85 der bisherigen Abgeordneten, die zum so genannten Reformflügel zählten, wurden wegen angeblichen "unislamischen Lebenswandels" bereits vor dem Wahltag eliminiert.

Daraufhin hatten sich die "Reformer" gespalten. Ein Teil hatte sich aus dem Rennen zurückgezogen, während der ihrem Lager zugerechnete Präsident Mohammad Khatami am Vortag der Wahl dazu aufgerufen hatte, für seine Anhänger zu stimmen.

Tugendterror und Doppelmoral

Die "Reformer" sind keineswegs die netten Demokraten, als die sie von an offiziellen Kontakten zum Iran interessierten Kreisen in der BRD und anderen westlichen Ländern dargestellt wurden. Ihr Hauptziel bestand darin, erneut eine gesellschaftliche Zustimmung zu den "islamischen" Institutionen zu mobilisieren und den auf den Schultern der Gesellschaft lastenden Tugendterror etwas abzuschwächen. Dieses Vorhaben ist gescheitert: "Reformer" Khatami hat im Juli 1999 und im Herbst 2002 die aufbegehrenden Studierenden gegenüber den Terrorbanden der paramilitärischen Hizbollah allein gelassen. Er tat auch nichts gegen die Blockade durch die jeglichem Wählerwillen entzogenen, aber in letzter Instanz entscheidenden Institutionen wie den Wächterrat oder den "geistlichen Führer" (der über dem Staatspräsidenten steht), Ali Khamenei.

So zeigte der überwiegende Teil der Bevölkerung den zur Wahl stehenden Kandidaten die kalte Schulter. Dass die Wahlbeteiligung dennoch offiziell 50,5 Prozent betrug, erklärt sich zum Großteil aus den massiven Drohungen, ohne Wahlstempel in ihrem Pass würden Angestellte des öffentlichen Sektors und Arbeiter in Staatsfabriken ebenso ihren Job gefährden wie Studierende ihre Einschreibung. Dennoch zirkulieren auch Informationen, wonach eine bedeutende Menge gefälschter Pässe im Umlauf war, mit denen Mitglieder der paramilitärischen Einheiten des Regimes vielfach abstimmten. Der Bruder des noch amtierenden Präsidenten, Mohammed Reza Khatami, sprach öffentlich von zwei Millionen gefälschten Pässen. Andere Quellen sprechen gar von sechs Millionen.

Völlig aber ließ sich der Unwille breiter Kreise nicht überdecken. So wird die Wahlbeteiligung in der 15 Millionen EinwohnerInnen zählenden Hauptstadt Teheran mit nur 28 Prozent angegeben. Dort wurden nur "Konservative" gewählt. Im Jahr 2000, als die so genannten Reformer noch die Nase in der Hauptstadt vorn hatten, betrug die Wahlbeteiligung noch 46 Prozent. Auch in den kurdischen Regionen im Westiran wird offiziell eine extrem niedrige Beteiligung angegeben.

Bei einer Pressekonferenz am 24. Februar erklärten drei der Wortführer der neuen Mehrheit, ihr Ziel bestehe darin, aus dem Iran ein "neues Japan mit islamischen Werten" zu machen. Damit ist gemeint, ein extrem konservatives Sozial- bzw. "Werte"system mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung zu verbinden. Nun hängt der Platz eines Landes in der internationalen Arbeitsteilung bekanntlich nicht von politischem oder religiösem Voluntarismus ab, so dass ein mit Japan vergleichbarer Platz in der internationalen Ökonomie wohl kaum in Aussicht stehen dürfte. Der erste Teil des Programms muss dagegen wohl wörtlich genommen werden. Viele Beobachter denken dabei allerdings derzeit weniger an Tokio als an die Führung in Peking, als "Modell" dafür, wie auch eine autoritäre Führung fernab von der Bevölkerung, in der gleichzeitig die

sozialen Ungleichheiten anwachsen, sich auf Dauer an der Macht halten kann. Bedingung dafür ist, dass den Menschen ein Mindestmaß an "privaten" Freiheiten zugestanden wird.

Die Revolution findet (noch) nicht statt

Ein Rückfall in die Khomenei-Ära droht daher direkt nicht, da deren konterrevolutionärer Elan tatsächlich verflogen erscheint und das Regime eher nach dauerhafter Stabilisierung sucht. Dagegen ist mit strengster Reglementierung aller öffentlichen Bereiche und weiteren Verboten von kritischer Kunst oder oppositionellem Journalistismus zu rechnen; in den letzten drei Jahren wurden über 90 Presseorgane verboten, darunter zwei Tageszeitungen am Vorabend der jüngsten Wahl. Dagegen dürften sich die iranischen "Neokonservativen" in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA, die seit 1979 offiziell eingefroren sind, von pragmatischen Erwägungen leiten lassen. Ob es dazu kommt, wird allerdings in Washington entschieden.

Bernhard Schmid

40. Anklage gegen Folter - halbherzig

Frankfurter Polizei-Vize Daschner muss vor Gericht

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:40

Im Namen des "Kampfs gegen den internationalen Terrorismus" werden immer mehr Freiheitsrechte eingeschränkt. Diese Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien macht in der BRD selbst vor dem uneingeschränkten Folterverbot nicht halt. Der "Fall Daschner" zeigt, wie schnell sich das Folterverbot aufweichen lässt. Die Anklage gegen den Frankfurter Polizei-Vize dürfte dabei nur zu einem weiteren Zwischenschritt werden, die Diskussion über eine begrenzte Zulassung der Folter voranzutreiben.

In einer ersten Reaktion begrüßte am 20. Februar ein breites Bündnis von Menschen- und Bürgerrechtsgruppen um die Humanistische Union, die Internationale Liga für Menschenrechte und den Republikanischen AnwältInnenverein die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, gegen den Vizepräsidenten der Frankfurter Polizei, Wolfgang Daschner, öffentliche Anklage zu erheben. "Das Verfahren kann mit dazu beitragen, über die menschenrechtliche Bedeutung des absoluten Folterverbotes aufzuklären und verloren gegangenes Vertrauen in den freiheitlichen Rechtsstaat zurück zu gewinnen", hofft man.

Der Polizei-Vize hatte im September 2002 dem Entführer des Bankierssohn Jakob von Metzler mit Folter drohen lassen. Daschners Anweisungen seien als Anleitung zur schweren Nötigung anzusehen, erklärte die Staatsanwaltschaft am 19. Februar. Auch der Kriminalhauptkommissar, der die Drohung aussprach, muss sich wegen Nötigung unter Missbrauch seiner Befugnisse und seiner Stellung als Amtsträger verantworten. Der Beamte hatte auf Weisung des Vize-Polizeipräsidenten dem Tatverdächtigen schwere Schmerzen angedroht, um das Versteck der 11-jährigen Geisel zu erfahren.

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft sprach von einem "verständlichen Motiv" bei Daschner, obwohl er als Amtsperson gegen elementare Verfassungsgebote und internationale Übereinkommen verstoßen hat. Es verwundert deshalb nicht, dass sie den Vize-Polizeichef und seinen Untergebenen erst nach langer "rechtlicher Prüfung" und dann lediglich wegen "Verleitung zur Nötigung" angeklagt hat. Die Staatsanwälte wanden sich um das eigentliche Delikt herum mit dem Argument, der Polizist habe ja kein Geständnis erzwingen, sondern ein Leben retten wollen. Also nur Nötigung. Der Anwalt des Entführers, Hans Ulrich Endres, bezeichnete die Anklage als Skandal: "Für das, was Daschner getan hat, gibt es ein Sonderdelikt, und das ist die Aussageerpressung."

Mit der Bewertung der Staatsanwaltschaft in der Mainmetropole wiederholte sich, was auch schon die Diskussion nach Bekanntwerden der Folterandrohung vor einem Jahr auszeichnete. Anstatt klar und eindeutig die Grenze zu ziehen, äußerten damals Ministerpräsidenten Verständnis, der Vorsitzende des Deutschen Richterbunds bekundete Zustimmung, und allenthalben wurde über eine "Relativierung" des absoluten Folterverbots "in Ausnahmefällen" nachgedacht. Dabei zeigt Daschner selbst, dass er im September 2002 nicht aus einer wie auch immer definierten "Notlage" heraus gehandelt hatte, sondern dass hier ein Überzeugungstäter am Werke war. Im Focus forderte er, Gewalt "als letztes Mittel" in Verhören zuzulassen und zu diesem Zweck eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Für Geständnisse müsse der Schmerz nicht stark, aber lang sein, wusste er, und er gab sich auch als Experte aus, wie man foltern kann, ohne Spuren zu hinterlassen. Vor Gericht wird er seine Taten wieder verteidigen. Kurz vor Anklageerhebung hatten er und seine Verteidiger eine 150 Seiten starke Erklärung zur Staatsanwaltschaft gesandt. Darin reklamiere Daschner für die Ausnahmesituation im Entführungsfall einen "übergesetzlichen Notstand", da er das Leben der Geisel "mit allen Mitteln" habe retten wollen. Ebenso argumentierte er immer wieder, die Folterandrohung habe zur Gefahrenabwehr gedient, da die Fahnder fürchteten, von Metzler könne in seinem Versteck verhungern oder verdursten.

"Verständliches Motiv"

Diese Argumentation fällt auf fruchtbaren Boden. So schrieb Oskar Lafontaine zur Anklage Daschners in Bild: "Er muss, ebenso wie der Polizeibeamte, der an der Gewaltandrohung beteiligt war, freigesprochen werden. Warum? ... Für mich ist es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wenn im Krieg Unschuldige sterben, weil man Täter bestrafen will. Noch weniger verträgt es sich mit dem moralischen Empfinden der Menschen, wenn die Polizei ein Kind qualvoll sterben lässt, um die Würde seines Entführers zu wahren. Es ging hier um

Gefahrenabwehr, bei der das Polizeirecht - um Leben zu retten - auch den gezielten Todesschuss erlaubt." (20.2.04) Was schert es den Populisten, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden: Beim "finalen Rettungsschuss" sind wenigstens Täterschaft, Bedrohungs- und Rettungssituation bei einer Geiselnahme klar gegeben. Der Folterer arbeitet dagegen mit Vermutungen und Hypothesen. Er foltert auf Verdacht.

Aber solche Kleinigkeiten sollen keine Rolle spielen, wenn sich die Chance auftut, Opfer zu retten, wollen uns die Werber für ein bisschen Folter glauben machen. "BedenkenträgerIn" ist, wer widerspricht und darauf hinweist, dass hier mit menschlicher Betroffenheit ganz andere Ziele verfolgt werden. Die Frage nach den Grenzen polizeilicher Gewalt ist durch das Folterverbot der Verfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie nicht zuletzt der Strafprozessordnung klar geregelt. Daschners kalkulierter "Tabubruch" hat diese Frage neu aufgeworfen: Könnte unter gewissen Voraussetzungen, zur Abwehr einer akuten Lebensgefahr, nicht vielleicht doch ein bisschen Folter beim Verhör erlaubt sein? Selbst renommierte Strafrechtsprofessoren lobten seinen "Mut", im Extremfall den Zweck über die Mittel zu stellen. Die bei Folter frontal angegriffene Würde des Menschen ist aber nicht "abwägbar".

Folter als "letztes Mittel"

Es ist Vorsicht angebracht. Als die Folterandrohung das erste Mal bekannt wurde, entwickelte sich eine Diskussion, in der das Schicksal der Geisel bald vergessen war und es um eine "qualifizierte Foltererlaubnis" im "Kampf gegen den Terror" ging. Unions-Hardliner wie der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm forderten die Gewaltanwendung plötzlich auch für Terrorverdächtige. "Diese Debatte zeigte", so der Berliner Tagesspiegel, "dass in diesem Fall mehr als Mitleid steckt." (20.2.04) Es gab einmal Zeiten, da überwog das Verständnis der Grund- und Menschenrechte als Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber dem Staat - zumindest idealtypisch. Diese "rechtsstaatlichen Fundamentalgewissheiten" (Heribert Prantl) sind heutzutage umkämpft wie schon lange nicht mehr.

mb.

41. Bilder der Unterwerfung

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:41

Krieg und Medien - zu Strategien und Konstruktionen der Bildberichterstattung

Für die Darstellung des Siegers werden Bilder gebraucht, die den Verlierer als Unterlegenen zeigen. Es geht im bildlichen, gleichermaßen wie im militärischen Bereich, um die Frage der Unterwerfung, der Machtkontrolle und ihrer Formen. Als Legitimation für die Unterwerfung werden die jeweiligen Gegner als minderwertig betrachtet. Die Symbolik und Metaphorik der Minderwertigkeit speisen sich aus dem Katalog der sexistischen und rassistischen Zuschreibungen. Dem unterworfenen Mann werden Eigenschaften aus den abendländisch-patriarchalen Konstruktionen des Weiblichen oder des exotisierten Wilden zugeschrieben. Vor dieser Folie werden die Bilder selbst zum Akt der Unterwerfung, an dem die Konsumenten der westlichen Medienproduktion täglich teilhaben.

Sehen kommt vor Sprechen: (...) Unsere gesellschaftlich vermittelte Einstellung zu dem, was wir sehen, prägt die Art, wie wir es sehen und wie wir die Erscheinungen der Welt darstellen. So bewahrt die Bilderwelt in Museen, Büchern, Illustrierten, Reklame usw. immer die Absichten, Denkweisen und Wertvorstellungen derjenigen auf, die Bilder herstellten, in Auftrag gaben oder besaßen", schreibt John Berger in seinem Buch "Sehen". Anhand der abgedruckten Bildbeispiele wird im Folgenden ausschnitthaft ein Blick auf die visuellen Konstruktionen in der aktuellen Kriegsberichterstattung geworfen und versucht, Bezüge zu tradierten Darstellungsweisen unseres gesellschaftlich eingeschriebenen kollektiven Bildgedächtnisses herzustellen. Dabei zeigt sich, dass sich die mediale Kriegsführung auch gegen die Menschen im eigenen Land richtet, gegen ihre Fähigkeit zu kritischer Urteilsbildung, zu Positionierung und Anteilnahme, aber vor allem gegen den Impuls zu aktivem Handeln.

Da unser visuelles Gedächtnis mit Standbildern arbeitet und die Grundeinheit der Erinnerung das einzelne Bild bleibt, werden auch filmische Darstellungen in den Diskurs einbezogen, die in der medialen Repräsentation wiederum als Einzelbild in den Printmedien auftauchten.

Bilder als Teil der Unterwerfung

In der Tagesschau vom 23. März 2003 las der Sprecher die Meldung: "Heute zeigte das irakische Fernsehen Bilder von toten und gefangenen US-Soldaten", um gleich im Anschluss auch einen Filmbeitrag mit eben diesen Bildern zu senden. Junge, zum Teil verletzte Soldaten und eine Soldatin werden in Verhörsituationen gezeigt. (Bild 1) Die Gefangenen wirken eingeschüchtert, verängstigt und erschöpft, sie werden von vielen Seiten mit Fragen attackiert und antworten monoton mit Namen und Dienstgrad. Am gleichen Tag nimmt Donald Rumsfeld in mehreren Interviews die Genfer Konventionen mit Nachdruck für die Gefangenen der US-Armee in Anspruch: "Es verstößt gegen die Genfer Konventionen, Bilder von Kriegsgefangenen in einer Art zu zeigen, die diese erniedrigen." Von den Sendeanstalten in den USA werden diese Bilder aus Angst vor der öffentlichen Meinung und den erwarteten Reaktionen zurückgehalten. Am gleichen Tag werden in einem eilig zusammengeschnittenen Beitrag auf N24 gefangene Taliban in US-Haft auf Guantanamo gezeigt. (2) Sie knien auf dem Boden, die Hände sind auf dem Rücken gefesselt, Augen und Nase mit einem Tuch verbunden und die Ohren zugestopft, wie man durch den Kommentar erfährt. Es handelt sich bei den Aufnahmen um ein offizielles Dokument vom Gelände des Militärgefängnisses, also eine mediale Inszenierung und eine bewusste strategische Entscheidung, diese Bilder weltweit zu veröffentlichen. Die Bilder sollen die deutliche Botschaft vermitteln, dass alle Personen, die von den USA außerhalb des herrschenden Common Sense definiert werden, strukturell jeglichen Anspruch auf Menschenrechte verwirkt haben und schutzlos ihrer Willkür ausgeliefert sind. Diese Aufnahmen schreiben sich ins kollektive Bildgedächtnis ein und setzen neue Standards. Auf die Frage nach den Rechten der Gefangenen antwortet die US-Militärbehörde, dass diese Darstellung kein Verstoß gegen die Genfer Konventionen sei, da es sich bei den Gefangenen in Guantanamo um Terroristen handle und nicht um Kriegsgefangene. In völlig isoliertem, entrechtetem und sogar der eigenen Wahrnehmung beraubtem Zustand, wird auch die Definition über den Status der Gefangenen zu einem Willkürakt der Sieger.

Unter der Überschrift "Gefasst im Gaza-Streifen" druckte die Süddeutsche Zeitung am 8. Juli 2002 ein Foto, dass zwei junge Palästinenser zeigt, auf dem Boden kniend, die Hände auf den Rücken gefesselt, die Augen

verbunden und bis auf die Unterhose entkleidet. (3) Vor ihnen ausgebreitet liegen Kleidungsstücke, Munition und Waffe. Am linken Bildrand stehend, lächelt ein junger israelischer Soldat, mit Gewehr im Anschlag, in die Kamera des Fotografen. Diese Darstellung ist eine arrangierte Komposition, bei der ein momentaner Sieger mit seinen besiegten Opfern kurz für die Kamera posiert, sie in Komplizenschaft zieht und durch den Zeitungsprint auch unserer Teilnahme gewiss wird.

Guantànamo: Kein Anspruch auf Menschenrechte

Am 31. März 2003 wurden auf allen Kanälen Bilder von CNN ausgestrahlt, die Gefangene der Republikanischen Garde zeigen. (4) Sie sitzen in einer Gruppe gefesselt auf sandigem Boden, alle haben Säcke über den Kopf gestülpt, im Hintergrund sieht man gerollten Natodraht und ein Militärfahrzeug. Diese Bilder, die Zeugnis konkreter Foltersituationen sind, werden mittlerweile in allen Bildmedien unwidersprochen und unkommentiert reproduziert. Ziel dieser Bilder ist die Darstellung der Unterwerfung, wobei die Darstellung selbst wesentlicher Teil des Unterwerfungsprozesses ist. Durch das Überstülpen der Kapuzen werden die Gefangenen nicht nur der visuellen Wahrnehmung, sondern zugleich ihrer Subjektivität beraubt. Weder Fotograf noch Betrachter müssen den gedemütigten Personen ins Gesicht, in die Augen schauen. Die Nacktheit liefert sie jedoch ungeschützt den Blicken der Sieger aus, oftmals ohne einen Blick entgegnen zu müssen. Die Darstellungsweise der Nacktheit ist, wie auch hinsichtlich der Abbildung von Frauen in der Tradition der europäischen Malerei seit dem 15. Jahrhundert, das Zeichen der Unterwerfung unter die Gefühle und Forderungen der Machthaber. Heute wird mit der Kamera - durch die fotografische Aufnahme - das Dokument der Herrschaft erstellt. Der Betrachter ist in voyeuristischer Komplizenschaft notwendiger Teil dieser Inszenierung und wird zum Mittäter.

Burka: Sehen ohne gesehen zu werden

Die Gewaltförmigkeit scheinbar banaler Bilder aus dem Formenkatalog ziviler Alltagsfotografie wird in anderer Kontextualisierung sichtbar und zeigt die strukturelle Verfügbarkeit über das Individuum im Darstellungsprozess. Ähnlichkeiten im formalen Bildaufbau mit den gezeigten Gefangenenszenen hat eine ganzseitige Modefotografie im SZ-Magazin vom März 1999. (5) Mit erhobenen Händen ergibt sich das Model dem Gestaltungskonzept der Modefotografin, die sie für die Darstellung des zu vermarktenden Produkts als kopflosen Körper präsentiert. Die Frau, reduziert auf den Torso, spielt als Individuum keine Rolle mehr, sie ist entpersonalisiert, ihr Körper wird zur Präsentationsfläche einer kurzlebigen modischen Ästhetisierung. Wenn ihr auch nicht körperliche Gewalt angetan wurde für diese Aufnahme, so kann man doch strukturell die Freiwilligkeit der Inszenierung in Zweifel ziehen, zumindest davon ausgehen, dass sie sich dieser Situation gegen Bezahlung ausgesetzt hat. Deutlich wird durch die zeitlichen Abstände der gezeigten Aufnahmen und auch durch die unterschiedlichen Veröffentlichungskontexte, wie diese Bildmotive sich permanent rekonstruieren und neu konstruieren.

Es ist auffällig, dass im Irakkrieg kaum Bilder von Frauen veröffentlicht werden, abgesehen von stereotypen Aufnahmen mit trauernden Frauen oder Frauen mit Kindern in der Menge meist fliehender Menschen, jedenfalls als Teil einer undifferenzierbaren Masse, nicht als Subjekte. Auffällig deshalb, weil Frauen im Krieg gegen Afghanistan eine große Bildpräsenz hatten. Als eine Legitimation für den militärischen Einmarsch wurde die US-Propaganda von der Befreiung der Frauen in allen Medien transportiert. Dieser moralische Gestus reduzierte sich jedoch auf die "Befreiung" der Frauen von dem Bild der Burka, im gleichen Maße, wie sie in der medialien Repräsentanz Beachtung fand. Fast alle Abbildungen, die Frauen mit der Burka bekleidet zeigen, stellen sie passiv, als Hilfsempfängerinnen oder Opfer dar.

Unter der Überschrift "Schirmherrschaft" druckte die Süddeutsche Zeitung am 26. Juni 2003 ein Foto auf der Titelseite, das einen Mitarbeiter der Hilfsorganisation Care zeigt, der in Kabul Ausweise von Frauen kontrolliert, die als Kriegswitwen ihre Monatsration Lebensmittel abholen wollen, wie wir aus der Bildunterschrift erfahren. (6) Der sinnbildliche Begriff "Schirmherrschaft" kommentiert in flapsiger Weise die Positionierung des Mannes in der fotografischen Aufnahme, die Ausübung seiner Kontrollfunktion wird als nüchterner Sachverhalt geschildert. Die existenzielle Situation erhält durch den doppeldeutigen Bildtitel eine ironische Lesart. Die Frauen stehen als Gruppe einem einzelnen Mann gegenüber. Durch die Aufnahmeperspektive werden sie dabei, zumal für den europäischen Blick, auf eine Addition des immer Gleichen reduziert. Allein das stellt für ein Gesellschaftsbild, das konstitutiv auf Individualität basiert, eine Provokation dar.

Die Inszenierung der Frau als Mutter

Die Vehemenz, die sich gegen die Burka als Kleidungsstück richtet, im Unterschied zur Thematisierung gesellschaftlicher Emanzipation und Partizipation von Frauen, die unabhängig von jeglichem Kleidungscodex einzufordern wäre, zeigt auch die Bedrohung, die sich für westliche Vorstellungen darin ausdrückt. Die Burka schafft eine Distanz zwischen dem Körper der Frau und dem auf sie gerichteten Blick, sie verhüllt, schirmt ab; doch was wir nicht sehen können, das können wir nicht einschätzen, und darüber können wir auch nicht so einfach verfügen.

"Über die traditionelle Funktion des Schleiers hat sich eine weitere Funktion gelegt, die auf den kolonialen Kontext verweist. (...) die (...) Frau schafft eine Situation der Nicht-Reziprozität; sie treibt ein unfaires Spiel, indem sie sieht, ohne gesehen zu werden, ohne sich sehen zu lassen. Damit verweigert auch die beherrschte Gesellschaft als Ganzes mittels des Schleiers die Reziprozität, indem sie sieht, betrachtet und durchschaut, ohne sich selbst sehen, betrachten und durchschauen zu lassen", schreibt Pierre Bourdieu in Études méditerranéennes, 1960.

Saddam im Rattenloch

Die Burka widersetzt sich dem Darstellungsmuster von Frauen in den westlichen Medien und dem damit verbundenen Diktat der Präsentation des eigenen Körpers. Mit "Come join the Freedom-Lovers" wirbt eine Firma für Miederwaren, die den Frauen sichtlich die Luft abschnürt. (7) Fahnenschwenkend wird die Symbolik der Freiheitsbewegungen der 1960er Jahre instrumentalisiert, um den Schleier zu lüften, den Blick auf die Frauen zu erobern und ihre nackten Körper in modische Form zu pressen. Mit der bildlichen Inszenierung eines imaginierten exotisierten und sexualisierten Orients knüpft die Werbung affirmativ an seit Jahrhunderten durchgesetzte Fantasien des westlichen Begehrens an.

Auf großformatigen Werbeflächen der Städtereklame ist seit Monaten ein Spendenaufruf von "Brot für die Welt" plakatiert. (8) Über dem Schriftzug "Alles was recht ist, Brot zum Leben" ist eine Gruppe Frauen, mit Burka bekleidet, zu sehen. Die Frauen sind abgebildet, um Hilfsgüter aus Deutschland zu akquirieren. Dafür müssen sie Gesicht zeigen und zu uns aufblicken. Der Kamerastandpunkt ist über den Köpfen der Frauen positioniert, der Fotograf blickt auf die Frauen herab und wir mit ihm. Sie sollen Almosen empfangen und nicht zu Subjekten ihres eigenen Lebens werden, geschweige denn Ansprüche formulieren. Sie werden überlebensgroß, passiv und von Leid gezeichnet an öffentlichen Plätzen auf Werbeflächen geklebt. Auch die Zuschreibung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe - die Reproduktion -, wird in dieser Darstellung definiert. Um sie mit allen tradierten, sozialen Mustern bildlich als Mutter zu stilisieren, dient das Madonnenbild (9), ein klassisches Motiv der christlichen Ikonographie, als Vorlage. Wobei die Madonna nicht nur als selbstlos, sondern auch als unbefleckt gilt.

Es gibt viele vergleichbare Darstellungen unmenschlicher Lebensbedingungen aus Afrika und Asien, die in ihrem Appell an ein diffuses Mitgefühl nicht mehr vermitteln, als dass diese Katastrophen verwaltet werden müssen. Susan Sontag schreibt in ihrem Buch "Das Leiden der anderen betrachten": "Von all diesen Bildern geht eine doppelte Botschaft aus. Sie zeigen Leiden, das so empörend und ungerecht ist und gegen das etwas unternommen werden sollte. Und sie bekräftigen, dass solche Dinge in dieser Weltgegend eben geschehen. Die Allgegenwart dieser Fotos und dieser Schrecken nährt wie von selbst die Überzeugung, solche Tragödien seien in den rückständigen - das heißt, armen - Teilen der Welt eben unvermeidlich."

Subtile Militarisierung des Alltags

Darüber hinaus transportieren diese affirmativen Bildkonstruktionen die ideologischen Interessen des gesellschaftlichen Herrschaftsdiskurses. Für das Versprechen von Sicherheit und um den erreichten Lebensstandard hier zu Lande im Verhältnis zum "katastrophischen" Rest der Welt hierarchisch privilegiert zu halten, wird absolute Loyalität gefordert, zum Preis der Aufgabe kollektiver Widerständigkeit.

Die Filmsequenzen und Standbilder eines Militärvideos der US-Armee zur Festnahme Saddam Husseins sind höchst einprägsame Dokumente der psychologischen Kriegsführung, die sich ins kollektive Bildgedächtnis eingeschrieben haben. (10) Es sind die Aufnahmen der Sieger, die uns alle individuell an ihrem Sieg und der medialen Unterwerfung ihres Gegners teilhaben lassen. In Großaufnahme sehen wir den Kopf eines ungepflegten, alten Mannes mit zerzaustem Haar und verstörtem Blick. Zwei Hände mit Plastikhandschuhen

einer anderen Person sind an seinem offenen Mund und leuchten mit der Taschenlampe tief in seinen Schlund. Die Person, die diesen Vorgang ausführt, ist angeschnitten und zum Teil außerhalb des rechten Bildrandes. Über das Auge der Kamera sind wir als Zuschauer diejenigen, die die Position des Militärarztes einnehmen, wenn sein Kopf außerhalb des Bildrandes rückt, und diejenigen, die die Untersuchung an dem Gefangenen vornehmen. Wir können uns selber dabei betrachten, mit welchen Emotionen, welcher Neugier, Faszination, Empörung oder Ekel wir auf den gelblichen Fleck starren, den die Taschenlampe in seiner Mundhöhle abbildet. Die Aufnahmen geben vor, Zeugnis über die Identität des Gefangenen abzulegen und haben dennoch keinerlei Erkenntniswert.

Das zweite Bild in diesem Kontext ist ein undefinierbares Erdloch. Es hat keinerlei Bildaussage, die über eine braune Vertiefung im Boden hinausgeht. Aber es hat großen symbolischen Wert. Der Ex-Diktator machtlos in einem Rattenloch, das als sein Versteck bezeichnet wird. Die Botschaft dabei ist, dass er ein Feigling ist, ein Schlappschwanz, der sich dem Gegner nicht als Mann gestellt hat, sondern unwürdig verkriecht - in der Darstellung wird er zum Wilden und gleichzeitig entmannt. Die Akzeptanz dieser Bilder ist Ausdruck für die subtile Militarisierung unseres Alltags. Die Darstellungen sind mit ihren Botschaften ein Schlüssel für die Verfasstheit einer Gesellschaft, ihren Vorstellungen, Sehnsüchten, Macht- und Unterdrückungsverhältnissen.

Petra Gerschner

Ende April erscheint eine Doku zum Münchner Antikriegs-Kongress 2004, 60 Seiten / Bestellung: anti-kriegs-kongress@gmx.de, nur gegen Vorkasse: 3,50 Euro plus 1,50 Euro Porto, ab 5 Stück 3 Euro, Bankverbindung: York Runte, Stadtsparkasse München, BLZ 701 500 00, Kto 902 132 596

42. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:42

Unsere Redaktionsräume zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass elektronische Innovationen und Elektronikschrott (das eine ist die Voraussetzung für das andere) gebündelt auftreten. Zunächst zum Elektronikschrott: Eine schnelle Zählung ergibt, dass sich im "Satzraum", tja so was gab es mal, mit vier Arbeitsplätzen auf rund 20 Quadratmetern zwölf (!!) Rechner, sechs Bildschirme, acht Tastaturen und ein stillgelegter Drucker befinden. Dafür sind wir aber alle vernetzt, ständig online und verfügen über weitere schöne Dinge, die das Softwareleben sonst noch zu bieten hat. Kein Grund zum Jammern also, vielmehr ein Anlass zum Aufräumen. Aber das zieht sich in diesen heiligen Hallen erfahrungsgemäß hin. Autobesitzer, in der Redaktion sowieso schon eine verschwindende Minderheit, die den Schrott zum Recyclinghof fahren könnten, scheint es plötzlich gar nicht mehr zu geben. Leider nicht erfüllt hat sich auch die Hoffnung, unser Praktikant - noch nicht dem eingefahrenen Redaktionstrott ("sollten wir mal machen") angepasst - könnte eine zündende Idee haben und diese auch noch schnell umsetzen. Denn wie in fast allen anderen Dingen ist er auch beim Aussitzen sehr lernfähig. (Die ausgewogene Mischung von Lob und Tadel dient allein pädagogischen Zwecken; der Ehrentitel "Held der (Redaktions-)Arbeit" im Abschlusszeugnis ist damit nicht in Frage gestellt.)

Gesteigertes Interesse an technischen Innovationen löste der USB-Stick eines Redaktionsgenossen aus. Mit besonderem Stolz herumgezeigt ("mein Lieblingsgeburtstagsgeschenk"), verhält sich diese Neuerung allerdings umgekehrt proportional zum Zustand seines Handy, wie besagter Praktikant süffisant feststellte.

Weniger technische Fähigkeiten als vielmehr Geduld und Ausdauer sind bei der Endverarbeitung unserer neuen Werbemittel gefragt. Sage und schreibe 41.000 Aufkleber müssen auf Faltblätter geklebt und deren Folien entfernt werden; zurück bleiben ebenso viele Klebepunkte, auf denen dann ak-Bestellpostkarten befestigt werden. Die Hälfte ist bald geschafft. Sind diese 123.000 Handgriffe erledigt wird unsere groß angelegte Werbeaktion in ca. 20 Städten starten. Wir versprechen uns eine gesteigerte Resonanz und viele neue Abos.

Gute Stimmung herrschte auf der Arbeitskonferenz von ak und Fantômas am 6. März: bei den Redaktionen wegen der großen Resonanz auf die Einladung und dem offenkundigen Interesse, mit uns in einen produktiven Austausch zu treten; bei den "Gästen" über die Offenheit und die Bereitschaft der Redaktionen, ihre Produkte zur Diskussion zu stellen. Dazu demnächst mehr an diesem Ort.

Wir sind also guter Dinge. Fehlt nur noch der erfolgreiche Abschluss der Spendensammlung. Dann werden sich auch in unseren Kellerräumen Frühlingsgefühle ausbreiten.

ak-Redaktion

43. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:43

Wanzenfreie Zone mit Ausnahmen

Am 3. März hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts das Abhören von Wohnungen drastisch eingeschränkt. Die bisherige Abhörpraxis verletze die Menschenwürde und sei deshalb in wesentlichen Teilen verfassungswidrig, hieß es in der Urteilsbegründung. "Jeder Bürger hat das Recht, in seiner Wohnung in Ruhe gelassen zu werden, und zwar ohne Angst, dass staatliche Stellen die Entfaltung seiner Persönlichkeit überwachen." Das Gericht stellte klar, dass der Staat in diesem Kernbereich des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung nicht eingreifen darf, meinte es dann aber doch nicht ganz so ernst: Anstatt die Verwanzung von Privatwohnungen gänzlich zu verbieten, hat das Gericht das Lauschen an Bedingungen geknüpft: Gespräche mit Familienangehörigen und engsten Vertrauten in der Privatwohnung dürften überhaupt nicht belauscht werden. Auch bei Gesprächen mit ÄrztInnen, Pfarrern oder StrafverteidigerInnen muss das Mithören eingestellt werden, sofern sie nicht selbst tatverdächtig sind. Nur wenn "konkrete Anhaltspunkte" auf "kriminelle" Inhalte der Gespräche hindeuteten, seien Ausnahmen zulässig. PraktikerInnen befürchten, dass die bislang schon höchst aufwendigen und kostspieligen Abhöraktionen dadurch fast unmöglich gemacht würden. Wollen wir's hoffen.

Entwarnung ist aber nicht angesagt: Polizeigesetze zahlreicher Bundesländer weisen entsprechende oder sogar weiter reichende Regelungen auf. Etwa in Brandenburg, wo das Polizeigesetz nicht nur den Lauschangriff, sondern auch die versteckte Kamera im Wohnzimmer zulässt. Zudem wollen manche Bundesländer auch die präventive Telekommunikationsüberwachung, also das Abhören ohne konkreten Verdacht, einführen - wie bereits in Niedersachsen und Thüringen geschehen. Nach der Entscheidung der Karlsruher Richter sind das allesamt höchst bedenkliche und verfassungswidrige Regelungen. Aber das ist ja das Schöne am demokratischen Rechtsstaat: Wo kein Kläger, da keine Anklage.

Wie auch immer: Der Rechtsstaat siegt

Als vor einem Jahr das Hamburger Oberlandesgericht den Marokkaner Mounir El Motassadeq zu 15 Jahren Haft verurteilte, faselte der Unions-Innenexperte Hartmut Koschyk, das Urteil sei ein "Beleg der Wehrhaftigkeit der deutschen Justiz". Innenminister Otto Schily sprach von einer "klaren Entscheidung des Gerichtes und einem Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus". Und SPD-Generalsekretär Olaf Scholz, von Hause aus Rechtsanwalt wie Schily, sah in der Entscheidung einen Nachweis für den funktionierenden Rechtsstaat: "Das Urteil ist deutlich. Der Rechtsstaat ist stark." Ebenso eindeutig die Reaktionen in der bürgerlichen Presse. "Es war kein politischer Prozess", so das Hamburger Abendblatt damals: "Gründlich und doch angemessen zügig haben die Richter den Fall abgearbeitet." "Nur sehr vereinzelt mischten sich kritische Stimmen in den Beifall, den das Urteil gegen Mounir El Motassadeq nahezu weltweit auslöste", wusste das Springer-Blatt aus der Elbmetropole zu berichten.

Am 4. März hat nun der für Staatsschutzsachen zuständige 3. Senat des Bundesgerichtshofs das Urteil gegen El Motassadeq aufgehoben. Die Hamburger Richter hätten wesentliche Umstände bei ihrer Beweiswürdigung vor einem Jahr unberücksichtigt gelassen, stellte der BGH-Senat fest. Indirekt gab der BGH auch zu erkennen, dass er die vom Hamburger Gericht zur Urteilsbegründung herangezogen Indizien für unzureichend hält. Außerdem mahnten sie an, dass "Geheimhaltungsinteressen der Exekutive im Strafprozess grundsätzlich nicht zu Lasten des Angeklagten gehen" dürfen, womit sie auf die Sperrung der Aussagen von Ramiz Binalshibh durch US- und deutsche Behörden anspielten. Summa summarum: Ein Angeklagter kann nur verurteilt werden, wenn die Beweise gegen ihn stichhaltig sind, und nicht, wenn es dem Staat in seinen politischen Kram passt. Und so ist es dann in einem "demokratischen Rechtsstaat", auch nach der BGH-Schelte herrschte Zufriedenheit: "Die Dritte Gewalt hat ihre Unabhängigkeit bewiesen. Karlsruhe machte deutlich, weder Vollstrecker des Volkszorns noch des Regierungswillens zu sein", freute sich beispielsweise die Frankfurter Rundschau.

Die schlichte Welt des VS

Unter dem Titel "Teilnahme von Extremisten an der Hamburg-Wahl am 29.2.2004. Linksextremisten kandidieren auf offener Regenbogen-Liste" legte der Verfassungsschutz der Hansestadt eine Wahlanalyse der eigenen Art vor. Eine "ungewohnte Einigkeit" machten die Hamburger Schlapphüte in der Kandidatur des Regenbogen aus, das "ein breites Spektrum linker bis linksextremistischer Gruppierungen und Interessenvertreter" repräsentierte. Neben PDS, DKP und SAV rechnete der VS dann auch Heike Sudmann zum "antikapitalistischen Lager". Zu der "Ehre" kam Sudmann, die 1999 aus Protest gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien mit vier weiteren DissidentInnen aus der GAL-Bürgerschaftsfraktion ausgetreten war und die WählerInneninitiative Regenbogen gegründet hatte, weil sie "gegenüber der taz" festgestellt hatte, "man brauche letztlich eine Politik, die auch das kapitalistische System in Frage stellt" - wie die Schnüffler zu berichten wussten.

Ähnlich beflissen zeigten sich die Berliner VS-KollegInnen. Am 16. Februar warnten sie vor einer "Vernetzung gewaltbereiter linksextremer Gruppen": "In der gewaltbereiten linksextremistischen Szene Berlins ist ein neues Bündnis entstanden. Die Antifaschistische Linke Berlin (ALB), Für eine linke Strömung (FelS), Autopool und Subversion International (¡SI!) nennen ihr neues Netzwerk, über das sie eine enge Zusammenarbeit anstreben, ACT!." ACT! selbst reagierte gelassen: "Für ACT! zeigt sich darin vor allem eins: Dass wir auf dem richtigen Weg sind!"

44. Mit 3.200 Euro den Aufschwung stärken!

Letzter Aufruf: Spendet für ak und Fantômas!

CD-Datei: daten/aksuche/ak482/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:482:44

Demnächst startet unsere ak-Werbeaktion. Eine illustre Runde aus Grafikern, Marketing- und Vertriebsmenschen, RedakteurInnen hat ein wunderschönes Leporello mit dazugehöriger Bestellpostkarte entwickelt. Dabei gingen viele, viele Stunden drauf - unbezahlt, und mit viel Engagement. Kosten sind trotzdem einige entstanden. Wir haben uns aber entschieden, neben der öffentlichen Präsenz durch Organisierung eigener Veranstaltungen auch Geld in solche Werbemaßnahmen zu stecken. Investitionen, um es im heutigen Jargon zu benennen, die sich durchaus lohnen sollten. Rund 40.000 Faltblätter mit dazu gehörender Bestellpostkarte werden in rund 20 Städten verteilt. Wir versprechen uns davon die Erhöhung des Bekanntheitsgrades und die Verstärkung eines Trends. Denn wir haben in den letzten Monaten unsere Abozahl um 80 Exemplare netto erhöht. Damit sind wir zwar immer noch weit von einer Eigenfinanzierung von ak und Fantômas entfernt, aber so kann es weiter gehen.

Zur finanziellen Absicherung unserer ehrgeizigen Ziele und zum Erreichen des diesjährigen Spendenziels von 25.000 Euro fehlen noch 3.200 Euro. Wir bitten alle, die bisher noch gezögert haben, alle, die den einen oder anderen Schein entbehren können, auf das Spendenkonto des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik zu überweisen. Am einfachsten geht das mit unseren Überweisungsträgern, die wir den ak-Ausgaben von Oktober bis Januar beigelegt haben. Allen, die schon gespendet haben, sei hier noch einmal herzlich gedankt.

ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150-204

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg

Verwendungszweck: Spende